Mittwoch, 26. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 226 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Strategie: Leitlinien für weiteres gemeinsames Handeln unter den derzeitigen Bedingungen in Polen haben Lech Walesa und sein früherer Rivale Marian Jurczyk besprochen. Jurczyk, der zu den militanten „Solidarität"-Führern zählte, war Walesa 1981 bei der Wahl zum Vorsitzenden unterlegen.

Unzufrieden: Nur noch jeder dritte Franzose ist mit Staatspräsident Mitterrand zufrieden. Eine Meinungsumfrage sagt, die Popularität des Präsidenten sei allein im August um weitere zwei Punkte auf 33 Prozent gesunken.

Ausgeliefert: Der in eine Reihe von Finanzskandalen verwickelte und des Totschlags verdächtigte italienische Bankier Sindona, wegen früherer Verbindungen zum Vatikan „Bankier Gottes" genannt, ist von den USA an Italien ausgeliefert worden, wo ihm der Prozeß gemacht werden soll. In den USA war er bereits zu 25 Jahren verurteilt worden.

Flüchtlingsdrama: Tragisch endete der Fluchtversuch einer Familie aus der CSSR über Jugoslawien nach Österreich. Zwei Töchter erreichten nach der Durchquerung der Mur rettendes Ufer, Mutter und eine dritte Tochter ertranken, vom Vater fehlt jede Spur.

Tarife: Nach nur anderthalb Stunden ist die erste Tarifrunde im öffentlichen Dienst beendet worden. Bundesinnenminister Zimmermann kündigte ein Arbeitgeberangebot für den 11. Oktober an. (S. 2)

Demonstration: Mehrere hundert Anhänger von „Friedensgruppen" haben versucht, das Haupttor des NATO-Truppenübungsplatzes Wildflecken in der Rhön zu blockieren. Schon nachts zuvor waren 60 Demonstranten in eine US-Kaserne eingedrungen und hatten Panzer mit Farbe besprüht. Ein Mann wurde festgenommen. (S. 2)

Flucht: Nach einem internationalen Turnier in Peking haben sich drei afghanische Fußball-Nationalspieler abgesetzt. Sie meldeten sich bei der UNO-Flüchtlingskommission in Neu-Delhi und baten um Anerkennung als politische Flüchtlinge. (S. 7)

Sicherheitsplan: Der für die nordlibanesische Stadt Tripoli beschlossene Befriedungsplan ist in Kraft getreten. Straßensperren wurden abgebaut, die Truppen begannen mit dem Abzug. Dagegen gab es im Schuf-Gebirge ständig neue Feuergefechte.

Heute: Unesco erörtert in Paris Ansätze zu Reformen.

ZITAT DES TAGES



»Die systematische Kampagne der Sowjetunion gegen Bundeskanzler Helmut Kohl hat keine Grundlage«

Der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter (S. 10) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Bundesbahn: Die Investitionszuschüsse des Bundes an die Bahn sollten nach Auffassung der Länder-Verkehrsexperten mittelfristig um zwei Milliarden Mark jährlich erhöht werden. Sie unterstreichen die finanzielle Verantwortung des Bundes für die Bahn und lehnen Mitverantwortung der Länder und Kommunen ab. (S. 11)

Arbeitslosigkeit: Das Wirtschaftswachstum der westlichen Industriestaaten reiche für eine fühlbare Minderung der Arbeitslosigkeit nicht aus. Deshalb fordert die OECD mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt; neue Arbeitsplätze könnten im wesentlichen nur im privaten Dienstleistungssektor geschaffen werden. (S. 13)

Weltwirtschaft: Die westliche Wirtschaftsordnung ist nach Auffassung des ehemaligen US-Außenministers Kissinger gefährdet. Die große Krise könne ausbrechen, wenn einer der großen Schuldnerstaaten den Zins- und Tilgungsdienst verweigere. Er fordert die Integration nationaler Politik in eine „globale Perspektive". (S. 11)

Börse: Ausländerkäufe sorgten dafür, daß die Kursverluste zum Wochenbeginn zum Teil wieder aufgeholt werden konnten. WELT-Aktienindex 153,6 (153,0). Der Rentenmarkt tendierte unsicher. Dollar-Mittelkurs 3,0605 (3,0210) Mark. Goldpreis je Feinunze 345,10 (347,75) Dollar.

KULTUR

Meisterwerke: Nur 45 Gemälde, allesamt aber Kleinodien alter Meister, umfaßt die Sammlung der Stiftung Magnani-Rocca, die in Reggio Emilia größte Aufmerksamkeit erregt. Zu den kostbarsten Bildern gehören eine Madonna von Dürer und Werke von Tizian, Rubens, Rembrandt. (S. 21)

Kulturpolitik: Die „DDR" will nun auch die Unterhaltungskunst verstärkt in die „Kulturpolitik der Partei der Arbeiterklasse" integrieren. Ein Komitee, dem neben Schriftstellern, Komponisten und Kabarettisten auch der Direktor des Staatszirkus angehört, ist neu konstituiert worden.

SPORT

Schach: Die fünfte Partie der Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Garri Kasparow endete nach nur 21 Zügen remis. (S. 9)

Fußball: Jimmy Hartwig, für 750 000 Mark Ablöse vom Hamburger SV zum 1. FC Köln gewechselt, hat um Auflösung seines Vertrages gebeten. (S. 9)

AUS ALLER WELT

„Sparbriefe": Einen Nennwert von rund 34 Millionen Mark haben gefälschte Sparbriefe, die zwei Männer aus Stuttgart und Überlingen an den Mann zu bringen versuchten. Zum Teil waren die Wertpapiere bereits bei Banken in Amsterdam, Liechtenstein, Lausanne und Chiasso untergebracht, bevor die Polizei zugriff.

Rundfunk: Zwischen Italiens staatlichem Rundfunk RAI und den Hunderten von Privatsendern ist wildes Gerangel um Frequenzen im Gange. RAI versucht, ihre Domäne auf dem Rundfunksektor auszubauen. (S. 22)

Wetter: Stark bewölkt. Um 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl: Wer Kasernen blockiert, handelt nicht gewaltfrei

Auf dem Juristentag warnt der Kanzler vor Gefährdung des inneren Friedens

DW. Hamburg

Bundeskanzler Helmut Kohl hat das Forum des 55. Deutschen Juristentages dazu genutzt, um unter Anspielung auf jüngste Vorgänge während der Herbstmanöver vor politisch motivierter Gewaltanwendung zu warnen. Kohl bescheinigte der „übergroßen Mehrheit" der Bürger der Bundesrepublik Deutschland, den „Grundkonsens der Demokraten" mitzutragen, fügte aber hinzu: „Ich sehe mit großer Sorge, daß das demokratische Mehrheitsprinzip von manchen in Zweifel gezogen wird. Einzelne Gruppierungen setzen ihre eigene politische Meinung absolut und wollen sie ohne Rücksicht auf die geltende Verfassungsordnung durchsetzen."

Dadurch werde ein entscheidendes Element des demokratischen Rechtsstaates, seine innere Friedensordnung, gefährdet. Der Kanzler rief dazu auf, auch allen Rechtfertigungsversuchen für einen angeblich „gewaltfreien Widerstand" entschieden entgegenzutreten. Kohl: „Wer Kasernen blockiert oder Manöver behindert, handelt nicht gewaltfrei. Wer das Demonstrationsrecht des Grundgesetzes zum Rechtsbruch, ja zur Gewalttat mißbraucht, wendet sich in Wahrheit gegen die Verfassung selbst. Gegen die freiheitliche Demokratie gibt es kein Widerstandsrecht."

Vor dem Juristentag äußerte sich der Kanzler auch kritisch zum „Staat der Daseinsvorsorge" in der derzeitigen Form. Er habe mehr Erwartungen erzeugt, „als für uns alle gut war. Anspruchshaltung wurde geradezu herausgefordert. Versorgungsdenken wurde gefördert." Das Prinzip der Subsidiarität, um dessen Durchsetzung sich die Bundesregierung bemühe, sei eine „Grundfrage unserer Gesellschaftsordnung". Der Kanzler ging auf die Juristentags-Diskussionen über rechtliche Maßnahmen ein, mit denen die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verbessert werden könne, und sprach sich für die Stärkung der Unternehmenssubstanz und für die Bereitstellung von Risikokapital für innovative Existenzgründungen aus. Dies gelte vor allem für den technologischen Bereich. An dieser Stelle setzte er die programmatische Bemerkung hinzu: „Neben der notwendigen Regelung neuer Entwicklungen und veränderter Verhältnisse hat jedoch der Rückzug des Staates aus Gebieten zu stehen, die von ihm unnötig besetzt worden sind."

Kohl: „Das Recht in einer hochentwickelten Industriegesellschaft kann zwar nicht auf komplizierte Regelungen verzichten. Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, daß mehr Gesetze und detaillierte Normen oft nicht mehr Gerechtigkeit bedeuten, sondern es dem einzelnen erschweren, seine Interessen sachgerecht wahrzunehmen."

An die Juristen appellierte der Bundeskanzler, dafür zu sorgen, daß im Strafverfahrensrecht nach Jahren konzentrierter Befassung mit der Rechtsstellung des Beschuldigten „jetzt endlich auch den Opfern von Straftaten gebührend Aufmerksamkeit" gewidmet wird. „Ich meine, hier gilt es um der Gerechtigkeit und des Rechtsfriedens willen, Maßstäbe zurechtzurücken: Nicht der Straftäter ist das Opfer, Opfer ist der vom Täter in seinen Rechten körperlich, seelisch oder materiell verletzte Bürger."

DER KOMMENTAR

KGB-Spinne

Von MANFRED SCHELL

Der Spionagefall bei MBB ist in seinen letzten Konsequenzen für die Geschäftspolitik des renommierten Unternehmens und für die Sicherheitsinteressen unseres Landes noch nicht zu übersehen. Die Geständnisse des Diplomingenieurs, der bis zu seiner Verhaftung als KGB-Spinne im Netz gesessen hat, kommen scheibchenweise. Aber die bereits jetzt mitgeteilten Fakten lassen einen tiefen Einbruch der sowjetischen Spionage in den strikt geheimzuhaltenden Kern unserer Rüstungstechnologie befürchten. Die eher zögerliche Bundesanwaltschaft hat furchterregende Konturen dieses Verratsfalles aufgezeigt: Es könnte sein, daß der Agent das komplette Programm des Mehrzweckkampfflugzeuges „Tornado" an seine Moskauer Auftraggeber geliefert hat. Außer dem Fall Guillaume, der sich in der Politik abspielte, hat es bislang nichts vergleichbares gegeben.

Wie so oft, wird auch jetzt in der ersten Erschütterung die Frage gestellt, ob es bei der Einstellung des Mannes, der aus der „DDR" gekommen ist, Fahrlässigkeiten gegeben hat. Darauf wird es gewiß bald Antwort geben. Aber dies kann nicht ausreichen. Vielmehr drängt die Frage, ob unser Sicherheitssystem für die Wirtschaft und Wissenschaft noch effektiv ist.

Seit Jahren ist bekannt, daß der Ostblock den Weg der Spionage geht, um billig an Geheimnisse heranzukommen und am technischen Fortschritt teilzunehmen. Im Lauf der Zeit kamen dreihundert unserer Betriebe in das östliche Visier. Dennoch erlauben wir uns, eine unverständliche Großzügigkeit. Der Verfassungsschutz wird an der Sicherheitsüberprüfung bei Einstellungen für sensible Bereiche „beteiligt", aber auch der Geheimschutzbeauftragte des jeweiligen Unternehmens hat ein Wort mitzureden. Diese Zweiteilung ist nicht nur überflüssig, sie birgt auch Risiken in sich. Hinzu kommt, daß für den materiellen Geheimnisschutz wiederum das Bundeswirtschaftsministerium zuständig ist. Vielfalt, das ist eine Erfahrung, heißt in diesem Metier aber immer auch mögliche Lücken, durch die ein Agent schlüpfen kann.

Außerdem leisten wir uns den Luxus, Großprojekte wie zum Beispiel den Tornado in den Betrieben abzuwickeln, ohne daß die Spionageabwehr begleitend tätig wird. Die Amerikaner haben diese Gefahrensituation erkannt und gehandelt, indem sie den „Systembegleitoffizier" aus dem Nachrichtendienst einschalten. Bonn muß sich jetzt Gedanken machen.

Guth: US-Defizite „abenteuerlich"

Deutsche Bank warnt vor Verharmlosung der internationalen Schuldensituation

C. DERTINGER, Washington

Die internationale Schuldensituation sollte nicht fahrlässig verharmlost werden, warnte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Wilfried Guth, gestern in Washington. Zwar habe der von den USA ausgegangene Konjunkturboom die Weltwirtschaft belebt und die Verschuldungssituation entspannt, aber das internationale Krisenmanagement sollte sich weiterhin gegen Unfälle wappnen. Sie seien keinesfalls auszuschließen.

Damit schnitt Guth in einem Pressegespräch die Hauptsorge an, die während der Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank die Finanz- und Währungspolitiker ebenso bedrückt wie die Bankiers. Er nannte die Defizite in der Leistungsbilanz und im Haushalt der USA abenteuerlich. Sie seien zugleich Hauptursache der hohen Zinsen in Amerika und damit eine Säule des hohen Dollarkurses. Es sei einfach unvorstellbar, daß die USA auf Dauer zum größten Schuldnerland der Welt würden.

Die jüngste Explosion des Dollarkurses war nach Guths Einschätzung eine spekulative Übertreibung in der Spätphase der Aufwärtsbewegung. Der Bankier begrüßte zwar die massiven Interventionen der Bundesbank am vergangenen Freitag, ist aber weiterhin von der grundlegenden Stärke der US-Währung überzeugt. Das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Kraft der USA bestimme den Dollar stärker als die hochdefizitäre Zahlungsbilanz.

Die Konstellation hohe Zinsen, überbewerteter Dollar und riesiges Leistungsbilanz-Defizit der USA birgt nach Guths Auffassung vier Gefahren:

– Aus Europa wird Investitionskapital abgezogen, womit politische Ressentiments geschürt würden.
– Die Erholung der Entwicklungsländer wird erschwert, was Animositäten gegen die USA schüre.
– Der hohe Dollarkurs verführe zum Handelskrieg, womit die Lösung der Schuldenkrise erschwert werde.
– Nach dem Höhenflug des Dollarkurses drohten jetzt Übertreibungen nach unten.

Guth und sein Sprecherkollege F. Wilhelm Christians machen kein Hehl daraus, daß sich in der Höhe des Dollarkurses gegenüber der D-Mark auch internationales Unbehagen wegen der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik spiegelt. Vor allem Gesprächspartner politisch befreundeter Länder stellten besorgte Fragen nach der politischen Zukunft, nach dem Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander nach dem abgesagten Honecker-Besuch, dem politischen Gewicht der Grünen und ihrem Abschneiden bei bevorstehenden Wahlen. Die Situation in der Bundesrepublik werde zwar nicht so negativ beurteilt, daß Ausländer ihr Geld abziehen wollten. Jedoch habe sich die Währung Japans, das kaum Streiks kenne, besser behauptet als die D-Mark.

Sowohl Bundesfinanzminister Stoltenberg als auch Bundesbankpräsident Pöhl wandten sich gegen Gerüchte, daß Kapitalverkehrskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland geplant seien. Stoltenberg nannte dies „absurd", weil es gegen die Substanz der eigenen Politik ginge.

Israelische Jäger für die US-Luftwaffe

R. SELIGMANN, Tel Aviv

Israel wird in den kommenden Monaten den Vereinigten Staaten kostenlos zwölf Kampfflugzeuge des Typs Kfir C 2 zur Verfügung stellen. Damit erwirbt die US-Luftwaffe erstmals Kampfmaschinen aus einem Nicht-NATO-Land. Die ersten drei Maschinen wurden bereits während einer Feier Piloten der amerikanischen Luftwaffe in Israel übergeben. Die amerikanischen Flugzeugführer sollen zunächst in Israel unter Anleitung israelischer Instrukteure die Maschine kennenlernen.

Die Maschinen werden in den Vereinigten Staaten von israelischen Technikern gewartet werden. Für diese Dienstleistung wird die „Israelische Luftfahrtindustrie" (IAI) in den nächsten drei Jahren vom Pentagon 85 Millionen Dollar erhalten. Die amerikanische Luftwaffe hat aus mehreren Gründen besonderes Interesse an der Kfir C 2. Durch ihre „Entenflügel", das sind deltaförmige Ansätze über den Lufteinlaßschächten, besitzt die Kfir, die mehr als doppelt so schnell wie der Schall fliegen kann, eine ungewöhnlich große Manövrierfähigkeit.

Das israelische Kampfflugzeug, das sowohl als Abfangjäger als auch als Jagdbomber eingesetzt werden kann, wird von einem J 79-Motor von General Electric angetrieben. Das gleiche Triebwerk besitzt auch der amerikanische Phantom-Jäger. Die Kfir kam im Jom-Kippur-Krieg 1973 und im Libanon-Feldzug 1982 und bei zahlreichen Gefechten mit den arabischen Luftwaffen, die meist sowjetische Maschinen fliegen, zum Einsatz.

Streit um Kiechle: Waigel contra Strauß

ms. Bonn

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hat dem vom Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß verbreiteten Eindruck widersprochen, als sei die Berufung von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) ausschließlich von Bundeskanzler Helmut Kohl entschieden worden.

Waigel sagte gestern in Bonn, Kiechle „ist mit Einverständnis" der CSU Ernährungsminister geworden. Ohne Strauß beim Namen zu nennen, fügte Waigel hinzu, jeder Minister brauche das Vertrauen des Regierungschefs und des Parteivorsitzenden.

Zwischen der CSU-Landesgruppe und dem Bundesernährungsministerium seien Gespräche darüber im Gange, wie den milcherzeugenden kleinen und mittleren Vollerwerbsbetrieben weitergeholfen werden könne. Die CSU halte solche weiteren Hilfen für erforderlich.

Der CSU-Vorsitzende Strauß hat sich wiederholt kritisch über die von Kiechle zu verantwortende Agrarpolitik geäußert und sich dabei von dem Minister auch öffentlich distanziert. In einem Rundfunkinterview hatte Strauß gesagt, die CSU habe bei der Regierungsbildung in Bonn nicht die Übernahme des Landwirtschaftsressorts beansprucht. Die Entscheidung zugunsten Kiechles sei von Kohl getroffen worden.

Er, Strauß, hätte damals allenfalls daran gedacht, daß die CSU in diesem Ressort den Parlamentarischen Staatssekretär stellen würde.

Seite 4: Das Vertrauen verspielt?

Rodenstock warnt vor Absichten der IG Metall

Mk. Bonn

Mit Nachdruck hat sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, gegen Bestrebungen in der IG Metall gewandt, bei der Umsetzung der Tarifvereinbarungen in den Betrieben eine 38,5-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer festzuschreiben. Denn nur eine an die jeweiligen Markterfordernisse elastisch anpassbare Auslastung der Produktionskapazitäten könne dazu beitragen, die Kostenbelastungen aus der Arbeitszeitverkürzung wenigstens zu mildern, sagte Rodenstock.

Eine Gewerkschaftsstrategie, die darauf ausgerichtet sei, die Differenzierungen der Arbeitszeit in den Unternehmen über die Betriebsräte zu blockieren, wiederspräche dem gemeinsamen Kompromiß. Sie mache beschäftigungswirksame Initiativen der Unternehmen zunichte.

Seite 11: Industrie fordert

Wurden Pläne für den „Tornado" komplett verraten?

DW. Bonn

Die Bundesanwaltschaft hat die Befürchtung geäußert, daß durch die Spionagetätigkeit des Abteilungsleiters Manfred Rotsch von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) das komplette Programm des Mehrzweck-Kampfflugzeuges „Tornado" an die Sowjets verraten worden sei. Firmensprecher zogen dies allerdings in Zweifel.

Der Obmann der CDU/CSU im Bundestags-Verteidigungsausschuß, Willy Wimmer, warnte davor, Vorgänge wie die bei MBB auf die leichte Schulter zu nehmen. Die sich häufenden gravierenden Spionagefälle bei führenden deutschen Unternehmen im Verteidigungsbereich ließen den Schluß zu, daß eine Auftragsvergabe an diese Firmen nur noch dann zu verantworten sei, wenn die „Durchführung unter militärische Quarantäne" gestellt werde.

Seite 3: Die Industriespione

„Hongkong-Vertrag ist Vorbild für Status Taiwans"

Co. New York

Peking betrachtet seine Vereinbarung mit Großbritannien über die Zukunft Hongkongs als Vorbild für einen künftigen autonomen Status Taiwans innerhalb der Volksrepublik China. Darauf hat Chinas Außenminister Wu Xueqian im Gespräch mit Bundesaußenminister Genscher in New York hingewiesen.

Wu rühmte die künftigen Rechte Hongkongs und die Beibehaltung des dortigen Gesellschaftssystems. Als Genscher ihn fragte, ob auch mit Taiwan so verfahren würde, erwiderte Wu, für Taiwan werde es bei einer Vereinigung mit dem Mutterland noch viel weitergehendere Unabhängigkeit geben. Nur Verteidigung und Außenpolitik müßten der Zentrale vorbehalten bleiben. Taipeh versuche vergeblich, das Hongkong-Abkommen vor der Bevölkerung Taiwans geheimzuhalten.

Schulen verschlafen die Computer-Ära

PETER PHILIPPS, Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland droht die Gefahr, „daß auch im Bildungsbereich der Computer verschlafen wird". Und dies liegt nicht an den Schülern, die im Umgang mit der Elektronik ohnehin schon weiter sind als ihre Lehrer und zum Teil bereits zu Hause für die Industrie Programme im Wert von einigen tausend Mark schreiben. Es ist höchste Zeit, gerade noch auf den rollenden Zug aufzuspringen.

So lautet die unmißverständliche Warnung der „Aktionsgemeinschaft Mikro-Computer an Schulen", die gestern Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eine fundierte Untersuchung dazu übergeben hat. Die deutsche Industrie, so heißt es dort, habe schon einen kaum noch einholbaren Rückstand zu verkraften: Während beispielsweise bei uns fünf ernsthafte EDV-Hersteller existierten, seien es allein im kleinen Taiwan 120.

30 000 Fragebogen der Aktionsgemeinschaft hatten erste Grunddaten über die Computer-Lage der Nation geliefert. Aus einer gezielten Umfrage unter Schulen kamen 3357 differenzierte Antwort-Unterlagen zurück. Getragen wird das Unternehmen vom Fachzeitschriften-Verlag Vogel und der Hersteller-Firma Triumph-Adler.

Das Bild sieht düster aus: Da es an Lehrplänen mangelt, und auch Literatur in den Schulbibliotheken fehlt, müssen Lehrer als Pioniere das unbekannte Gelände sondieren, sich als Autodidakten an das Thema heranarbeiten. So ergibt sich häufig das ungewohnte Bild, daß die Schüler – geübt am Weihnachtsgeschenk, einem Homecomputer – ihre Lehrer leichtfüßig abhängen. Das Interesse der Jugendlichen ist enorm: Für ein Oberstufenseminar „Waldsterben" hatte sich an einer Schule ein Schüler angemeldet, für den Computer-Kurs waren es 95.

Nach den Umfragedaten verfügen nur 60,5 Prozent der Schulen über Computer, wobei die Gymnasien mit einem Ausrüstungsstand von 90 Prozent weit vorne liegen. Bei den berufsbildenden Schulen sind es nur noch 70 Prozent, bei der Hauptschule, die immer mehr zur Restschule der Republik wird, gerade noch 25 Prozent. Dies verschleiert allerdings, daß die Ausstattung mit Geräten generell überaus mangelhaft ist: Im Schnitt 5,2 Apparate für üblicherweise rund 2000 Schüler. Berlin führt mit einem Ausrüstungsstand von 89,1 Prozent deutlich vor Rheinland-Pfalz mit 68,6 Prozent und – am Ende der Skala – Niedersachsen mit 52,5 Prozent. Unterricht in Informatik wird in Berlin nur in 9,8 Prozent der Schulen erteilt. Hier führt Bayern mit 41,1 Prozent.

Neben Geldknappheit und dem Mangel an Lehrplänen und ausgebildeten Lehrern gibt es noch ein Hindernis für den Computer: Die Eltern, so die Aktionsgemeinschaft, fallen weitgehend aus. Sie sind mangels eigener EDV-Erfahrung überfordert, eine „für Computer verlorene Generation".

Amnesty: Chinas Justiz mißachtet Menschenrechte

Die Organisation fordert „faire Prozesse" für Gefangene

DW. London

Die internationale Menschenrechts-Organisation Amnesty International (ai) hat die Volksrepublik China aufgefordert, politischen Gefangenen faire Prozesse zu garantieren und die Todesstrafe abzuschaffen.

In einem Bericht zieht ai Bilanz über das Gerichtssystem des Landes und die Praktiken bei der Behandlung von Gefangenen: Massenhinrichtungen, jahrelange Einkerkerung ohne jegliches Verfahren sowie menschenunwürdige Behandlung seien offenbar noch immer an der Tagesordnung. Politische Prozesse finden hinter verschlossenen Türen vor ausgewähltem Publikum statt. Oft würden nicht einmal die nächsten Angehörigen informiert. Verurteilt wurden in den vergangenen Jahren, so ai, beispielsweise Arbeiter und Studenten aus der 1978 entstandenen „Demokratiebewegung", römisch-katholische Priester sowie Tibetaner, denen die Unterstützung nationalistischer Gruppen vorgeworfen wurde. Für Schätzungen über die Gesamtzahl der politischen Häftlinge hat die Organisation nach eigenen Angaben nicht genug Material.

Gewaltloser Widerstand gegen das System wird in China als „konterrevolutionäres Vergehen" geahndet und mit Gefängnisstrafen zwischen zehn und 15 Jahren bestraft. In anderen Fällen werden politische Gefangene jahrelang ohne Anklage oder Prozeß in Lagern zur „Umerziehung durch Arbeit" festgehalten. Amnesty zitiert Berichte, nach denen Gefangene für Wochen gefesselt wurden, 24 Stunden bewegungslos stehen mußten oder mißhandelt wurden. Besorgt äußerte sich Amnesty über Massenhinrichtungen, die nach dem Start der Kampagne gegen das Verbrechen im August 1983 begannen. In China stehen jetzt 44 Verbrechen unter Todesstrafe. Darunter fallen Straftaten, wie Diebstahl, Veruntreuung, Belästigung von Frauen und Zuhälterei.

Oft wurden die Beschuldigten bereits sechs Tage, nachdem ihnen die Tat vorgeworfen wurde, hingerichtet. Auch scheinen Hinrichtungen weiterhin öffentlich stattzufinden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bumerang-Effekt

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Was immer Andreotti mit seiner zynischen Bemerkung über die deutsche Einheit bezweckt haben mag, es ist ein Bumerang-Effekt eingetreten. Die verbale Attacke kehrt sich gegen den Angreifer, und für die Deutschen wendet sich die Episode zum Guten.

An der Haltung der drei Westmächte – der Schutzmächte Berlins – war ohnehin nicht zu zweifeln. Sie haben sich im Deutschland-Vertrag verpflichtet, gemeinsam mit Bonn die friedliche Verwirklichung der deutschen Einheit in Freiheit anzustreben.

Frankreich hat das in einer Erklärung bekundet und damit bewiesen, daß die Aussöhnung mit den Deutschen sich nicht in einem symbolischen Händedruck auf dem Douaumont erschöpft. Paris zeichnet die europäische Dimension der deutschen Frage: Wer die Einheit Deutschlands preisgibt, der verzichtet auch auf die Einheit Europas.

Dies dürfte auch der Aspekt sein, welcher Craxi veranlaßt hat, die Haltung Italiens noch einmal klarzustellen. Besonders erfreulich ist der Sukkurs, den die Deutschen von Dänemark erhalten.

Die breite Unterstützung der Nachbarn und Verbündeten im Westen bildet den eindrucksvollen Hintergrund eines gebotenen Schrittes der Bundesregierung: Der sowjetische Botschafter wurde in das Auswärtige Amt „einbestellt", wo er die offizielle Zurückweisung der Moskauer „Revanchismus"-Tiraden entgegenzunehmen hatte. Der „Revanchismus"-Vorwurf ist für alle Welt unglaubwürdig, wenn Bonn von seinen Freunden so viel Beistand erfährt.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß die SPD mit überflüssigen Einlassungen die Bonner Position gegenüber Moskau schwächt. Noch ist Ehmkes Applaus zur Fehlleistung des italienischen Außenministers im Ohr, da meldet sich der Parteivorsitzende Brandt zu Wort, um einmal mehr wissen zu lassen, daß er mit dem Wort „Wiedervereinigung" nichts anfangen könne. Seine Interpretation der Präambel im Grundgesetz hat man früher auch von Walter Scheel gehört, doch was soll's? Die verbindliche Interpretation hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag mit der „DDR" gegeben. Daran ist nichts zu rütteln.

Luft raus

Von Werner Kahl

Wie die Herbstmanöver auch immer von der militärischen Führung beurteilt werden mögen, eine Feststellung können die Politiker bereits treffen: Die finanziell und organisatorisch groß aufgezogenen Gegenmanöver reisender „Friedenskämpfer" finden unter der Bevölkerung kaum Widerhall.

Zu dem reißerisch geplanten Auftakt der Märsche gegen die Manöver waren am Wochenende in Fulda mehrere tausend (zahlende) Teilnehmer erwartet worden – Besucher des aufwendigen achtstündigen Open-air-Konzertes „Rock gegen Manöver". Doch die Bands spielten lediglich vor einigen hundert Fans. Die Auftaktveranstaltungen gegen die „Militarisierung Osthessens" waren symptomatisch für dieses Remake eines einst vergebens angekurbelten heißen Herbstes.

Unter den Rekruten der „Friedensbewegung" klappe die Mobilisierung nicht, die ständigen Appelle fänden kaum Widerhall, heißt es zum Beginn der „Aktionswoche". Gewöhnt daran, daß Kirchenvertreter bisher Aufmärsche stützten, machten die Organisatoren in Fulda eine andere Erfahrung. Vorstände katholischer Pfarrgemeinderäte verteilten Flugblätter und distanzierten sich von „Aktionen, die von selbsternannten Friedensaktivisten inszeniert werden". Die Pfarr-Räte dankten zugleich den amerikanischen Soldaten für „40jährige Bereitschaft zum Schutz von Frieden und Freiheit".

Hartnäckige Störer sehen sich unterdessen in Niedersachsen durch eine gewaltfreie Idee ihres Gegenspielers Polizei „entwaffnet": Sobald sich Autokonvois zu Blockaden im Manövergelände versammeln, tauchen Polizisten aus der Luft auf, Beamte springen aus „Puma"-Hubschraubern und drehen die Ventile der Autoreifen auf.

Den verblüfften Demonstranten wird freundlich mitgeteilt, daß sie mit platten Reifen noch glimpflich davongekommen seien. Das niedersächsische Polizeigesetz schreibt nämlich vor, Gegenstände, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit stören, zu beschlagnahmen. Die Polizei aber nimmt die Autos nicht weg; sie läßt es beim Ventilöffnen bewenden. So ist auf mancherlei Art die Luft raus, nicht nur in Niedersachsen.

Buße und Versöhnung

Von Ernst Cramer

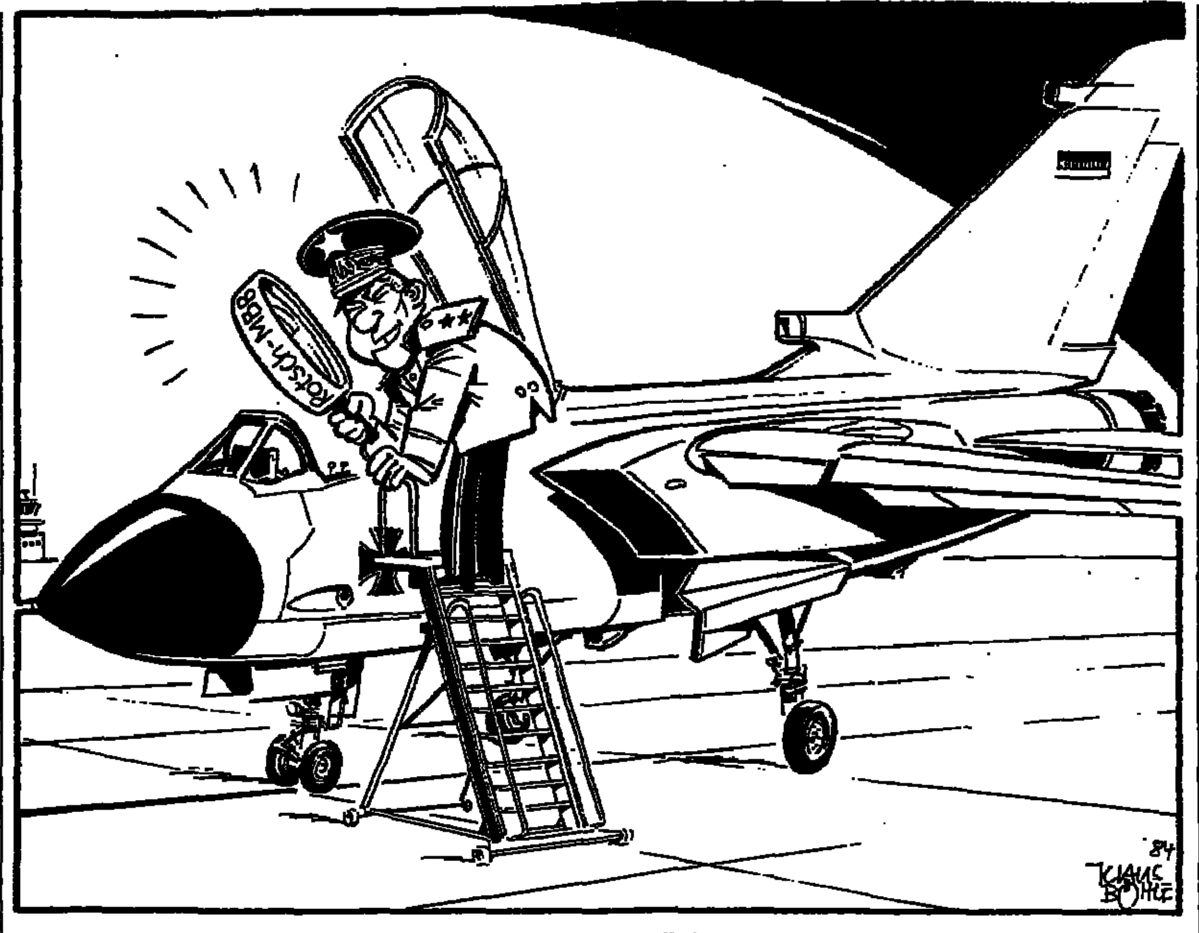
Am morgigen Donnerstag beginnt nach der jüdischen Zeitrechnung das neue Jahr. Zehn Bußtage lang dauert für die Juden in aller Welt die Heilige Zeit, die am 6. Oktober mit dem Versöhnungsfest, Jom Kippur, ihren Höhepunkt erreicht.

Während überall sonst der Jahresbeginn als Freudenfest gefeiert wird, gilt bei den Juden das Gegenteil. Der Neujahrstag, Rosch ha-Schanah, soll der Einkehr, der Rückbesinnung, der Aussöhnung mit Gott und den Mitmenschen dienen. Der Tag soll daran erinnern, daß im Lebenskalender jedes Menschen ein weiteres Jahr abgelaufen, daß man dem Tode noch näher gerückt ist. Äußerliches Symbol für diese Gedanken ist der weiße Gebetsschal, in den sich die Gläubigen hüllen, der Schal, der auch das Totengewand ist.

In dieser Bußzeit ist der Jude aufgerufen, sowohl Zerwürfnisse mit seinen Mitmenschen aus der Welt zu schaffen, als auch wegen seiner Versündigung gegenüber Gott und dessen Gesetzen um Vergebung und Gnade zu bitten. Es ist jüdischer Glaube, daß Gott am Versöhnungstag denen vergibt, die ihm gegenüber echte Reue zeigen und Umkehr versprechen; daß er sich mit ihnen versöhnt.

Von ganz anderer Qualität ist der Ausgleich unter den Menschen. Das müssen sie unter sich ausmachen. Kein Mensch kann also die Beleidigungen eines anderen – oder gar ein Verbrechen – dadurch aus der Welt schaffen, daß er Gott um Vergebung bittet. Er muß die Aussöhnung mit dem Beleidigten oder Geschädigten herbeiführen. Erst dann kann auch die Versöhnung mit Gott erfolgen, die unverzichtbar ist, denn jeder Frevel gegenüber einem Mitmenschen ist eine Sünde gegenüber dem Herrn, der ja den Menschen „ihm zum Bilde, zum Bilde Gottes" geschaffen hat.

In der Frühzeit war das jetzige Neujahrsfest der Tag des Posaunenschalls. Das damals verwendete Widderhorn, der Schofar, ist noch heute im Gebrauch. Dessen Töne, Naturlaute, die teils an das Jaulen der Schakale, teils an das Heulen der Wüstenwinde in den Sinaibergen erinnern, sollen zur Einkehr mahnen – zum Frieden unter den Menschen, dem höchsten Auftrag Gottes an seine Geschöpfe.



„Rüstungskontrolle!" KLAUS BÖHLE

Wenn Reagan Stärke sagt

Von Herbert Kremp

Damit keine Illusionen aufkommen, ist es wichtig, das bevorstehende Treffen des amerikanischen Präsidenten mit Außenminister Gromyko zutreffend zu charakterisieren. Es handelt sich hier nicht um einen „Dialog" und keineswegs um „Annäherung". Die Zeitgeschichte, deren Autoren die großen Mächte sind, macht keine Hasensprünge.

Ronald Reagan hat vier Jahre gearbeitet, bevor er jetzt zu einem Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen Außenpolitik bereitsteht. Gromyko wiederum hat gute Gründe, den Kontakt zu diesem Zeitpunkt, nicht früher und nicht später, zu suchen. Es gibt kein einziges Anzeichen dafür, daß sich an der bekannten Abmessung der Distanz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion etwas ändern wird. In den Sachen jedenfalls nicht. Der Inhalt des Gesprächs wird in zwei Positions-Beschreibungen bestehen, aus denen hervorgeht, ob und auf welchen Gebieten diplomatische Bewegungen möglich sein werden.

Reagan hat eine lange Angebotsliste an die sowjetische Adresse gerichtet. Sie enthält Elemente, die es der Sowjetunion nicht einfach machen, an der Linie ihres primitiven *Anti-Amerikanismus festzuhalten.* Entscheidend ist jedoch der eine Satz des Präsidenten, daß die Vereinigten Staaten „ihre Stärke wiederhergestellt haben". Diese Feststellung gehört nicht zum Höhepunkt des Wahlkampfs, sondern markiert eine Zwischenbilanz der Ära Reagan. In dieser Zeit ist es dem Präsidenten gelungen, die drückenden Hypotheken von Vietnam, Watergate und Rezession abzutragen und die gewaltigen Initiativ- und Investitionskräfte des Landes wiederzubeleben. Das Wort Stärke, das der Präsident verwendet, bezieht sich keineswegs nur auf die militärische Rüstung, sondern auf die volle Handlungsfähigkeit der Regierung und auf die technologisch orientierte Wirtschaft, zu allererst aber auf den optimistischen Glauben in die eigene Zukunft, der in den USA zum Massenphänomen geworden ist.

Das ist die Position, die Reagan *einnimmt und von der aus das* Verhältnis zwischen den Weltmächten neu zu bestimmen ist. Gromyko kann diesen Befund nicht übergehen, so sehr diktatorische Systeme aus Eigenart und Willen dazu neigen mögen, Fehleinschätzungen zum Opfer zu fallen. Die sowjetische hatte sich über mehr als ein Jahrzehnt an ein Bild Amerikas gewöhnt, das von inneren Zweifeln, außenpolitischem Zaudern, Nachlässigkeit in der Rüstung und schwankender Autorität im Bündnis gekennzeichnet war. Moskau konnte in Asien und Afrika expandieren, gleichzeitig westliche Kredite einstreichen, in einer Serie von Konferenzen den Besitzstand in Europa festschreiben, seine Vorherrschaft über die Staaten Osteuropas legitimieren und darüber hinaus durch resolute Hochrüstung militärische Vorsprünge erringen. Man sollte sich nicht genieren, diese Summe der sogenannten Entspannung als ein Zeugnis hervorragender Staatskunst zu bezeichnen. *Die* Sowjets gingen zu Recht von der Schwäche des Westens aus. Umso schwieriger ist es für sie heute, die Gezeitenwende zu begreifen.

Wenn wir den Unterschied zwischen bürokratisch-totalitären und demokratisch-liberalen Systemen auf den Nenner bringen, der Politik vergleichbar macht, stoßen wir auf das Gegensatzpaar Beweglichkeit–Starre. Bei allem, was West und Ost sonst noch trennt – für die operative Politik ist diese Differenz *die entscheidende.* Den Sowjets muß flau werden bei der Erkenntnis, daß vier Jahre initiativer, Kräfte entfesselnder amerikanischer Regierungspolitik genügten, um die andere Weltmacht auf den Gebieten der technologischen Qualität, der Entwicklung neuer Industrien, der Markt-Strategien und der Rüstungstechnik, in allen Disziplinen der Zukunft also, zu distanzieren.



Gute Gründe für den Kontakt jetzt: Reagan, Gromyko (mit Frau Kirkpatrick) FOTO: AP

Dabei geht es nicht nur um Wirtschaft. Die Milliarden-Investitionen der Amerikaner in die Weltraum-Technik („star war") laufen auf einen Umbruch der Strategie von Angriffswaffen auf Abwehrwaffen, von Abschreckung – sie ist eine psychische Kategorie – auf die materiale Kategorie der Unverwundbarkeit hinaus. Dieser Prozeß ist eingeleitet und unaufhaltsam. Er kann die Begriffsbestimmung von Weltmacht verändern. Aus diesem Grunde nimmt Gromyko den persönlichen Kontakt zu Washington keine Stunde zu früh auf.

In seinem Fortschrittsglauben hatte Lenin einmal erklärt, Kommunismus, das sei Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Die breite Modernisierung, die er dabei im Auge hatte, stockt indessen genau an der Stelle, wo die Beweglichkeit der ganzen Gesellschaft zur unabdingbaren Voraussetzung für jede weitere Entwicklung wird. Diese Dynamik ist in der Sowjetunion nicht vorhanden. Wir beobachten dort, wie in allen kommunistischen Ländern, eine störende Ungleichzeitigkeit der Entwicklung. Rußland in seiner ganzen Ausgedehntheit entspricht heute der Formel Panjewagen plus SS 20. Die führende Schicht, die man Nomenklatura nennt, *hütet den Hort* der Schwerindustrie, die sie geschaffen hat, und aus deren Mehrwert sie ihre Privilegien von der Datscha bis zum Sonderkrankenhaus finanziert. Reform bedeutet für diese Talgschicht Machtverlust. Technologie und moderne Technik wurden auf die Rüstung konzentriert. Sie erreichen nicht das breite Feld der Kommunikation, weil die da*mit verbundene Information für* politisch gefährlich gehalten wird.

Starre aus Gründen der Machter*haltung einer herrschenden Min*derheit kann in gefährliche Nervosität umschlagen, sobald die Kräfte der Beweglichkeit die Höhen und Ränge der *Macht* verändern. Ronald Reagan weiß sehr wohl, warum er den Sowjets Angebote unterbreitet.

IM GESPRÄCH Franz Keil

Hemisphären-Botschafter

Von Evi Keil

Ein halbes Weltreich hat Dr. Franz Keil, der neue Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Asienpolitik, zu betreuen. Seine Kollegen im Amt sprechen scherzhaft von seiner „ausländischen Pfarrei", die er als „roving Ambassador", als demnächst weltreisender „Botschafter", zu überwachen hat.

Seit 1977 gibt es die Funktion solcher Beauftragter im AA. Sie sind Gesprächspartner für höherrangige Besucher und nehmen ihrerseits Sonderkontakte zu Staats- und Regierungsrepräsentanten auf. „Bewußt", so Dr. Franz Keil, „betrachtet sich ein solcher Beauftragter aber nicht als Konkurrenzunternehmen zu den deutschen Botschaftern im Ausland."

Die „Pfarrei" des Diplomaten umfaßt sämtliche Länder unterhalb der sowjetischen Grenze, unter anderem China, Indien, Japan, Korea, aber auch Afghanistan und die Mongolei. Dazu kommen Australien, Neuseeland und die neuen kleinen Staaten im südpazifischen Raum.

Dr. Franz Keil ist 1929 in Köln geboren. Dort studierte er Jura. Weitere Studien absolvierte er an der ehrwürdigen Universität Coimbra in Portugal. 1958 trat er in das AA ein. Kurze Zeit später schon meldete er sich im Amt für ein zweijähriges Japanisch-Studium an. Das Amt honorierte seine neuen Kenntnisse. Von 1960 bis 1965 war er an der deutschen Botschaft in Tokio. Dann folgten vier Jahre an der Botschaft in Brasilien. Franz Keil schaltete auf die rumänische Sprache um, als 1969 seine Versetzung nach Bukarest erfolgte.

Als er 1975 an die deutsche Botschaft nach Lissabon ging, war Portugal von der Revolution geprägt, waren alte Kommilitonen aus Coimbra Minister und Staatssekretäre geworden. In einer politisch hochbrisanten Zeit, in der Westeuropa fürchtete, Portugal könne kommunistisch werden, wurden relativ schnell enge Kontakte zwischen Botschaft und Regierenden hergestellt. Die gemeinsame Schulbank half. 1977 bis 1980 war Franz Keil in Peking, von 1979 an im Range eines Gesandten unter Botschafter Erwin Wickert. Es war die Zeit nach dem Ende der Kulturrevolution. Der „Chinaboom" setzte ein. Im Westen machten sich vor allem die Vorstandsvorsitzenden großer Konzerne auf die Reise, gelegentlich in Kauf nehmend, daß sie zu zweit in den wenigen Doppelzimmern der Pekinger Hotels logieren mußten. Auch in Richtung Bundesrepublik setzte ein reger Reiseverkehr chinesischer Funktionäre ein.



Sprachkenntnisse halfen: „Beauftragter" Keil FOTO: DIE WELT

Franz Keil hatte die chinesische Sprache zu lernen begonnen, als er seine japanischen Studien betrieb. Jetzt kam ihm das zugute.

Als junger Mann hat Keil sich einmal Geld verdient, indem er in Köln alte Laternenpfähle ausriß und neue einpflockte. Nun schickt ihn Genscher auf die Reise, um neue Pfähle einzurammen. Die Bundesrepublik muß auf die gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklungen achten, die sich im pazifischen Raum vollziehen. Die Wirtschaft klagt darüber, daß die deutschen diplomatischen Vertretungen der Aufgabe kaum gewachsen seien, die Interessen unseres Exports wahrzunehmen. Hier liegt eine Hauptaufgabe für Franz Keil.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE TIMES

Die britische Tageszeitung äußert sich zur Rede des US-Präsidenten vor der UNO-Vollversammlung:

Ohne Änderungen in der Substanz seiner Position und sogar ohne Leisetreterei bei seinen allgemeinen Prinzipien schaffte Reagan es, den richtigen Ton für die Unabhängigkeit der blockfreien Staaten zu treffen, kombiniert mit einer dringlichen Versöhnlichkeit in seiner Haltung zur Sowjetunion.

NEUE PRESSE

Das hannoversche Blatt meint zu den Arbeitszeitvorstellungen der IG Metall:

Klipp und klar steht schließlich auf dem Papier, die 38,5 Stunden seien eine rechnerische Durchschnittsgröße. Mal mehr, mal weniger Wochenarbeitszeit also, kurzum: Flexibilität. Und das sollte im Computerzeitalter nicht möglich sein? Das wird die IG Metall nicht ernsthaft behaupten wollen. Hinter diesen Nachbesserungswünschen, die die IG-Metall-Zentrale den Betriebsräten anrät, steht eher machtpolitisches Funktionärsdenken. Die Gewerkschaft setzt sich dem Verdacht aus, den sprichwörtlichen Teufel im Detail gezielt in den Tarifabschluß hineinzuinterpretieren.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zum Kommentar der Steuerbeamten über den Stuttgarter Aktenfund – „der Vorgang erscheint dubios" – meint die Zeitung, das stimme, aber:

Ein Skandal ist nämlich weniger, wie die geheimnisvolle Übergabe der Datensammlung vor sich ging, sondern vielmehr, daß sie überhaupt möglich war. Computerausdrucke mit sehr persönlichen Zahlen aus dem Leben von Mitbürgern gehören keineswegs in eine jedermann zugängliche Mülltonne – auch wenn es viele neugierige Zeitgenossen schon interessieren würde, wie die Finanzen des Gewerkschafters Leonhard Mahlein aussehen oder ob und, wenn ja, wie Fußballprofi Hansi Müller durch den Abschreibungsdschungel stürmt. Das bemerkenswerteste ... ist aber die Erkenntnis, daß es dem betreffenden Finanzamt an einem Reißwolf gebricht. Ein Lösungsvorschlag: All jene, die etwas verbergen möchten, sollten da vielleicht zusammenlegen, um einer armen Behörde zu helfen.

Frankfurter Allgemeine

Zum Geburtstag Tschernenkos heißt es hier:

Warum ist der dreiundsiebzigste Geburtstag des sowjetischen Generalsekretärs Tschernenko so still begangen worden? ... Vielleicht will die sowjetische Führung dem Volk sagen, die Macht sei schon zu wesentlichen Stücken an Tschernenko vorbeiverteilt. In Moskau scheinen die Entscheidungsprozesse gehemmt zu sein, aber ein Machtvakuum gibt es sicherlich nicht.

Die Presse

Zum Ausgang des Schweizer Volksentscheids bemerkt das Wiener Blatt:

Das Ergebnis des Schweizer Volksentscheides wird aber von Anhängern der Kernenergie nicht nur als Sieg der Vernunft gewertet werden, sondern auch als ein wesentlicher Fortschritt im Sinne des Umweltschutzes ... Früher oder später wird man überall in der Welt – außer vielleicht in Österreich – erkennen, daß die Kernkraft die sauberste und sicherste Energiequelle ist.

Im öffentlichen Dienst streikt man wenn, dann für Bares

Aber vier plus fünf Prozent ist ohnehin etwas happig / Von Günther Bading

Die Nullrunde im öffentlichen Dienst ist tot, es lebe der Verteilungsspielraum. So hört man es aus Bundesregierung und Koalitionsparteien, von jenen Politikern also, die im vergangenen Jahr in den Haushaltsberatungen für 1984 mit der Einkommenszuwachs-Verweigerung für Beamte und andere öffentlich Bedienstete einen unbestreitbar notwendigen Beitrag zur Eindämmung der Staatsausgaben geleistet haben.

Fast klingt es, als wolle man verbale Konfrontationen vermeiden wie vor der diesjährigen Tarifrunde in der Metall- und der Druckindustrie. Statt die Forderungen töricht zu nennen, wie der Kanzler dem Verlangen nach der 35-Stunden-Woche entgegengetreten war, scheint man die angeblich ach so streikbereiten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes besänftigen zu wollen.

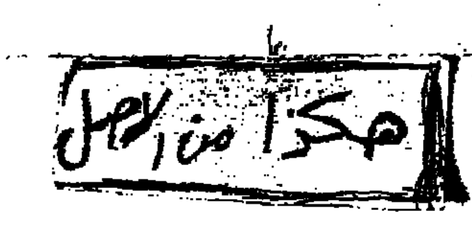
Wäre dem so, so hätte man schon vor Beginn der eigentlichen Tarifrunde Verhandlungsterrain aufgegeben, dem Gegenspieler im Tarifpoker einen Blick auf die eigenen Karten gestattet. So ungeschickt allerdings ist die jetzt vom Kanzler über den Finanzminister bis zum FDP-Präsidium und den Unionsparteien öffentlich gegebene Entwarnung in Sachen „Nullrunde" nicht. Noch im vergangenen Jahr hatte sich der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, in Briefen an Kabinettskollegen empört jede Einmischung in die Tarifverhandlungen durch öffentliche Äußerungen verbeten. Jetzt schweigt er. Dem Taktiker Zimmermann kann es nur recht sein, wenn die öffentliche Diskussion und die Erwartungshaltung der 2,3 Millionen betroffenen Angestellten und Arbeiter bei Bund, Ländern und Gemeinden in Richtung mehr Lohn geht.

Natürlich sollten die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt werden. Aber: selbst bei rechnerischer Beibehaltung eines „Null-Zuwachses" für 1984 böte die Laufzeit bis in den Herbst des nächsten Jahres hinein – oder länger – die Möglichkeit, den Staatsdienern 1985 etwas an Einkommen draufzulegen. Die Beteiligung an der vielzitierten „allgemeinen Einkommensentwicklung" könnte so gewährleistet werden. Überdies sind weitere Gründe vorstellbar, warum Zimmermann insgeheim die Diskussion über das Ende der Nullrunde gar nicht so ungelegen kommt.

Zum einen ist der Minister selber im Wort, daß es nach der „Nullrunde" 1984 keine weiteren Sonderopfer für den öffentlichen Dienst geben werde. Zum anderen kann die öffentliche *Diskussion* um mehr Geld für die Müllmänner, Busfahrer, Arbeiter in städtischen Bauhöfen und die vielen Angestellten in den Verwaltungen auf kommunaler oder übergeordneter Ebene der zweiten Forderung der ÖTV ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen. Und schließlich errechnet sich das Verlangen der trotz des Aussscheidens so markanter Figuren wie Heinz Kluncker und des Tarif-Jongleurs Siegfried Merten auch unter Monika Wulf-Mathies noch immer recht schlagkräftigen Gewerkschaft nach zehn zusätzlichen bezahlten freien Tagen mit rund vier Prozent an Lohnkosten – was zusammen mit den verlangten fünf Prozent mehr Einkommen die stolze Gesamtforderung von neun Prozent ausmacht.

Nun ist aus der ÖTV zu hören: wie nachgiebig sich die öffentlichen Arbeitgeber auch beim Lohn zeigen mögen – ganz ohne Arbeitszeitverkürzung laufe die Chose nicht. Immerhin sei diese Forderung nach den zehn freien Tagen *schon eine Art „Kompromiß in sich".* Denn man fordere nur rechnerische 38,5 und nicht 35 Wochenstunden, wobei man sich darüber klar sei, daß der Abschluß geringer ausfallen werde als die Forderung. Man sei, so versichern die Funktionäre im ÖTV-Haus an der Stuttgarter Theodor-Heuss-Straße, bereit, nicht nur zur Durchbrechung der Nullbarriere – deren Tore vom 1. Januar 1985 ja ohnehin offenstehen sollen –, sondern auch für kürzere Arbeitszeit zum Streik bereit. Frau Wulf-Mathies, die ihrer Rolle als Gewerkschaftsvorsitzende rhetorisch durchaus gewachsen ist, wird wohl auch beim geschickterweise mitten in die Tarifverhandlungen gelegten Fortsetzungstermin für den im Juni unterbrochenen Gewerkschaftstag am 9. Oktober in Karlsruhe alle Register zu ziehen wissen, um den Eindruck gewaltiger Kampfbereitschaft für das gemeingewerkschaftliche Gesamtziel der Wochenarbeitszeitverkürzung zu erwecken.

Das Feuerwerk aber wird kein *Dauerbrenner* werden. Für mehr Geld sind die bei den Arbeitern und „kleinen" Angestellten beheimateten „Kampftruppen" der ÖTV zum Streik bereit, für einen nur noch auf dem elektronischen Taschenrechner nachvollziehbaren theoretischen Einstieg in die 35-Stunden-Woche über zehn freie Tage wohl kaum, wenn dies Abstriche beim erhofften und in vielen Fällen gewiß auch benötigten Lohnzuwachs bedeuten würde.



Die Industriespione helfen Moskau Milliarden sparen

Mit der Verhaftung des Spions Manfred Rotsch ist der Abwehr *ein großer Fisch* ins Netz gegangen. Der Abteilungsleiter bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm ist ein Beispiel dafür, daß der Osten verstärkt seine Spione auf die Industrie ansetzt.

Von WERNER KAHL

Mit dem Begriff Industrie-Spionage werden nach einer Analyse des Vorstandsvorsitzenden des Elektroanlagen- und Maschinenbauunternehmens Brown, *Boveri & Cie. Dipl.-Ing. Herbert Gassert*, Tatbestände umschrieben, die vom Verstoß gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb bis hin zu *nachrichtendienstlicher* professioneller Tätigkeit reichen. Der Fall des Überläufers Stiller aus dem Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit hat laut Gassert Erkenntnisse gebracht, die „für den sicherheitsbewußten Unternehmer erschrekkend sind".

Die jährlich aus der Bundesrepublik durch dunkle Kanäle abfließenden wichtigen technischen Informationen werden in Vorstandsetagen inzwischen mit Werten in Milliardenhöhe beziffert, obwohl nicht immer eine *direkte oder indirekte Schädigung* für das einzelne Unternehmen oder den Staat erkennbar wird. So unstimmig wie die Relation zwischen Verratsumfang und Strafandrohung scheint, so stehen für Unternehmer wie Gassert auch „die zum Teil lä*cherlich geringen Strafen gegen* Agenten und Spione in keinem Verhältnis zur Schuld des Täters und zur Höhe des angerichteten Schadens".

Der nachrichtendienstliche Angriff auf Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik ist nach Ansicht des Präsidenten des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Hermann Häring, verstärkt worden. Gegenüber der hochentwickelten Forschung und Technik in der Bundesrepublik haben die *kommunistischen Staaten auf vielen* Gebieten große Rückstände. „Die Wirtschaftsspionage nimmt neben der politischen Spionage immer mehr an Bedeutung zu", sagt Häring.

Schwerpunkte der gegnerischen Aufträge erkannte der Verfassungsschutz in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen Elektrotechnik, Elektronik, Rüstungsindustrie, Fahrzeugbau sowie Maschinenbau, Feinmechanik, Optik und anderen Forschungsstätten der Wirtschaft.

Nach einer CIA-Analyse, die dem Ständigen Ermittlungsausschuß des US-Senats im Mai 1982 vorgelegt wurde, hat die Sowjetunion hundert Prozent ihres Bedarfs an Militärelektronik und fünfzig Prozent ihres mikroelektronischen Bedarfs durch illegale oder geheime Käufe im Westen erworben. *Die Bestell-Liste* der „High-Tech-Produkte" reicht von der Computertechnologie über Laser- und Antriebstechnik bis zu mikroelektronischen Bausteinen.

Der in der vergangenen Woche unter der Beschuldigung 17jähriger Spionage für das KGB verhaftete Abteilungsleiter von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Manfred Rotsch, wurde, so vermutet man, von der Verwaltung „T" der 1. Hauptverwaltung des sowjetischen Geheimdienstes geführt. Die Offiziere von „T" sind für das Sammeln wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse sowie für die Ausspähung von Entwicklungsarbeiten im Bereich der Spitzentechnologie zuständig.



Seit 1964 bei MBB: Manfred Rotsch
EXCLUSIV-FOTO: BILD-ZEITUNG

Ein Ziel des Spions: das Kampfflugzeug „Tornado" mit seiner einzigartigen Elektronik
FOTO POLY-PRESS

„Wenn eine sowjetische Delegation ein wissenschaftliches Symposium im Ausland besucht, befindet sich unweigerlich ein Offizier der Verwaltung ,T' darunter", heißt es in dem kürzlich erschienenen neuen KGB-Report von John Barron. „T"-Offiziere stellen diesen Angaben zufolge einen erheblichen Teil des Personals der KGB-Residenturen in Industrieländern. Meist seien sie schwerer zu identifizieren als andere KGB-Angehörige, weil sie Wissenschaftler oder Techniker sind und ihrer Rolle als wissenschaftliche Berater, Angehö*rige von Handelsmissionen oder* als Aeroflot-Angestellte voll gerecht werden.

Ermittlungen des Verfassungsschutzes bestätigen im aktuellen Fall Rotsch Erkenntnisse aus der Arbeitsweise der Moskauer Spionagezentrale. Nach der Devise „Erst studieren, dann spionieren" (Bundesanwalt Felix Kaul über die Industriespionage) schaltete sich das KGB erst ein, als der MBB-Abteilungsleiter Manfred Rotsch 1964 in dem Unternehmen eine Anstellung erhalten hatte.

Gleichzeitig bemühte sich Rotsch um gute Kontakte zur CSU, bei der er allerdings mit der Kandidatur für den Gemeinderat durchfiel. In der Gemeinde Poing wurde er jedoch Vorsitzender der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA), den Sozial*ausschüssen der bayerischen CSU*.

Als Spion durfte er nicht wie andere Agenten Mitteilungen einem „toten Briefkasten" anvertrauen, sondern die Berichte bei Treffen mit Führungsleuten aus Moskau abliefern. Man traf sich in Bayern, in *Österreich und in anderen westeuro*päischen Ländern.

Bei den Russen handelte es sich offenbar um Fachleute, die dem Spion sachkundige Gesprächspartner waren und Anweisungen geben konnten, worauf es ihnen ankam.

Das Interesse galt allen Bereichen, in denen das Unternehmen tätig oder mitbeteiligt war: So den Arbeiten am Airbus, dem erfolgreichsten Passagierflugzeug des Jahres, der Entwicklung von Weltraumprojekten von Esa und Nasa, aber auch der Konstruk*tion von Panzerabwehrraketen und* immer wieder dem Kampfflugzeug „Tornado" mit seiner einzigartigen Elektronik.

Beim „Tornado" gingen die Russen ebenfalls mehrgleisig vor. Für Spionage im Bereich des Werkschutzes verschiedener Unternehmen sicherten sie sich die Dienste des ehemaligen Fregattenkapitäns Wilhelm Rei*chenburg, der am 4. August dieses* Jahres verhaftet wurde; über Triebwerksentwicklungen informierte der Planungsingenieur Jürgen Reichwald, der aus der Mark Brandenburg in den Westen geschleust worden war, und bei der weltbekannten Münchner Motoren-Turbinen-Union (MTU) arbeitete. Alles andere über das supermoderne Kampfflugzeug versuchten sich die Sowjets von ihrem *MBB-Mann Rotsch* zu verschaffen.

Wie es dort mit dem Schutz vor *Spionage bestellt war, wird sich im* Prozeß herausstellen. Über den MTU-Werkschutz im Fall des Spions Reichwald erfuhr das Gericht 1982: „Wenn Rolls Royce anrief, war es immer brandeilig", sagte der frühere Sicherheitsbeauftrage des Unternehmens. „Unsere 400 Seiten Geheimhaltungsvorschriften waren plötzlich graue Theorie. Dann wurden die Konstruktionspapiere eingepackt und los *ging's." Unkontrolliert durch den Be*triebsschutz konnte auch Agent Reichwald Kopien über die „Tornado"-Triebwerke aus dem Werk schleusen.

Vor dem Staatsschutzsenat des Bayerischen Oberlandgerichtes verdeutlichte ein Zeuge, wie leicht dem Ingenieur das Ablichten gemacht wurde: „Es gab 40 Kopiergeräte. Sie standen in den Gängen und konnten nicht abgeschlossen werden." „Jeder", so der Zeuge, „hatte dort die Möglichkeit, Kopien herzustellen."

Eine Maß Bier und ein saurer Minister

Von PETER SCHMALZ

Der Franke Karl Hillermeier, Jäger und Doktor der Rechte, ist ein treffsicherer Mann. Beim Prominentenschießen auf dem Oktoberfest schoß er mit der Armbrust Konkurrenten wie den Intendanten des Rundfunks, einen Münchner Ex- und einen amtierenden Oberbürgermeister sowie einen bayerischen Landwirtschaftsminister mühelos aus dem Wettbewerb. Daß Herr Hillermeier ein Ziel erfolgreich ins Visier zu nehmen vermag, ist eine Eigenschaft, die ihm auch beruflich hilfreich sein kann: Er ist seit geraumer Zeit Bayerns Innenminister.

In seiner Nebenbeschäftigung als Stellvertreter des Ministerpräsidenten war ihm nun aber Jagdgöttin Diana weniger hold. Beim Wies'n-Anstich, mit dem das Oktoberfest alljährlich eröffnet wird und dem der Bayern-Regent Franz Josef Strauß *diesmal wegen des Todes seiner Frau* Marianne fernblieb, kam Hillermeier offiziell als Stellvertreter und peilte ein Ziel an, das sein Chef bisher noch nie verfehlt hat: die erste vom Münchner Oberbürgermeister gezapfte Maß Wies'n-Bier. Aber Georg Kronawitter, wegen seines Parteibuchs der „rote Schorsch" genannt, ließ den „schwarzen" Minister abblitzen und kredenzte die ersten Bierkrüge seinen beiden *eigenen Stellvertretern. „Das erste* Bier ist für beide Bürgermeister", entschied er.

Vor so viel Frechheit verschlug's dem Innenminister die Sprache, er schluckte mürrisch an einer Maß, deren Bier lebensmittelchemisch identisch war mit dem der ersten Maß, deren protokollarischer Unterschied aber den Genuß erheblich reduzierte. „Wenn ich das geahnt hätte", grantelte der *Minister* in den Bierschaum hinein, „wäre ich möglicherweise gar nicht gekommen." Später erklärt sein Sprecher, der Minister sei nicht beleidigt, wohl aber „befremdet". Und er werde als weißblauer Regierungs-Vize in einem Brief an den Oberbürgermeister *Aufklärung verlangen* über diese als „unfreundlich" bezeichnete Bier-Tat.

Auf dem Nockherberg, beim Starkbier-Anstich, wird auch dem Ministerpräsidenten als dem „pater patriae" die erste Maß gereicht; der CSU-Oberbürgermeister reichte sie auch auf der Wies'n seinem Parteifreund Strauß. Aber Kronawitter will von dieser Bier-Reichung nichts mehr wissen. Es gebe kein Reglement für den ersten Schluck, läßt er verkünden.

Aber auch dem Ministerpräsidenten hat der Rathaus-Boß ein protokollarisches Bein gestellt: Zum Trachtenzug, der sich traditionsgemäß am *Tag nach der Wies'n-Eröffnung durch* die Stadt windet und bei dem einst Erich Kiesl gemeinsam mit dem Regierungschef in einer Kutsche gefahren ist, verordnete der forsche Schorsch: Als Oberbürgermeister wird er in einer Kutsche vorausfahren, Strauß kann mit seiner Tochter Monika in einer zweiten hinterherkommen. So geschah's dann auch, weshalb die CSU bierernst sauer wurde und Kronawitter machtbewußt erklärte: „Das Protokoll bestimmen wir."

Die Religion hält in Kroatien das Nationalgefühl wach

„Religion und Marxismus können in unserer sozialistischen Gemeinschaft keinesfalls Hand in Hand gehen", *schrieb kürzlich das* Belgrader Parteiorgan „Borba". Es war eine Reaktion auf die 1300-Jahr-Feiern des kroatischen Christentums, zu denen 300 000 Gläubige kamen. Kroatien – ein zweites Polen?

Von CARL G. STRÖHM

Die Feiern im Wallfahrtsort Marija Bistrica haben es deutlich gemacht: Die katholische Kirche Kroatiens verfügt über zwei Eigenschaften, die jedem jugoslawischen Kommunisten zu denken geben und die meisten KP-Ideologen mit Neid erfüllen müssen: Die Kirche hat eine *„Massenbasis" und* – trotz gewisser Dispute zwischen einigen Linkstheologen und der Kirchenleitung – eine innere Geschlossenheit, die in mancher Hinsicht an Polen erinnert.

Zu dieser Position haben ausgerechnet *die Kommunisten* dem Katholizismus verholfen. Die offene Unterdrückung der Kirche, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren üblich war, ist einer verdeckten, aber deut*lich spürbaren „Politik der diskrimi*nierenden Koexistenz" gewichen. Darauf hat in Zagreb ein prominentes Mitglied der katholischen Hierarchie Kroatiens zwar diplomatisch, aber eindeutig hingewiesen: Weihbischof Djuro Koksa erklärte, für die Kirche in seinem Lande gehe es immer um die Frage, was sie „innerhalb der ziemlich strengen Gesetze" tun dürfe. Der Weihbischof sagte dann, die Kirche in Jugoslawien müsse „vorsichtig formulieren", was nicht heiße, daß sie nicht frei sprechen könne. „Aber jede Äußerung zu gesellschaftlichen Fragen kann uns als politische Tätigkeit ausgelegt werden".

Koksa illustrierte das mit einem Beispiel. Im kommunistischen Jugoslawien könne die Kirche „vertikal" wirken und zu Gott beten – aber sie *dürfe keinesfalls „horizontal"* (also in die Breite) tätig sein und in Richtung auf Veränderungen wirken. „Denn sobald die Kirche versucht, horizontal zu wirken, wird sofort gesagt, daß sie gegen die Verfassung arbeitet und sich in die Politik einmischt." Als Koksa gefragt wurde, warum Papst Johannes Paul II. seine ursprüngliche Absicht, nach Marija Bistrica zu kommen, nicht verwirklichen konnte und statt dessen den Wiener Kardinal König hinsenden mußte, antwortete der kroatische Weihbischof: „Das ist eine komplizierte Frage. Sie ist noch komplizierter als der ganze Balkan."

Wo aber sind die Grenzen des Politischen erreicht? Der Zagreber Erzbischof Kardinal Franjo Kuharic – er ist *für seine unverblümte Sprache* bekannt und wird deswegen immer wieder von den kommunistischen Medien kritisiert – bezeichnete es (offenkundig im Blick auf den offiziellen Atheismus des jugoslawischen Regimes) als „schwere Verletzung der Menschenwürde, wenn man den Menschen daran hindere, Gott zu suchen und ihm anzugehören". Die vollkommene Freiheit schließe aber die Freiheit der *religiösen Erziehung* der Kinder sowie die Möglichkeit für die Gläubigen, die Kranken, die Gefangenen und die Soldaten ein, „die Eucharistie zu feiern und die Sakramente zu empfangen".

Die katholische Kirche hat es in Jugoslawien *sicher um vieles leichter* als in manchen anderen kommunistischen Ländern, aber eine soziale Aktivität außerhalb der Kirchenportale ist ihr auch hier weitgehend verschlossen. Seelsorge in der Armee oder in den Gefängnissen ist verboten. Ebenso gibt es keinen Religionsunterricht in den Schulen. Gläubigen Christen sind politische und in den meisten Fällen auch ökonomische Führungspositionen sowie Beamten- und Offiziersstellen verschlossen. Wenn aber der kroatische Kardinal dies kritisiert, rührt er bereits an einen Eckpfeiler des Regimes.

Hinzu kommt die national-kroatische Dimension des Katholizismus im Vielvölkerstaat Jugoslawien. Nur die Kroaten und Slowenen sind in ihrer großen Mehrheit katholische Völker. Die Serben und Mazedonier *sind orthodox. Außerdem* gibt es – etwa in Bosnien – viele Moslems. Der katholische Glaube ist also zugleich ein nationales Erkennungszeichen. Zwischen Serben und Kroaten, die weitgehend die gleiche Sprache sprechen, stellt die Religion – katholisch gleich kroatisch, orthodox gleich serbisch – oft die einzige Unterscheidungsmöglichkeit dar. So lautete eine der Thesen zum Eucharistischen *Kongreß: „Das kulturelle* Erbe der kroatischen Nation ist untrennbar verbunden mit unserem christlichen Glauben." Hier aber wittern manche Regime-Ideologen bereits den „Klero-Nationalismus" – den Versuch der Kirche, auf der Welle national-kroatischer Sehnsüchte dem Kommunismus die Macht streitig zu machen.

In den Diskussionen und Polemiken zwischen Kirche und Staat in Kroatien spielt daher die Erinnerung an einen Mann eine Schlüsselrolle, den die Kirche eines Tages heilig sprechen dürfte – den aber das kommunistische Regime als Staatsfeind, Verräter, „Kollaborateur der Okkupanten" und „Kriegsverbrecher" bezeichnet: den Kardinal Aloizije Stepinac, der vor einem Gericht Titos verurteilt wurde und 1960 in der Verbannung starb. Sein Grab in der Zagreber Kathedrale ist ein Wallfahrtsort – und als die Kardinäle König und Kuharic seinen Namen erwähnten, brandete bei den Gläubigen Beifall auf.

Stepinac gilt als Symbolfigur einer kroatisch-katholischen Nationalidee, die in den Jahren des Zweiten Weltkriegs zeitweise in die Nähe der damaligen Machthaber geriet – weil ja die Schaffung des von vielen Kroaten ersehnten „unabhängigen Staates" *damals mit deutscher beziehungswei*se italienischer Hilfe erfolgte. Ebenso wie die meisten anderen Kroaten distanzierte sich der damalige Zagreber Erzbischof von den Untaten des kroatisch-faschistischen Regimes, blieb aber ein scharfer Gegner des Kommunismus. Erst als Tito und die Kommunisten sahen, daß Stepinac sich ihnen nicht unterordnen wollte, entdeckten sie in ihm plötzlich einen „Kriegsverbrecher". Als er dann als halber Häftling starb, mußten die Kommunisten zähneknirschend einem feierlichen Begräbnis zustimmen, zu dem Zehntausende von Menschen erschienen. Noch nie ist ein angeblicher Kriegsverbrecher so von der Bevölkerung geehrt worden.

Den gegenwärtigen kroatischen KP-Führern in Zagreb – die ideologisch um vieles schärfer sind als ihre serbischen Genossen in Belgrad – sitzt der Schreck der sogenannten „kroatischen Massenbewegung" vom Ende der sechziger Jahre noch in den Gliedern. Damals manifestierte sich die Unzufriedenheit weiter Teile der kroatischen Bevölkerung mit der echten oder angeblichen Diskriminierung und Zurücksetzung durch Belgrad, die Serben und den kommunistischen Zentralismus. Tito reagierte *mit einer Massensäuberung*. Seither hat der zweifellos vorhandene kroatische Nationalismus keine Möglichkeit mehr, sich gesellschaftspolitisch zu artikulieren. Doch die Kirche hilft mit, ähnlich wie in Polen, die nationale Identität zu wahren.

Urteil: Nur Wahlrecht am Hauptwohnsitz

AP, Münster

Die vom Düsseldorfer Landtag beschlossene Änderung des Wahlgesetzes für die Kommunalwahl am kommenden Sonntag, nach der Personen, die in Nordrhein-Westfalen lediglich einen zweiten Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht aberkannt wurde, verstößt nicht gegen die Landesverfassung. Dies entschied gestern das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht in Münster. Abgewiesen wurde damit eine Klage der Grünen, die den früheren Zustand beibehalten wissen wollten, demzufolge man auch dann in Nordrhein-Westfalen wählen durfte, wenn man hier nur eine Nebenwohnung hatte.

Nach Ansicht des 15. Senats des Gerichts hat niemand einen Anspruch darauf, im Bundesgebiet in mehreren Gemeinden zur Wahl zu gehen. Deshalb dürfe dieses Wahlrecht auf die Gemeinde beschränkt werden, wo der Wähler seinen Hauptwohnsitz hat. Im übrigen diene der Ausschluß des Wahlrechts am Ort einer Nebenwohnung der Herstellung der Wahlgleichheit, hieß es in der Urteilsbegründung. Dadurch werde nämlich die „verfassungrechtlich bedenkliche Privilegierung" von Mietern oder Eigentümern mehrerer Wohnungen beseitigt.

Die Grünen, die erfahrungsgemäß viel Zuspruch von Studenten erhalten, hatten ihre Klage unter anderem damit begründet, ihr Wählerpotential sei von der Begrenzung des Wahlrechts besonders betroffen.

Auswirkungen wird das Urteil auch auf den nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister, Klaus Matthiesen (SPD), haben. Er hatte bisher seinen Hauptwohnsitz nach wie vor im schleswig-holsteinischen Flensburg. Nach der neuen Rechtslage kann er nicht für die Landtagswahl am 12. Mai nächsten Jahres kandidieren, solange er in Nordrhein-Westfalen nur eine Nebenwohnung hat. Noch in dieser Woche wird Matthiesen – wie seit langem geplant – seinen Hauptwohnsitz nördlich von Düsseldorf begründen.

Von der Wahlrechtsänderung in Nordrhein-Westfalen sind schätzungsweise 200 000 Personen betroffen, überwiegend Studenten in Universitätsstädten, wo die Grünen einige ihrer Hochburgen haben. (Aktenzeichen: OVG Münster 15 b 1998/84)

Für Strauß hat Kiechle das Vertrauen der Bauern verspielt

Forderung der CSU: Großerzeuger zugunsten kleinerer Betriebe stärker belasten

PETER SCHMALZ, München

„Wir sind hier in Bayern näher an der Front", begründete Ministerpräsident Franz Josef Strauß, weshalb er persönlich, die bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU gemeinsam mit Vertretern der Landwirte zu den schärfsten Kritikern der derzeitigen Bonner Agrarpolitik geworden sind.

Seit die bayerische Mehrheitspartei fürchtet, die Bauern könnten ihr aus Zorn über die jüngsten EG-Beschlüsse den Rücken kehren, haben Agrarthemen in der CSU absolute Priorität, und Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sieht sich massiver Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt, die in dem Vorwurf seines Parteichefs Strauß gipfelt, der Minister sei zu einer Belastung für die CSU geworden.

Ob Kiechle das verlorene Wohlwollen der Parteispitze jemals wieder zurückgewinnen kann, ist mehr als fraglich. Vor allem seit Strauß die Überzeugung geäußert hat, dem Minister werde es nie mehr gelingen, das verspielte Vertrauen der Bauern wiederzubekommen.

Will Kiechle den Ärger mit München zumindest mildern, muß er sich bemühen, einen umfangreichen bayerischen Forderungskatalog möglichst *umfassend zu realisieren, wobei es* für einen Punkt ohnehin schon zu spät ist: Wieder einmal, so ist in München zu hören, hat die Öffentlichkeitsarbeit der Bonner Regierung versagt, die Landwirte seien nicht rechtzeitig genug vorbereitet worden. Besonderen Druck macht die CSU gegen die sogenannte Härtefallregelung, die Landwirten unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, mehr als die neu festgelegte Milchmenge abzuliefern, und über die Strauß meint: „Denkbar unbefriedigend." Fast 35 000 bayerische Milchbauern oder 22 Prozent der Milcherzeuger des Landes haben einen Härtefall-Antrag gestellt, bis zu 10 000 weitere werden noch erwartet. Ein Drittel wurde abgelehnt.

Der Staatskanzlei sind Fälle bekannt, bei denen große und überlebensfähige Betriebe die Härteklausel zugesprochen bekamen, während sie kleineren und dadurch in ihrer Existenz bedrohten Bauern verweigert wurde. In einem Acht-Punkte-Katalog fordert deshalb die CSU-Landtagsfraktion, die Milchmengenregelung stärker nach sozialen Gesichtspunkten auszugestalten, wobei „vor allem auf die kleinen Produzenten ohne Erzeugeralternativen Rücksicht zu nehmen ist".

Die CSU fordert deshalb eine Generalklausel, die jene Betriebe in die Härteregelung einbezieht, die infolge der Garantiemengenregelung in ihrer Existenz gefährdet werden. Kiechle hat bereits die Zusage gemacht, dafür ein Kontingent von 50 000 Tonnen Milch bereitzustellen, der CSU ist dies aber noch nicht genug.

Nach bayerischen Vorstellungen soll von Höfen, die nicht mehr als 100 000 Kilo Milch im Jahr abliefern, auf die Bezugsgröße von 1983 kein Mengenabzug auf die ersten 60 000 Kilo gefordert werden. Auch hier gibt es eine Kiechle-Zusage, die in München als unbefriedigend betrachtet wird: 30 000 Kilo und nur bei Haupterwerbsbetrieben. Kleinere Landwirtschaften werden aber in Bayern häufig im Nebenerwerb geführt.

Insgesamt wünscht Strauß zur Entlastung der kleinen Milchbauern, die in der Regel grünlandabhängig produzieren (also ohne nennenswerten Futtermittelzukauf die Produkte der eigenen Felder und Wiesen verfüttern), eine stärkere Belastung der Großerzeuger. In diese Richtung zielt auch die Forderung, bei Verpachtung die auf dem Pachtland liegende Garantiemenge nicht auf den neuen Pächter zu übertragen. Dies würde nur kapitalkräftige Betriebe dazu verleiten, sich zusätzlich Quoten per Pacht zu kaufen.

In der CSU wird Parteifreund Kiechle wohl zugestanden, daß er ein miserables Erbe von der sozialliberalen Regierung übernommen hat (CSU-Generalsekretär Gerold Tandler: „Deren Politik hat die kleinen Betriebe zum Tode verurteilt"), man wirft ihm aber vor, bei den EG-Verhandlungen zu schnell einem Kompromiß zu Lasten der deutschen Bauern zugestimmt zu haben.

Deshalb, so Strauß, habe er eingegriffen: „Weil ich merkte, daß es so nicht weitergehen kann."

Grüße von Staatschef Ceausescu

H. SCHMIDTENDORF, Köln

Der Deutsche Bundesjugendring weiß, was sich gehört. Eine Staatsflagge Rumäniens zierte den Versammlungsraum, in dem ein zweitägiges Seminar mit der 35köpfigen Delegation des kommunistischen Jugendverbands UTC zu Ende ging. Trotz organisatorischer Probleme hatten die Rumänen Wert darauf gelegt, das Seminar sowie den einwöchigen Aufenthalt überhaupt zum geplanten Termin stattfinden zu lassen.

Grüße von Rumäniens Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu überbrachte die Delegationsleiterin, Pionierverbands-Vorsitzende Poliana Cristescu ebenso wie die erneute Bekräftigung, daß der Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland wie geplant stattfinden werde. Michai Botorog, stellvertretender Abteilungsleiter im ZK des UTC, lobte zum Seminarende die „konstruktive Atmosphäre", das „offene Gespräch" und den „traditionellen gegenseitigen Respekt" bei diesem Treffen von Deutschen und Rumänen.

Das Treffen war die Antwort auf einen entsprechenden Besuch des Bundesjugendrings in Rumänien im September letzten Jahres. Damals war es das erste „Freundschaftstreffen" des kommunistischen UTC mit einem westlichen Jugend-Dachverband überhaupt gewesen. Jetzt reichte die Palette der politischen Gespräche in Bonn von Staatsminister Möllemann über Staatssekretärin Karwatzki im Jugendministerium bis zum Bundestags-Vizepräsidenten Westphal. Dazu gehörten ebenso Begegnungen mit Vertretern der Jungen Union. Bei aller Harmonie wurden dabei die grundlegenden Unterschiede nicht unter den Tisch gekehrt.

Plastisch wurde den rumänischen Gästen die Vielfalt der Bundesrepublik in einem Jugendzentrum in Hennef bei Bonn vorgeführt. Hier trafen sich einträchtig Freunde des Töpferns neben Punkern, die mit martialischem Gepräge die Verstärker zu einem lautstarken Happening aufdrehten.

Jugendfragen bildeten den wesentlichen Teil des gemeinsamen Programms. Nicht von ungefähr: der Vorsitzende des rumänischen Jugendverbandes und somit automatisch Kulturminister seines Landes, *Staatschef-Sohn Nicu Ceausescu*, leitet für die UNESCO die Vorbereitungen zum „internationalen Jahr der Jugend" 1985. 40 Prozent der Funktionärsposten seien z.B. durch Frauen besetzt, rühmten die Rumänen ihren Jugendverband gegenüber den deutschen Freunden, die von solch einer Lösung der „Frauenfrage" nur träumen können. Wie Mitbestimmung der Jugendlichen in der betrieblichen Praxis der Bundesrepublik aussieht, demonstrierten die Gastgeber bei einem Besuch des VW-Werks in Kassel. Dort war neben der Geschäftsleitung auch der Betriebsrat Gesprächspartner. Seine Erklärungen über die Arbeit der Jugendvertretung und ihrer möglichen Erweiterung zu einer generellen Auszubildenden-Vertretung fanden offene Ohren.

Gemeinsamkeiten bestätigten sich besonders in der Diskussion über Wege zur Friedenssicherung. Klaus Westermann, Bundessekretär der deutschen Gewerkschaftsjugend, unterstrich, daß den Rumänen plumpe Schuldzuweisungen nicht über die Lippen gerieten – ganz im Gegensatz zu den augenblicklichen Philippika aus osteuropäischen Hauptstädten. „Eine Diskussion nach dem Motto '*amerikanische Raketen sind das* Übel der Welt, und die sowjetischen sind irgendwie berechtigt', gab es überhaupt nicht," faßte Westermann zusammen. „Die Kritik betraf atomare Rüstung generell."

Worms spekuliert auf ehemalige SPD-Wähler

Verstärktes Werben um Stimmen von Arbeitnehmern

WILM HERLYN, Essen

Drei Ziele haben sich die Christdemokraten für den 30. September in Nordrhein-Westfalen gesteckt. Sie wollen wieder als stärkste Partei aus den Kommunalwahlen hervorgehen. 1979 erhielten sie 46,3 Prozent, die SPD fiel mit 44,9 Prozent auf den zweiten Rang zurück, und die FDP errang damals noch landesweit 6,5 Prozent. Von den Grünen sprach man vor fünf Jahren kaum. Interessanter aber ist, wie die CDU das schaffen will: Das zweite Ziel heißt nämlich, sich noch mehr als Arbeitnehmerpartei zu profilieren und damit Stimmenpotential von der SPD abzuziehen.

Als dritte Markierung sieht die Union, den Herausforderer von Ministerpräsident Johannes Rau, Bernhard Worms, im Land bekannter und populärer zu machen. So gesehen ist die Kommunalwahl am Sonntag durchaus auch eine Teststrecke für den Oppositonsführer im Düsseldorfer Landtag. Daß er diese ernst nimmt, zeigen allein seine beiden „Offensiven im Revier" im Frühjahr und Sommer. Er wollte bei der jeweils zweiwöchigen Ochsentour durch das Ruhrgebiet nicht nur dem eigenen Anhang Mut machen. Und den benötigt die CDU im Ruhrgebiet, wo sie vielfach in der Diaspora lebt und gar schon den Verdacht äußerte, sie sei „die Infanterie der Union ohne Artillerieschutz".

Mit seiner Geste demonstrierte Worms die Einsicht der CDU-Führung, daß sie ohne Stimmenzuwächse im Revier weder im Land noch im Bund auf die Dauer etwas bestellen kann. Seine enge Freundschaft zu Helmut Kohl nutzt er auch immer wieder aus, um der Parteispitze klarzumachen, daß sie die CDU zwischen Duisburg und Dortmund mehr unterstützen müsse.

Als Gegengewicht gegen die SPD-Oberbürgermeister des Reviers suchen unter der Führung von Friedrich Vogel, Chef des CDU-Bezirks westliches Industriegebiet und Staatsminister im Bonner Bundeskanzleramt, die Spitzenkandidaten der Union für die Rathäuser mehr denn je Kontakt untereinander. Denn um an der Ruhr „die Rolle der SPD zu übernehmen", müsse erst einmal – so Vogel – „die Rolle der CDU als Ruhrgebietspartei dargestellt werden."

Dieser Ansatz scheint durchaus logisch und erfolgversprechend, ist doch das Murren an der konservativen SPD-Basis des Reviers inzwischen unüberhörbar. Dazu kommt, *daß sich die SPD-Wählerschaft* durchaus nicht mehr aus „den" Arbeitern zusammensetzt. Die gibt es nämlich kaum noch; herangewachsen ist der Typus des kleinbürgerlichen besitzstandswahrenden und durchaus in seinem Denken konservativen Facharbeiters. Dieser Typus hat sich gegen die Bevormundung der intellektuellen Endlos-Diskutierer in den Ortsverbänden zur Wehr gesetzt wie gegen die neunmalgescheiten Lehrer der immer weiter nach links abdriftenden GEW.

Genau in diese Schicht stößt der Versuch der CDU, stärker als bisher um Stimmen aus dem Arbeitnehmerlager zu werben. Vor allem die rheinische Union, seit jeher stark vom Ideengut der Sozialausschüsse geprägt, proklamierte ein „Bündnis der CDU mit allen Arbeitnehmern". Ihr Vorsitzender Worms greift dabei vor allem die Tendenz der SPD unter Ministerpräsident Rau an, „die Arbeitnehmer an die grüne Blockade-Partei zu verraten". Ein „Rot-grüner Pakt" bedeute Demontage, sei eine Koalition „von Versagern und Verweigerern". Nachdem die SPD das einstmals starke Nordrhein-Westfalen „heruntergewirtschaft" habe, müsse die CDU „im Bündnis mit den Arbeitnehmern den zweiten Wiederaufbau schaffen".

Worm findet Beifall und Verständnis, wenn er sagt: „Der Arbeiter bei Bayer, der Facharbeiter bei Ford, der Ingenieur, der Landwirt, der Selbständigtätige ebenso wie die technische Intelligenz – das sind unsere Wähler, das sind unsere Verbündeten."

In diese Kerbe schlägt auch der westfälische CDU-Chef Kurt Biedenkopf: Es müsse „Hunderttausende von Männern und Frauen in der SPD geben, die sagen, wir müssen zumindest vorübergehend die CDU wählen zur Erneuerung und Stabilisierung unseres Landes, weil die SPD auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nicht zum Ziel kommen kann."

Die SPD verfolgt diese Entwicklung mit Argusaugen. Ihr ist nicht entgangen, daß sich gerade jetzt das Verhältnis zwischen CDU und Gewerkschaften auf Landesebene erheblich entspannt hat. Und auch wenn Biedenkopfs Vermittlung im Arbeitskampf des Druckgewerbes nicht erfolgreich war, so hat er gerade bei den Gewerkschaften erheblich an Boden gewonnen und seine einstige Buhmannrolle abgestreift.

Die CDU ist in 52 Kommunalparlamenten die stärkste Fraktion (SPD: 42), und sie besitzt in 235 Städten und Gemeinden des Landes die absolute Mehrheit (SPD: 67). Umfragedaten zeigen an, daß die Wähler durchaus bereit sind, dem CDU-Kanzler Kritik entgegenzubringen. „Wenn der Wind von Bonn gut weht, muß man in *Nordrhein-Westfalen die Türen weit* aufmachen." Diese Weisheit stammt von Heinz Kühn, dem langjährigen sozialdemokratischen NRW-Ministerpräsidenten; er ist mit dieser Devise gutgefahren.

DIE ANALYSE

Bayern nicht mehr der größte Sparer

PETER SCHMALZ, München

Bayern legt augenblicklich keinen Wert mehr darauf, der größte Sparer und der kleinste Schuldenmacher im Lande zu sein. Finanzminister Max Streibl legte dem Landtag gestern den Entwurf für einen Doppelhaushalt '85/'86 vor, der mit relativ hohen Steigerungsraten nach eigenen Worten des CSU-Ministers „im oberen Bereich" des von Bundesbank und Sachverständigenrat empfohlenen Rahmens liegt. Dies sei aber finanzpolitisch noch vertretbar, meinte Streibl, weil Bayern in der Vergangenheit bereits sparsam und solide gewirtschaftet habe.

Das Gesamtvolumen soll im nächsten Jahr um 3,6 Prozent auf 36,87 Milliarden Mark und 1986 um 3,1 Prozent auf 38 Milliarden Mark steigen. Die Nettokreditaufnahme wird zwar von knapp zwei Milliarden in diesem Jahr auf 1,14 Milliarden im kommenden und auf 950 Millionen Mark im übernächsten Jahr zurückgeschraubt, der Schuldendienst bereitet dem Finanzminister nach eigenem Zugeständnis jedoch erhebliche Sorgen. Allein die 1985 zu erwartende Zinslast von über zwei Milliarden Mark übersteigt die Etats des Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Arbeitsministeriums zusammen. Ende 1986 rechnet Bayern mit einer Gesamtverschuldung von über 24 Milliarden Mark.

Dennoch hält Streibl die weitere Neuverschuldung für gerechtfertigt, weil sie zugunsten einer weiterhin hohen Investitionsquote von 21,5 Prozent hingenommen wird. „Wir wären im nächsten Jahr ohne eine Mark neuer Schulden ausgekommen, ja, wir hätten sogar Schulden zurückzahlen können, wenn wir unser Investitionsvolumen auf die Quote des Länderdurchschnitts von 17,5 Prozent zurückgenommen hätten", erklärte Streibl. Dies aber wolle man aus Interesse für den Arbeitsmarkt nicht.

Der Freistaat wird aber dennoch weiterhin die deutlich geringste Pro-Kopf-Verschuldung im Bundesgebiet haben. 1986 werde in Bayern mit 2238 Mark gerechnet, der Schnitt der Flächenstaaten wird dann bei 3333 Mark liegen.

Landtagsbeschlüsse zur Umweltpolitik, die zu dem Paket der Verfassungsänderung zugunsten des Umweltschutzes zählten, haben die Gestaltungsfreiheit des Finanzministers frühzeitig beschnitten. Er habe noch keinen Haushalt aufgestellt, der vom Parlament vorweg so beeinflußt wär, resümierte Streibl. Mit über einer Milliarde Mark liegt der Umwelt-Etat 1986 um 30 Prozent über dem des Vorjahres.

Trotzdem fühlt sich Bayern gerüstet, die Steuerreform im nächsten Jahr in einem Zug durchzuführen. Dazu ist der Bund nach Streibls An*sicht auch in der Lage, nachdem der* Bundesfinanzminister (Streibl: „ein ehrgeiziger Mann") sein Ziel der Schuldenreduzierung nicht nur erreicht, sondern sogar schon überschritten habe.

Anfrage der SPD wird zum Bumerang

TOW-Raketen wurden unter Schmidt und Leber bestellt

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Wenn der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Schöfberger mit seiner Anfrage an die Regierung über angeblich fehlerhafte TOW-Panzerabwehrraketen den der CDU angehörenden Verteidigungsminister politisch anschießen wollte, dann ist seine Absicht zum Querschläger geworden, der seine eigene Fraktion trifft. Die Raketen, die sich ohne Reparatur nicht zum Übungsschießen der Truppe eignen, sind in den Jahren 1972 bis 1974 vom Verteidigungsministerium in den USA bestellt und auch an das deutsche Heer geliefert worden. Damals war der Verteidigungsminister ein SPD-Politiker, zuerst Helmut Schmidt, später Georg Leber.

Auf Schöfbergers Anfrage teilte der Parlamentarische Staatssekretär Würzbach jetzt mit, mit einem Kostenaufwand von 5,2 Millionen Mark müßten 5200 Raketen repariert werden. Erst dann seien sie wieder für den Übungsschießbetrieb zu verwenden. Die Frage ist nun, wer für diese Summe aufzukommen hat, das amerikanische Heer, von dem das deutsche die Raketen bezog, die Herstellerfirma oder keiner von beiden und damit der deutsche Steuerzahler.

Warum sind die Raketen nur nach einer Reparatur für das Übungsschießen zu gebrauchen? Wie dazu die Hardthöhe mitteilte, hat sich bei der Truppe auf dem Schießplatz herausgestellt, daß die Rakete bei einem Treffer abermals zündete, unkontrolliert umherschwirrte und dadurch für die übenden Soldaten möglicherweise zur Gefahr hätte werden können. Dies soll künftig mit Hilfe einer Reparatur verhindert werden. Dazu soll die Thermalbatterie, die die Zündung der Rakete bewirkt, mit einer zusätzlichen Sicherheitsschaltung ausgerüstet werden, die eine abermalige Zündung nach dem Auftreffen verhindern soll. Das geschieht allerdings eben nur bei dem Kontingent an TOW-Raketen, die das Heer für das Übungsschießen benötigt. Weitere rund 12 000 Raketen bleiben unbehandelt im Depot. Sie sind Kriegsvorrat.

Die Prüfung, wer die Kosten für den Eingriff bei der Übungsmunition tragen muß, ist gegenwärtig im Gange. Die anfangs merkwürdig anmutende Tatsache, daß die Bundeswehr die Raketen nicht direkt beim amerikanischen Hersteller kaufte, – was bei der Beschaffung vom Rüstusngsgütern in der Bundesrepublik selbst üblich ist – wird mit einem Blick auf die Gesetzeslage in den USA erklärlich. Seit vielen Jahren verbietet ein US-Gesetz ausländischen Käufern, militärische Ausrüstung und Waffen von einer bestimmten Größe an direkt vom Hersteller zu beziehen. Als Zwischenstation fungieren immer die amerikanischen *Streitkräfte*. So auch im Fall der TOW-Raketen für das deutsche Heer. Vertragspartner für Bonn ist das amerikanische Heer. Es bestellte die Raketen für das deutsche Heer zu gleichen Bedingungen, wie sie ihm selbst eingeräumt worden wären. Bei Material- oder Verarbeitungsfehlern muß die Herstellerfirma für sie aufkommen, wenn erwiesen ist, daß die Mängel bereits vor dem „Übergang der Eigentumsrechte" vorhanden waren.

Die Prüfung möglicher Regreßansprüche Bonns gegenüber dem US-Heer oder der Herstellerfirma muß nun zeigen, ob diese Umstände so waren. Die TOW-Raketen sind offenkundig nicht ausdrücklich für Übungsschießen mit den dabei vorherrschenden besonders strengen Sicherheitsbedingungen vom deutschen Heer erworben worden, sondern ganz allgemein für das Depot und für die mögliche Verwendung im Verteidigungsfall. Ob unter diesen Umständen Bonn Regreßansprüche geltend machen kann, steht dahin.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Andreottis Nachbeter

„Andreotti und sein Fall"; WELT vom 17. September

Das „römische Establishment", wie es Herbert Kremp nennt, übernimmt sich. Wenn es heute Europa die Pax Romana bringen will, werden die Jahrhunderte verwechselt. Erstaunlich ist, daß Ehmke meint, hier habe jemand ehrlich – wieso ist das ehrlich, wenn man Moskau und den westlichen Verzichtlern nach dem Munde redet? – gesagt, was viele im Westen meinen. Ob er dabei auch an Staatsmänner denkt, weiß ich nicht. Diese merken nämlich auch im Westen, daß man die berechtigte Vertretung der Interessen des deutschen Volkes nicht zukünftiger Propaganda im Ostblock und möglichen propagandistischen Ideen von dorther überlassen soll.

Übrigens ist Herr Ehmke mit der Frage zu konfrontieren, wie er, gemäß der Verfassungspflicht, westlichen Gesprächspartnern als Fürsprecher ganz Deutschlands und des deutschen Volkes entgegengetreten ist. Oder ist sein Rechtspositivismus schon so weit, daß er in Opportunismus übergegangen ist?

Auch vom Bundesaußenminister muß man wünschen, daß er häufiger öffentlich und in internationalen Gesprächen den Kernpunkt der Entspannungformel des Harmel-Berichts anspricht: „Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas". In seinen persönlichen Punktationen zur europäischen Friedensordnung in den letzten Monaten steht so gut wie gar nichts über die Wiedervereinigung, über das freie Zusammenleben der Deutschen und darüber, was Deutschland bis zu friedensvertraglichen Regelungen weiterhin ist (1. 9. 1984; 9. 8. 1984; Dezember 1983).

Es fehlen dort die politisch und rechtlich unsere Verbündeten aktuell überzeugenden Argumente zum grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebot und zum Wahrungsgebot für Deutschland in seinen rechtmäßigen Grenzen bis zu frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen, zur Kontinuität Deutschlands und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen im Rahmen des europäischen Gemeinwohls.

Hat der Bundesaußenminister Andreotti den Bruch der verbindlichen politischen Leitlinie der NATO im Harmel-Bericht, der die stetigen Bemühungen um die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbindlich macht, vorgehalten? Amtliche englische Sprecher haben klar gesagt, daß es ohne Überwindung der Teilung keine dauerhafte europäische Befriedung gäbe.

In wievielen der 14 Ausschüsse der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wird stetig an auch nur kleinen Fortschritten zur Überwindung der Teilung gebastelt? Leider in keinem. Wird bei den Außenministertreffen der NATO konkret darüber gesprochen?

Alle Status-quo-Vertreter sollten bei Rostow nachlesen: Das Wesen der freiheitlich-demokratischen Außenpolitik ist der friedliche Wandel zu mehr Menschenrechten und mehr Rechten der Völker. Zu Maß und Mitte in unserer nationalen Frage gehört ebenso ein mutiges, zähes Eintreten für gesamtdeutsche Interessen wie das Streben nach ihrer Verwirklichung in einer freiheitlichen und föderalen gesamteuropäischen Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen.

Herbert Czaja, MdB, CDU

*

Sehr geehrter Herr Walden,

Andreottis „Pangermanismus-Fehltritt" ist bedauerliches parteipolitisches Taktieren eines italienischen Politikers, vielleicht begleitet von einem Andreas-Hofer-Komplex Tiroler Provenienz. Entscheidend jedoch ist der Kommentar des einflußreichen Sozialdemokraten Ehmke. Dieser Mann, der sich ganz offensichtlich mit der Spaltung Deutschlands abgefunden hat, dient den Diktatoren und muß dieses bemerken.

Die Aussage Ehmkes ist der logische Schlußstrich unter die Brandtsche Ostpolitik. Freiherr von Guttenberg sagte zu Recht in seiner letzten großen Bundestagsrede, die (damalige) Regierung sei auf Anerkennungskurs. Nicht, weil sie es so wolle, sondern weil es in der logischen Konsequenz dieser Politik (Ostpolitik) liege. Es ist spießbürgerlicher Kleinmut, der geltendes und bewährtes Recht eklatant verletzt. Es gibt in der freien Welt nur wenige so wohlüberlegte Verfassungen wie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Der Parlamentarische Rat hat damals weise geurteilt, und nichts hat sich an der moralischen Pflicht des sorgfältig überlegten und demokratisch legitimierten Verfassungsauftrages bis heute geändert.

Die Präambel verleiht unserem Grundgesetz besondere Würde.

Ehmke hat vor der Unfreiheit resigniert. Er hat die Würde verletzt. Ob bewußt oder unbewußt, vermag ich nicht zu sagen. Freiheit macht nur die nicht Standhaften überheblich und vergeßlich.

Über Ehmke kann man nur schweigen. Schweigen jedoch darf man nicht über eine Partei, die so unverantwortliches Gerede ungestraft läßt. Solange noch ein Atemzug in uns lebendig ist, möge die Wiedervereinigung in Freiheit das nobelste aller politischen Ziele aller Deutschen sein.

Mit freundlichen Grüßen
Th. Hoyer,
Hamburg 70

*

Dem italienischen Außenminister Andreotti ist Mißachtung eines Grundsatzes des Völkerrechts vorzuwerfen, weil er die gewaltsame, widerrechtliche und mehrheitlich abgelehnte Teilung Deutschlands politisch unterstützt hat: Dem deutschen Volke hat Minister Andreotti das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen!

Daß die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eine unumgängliche Folge der Niederlage der Hitler-Diktatur sei, ist eine unbewiesene Behauptung; dafür und für das ideologisch-propagandistische Postulat, die Teilung Deutschlands mache den Frieden sicherer oder garantiere ihn, dürfte wohl wesentlich die sowjetische Desinformationsstrategie verantwortlich sein.

Auch das Kaiserreich Japan hat mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Die Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki symbolisieren diese Tatsache mit apokalyptischem Entsetzen. Allerdings wurde Japan nicht geteilt. Nicht einmal die Staatsform des Kaiserreichs – trotz Verfassungsänderung – wurde abgeschafft. Mithin hatte die fernöstliche Niederlage nicht die unumgängliche Folge einer Teilung Japans bedingt. Und eben dieses ungeteilte Japan ist heute ein unvergleichlich stabilerer Garant des Friedens und der Sicherheit in Asien als das zerstückelte Deutschland im Herzen Europas.

Aber auch die Mussolini-Diktatur im faschistischen Italien im Zweiten Weltkrieg erlitt eine vernichtende Niederlage. Auch Italien wurde nach dem Zweiten Weltkreig nicht geteilt, obwohl Mussolini ein Komplize Hitlers war und der italienische Faschismus in mancher Hinsicht als Vorbild für den deutschen Nationalsozialismus diente.

Mithin belegen die Beispiele Japans und auch Italiens selbst, daß die Teilung Deutschlands ein vermeidbares Unrecht war und als solches stets gesehen werden sollte. Bedenkt man, daß Mussolini von 1922 bis 1945 mit seinem Faschismus Italien regierte, daß Mussolini auf der Seite Hitlers Krieg führte und daß Mussolini eine Wiederherstellung des Römischen Weltreiches erstrebte, dann sollte Minister Andreotti mit Rücksicht auf die Geschichte seines eigenen Landes dem demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland gegenüber eine andere Haltung eingenommen haben.

Professor Dr. H. Saake,
Hamburg 65

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

so einfach ist dies also: Andreottis böser Wunsch nach Fortdauer der deutschen Teilung ist zwar schlimmer als ein Affront, aber noch schlimmer ist der böse Horst Ehmke, der unsere Verbündeten zu denunzieren wagte, indem er die Gedanken Andreottis richtigerweise auch unseren europäischen Partnern unterstellte.

Bei dieser Beurteilung muß sich Herr Walden freilich die Frage gefallen lassen, ob man das Aussprechen unbequemer Wahrheiten wirklich nur als Denunziation unserer angeblichen westlichen Verbündeten abtun kann. Oder sollte er vielleicht noch nicht begriffen haben, daß außer landhungrigen Staaten im Osten auch solche im Westen ein reelles Interesse am Status quo, an der Fortdauer der deutschen Teilung, haben? Wie anders soll man den Ausspruch des ehemaligen dänischen Ministerpräsidenten Kampmann vom 8. 12. 1972 interpretieren: „In Dänemark hat man gerne zwei deutsche Staaten, wenn möglich noch mehr."

Horst Ehmke hatte wie Bruno Kreisky eben doch recht; auch die zahlreichen verbalen ud vertraglichen Verpflichtungen unserer westlichen Partner auf die deutsche Wiedervereinigung widerlegen ihre Feststellungen nicht, werden doch solche Bekenntnisse zur deutschen Einheit schlicht in dem Wissen abgelegt, daß man eine deutsche Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht zu befürchten braucht.

Herrn Andreotti und Horst Ehmke muß daher unser aller Dank dafür gelten, daß sie der euromanischen Blauäugigkeit unserer Bundespolitiker einen „Denk"-Zettel verpaßt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. R. Schlierer,
Stuttgart

Auch Offizier?

„Eichmann-Jäger"; WELT vom 18. September

Sehr geehrte Herren,

in dieser Meldung wird Eichmann als „ehemaliger SS-Offizier" bezeichnet. Das ist falsch. Eichmann war nie Soldat und konnte also auch nicht Offizier werden. Er ist 1934 in der „Allgemeinen SS" dem „SD" zugeteilt worden, dessen Aufgabe es war, Parteimitglieder zu überwachen. 1939 wurde dieser SD mit der Sicherheitspolizei zum Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Ob Eichmann damit Beamter wurde, ist unklar geblieben; auf jeden Fall blieb er SS-Mann.

Wenn Eichmann jemals den Ehrgeiz gehabt hätte, Soldat zu werden, so hätte er, wie alle anderen Angehörigen der Allgemeinen SS, die ja überwiegend im Heer dienten, seine Laufbahn als Schütze, Kanonier oder dergleichen beginnen müssen; sein SS-Dienstgrad war für die Truppe unerheblich.

Ich treffe diese Feststellung im Interesse jener, die tatsächlich Offiziere waren und deren Aufgaben sich von denen des Herrn Eichmann und seiner Kameraden um einiges unterschieden.

Mit freundlichem Gruß
Herbert Römer,
Hamburg 65

Dreimal Kollo

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem letzten Beitrag über den Wiederbeginn der leichten Muse nach dem Krieg ist Herrn Italiaander ein Irrtum unterlaufen. Er bezeichnet Walter Kollo als den Vater von René Kollo. Walter Kollo, der Komponist berühmter Melodien (z. B. „Es war in Schöneberg im Monat Mai") hatte als Sohn Willi Kollo, der auch durch viele Schlagermelodien bekannt geworden ist. Dessen Sohn erst ist René. Walter ist also Renés Großvater!

Beste Grüße
Dr. N. Knüpffer
Wilen, Obwalden, Schweiz

Offizierskontakte

„Deutsch-deutsche Offizierskontakte im politischen Spiel; WELT vom 14. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Leser staunt: „Deutsch-deutsche Offizierskontakte im politischen Spiel" der Jahre 1950/54 und erneut 1980. Sein Staunen wandelt sich in Betroffenheit, wenn er beginnt, die Kontakte auf dem Hintergrund der politischen Situationen zu hinterfragen, was hier wörtlich zu nehmen und am Platz ist. Von einer Reihe von Fragen ist die wichtigste: Kontakte unter Umgehung der Bundeskanzler Adenauer und Schmidt, mithin unter (vorsätzlicher?) Verletzung der einzig in ihren Händen liegenden politischen Kompetenz? Aktionen also nicht im politischen Spiel der Kräfte, sondern vielmehr neben der Politik der Regierung?

Oberst a. D. Teske unternahm zehn Reisen in die SBZ/DDR – nur mit Wissen und Unterstützung des Generals a. D. Gehlen. Von ihm wird Teske die Richtlinien für seine Gesprächsführungen erhalten haben. Aber entwarf Gehlen diese Richtlinien allein, oder war er der Sprecher einer Generalsgruppe? Rehm hat eine Reihe von Namen genannt: Speidel, Sodenstern, Viebahn, Gablenz, Burchert, Natzmer. Der Kerninhalt der Diskussionen, die Teske bei 31 Treffs führte, war, so Walter Rehm, die Frage: „Was wird aus Deutschland?"

Wichtiger aber und aufschlußreicher für die Beurteilung seiner Gespräche ist ihr Denkansatz. Er entpuppt sich als apolitisch: Auf der „übernationalen soldatischen Grundlage" beruhe, so Teske, die einzige Gewähr, „auf der sich auch die größten politischen Gegensätze treffen können", stärker als „alle kommenden politischen Gegensätze". Das Militär, „Klammer des Reiches" (Seeckt), als Vorreiter und politischer Gestalthelfer der – staatlichen und gesellschaftlichen – Wiedervereinigung Deutschlands? Mit welchen Zielen, Inhalten, Verfahren und Mitteln? Was sollte wie zu welchem Ende werden?

Das war alles fern jeder Politik gedacht, Konstrukt ohne Rückbindung an die reale politische Lage, einmal mehr unter Verkehrung des Verhältnisses von Politik und Militär, offensichtlich auch ohne Kenntnis von der strikten Unterordnung des Militärs in der UdSSR, so auch in der DDR.

Die Haupt- und Grundfrage bleibt bestehen: Versuchten und versuchen erneut ehemalige Offiziere von der Bundesrepublik aus „ihre Politik" neben der Regierung zu betreiben? Brigadegeneral a. D. Karst fühlte sich 1980, wie er vermerkt hat, vom verteidigungspolitischen Sprecher der damaligen Opposition, Dr. Manfred Wörner, zu Kontakten mit der Nationalen Volksarmee „ermutigt". Von seinen Gesprächsinhalten erfahren wir nichts; nur ein paar – emotional eingefärbte – Marginalien werden uns mitgeteilt.

Fazit: Alle Fragen, die Rehms Bericht aufwirft, ordnen sich der Antwort auf jene Haupt- und Grundfrage ein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Will, Oberst a. D.
Hamburg 52

Opfer der Politik

„Gaetas letzter Häftling reißt alte Wunden auf"; WELT vom 19. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie schreiben: „Auf seinen (Major Reders) Befehl hin waren dort (in Marzabotto) als Antwort auf Partisanenangriffe am 5. Oktober 1944 1836 Männer, Frauen und Kinder zusammengeschossen worden ... Marzabotto ist seither in Italien zum Inbegriff unmenschlicher Kriegsführung geworden."

Diese Darstellung ist falsch! In Marzabotto hatte sich die kommunistische Partisanengruppe „Stella Rossa" verschanzt, die außer mit Maschinengewehren auch mit Granatwerfern ausgerüstet war. Es ist klar, daß, wenn aus einem Haus geschossen wird, auch wieder hineingeschossen wird.

Ebenso eindeutig kann nach dem Kriegsrecht jeder Zivilist, der mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, an die Wand gestellt werden.

Die Deutsche Wehrmacht hatte in Italien von Juni bis August 1944 durch Heckenschützen 5000 Tote und rund 30 000 Verwundete und Verschleppte zu beklagen. Letztere wurden oftmals erhängt, ertränkt, verbrannt, gekreuzigt oder sonstwie zu Tode gefoltert.

Der Prozeß gegen Major Reder wurde mit gefälschtem und erlogenem Material geführt. So hatten die Partisanen nur etwa 800 Tote. Ehrenrührige Anschuldigungen wurden dann auch von dem italienischen Kriegsgericht weitgehend fallengelassen. Reder ist bis heute ein Opfer italienischer Innenpolitik.

F. Brunner,
Sottrum

Wort des Tages

» Genügsamkeit ist eine Tugend. Aber wehe der Genügsamkeit, in der ein Mensch an sich selbst keine Anforderungen stellt und die Faulheit und Bequemlichkeit des eigenen, oft recht lumpigen Ich gern übersieht. Es ist traurig, wie viele sich im sittlichen Leben wie in der Arbeit zufriedengeben, ohne auch nur das Maß des Gewöhnlichen erreicht zu haben. «

Nathan Söderblom, schwedischer Theologe (1866–1931)

Personalien

BUCHVORSTELLUNG

„Man ärgert sich, daß man es nicht selber geschrieben hat" – Autorin **Marie-Luise Schwarz-Schilling** war entzückt über dieses Kompliment von Professor **Wolfram Engels** zu ihrem jüngsten Buch „Kaufmann und Schamane". **Heinrich Seewald** stellte das Werk gestern in der Bonner Landesvertretung Baden-Württembergs einem illustren Kreis vor. Frau Schwarz-Schilling, Unternehmerin, verspürte, so sagte sie, „Lust am Widerstand", möchte den Kaufleuten Mut machen, mit den Schamanen – „von der Pythia bis zu Augstein" – in die Arena zu steigen, sich nicht länger vor der leisen Herablassung der wirklichen oder vermeintlichen Meinungsführer zu ducken. Spannend sei es geschrieben, meinte Engels, und insofern eine Novität, weil es die Theorie vom freudlosen Kapitalismus widerlege. **Christian Schwarz-Schilling**, der Mann der Autorin, freilich besser bekannt als Postminister, schmunzelte wohlgefällig.

*

„Wahre Weinkultur" heißt ein neues Buch im Seewald-Verlag. Ein hervorragender Kenner schrieb es, Weingutsbesitzer **Kuno Pieroth**. Und **Walter Scheel**, noch immer Deutschlands Feinschmecker Nummer eins, schrieb ein amüsantes Vorwort. „Ich habe bei Staatsempfängen immer Wert auf gutes Essen und Getränke gelegt, denn in der auswärtigen Politik hat es hohe Bedeutung, die Gastfreundschaft durch ein erlesenes Mahl zu krönen", so Scheel. Der frühere Bundespräsident wußte auch zu berichten, daß die alten Perser, „die ersten wahren Kellermeister, wichtige Angelegenheiten in der Trunkenheit des Weines zu beraten pflegten. Gefiel ihnen das Ergebnis auch, wenn sie nüchtern waren, wurde es umgesetzt, sonst verworfen." Kuno Pieroth, Bruder des Berliner Wirtschaftssenators **Elmar Pieroth**, präsentierte zusammen mit Walter Scheel und Verleger **Heinrich Seewald** in Bad Godesberg das Buch bei einer „Jahrhundertweinprobe". Edelstes Tröpfchen war ein Niersteiner Fuchsloch von 1921. Was das Buch so interessant macht, ist nicht nur der flotte Stil bei der historischen Darstellung des Weinanbaus, sondern hier und da ätzende Kritik an heutigen Praktiken: „Mit der Chemie im Weinberg wird gelegentlich recht leichtfertig umgegangen", heißt es. Oder heißes Thema Zusatzstoffe: „Erlaubt ist eine ganze Menge im Bereich der EG, Ascorbinsäure, Kohlensäure, Gelatine, Bentonit, Kaliumhexacyanoferrat, Aktivkohle, Polyvinylpolypyrrolidon, Enzyme, Stickstoff, um nur einige zu nennen."

AUSWÄRTIGES AMT

Ein Diplomat und Journalist ist von Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** offiziell als zweiter Sprecher im AA ernannt worden: **Reinhard Bettzuege**, seit zweieinhalb Jahren bereits im Pressereferat tätig. Bettzuege übernimmt die Aufgaben von **Jürgen Chrobog**, der erster Sprecher geworden ist. In



Reinhard Bettzuege FOTO: EVI KEIL

Recklinghausen ist Reinhard Bettzuege geboren. Seit fast 30 Jahren lebt er in Bonn. Auf dem Godesberger Nicolaus-Cusanus-Gymnasium, das einen hohen Anteil von ausländischen Kindern besitzt, war er Schulsprecher, Chefredakteur der Schülerzeitung „Reflexe" und wirkte im Schulkabarett „Die Niveaulosen" mit. Der Major der Reserve gehört auch heute noch dem Rundfunkbataillon der Bundeswehr in Andernach an und stellt sich immer wieder bei politischen Themen für Moderationen zur Verfügung. Bettzuege hat Jura, Anglistik und Germanistik studiert und beide Studiengänge abgeschlossen. 1973 ging er in das Auswärtige Amt. Er wurde als Attaché nach Lissabon geschickt und ging anschließend nach London in die deutsche Botschaft, wo er als persönlicher Referent des damaligen Botschafters **Karl-Günther von Hase** tätig war. 1980 erfolgte seine Versetzung nach Belgrad. Er wurde Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Botschaft. Seine Frau **Birgit** war früher „rechte Hand" im Büro von AA-Chefdolmetscher **Heinz Weber**. Sie lebte viele Jahre in Paris. Ihr Vater war Beamter bei der damaligen Pariser NATO-Vertretung.

UNIVERSITÄT

Der Fachbereich Physik der Universität Hamburg hat Professor **Wolfgang K. H. Panofsky** aus Stanford/USA mit der Ehrenpromotion ausgezeichnet. Panofsky, der von 1961 bis August 1984 Direktor des Stanford Linear Accelerator Center (SLAC) der Stanford University in Kalifornien war, ist eine der führenden Persönlichkeiten der Hochenergiephysik, die wie nur wenige andere höchste Fachkompetenz und langjährige Erfolge bei Untersuchungen zur Physik der Kerne und Elementarteilchen, der Entwicklung und Anwendung von Beschleunigertechnologien sowie bei Wissenschafts-Management und bei der Förderung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit vereinigt. Panofsky, 1919 in Berlin geboren, wuchs in Hamburg auf, wo sein Vater, **Erwin Panofsky**, Professor der Kunstgeschichte an der neugegründeten Universität war. 1933 mußte er mit seiner Familie Deutschland verlassen. Er studierte an der Princeton-Universität und am California Institute of Technology in Pasadena; 1951 wurde er Professor für Physik an der Stanford-Universität.

VERANSTALTUNG

Der Berufsverband Bildender Künstler Aschaffenburgs präsentiert sich zur Zeit in Bonn: In der Bayerischen Landesvertretung stellen 24 Künstler ihre Arbeiten vor. Gezeigt wird Malerei, Graphik und Plastik. Älteste ausstellende Künstlerin ist **Bertha Fischer-Ginsburg** (83), eine ehemalige Matisse-Schülerin. Die jüngste ist **Andrea Müller**, Jahrgang 1955, die mit ihren zahlreichen Keramikarbeiten auch in Bonn ein ganz besonderes Interesse gefunden hat. Das vielfältige Angebot aus Aschaffenburgs Kunstschaffen reicht von moderner Landschaftsmalerei mit Lokalkolorit bis zur abstrakten Stahlplastik. Ministerialdirektor Dr. **Oskar Klemmert** eröffnete die Ausstellung, die in der Bayerischen Vertretung in der Schlegelstraße bis zum 10. Oktober zu sehen ist. Nach Klemmert fühlen sich übrigens die Aschaffenburger so etwa, als wären sie „die Schwanzquaste des bayerischen Löwen". Sie seien, so Klemmert, nämlich „ausgestattet mit einem besonderen Freiheitsgefühl", was ihnen durch die eher periphere Lage zum bayerischen Regierungszentrum vermittelt wird.

Kohl und Schlüter plädieren für engere Kontakte mit Osteuropa

Kopenhagen unterstützt Bonns Ostpolitik / Gemeinsame Erklärung zum Umweltschutz

R. GATERMANN, **Kopenhagen**

Bundeskanzler Helmut erhielt bei seinem *24stündigen offiziellen* Besuch in Kopenhagen, der in „sehr herzlicher und vertrauensvoller Atmosphäre" stattfand, für seine Ostpolitik die volle Unterstützung des dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter. Nach dessen Auffassung müsse „der Tag kommen, an dem die Sowjetunion einsieht, daß es unter den osteuropäischen Völkern einen starken Wunsch nach engeren Kontakten mit dem Westen gibt." Der Bundeskanzler bezeichnete die von US-Präsident Reagan vor der UNO-Vollversammlung gemachten Vorschläge als wichtig und begrüßenswert. *Anläßlich des Besuches in* Kopenhagen wurde auch eine gemeinsame Erklärung zum Umweltschutz abgegeben.

Bei den insgesamt zweieinhalbstündigen Gesprächen zwischen Kohl und seinem konservativen Amtskollegen Poul Schlüter nahmen die Weltlage und die Großmachtrelationen einen weiten Raum ein, sie wurden von beiden in gleicher Weise beurteilt. Darüber hinaus gab es einige Themen, bei denen Bonn und Kopenhagen *unterschiedlicher* Auffassung sind.

Der Bundeskanzler plädierte zum *Beispiel mit Nachdruck für die* Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der EG Richtung Europäische Union. Er zeigte zwar Verständnis für die Skepsis Dänemarks, die nach seiner Auffassung weitgehend historisch bedingt sei, er hoffe jedoch, daß man auch in Kopenhagen auf längere Sicht die Vorteile einsieht, die eine engere politische Zusammenarbeit bringe. Man wolle ja nicht den kleineren Mitgliedern die Identität nehmen, sondern mehr Qualität schaffen. Vor der Presse nannte Helmut Kohl die föderale Struktur der Bundesrepublik als ein geglücktes Beispiel für das Zusammenleben von Partnern verschiedener Größe. Er betonte zudem, es werde auf jeden Fall keine Achse Bonn–Paris geben, die Dritten ihre Beschlüsse aufdränge.

Die Bundesregierung halte an ihrer Bereitschaft fest, zur Verstärkung der EG-Finanzen die Mehrwertsteuer abermals anzuheben. Gleichzeitig könnte die damit verbundene Zusicherung erfüllt werden, daß Spanien und Portugal erst im Januar 1986 der Gemeinschaft beitreten können. Diese Verhandlungen kämen jedoch nicht so richtig voran. Aber Bonn „muß darauf bestehen", daß die Erweiterung vorbereitet wird.

Zu den mitunter von den NATO-Partnern als eigenwillig aufgefaßten Entscheidungen Dänemarks *meinte* der Kanzler, er habe Verständnis für Schlüters Probleme ‚der im Parlament bei sicherheitspolitischen Fragen über keine Mehrheit verfüge. Der Bundeskanzler betonte ausdrücklich die Rolle der NATO: Die Bundesrepublik lege „besonderen Wert auf ein lebenskräftiges, funktionsfähiges Atlantisches Bündnis und auf die Präsenz *der mit uns verbündeten ameri*kanischen Streitkräfte in Europa". Hierzu gehöre auch die Komponente einer wirksamen nuklearen Abschreckung durch amerikanische Nuklearwaffen.

Es sei jedoch auch die vorrangige Aufgabe des Bündnisses, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit zu stärken, um die nukleare Schwelle anzuheben. Angesichts des dänischen Verteidungsbudgets könne er feststellen, daß das Land einen ehrlichen Versuch unternehme, seinen Beitrag zu leisten.

Etwas pessimistischer als Bundeskanzler Kohl äußerte sich Poul Schlüter *zu den Möglichkeiten* eines verbesserten Ost-West-Verhältnisses. Vor der Presse kritisierte Schlüter Moskau für dessen Angriffe auf die Bundesregierung und auf den Kanzler persönlich. „Das ist eine eigenartige Kampagne, die jeglicher Grundlage entbehrt". Die Sowjetunion sei noch nicht zur Einleitung einer neuen Entspannungsperiode bereit und *„dies müsse für die osteuropäi*schen Länder enttäuschend sein, die sich nach einer Öffnung des Eisernen Vorhangs sehnen, nicht zuletzt im menschlichen Bereich". Schlüter lobte die „großen Anstrengungen" Bonns, wieder Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen.

Die gemeinsame Erklärung beider Regierungschefs in Fragen Umweltschutz geht etwas weiter als die kürzlich mit Norwegen getroffene Vereinbarung. Sie begrüßt die Tatsache, daß 1985/86 in einigen europäischen Ländern mit der Einführung bleifreien Benzins begonnen wird. Weiterhin *unterstreichen die* Regierungschefs die Notwendigkeit, die starke Verschmutzung der Nordsee abzubauen. Dazu gehörten auch Schiffe, die radioaktives Material befördern.

Afghanische Fußballer flüchteten

dpa, **Neu-Delhi**

Drei afghanische Fußball-Nationalspieler sind nach ihrer Teilnahme an einem internationalen Turnier in Peking *nicht in ihre Heimat zurückge*kehrt. Nach Angaben der indischen Nachrichtenagentur UNI baten die drei bei der UNO-Flüchtlingskommission in Neu-Delhi um Anerkennung als politische Flüchtlinge. Erst in der vergangenen Woche hatte die Kommission drei Angestellte der afghanischen „Ariana"-Fluggesellschaft als Flüchtlinge anerkannt. Dies hatte zu Protesten der indischen Regierung geführt.

Die Regierung in Neu-Delhi, die das Regime von Babrak Karmal diplomatisch anerkannt hat, gewährt afghanischen Regimegegnern aus politischen *Gründen offiziell kein Asyl*. Sie akzeptiert jedoch, wenn die UNO-Organisation Afghanen den Flüchtlingsstatus verleiht. Die drei Fußballer waren aus Peking nach Neu-Delhi gekommen, wo sie auf ihren Anschlußflug nach Kabul warten mußten. Zwischen Dezember 1979 und August 1981 war fast die gesamte afghanische Nationalmannschaft *geflüchtet, deren Großteil* seither im Raum Paderborn lebt. Die meisten Sportler schlossen sich dem seinerzeitigen Amateuroberligisten TuS Schloß Neuhaus an.

Mehr Geld für Schutz von US-Botschaften

SAD, **Washington**

Die US-Regierung will den Kongreß angesichts der ständigen Bedrohung amerikanischer Einrichtungen im Ausland um die Bewilligung von 371 Millionen Dollar (mehr als 1,12 Milliarden Mark) bitten, mit denen die Sicherheitsvorkehrungen verbessert werden sollen. Wie der Sprecher des *Außenministeriums, John* Hughes, gestern mitteilte, sind diese Pläne durch den Autobomben-Anschlag in Ost-Beirut beschleunigt worden. Das Geld, das nach den Vorstellungen der Regierung schon in den nächsten Wochen freigegeben werden müßte und unter anderem für den Kauf sichererer Fahrzeuge und besserer Kommunikationsanlagen dienen soll, soll dem Etat des State Department zugeschlagen werden.

Mit der Beantragung der Eilbewilligung *dieses* Betrages räumte nun auch das amerikanische Außenministerium ein, daß die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen Mängel aufwiesen, die es den Attentätern erleichterten, in die Nähe des erst vor kurzem bezogenen Botschaftsgebäudes zu kommen. Ursprünglich hatten das State Department und das Pentagon in ihren ersten Stellungnahmen zu dem Bombenanschlag am Donnerstag versichert, daß alles getan worden sei, die Mitarbeiter der amerikanischen diplomatischen Vertretung in der libanesischen Hauptstadt vor Anschlägen zu bewahren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

De Cuellar strebt für Zypern immer noch Gesamtlösung an

Getrennte Verhandlungen mit Kyprianou und Denktasch / Hoffen auf die Großmächte

E. ANTONAROS, **Athen**

Die Beratungen über die Zukunft der zweigeteilten Inselrepublik Zypern, die vor zwei Wochen aufgrund der Friedensinitiative des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar in New York begonnen hatten, sollen am 15. Oktober ebenfalls am UNO-Sitz fortgesetzt werden. Griechen und Türken haben sich mit einem entsprechenden Vorschlag des UNO-Chefs einverstanden erklärt, obwohl die beiden Volksgruppen die Aussichten auf eine dauerhafte Regelung auf der Insel völlig anders beurteilen. *Nach Abschluß der ersten Ge*sprächsrunde, die von Regierungsseite in Nikosia als „unergiebig, fast frustrierend" bezeichnet wird, sind die Inselgriechen äußerst skeptisch. Die Inseltürken hingegen geben sich betont zuversichtlich und vertreten die Ansicht, daß eine Einigung möglich ist, wenn beide Seiten zu Konzessionen bereit sind.

Auch die nächste Gesprächsrunde wird in der Form von getrennten Konsultationen des Generalsekretärs mit Zyperns Präsident Spyros Kyprianou und dem türkischen Volksgruppenführer Rauf Denktasch stattfinden. De Cuellar will so die Einwände der Inselgriechen gegen Direktverhandlungen überwinden. Auf griechischer Seite wurde nämlich, nicht zu *Unrecht, befürchtet, daß ihre Teil*nahme an solchen Gesprächen einer Quasi-Anerkennung der „türkischen Republik von Nordzypern" gleichkommen würde.

De Cuellar hatte zwar Anfang August den beiden Volksgruppen sogenannte „Arbeitspunkte" als Grundlage für die Verhandlungen vorgelegt. Aber schon bei seiner ersten Begegnung mit Kyprianou und Denktasch steuerte er, wie von Delegationskreisen zu erfahren war, eine sogenannte „Gesamtlösung" des Zypern-Konflikts an. Dadurch überraschte er vor allem die Inselgriechen, die davon ausgegangen waren, daß de Cuellar auf eine Annahme der sogenannten „vertrauensbildenden Maßnahmen" hinarbeiten würde. Sie sahen unter anderem die Rückkehr von ein paar tausend griechischen Flüchtlingen nach Famagusta, beträchtliche Grenzkorrekturen entlang der Puffer*zone, die Wiedereröffnung des Flug*hafens von Nikosia sowie ein Einfrieren der türkischen Unabhängigkeitsbestrebungen vor.

Nach Nikosias Ansicht sollen sich die Inseltürken „unnachgiebiger" denn je zuvor gezeigt haben. Die Rückgabe der in Frage kommenden Stadtteile von Famagusta sollen sie von Fortschritten *in* anderen Streitpunkten, etwa die Bildung der erwünschten Föderation, abhängig gemacht haben. Ebenfalls *forderten* sie die Hälfte der Sitze im Oberhaus und 30 Prozent der Mandate im Unterhaus, wobei sie sich außerdem ein Vetorecht für alle Gesetze vorbehalten wollten. Darüber hinaus hätten sie den Anspruch erhoben, das Amt *des Staatspräsidenten von Griechen* und Türken abwechselnd zu besetzen, obwohl die griechische Volksgruppe 82 Prozent der Gesamtinselbevölkerung ausmacht. Auf türkischer Seite herrscht wiederum der Eindruck vor, daß die Inselgriechen aus Gründen, die mit der innenpolitischen Situation auf der Insel zusammenhängen, im Moment nicht bereit sind, Konzessionen zu machen.

Insofern sind die verheißungsvoll begonnenen Verhandlungen festgefahren. Dennoch will de Cuellar seine *Bemühungen um einen Kompromiß* auf der Insel nicht beenden. Der Generalsekretär ist nach Ansicht von *westlichen Beobachtern in Athen*, Nikosia und Ankara der Überzeugung, daß nicht zuletzt wegen der positiven Einstellung der Großmächte gegenüber seiner Initiative er doch imstande sei, eine Einigung durchzusetzen. Deshalb hat er die zweite Gesprächsrunde einberufen. Die Inselgriechen indes haben bereits Bedenken angemeldet. Sie seien unter keinen Umständen bereit, an einer sinnlosen, nur „falsche Eindrücke vermittelnden" Verlängerung der Gesprä*che mitzuwirken.*

Ob es aber zu einem Treffen Kyprianou–Denktasch kommt, wie de Cuellar *für eine spätere* Phase seiner Initiative vorgesehen hat, ist noch völlig offen. Die Inselgriechen ma*chen eine solche Begegnung davon* abhängig, daß während der getrennten Gespräche Zwischenergebnisse erreicht werden, so daß „vernünftige Aussichten auf eine Einigung beim Gipfel" bestehen. Kyprianou hat inzwischen eine Reihe von Informa*tionsgesprächen mit den fünf* ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates geführt. So traf er den so*wjetischen Außenminister Gromyko*, die britische Premierministerin Thatcher und den französischen Präsidenten Mitterrand. Am Wochenende trifft er mit den Außenministern Washingtons und Pekings zusammen. (SAD)

Frankreichs Kommunisten wieder unter Kollaborations-Verdacht

Waren KP-Mitglieder in Buchenwald als Überwacher tätig? / Prozeß in Sartrouville

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Haben französische Kommunisten 1944 im Lager Buchenwald-Dora Landsleute, die sie als politische Geg*ner ausmerzen wollten, bewußt in* den Tod geschickt, in dem sie sie auf die Zwangsarbeitslisten der SS-Lagerleitung setzten? Diese Frage soll in einem Prozeß geklärt werden, den der kommunistische Veteranenverband „Kommandos Buchenwald-Dora" gegen den Zentrumsabgeordneten Laurent Wetzel, Stadtrat von Sartrouville bei Paris, wegen Beleidigung des Andenkens eines seiner Mitglieder angestrengt hat. Der ursprünglich auf den vergangenen Montag angesetzte Termin wurde, da Zeugen fehlten, auf den 18. Dezember verschoben.

Der Prozeß wird von der französischen Öffentlichkeit mit umso größerer Spannung erwartet, als die Rolle der Kommunistischen Partei Frankreichs im Zweiten Weltkrieg bis heute ungeklärt ist und vor kurzem anläßlich des Jahrestages der Befreiung von *Paris erneut ins Zwielicht* gerückt wurde.

Laurent Wetzel hatte im Oktober *1983 dagegen protestiert, daß eine* Straße der seit 25 Jahren von den Kommunisten verwalteten Stadt Sartrouville nach Marcel Paul, einem ein *Jahr vorher verstorbenen ehemaligen* kommunistischen Minister der 4. Republik, benannt werden sollte. Nicht nur habe Paul, begründete der Stadtrat in einem Lokalblatt seinen Protest, 1939 den Hitler-Stalin-Pakt begeistert begrüßt, sich seinen Ministerposten nach der Befreiung skandalös erschlichen und sich anschließend als KP-Agitator in staatlichen Betrieben betätigt. Er habe vor allem seinen Posten als „Kapo" (von der SS eingesetzte Überwacher der Lager-Diszi*plin) in Buchenwald dazu benützt*, nach Gutdünken unliebsame Landsleute in den Tod zu schicken, indem er deren Namen auf die Listen der Kommandos setzte, die auf Anordnung der SS schwerste Arbeiten in unterirdischen Stollen der Rüstungsindustrie (Bau von Vergeltungswaffen) verrichten mußten. Er habe gewußt, daß sie nicht mehr lebend zu*rückkommen würden. Die Wahl* der Namen sei nur von den Interessen der Partei diktiert worden.

Laurent Wetzel zitiert überlebende Zeugen aus Frankreich, Polen und Jugoslawien, die das bestätigen könnten. Inzwischen haben sich solche Zeugen gemeldet, die berichteten, Marcel Paul habe als „Blockälteste" in Buchenwald eine privilegierte Stellung bei der SS eingenommen und sie rücksichtslos gegen politische Gegner ausgenützt.

Die kommunistischen Veteranen haben äußerst heftig gegen diese Behauptungen protestiert und verlangen *33000* Francs (etwa 11000 Mark) Schadensersatz. Auch die Partei-Presse überschüttet Wetzel mit Kübeln *von Schmutz und vergleicht ihn* mit Goebbels. Wetzel ist geschulter Historiker und kennt die Geschichte des Widerstandes. Er kann sogar kommunistische Veröffentlichungen zum Leben in den deutschen Lagern aufführen, die seine Behauptungen bekräftigen, und sieht daher dem Prozeß gelassen entgegen.

Sollte er die kommunistischen Kläger abweisen, wäre das eine neue, höchst peinliche Angelegenheit für die KPF, die sich schon mit der Vergangenheit ihres Generalsekretärs Marchais als freiwilliger Arbeiter bei Messerschmitt während des Krieges herumschlagen muß. *Der Fall könnte* die Krise der Partei, die sich nach dem Bruch der Links-Union und im Vorfeld ihres 25. Parteitages starken internen Spannungen gegenübersieht, noch verschärfen.

Plötzlich treten in Thailands Armee Rivalität und Spannungen offen zutage

Die Jungtürken drängen wieder nach vorn / Wechselnde Allianzen unter den Militärs

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

Als die Thais am Sonntag morgen die Zeitungen aufschlugen, trauten sie ihren Augen nicht. In Großaufma*chung stand da die chronologische* Folge eines nächtelangen politischen Schattenboxkampfes, der ebenso unerwartet zu Ende ging wie er begonnen hatte. Noch vor Morgengrauen jedenfalls hoben die Kontrahenten die Hände zum Thai-Gruß und fuhren lächelnd nach Hause.

Was war geschehen? Der neuernannte Chef der Kriminalpolizei, Generalmajor Boonchu, hatte die beiden Ex-Obristen Bulsak und Manoon verhaften lassen. Den ehemaligen Jungtürkenoffizieren wurde vorgeworfen, in mißlungene Anschläge auf das Leben von Premierminister Prem und General Arthit, den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, verwickelt gewesen zu sein. Ferner, daß sie neue Anschläge planten und obendrein mit der verbotenen Kommunistischen Partei (CPT) kollaborierten.

Die Jungtürken wurden landesweit bekannt, als sie am *1. April 1981* einen Putsch versuchten, der drastische Reformen in Richtung eines progressiven Kurses prophezeite und unumwunden die parlamentarische Demokratie in Thailand infrage stellte. Es war General Arthit, der den Putsch *vereitelte, die Putschisten aus der Ar*mee verstieß, Premierminister Prem im Sessel hielt und folglich zum starken Mann der Militärs aufstieg. Das Gespann Prem/Arthit bescherte Thailand eine selten lange Phase politischer Ruhe. Jetzt fragen die Thais, ob diese Allianz noch gilt. Arthit schwört ja. Prem hegt Zweifel.

Pikant ist jedenfalls, daß Arthit es war, der die Weisung zur Freilassung der beiden Verhafteten gab und daß sein engster Mitarbeiter, General Pichit, einem dritten Ex-Obristen den Weg zum Polizeiverhör ersparte. Pichit genießt das besondere Vertrauen *des Königshauses.* Da *konnte Krimi*nalchef Boonchu am Ende nur noch sagen, daß alles ein Irrtum war. Ein Irrtum aber war das keineswegs. Dazu muß man wissen, daß Boonchu seine Beförderung zum Chef der Kriminalabteilung nicht dem nationalen Polizeichef verdankt. Sondern zwei Armeegeneralen, die die Großmeister des politischen Schachspiels im thai*ländischen Schicksal sind: dem stell*vertretenden Heeresstabschef, Generalleutnant Chaovalit, und Generalmajor Suchinda, Leiter der operativen Abteilung. Chaovalit und Suchinda stehen entschieden hinter Premierminister Prem, der den Pfad der *Demokratie verficht. Dagegen steht* die Gruppe jener Militärs, die sich gegen ihre Verdrängung aus der politischen Szene wehrt und die eine Demokratie in Thailand nur dann für lebensfähig erklärt, wenn sie dem Schutz der Militärs untersteht. Ihre Führer sind Arthit und Pichit.

Erst im August haben die beiden Versöhnung gelobt und den 41 Ex-Obristen die Wiederaufnahme in die Armee versprochen. Eben das haben die Generäle Chaovalit und Suchinda über ihren Freund bei der Polizei zu verhindern versucht. Natürlich streiten sie jede Verwicklung ab. Ja es *kränke sie, daß die Jungtürken sie* als die Hintermänner nannten. Da die Thais die glückliche Natur besitzen, leicht zu vergeben und zu vergessen, kann es deshalb sein, daß Machtkonstellationen, die noch gestern galten, morgen ganz anders sind. Und wenn erst „Papa" Prem, den amerikanische Spezialisten überraschenderweise für kerngesund erklärten, morgen aus *den USA wieder nach Hause kommt*, dürften alle Seiten zunächst einmal ihre ungebrochene Loyalität bekunden – ausgenommen vielleicht die Ex-Obristen, die ihre Hoffnung auf Reaktivierung vertagen müssen.

Im Gegensatz zur APO kommen Anhänger der Grünen aus allen Schichten

Von H. J. HORCHEM

Die Statuten und Programme der Grünen und der grün-alternativen Listen erfüllen die Voraussetzungen des Parteiengesetzes. Ihr molluskenartiges Gefüge läßt sie aber immer noch als ein Gebilde erscheinen, das erst begonnen hat, sich aus einer „Bewegung" zu einer festgefügteren Organisation, die man „Partei" nennen könnte, zu entwickeln. Ihre Strukturen stellen sich bisher nur als Hülle dar, in der sich divergierende Interessen der Gesamtbewegung mit wechselnden Zielrichtungen zu einer neuen politischen Kraft gebündelt haben. Andere Bewegungen, die von z. T. ähnlichen Motivationen getragen werden, sich

aber nicht zu einer Partei kristallisieren konnten, sind gescheitert. Der heutige Bewußtseinsstand der Wähler und inzwischen deutlicher gewordene gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Tendenzen lassen es dennoch als möglich erscheinen, daß die Grünen das politische Spektrum der Bundesrepublik bis weit in die neunziger Jahre mitbestimmen können.

Die erste Bewegung, deren Motive teilweise grün-alternativen Beweggründen entsprachen, war die „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung" der Jahre 1951/52. Sie mußte ohne Erfolg bleiben, weil sie von Kommunisten initiiert und von Vehikeln der damaligen KPD organisiert und getragen war.

Die zweite Bewegung entwickelte sich, als die NATO-Konferenz im Dezember 1957 beschloß, die europäischen Mitgliedstaaten mit Atomwaffen-Depots auszurüsten. Auch sie war von Kommunisten beeinflußt. Die Führungsgremien von DGB und SPD versuchten zögernd, die Aktion „Kampf dem Atomtod" auf eine allgemeine Volksbefragung hinzulenken. An den einzelnen Kundgebungen beteiligten sich bis zu 150 000 Menschen. Das Bundesverfassungsgericht verbot am 30. Juli 1958 auch diese Volksbefragung. Das Verbot erleichterte es der SPD 1959, sich mit dem Godesberger Programm zur Mitte hin zu öffnen und zu einer Volkspartei zu werden.

Die dritte Bewegung hatte ihre Wurzeln im Protestpotential der studentischen Jugend der sechziger Jahre. Ihren explosiven Höhepunkt erreichte sie mit den Aktionen der APO in den Jahren 1967/68. Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Bewegungen handelte es sich bei ihr um den Protest einer neuen Generation, die in das Wirtschaftswunder hineingewachsen war, es aber nicht mitgestaltet hatte.

Erste organisatorische Impulse kamen von der aus den Ostermärschen hervorgegangenen und kommunistisch beeinflußten „Kampagne für Abrüstung" (KFA). Zur Avantgarde wurde der „Sozialistische Deutsche Studentenbund" (SDS). Die APO zerfiel, als die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 in die CSSR einmarschierten und nachdem die Anti-Notstands-Kampagne im Herbst 1968 gescheitert war. Aktionen, die danach geplant wurden, verpufften. Eine überzeugende Theorie der spätkapitalistischen Gesellschaft war nicht erarbeitet worden. Strategische Ansätze, die zu einer längerfristigen Politik hätten führen können, verliefen im Sande. Mit der demonstrativen Parteinahme der im September 1968 neu konstituierten DKP für die Invasion der CSSR zerbrachen schließlich auch noch die von den Kommunisten gesteuerten Organisationsskelette.

Die Schwerpunkte wurden verschoben

Die Regierung Brandt/Scheel versuchte, den reformfähigen Teil der *Bewegung aufzufangen und für sich* zu gewinnen. Vor allem die SPD konnte eine große Anzahl von Jungwählern mobilisieren. Von 1969 bis 1973 traten 100 000 Studenten und Jung-Akademiker der Partei bei. Die Kader-Organisationen der Neuen Linken verkümmerten zu Sekten. Der Anfangsglanz des „Historischen Bündnisses" zwischen SPD und FDP verblaßte bald. Die Reformvorhaben *der neuen Koalition stießen auf öko*nomische Grenzen. Der Erwartungsüberhang, den die Regierung im Hinblick auf die Möglichkeiten der Ost- und Entspannungspolitik erzeugt hatte, wurde sichtbar. Helmut Schmidt löste Willy Brandt als Kanzler ab. Die Aufbruchstimmung der Jahre, in denen man „mehr Demokratie wagen" wollte (Brandt), machte einer Phase der Ernüchterung und Desorientierung Platz.

Gleichzeitig hatten sich Bürgerinitiativen gebildet, die sich der Bewältigung unterschiedlichster Probleme widmeten, zu deren Lösung die etablierten Parteien nicht fähig oder willens schienen. Aus ihnen entstand, sich z. T. damit überlappend, eine breite Ökologie-Bewegung. Parallel dazu entwickelte sich, zunächst als Sub-Kultur, die Alternativ-Bewegung sowie die Frauen-Bewegung.

In diese politische Gemengelage trat die Friedens-Bewegung mit zunächst formierender Kraft. Auch sie war in ihrer Entwicklungsphase bis hin zum ersten Jahrestag des „Krefelder Appells" am 21. November 1981 maßgeblich von Kommunisten beeinflußt. Mit der Oppositionsrolle der SPD seit Oktober 1982 und nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag hat sich die nichtkommunistische Basis der Friedens-Bewegung aber entscheidend verbreitert. Auch nach dem Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa muß man davon ausgehen, daß sie nach wie vor über rund 2 Millionen Anhänger in der Bundesrepublik verfügt.

Die Gesamtbewegung hat einen Sympathisantensaum, über den inzwischen fast fugenlos ökologische Denkweisen und Umweltschutzprogramme in die einzelnen Stämme – wie z. B. die Alternativ-, Frauen- und Friedensbewegung – hineingeflossen sind. Umgekehrt haben die Grünen ihre programmatischen Schwerpunkte von der Ökologie- und Anti-Kernkraft-Thematik auf Fragen der Abrüstung und des Friedens verschoben. Sie können sich deshalb zu recht als parlamentarischer Arm einer breiten außerparlamentarischen Opposition verstehen.

Diese Opposition unterscheidet sich von der damaligen APO sowohl in der Anzahl als auch in der Qualität ihrer Anhänger. Damals artikulierte eine verhältnismäßig kleine Minderheit lautstark ihren Protest gegenüber der schweigenden Mehrheit. Die APO war von Studenten getragen, die meistens von Akademikern abstammten oder aus Familien des Besitzbürgertums kamen.

Im Gegensatz zur APO kommen die Anhänger der neuen Bewegung aus allen Schichten, Berufen und Altersklassen. Industrielle Facharbeiter sind am wenigsten vertreten. Das klassische Kleinbürgertum ist überproportional repräsentiert.

Von dieser Basis getragen hängen die Chancen der Grünen, sich längerfristig *zu einer dritten politischen* Kraft in der Bundesrepublik zu entwickeln, von drei Komponenten ab. Zunächst stellt sich die Frage, ob die FDP politisch überleben kann und nach 1987 noch im Bundestag vertreten sein wird. Die zweite Komponente ist die künftige Politik der SPD gegenüber den Grünen. Das dritte Problem liegt darin, ob die Grünen in der Lage sind, sich von den chaoti*schen und zentrifugalen Kräften ihrer* Gründungsphase zu lösen oder diese Kräfte – bis auf die Kommunisten – zu binden und sich in Fraktion und Partei-Organisation zu stabilisieren, d. h. bündnisfähig zu werden.

In der SPD existieren drei Grundeinstellungen gegenüber den Grünen. Der Seeheimer Kreis und die Kanalarbeiter plädieren für den Fortbestand der arbeitsteiligen Industriegesllschaft. Für sie *sind die Anhänger* der neuen Bewegung Vertreter einer utopistischen prä- und postindustriellen Gesellschaftsschicht („Bauern, Lehrer, Pfarrer"), die ausgegrenzt werden müssen.

Oskar Lafontaine steht für die zweite Grundeinstellung. Er nutzt die Denkanstöße der Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung und besetzt Positionen der Ökologie-Bewegung, um die SPD weiter nach links zu bringen. Für ihn sind die Grünen potentielle Bündnispartner.

Brandt, Glotz und Vogel taktieren gegenüber den verschiedenen Basisbewegungen auf eine Wiederholung des Integrationskurses von 1969.

Die Politik des Lafontaine-Flügels ist im neugewählten Präsidium der SPD stärker vertreten als bisher. Die neue Bewegung wird sich nicht wie*der integrieren lassen. Sie ist quanti*tativ und qualitativ stärker als die APO. Sie weiß sich durch parteiähnliche Organisationen auf kommunaler Ebene, in Landesparlamenten und im Bundestag vertreten. Falls das Bündnisexperiment Holger Börners gelingt, wird dies Folgeerscheinungen bei den kommenden Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen haben.

Wenn die Grünen in Bonn mitregieren

Aus dieser Entwicklung werden für die Grünen Sachzwänge entstehen, die zu größerer Kompromißfähigkeit führen könnten. Wählbarkeit und Bündnisfähigkeit werden sich erhöhen, wenn sie sich – wie in Einzelfällen schon geschehen – weiterhin von kommunistischen Beeinflussungsversuchen abgrenzen. Die Abwendung von artifiziellen Organisationssystemen – die Fraktionssprecherin Waltraud Schoppe hat die Fragwürdigkeit des Rotationsprinzips bereits angesprochen – wird stabilisierende Wirkungen haben. Die zurückhaltende Sympathie liberaler Zeitungen ist von einem nicht zu unterschätzenden Propagandawert. Die Alternativ-Presse, die eine Auflage von mehr als 500 000 Exemplaren im Monat hat, bringt organisatorische Einflüsse. Die „taz", mit rund 40 000 Exemplaren täglich, ist zu einer Plattform und zu einem Diskussionsforum für alle Basisbewegungen geworden. Weit über deren Anhängerzahl hinaus hat sich eine neue Mittelklasse gebildet, die die gleichen Besorgnisse hat *und zu den gleichen Zielen tendiert* wie die neuen sozialen Bewegungen.

Die Chancen der Grünen, zu einer Dritten Kraft im Parteienfeld zu werden, hängen davon ab, ob die Grünen diese Vorgaben erkennen und inwieweit sie in der Lage sind, daraus Schlußfolgerungen für ihre künftige Politik zu ziehen. Die Koalitionsüberlegungen Otto Schilys und einzelne Äußerungen von SPD-Politikern des *Lafontaine-Flügels lassen jedenfalls* schon jetzt erkennen, daß 1987 eine Regierungsbildung aus SPD und Grünen möglich erscheint. Der CDU, deren „Politik der Wende" in Beschwörungsformeln stecken zu bleiben scheint, werden die Bündnispartner und die Mehrheiten, dies zu verhindern, fehlen. Die neue Regierung aber – ungebremst durch die marktwirtschaftlich orientierten Tei*le der SPD und frei von den Erfah*rungen aus der Mitarbeit in der NATO – dürfte schon bald eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik und eine deutliche Änderung der Sicherheitspolitik einleiten.

Die Golanis: Aus einem maroden Haufen wurde eine Elitetruppe

In der Negevwüste trainieren die Soldaten den Krieg mit verbundenen Waffensystemen

Von RAFAEL SELIGMANN

Das Manövergelände, etwa 30 Kilometer südwestlich der Wüstenstadt Beer Sheba, auf dem die Soldaten des Golani-Bataillons 12 soeben ihren dritten Übungstag beginnen, dürfte zu den abgelegensten und klimatisch unwirklichsten „Ecken" Israels zählen. Diese Operation ist Höhepunkt einer halbjährigen Serie ständiger Übungen der Einheit. „Danach findet ein 48stündiges Manöver der gesamten Golani-Brigade statt, woraufhin wir wieder für ein halbes Jahr in Libanon stationiert werden, dann wieder ein halbes Jahr Übungen auf dem Golan und in Negev und dann das gleiche von vorne", sagt Hauptmann Chaim, einer der vier Kompaniechefs.

In der Nacht zuvor haben die Soldaten nach einem 30-Kilometer-Marsch eine „syrische Stellung erobert". „Ja, eine syrische, alles andere wäre Augenwischerei. Die Golanis kämpfen seit 36 Jahren gegen die Syrer und nicht gegen anonyme rote, blaue oder grüne Feinde. Sie wissen, mit wem sie es zu tun haben und worum es geht", sagt Oberst Zwika, der 36jährige Kommandeur der Golani-Brigade, der in den Negev gekommen ist, um das Bataillon bei seiner Übung zu beobachten.

Während die Mannschaften sich nun im Morgengrauen für zwei, drei Stunden auf dem kühlen Wüstenboden ausstrecken, versammeln sich die Offiziere zur Lagebesprechung. Neben den Golani-Offizieren auch Verbindungsoffiziere der Artilleriebatterien, des Panzerkorps und die Hubschrauberpiloten der Staffel, die stets die Golanis begleiten.

Die Sonderstellung der Einheit

Nach einer kurzen Manöverkritik gibt Oberst Zwika die Operationsziele für die Vormittagsübung bekannt. Bataillonschef Motti und seine Offiziere haben etwa eine Stunde Zeit, einen Operationsplan vorzulegen, die Mannschaften zu instruieren und sich gefechtsbereit zu machen. „Um 9 Uhr habe ich die Bombardierung der syri*schen Position Alef angeordnet, 9.15* Uhr beginnen die vier Kompanien mit dem Vormarsch, um 10.30 Uhr soll Alef mit Artillerie beschossen werden, 15 Minuten später Umgehung der Syrer, 11.30 Uhr Angriffsposition, konzentrisches Vorgehen, Direktbeschuß, Einnehmen von Alef muß spätestens um 12.30 Uhr abgeschlossen sein – für diesen Zeitpunkt habe ich den Abwurf von Nachschubgütern durch die Luftwaffe festgesetzt."

Während sich seine Offiziere entfernen, um den Operationsplan auszuarbeiten, hat Zwika Zeit für ein Gespräch. „Soeben hast Du die drei wesentlichen Grundsätze unseres Vorgehens sehen können: Erstens: Das enge, möglichst nahtlose Zusammenarbeiten der unterschiedlichen Einheiten unserer Waffensysteme. Die entscheidende Lehre aus dem Jom-Kippur-Krieg und dem Libanon-Feldzug ist, daß der moderne Kampf mit verbundenen Waffensystemen nur klappen kann, wenn man ihn ständig trainiert. Zweitens müssen wir Improvisieren üben. Daher versuchen wir die Phase von der Bekanntgabe des Operationsziels bis zum Einsatzbeginn stetig zu senken. Drittens: Pünktlichkeit. Exakte zeitliche Abstimmung ist Voraussetzung für den effektiven Kampf mit verbundenen Waffen. „Den vierten Faktor habe ich fast zu erwähnen vergessen", sagt der untersetzte Oberst mit einem verschmitzten Lächeln: „Golani."

Die Golani-Brigade nimmt tatsächlich eine Sonderstellung in der israelischen Armee ein. Obgleich formal keine Freiwilligeneinheit, sind 98 Prozent der Soldaten der Infanteriebrigade Freiwillige. Eine Vorstellung von der Härte der Golanis ergibt sich bereits aus der Dauer der Grundausbildung – sie ist mit sechs Monaten doppelt so lang wie bei den „gewöhnlichen" Einheiten. In dieser Phase wird von den Soldaten neben einem Training zur optimalen physischen Belastbarkeit auch die vollkommene Beherrschung des Kriegsgeräts verlangt.

Besonderes Gewicht wird auf die Nahkampfausbildung gelegt. Das Gefecht von Haus zu Haus ist jahrelang von den übrigen Einheiten der israelischen Armee stark vernachlässigt worden. Die Folge waren unnötig hohe Verluste. Den Abschluß der Ausbildung bildet ein 100-Kilometer-Mar*sch mit vollem Gepäck, das sind bei* den Golanis nie weniger als 35 Kilogramm Gewicht. Danach schließt sich eine Feier im Familienkreis an.

Die Golani-Brigade war nur wenige Jahre nach der Staatsgründung (1948) als maroder „Haufen" in der Armee verschrien. Ihre Auflösung schien sicher zu sein. Da wendete ein neuer Kommandeur das Blatt. Seine Patentlösung hieß „Familie". Er sorgte für einen festen Zusammenhalt der Truppe samt ihren Angehörigen in Dienst und Freizeit. Die Golanis reden sich als Brüder – und Schwestern – an, denn es gibt auch nicht wenige weibliche Soldaten. Die Familien sind zu feierlichen Anlässen und zu jeder größeren Übung eingeladen. Auch nach dem Grundwehrdienst und den jährlichen Reserveübungen trifft sich die Truppe ständig.

Die gesteigerte Kampfkraft und taktische Zuverlässigkeit der Golanis war bald allgemein bekannt. So wurde diese Einheit bereits Mitte der 50er Jahre zur Bekämpfung palästinensischer Freischärler und zu gewagten Unternehmen hinter den feindlichen Linien eingesetzt – Aufgaben, die die Golanis seither ständig erfüllen.

Im Sechs-Tage-Krieg (1967) hatten die Golanis entscheidenden Anteil am „24-Stunden-Wunder": der Erstürmung der als uneinnehmbar geltenden, von schweren Festungen durchzogenen Golan-Höhen innerhalb eines Tages. Die Unerschrockenheit ihres Infanterieangriffs war ein wesentlicher Faktor für den raschen Zusammenbruch der Syrer.

Sechs Jahre später, im Jom-Kippur-Krieg, trugen die Bataillone die*ser Einheit in den ersten Stunden des* Krieges die Hauptlast der Verteidigung auf den Golan-Höhen. Ihr unermüdlicher Einsatz verhinderte einen weiteren Durchbruch der überlegenen syrischen Verbände und damit einen Kollaps der israelischen Nordfront.

1982 im Libanon-Krieg bewältigten die Golanis die schwierigste taktische *Aufgabe des gesamten Feldzugs: die* Eroberung der von PLO-Verbänden gehaltenen Kreuzritter-Festung Beaufort, die aufgrund ihrer Lage auf einem steilen, mehrere hundert Meter hohen Berg sowie eines dichtgestaffelten Verteidigungssystems wiederum als uneinnehmbar galt. Innerhalb weniger Stunden und mit relativ geringen eigenen Verlusten stürmten die Golanis die Position, von der aus Christen und Juden jahrelang mit Artillerie und Raketenangriffen in Atem gehalten wurden.

Heute gelten die Golanis nach dem Urteil ausländischer Militärexperten vor Ort als die schlagkräftigste Infanterie-Truppe in der gesamten Region. Die Soldaten hören das gern

Die Soldaten-Mütter besuchen ihre Kinder

Unterdessen belegt eine Staffel Skyhawk Jagdbomber das Angriffsziel mit Bomben. 15 Minuten später setzen sich 50 M-113-Panzerschützen dröhnend in Gang, in ihren Staubwolken folgen zwei Dutzend M-60-Panzer. Wir fahren ihnen in Zwikas Geländewagen hinterher. Nach weni*gen Minuten sind wir alle von einer* dicken ockerfarbenen Staubschicht bedeckt. Wenige Augenblicke, nachdem die Einheiten in Wartestellungen gegangen sind, blitzen exakt um 10.30 Uhr die Mündungsrohre der Kanonen auf.

Eine Viertelstunde später setzt das Röhren der Dieselmotoren wieder ein. Die Panzerkolonnen ziehen sich immer weiter auseinander. „Zu weit", *sagt der Oberst* und greift erstmals ins Kampfgeschehen ein. „Bleibt enger zusammen!", ordnet er über Funk an. Nachdem die Fahrzeuge die Angriffsposition erreicht haben, beginnt um 11.30 Uhr der Beschuß der „syrischen" Stellung mit Panzerkanonen und Maschinengewehren. Die Schützenpanzer setzen sich nun in Marsch.

Nach etwa einer halben Stunde haben die ersten M-113 den halbkreis*förmigen Erdwall erreicht; während* der Schütze auf das Ziel hält, sitzt die Mannschaft ab und stürmt in gebeugter Haltung vor. Innerhalb weniger Minuten haben alle M-113 den Wall erreicht, die Mannschaften stürmen unter dem Feuerschutz ihrer Wagen und der auf den Hügeln postierten Panzer in die leichte Mulde. Kaum hat das Gros des Bataillons seine Position erreicht, da wird auch schon *eine C-130-Transportmaschine* am hitzeflirrenden Himmel sichtbar. Kurz darauf öffnen sich drei Fallschirme.

Eine halbe Stunde später sind wir im Zeltlager, das das Bataillon seit Monaten beherbergt. Der Wachtposten ist eingenickt. Die Golani-„Mütter" dagegen sind hellwach. Eine Gruppe ist mehr als 300 Kilometer weit aus dem Norden des Landes ge*kommen. Zwika unterzieht sich den* Umarmungen der temperamentvollen Jemenitinnen. In seinem Zelt werden die mitgebrachten orientalischen Leckerbissen gereicht: Humus, Trina, Malauchach und frisches Obst.

NACHRICHTEN

Michelin: Rückzug

Hamburg (dpa) – Die französische Reifenfirma Michelin zieht sich am Ende der Saison 1984 aus der Formel 1 zurück. Die Firma hat fast alle Rennställe ausgerüstet – seit 1977 drei Weltmeister und 57 Grand-Prix-Sieger (davon in diesem Jahr 12 von 14 möglichen).

Chinesen verloren

Schwandorf (dpa) – Die ersten Niederlagen mußten die Chinesen Wang Huiyuan und Hui Jun beim mit 140 000 Mark dotierten Deutschland-Grand-Prix der Tischtennisspieler hinnehmen. Huiyuan unterlag in der Gruppe A dem Ungarn Kriston im Viertelfinale 15:21, 17:21, Jun dem Franzosen Birocheau im Halbfinale 19:21, 21:17, 12:21. Sieger im zweiten Durchgang des Grand Prix wurden die Schweden Bengtsson (Gruppe A) und Waldner (Gruppe B).

Jaschin operiert

Moskau (sid) – Lew Jaschin (55), einem der berühmtesten Fußball-Torwarte aller Zeiten, wurde in Moskau *ein Bein amputiert.* Jaschin, der für die Sowjetunion 78 Länderspiele bestritt, 1956 Olympiasieger, 1960 Europameister wurde und 1963 „Europas Fußballer des Jahres" war, leidet an Kreislauf-Beschwerden. Die Amputation hielten die Ärzte für notwendig, um einem drohenden Herzinfarkt vorzubeugen.

Schwimmer geflüchtet

Reutlingen (dpa) – Der 20 Jahre alte tschechoslowakische Schwimmer Ondres Krenek hat sich während einer Wettkampfreise von Bohemians Prag abgesetzt. Er meldete sich gestern bei der Polizei in Reutlingen, wo er seit Samstag bei Verwandten untergetaucht war. Krenek will in die USA auswandern und dort politisches Asyl beantragen.

Trainer entlassen

Rom (sid) – Nach nur zwei Spieltagen hat Italiens Fußball-Erstligaklub Lazio Rom seinen Trainer Paolo Carosi entlassen. Giorgio Chinaglia, ehemaliger Nationalspieler, der den Verein gekauft hat, wirft Carosi vor, an den Niederlagen gegen Florenz (0:1) und in Udine (0:5) schuld zu sein. Chinaglia ist inzwischen auch Chef *des amerikanischen Profi-Vereins* Cosmos New York.

Huber will klagen

Dortmund (sid) – Lothar Huber, vom Fußball-Bundesligaverein Borussia Dortmund beurlaubter Abwehrspieler, will mit einer einstweiligen Verfügung erreichen, daß er wie*der am Training teilnehmen kann.* Trainer Timo Konietzka wirft Huber „provokatives Verhalten" im Training vor.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Deutschland-Grand-Prix, zweites Turnier, Gruppe A in Nordhorn, Halbfinale: Bengtsson (Schweden) – Kriston (Ungarn) 21:18, 21:16, Carlsson (Schweden) – Secretin (Frankreich) 21:18, 21:12. – Finale: Bengtsson – Carlsson 10:21, 21:11, 21:17. – Gruppe B in Schwandorf, Halbfinale: Waldner (Schweden) – Surbek (Jugoslawien) 16:21, 21:17, 21:17, Birocheau (Frankreich) – Hui Jun (China) 21:19, 17:21, 21:12. – Finale: Waldner – Birocheau 21:12, 24:22.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Genf, Finale: Krickstein (USA) – Sundström (Schweden) 6:7, 6:1, 6:4.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 422 497,00 Mark, 2: 123 695,30, 3: 10 858,70, 4: 156,20, 5: 10,70. – **Toto**, Elferwette: 1: 25 888,10, 2: 676,80, 3: 53,30. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 411 293,20, 2: 137 097,70, 3: 7305,00, 4: 122,70, 5: 11,00. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 279,10, 2: 78,60. – Rennen B: 1: 752,90, 2: 82,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 495 186,00 Mark. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Ein ehemaliger Nationalspieler, für 750 000 Mark vom HSV geholt, macht die Krise des 1. FC Köln noch größer

Der lustige Vogel Jimmy Hartwig findet es am Rhein nicht mehr schön. Klaus Allofs: „Er überschätzt sich"

MARCUS BERG, **Köln**

Früher blieb der Fußball-Profi William („Jimmy") Hartwig, von Hause aus ein lustiger Vogel, liebend gerne an der Theke des Klubhauses „Zum Geißbock" zurück, um sich dann, noch etwas später, mit einheimischen Kollegen in den Altstadt-Lokalen eine fröhliche Nacht um die Ohren zu schlagen. Das geschah fast immer, wenn er für den Hamburger SV beim 1. FC Köln gespielt hatte. Jetzt, da er das Hemd gewechselt hat und das Trikot mit dem springenden Geißbock trägt, fühlt er sich nach nur zwei Monaten selbst zum Narren gemacht.

Um den 29 Jahre alten ehemaligen Nationalspieler spinnt sich beim krisengeschüttelten 1. FC Köln die nächste Affäre, deren vorläufiger Höhepunkt darin besteht, daß Trainer Hannes Löhr im Heimspiel gegen Borussia Dortmund auf den für eine Ablöse von 750 000 Mark verpflichteten Spieler gegen Borussia Dortmund verzichtet. Schon ist von vorzeitiger Trennung die Rede.

Vor ein paar Wochen klag das alles noch ganz anders. Hartwig bereitete seine Zeit beim 1. FC Köln mit munteren Sprüchen vor:

● „Die Kölner bekommen einen guten Mann. Das muß einmal gesagt werden. Meine Kollegen vom HSV haben mich schon geflachst, daß ich künftig vor leeren Rängen spielen werde. Ich bin vom Gegenteil überzeugt. Wo Jimmy spielt, kommen auch die Zuschauer."

● „Köln bekommt keinen Maradona, *keinen Pele. Aber es kriegt einen Jimmy*, der sich in jedem Spiel die Füße blutig läuft."

● „Die Kölner können sich freuen. Ich bin das letzte Original der Liga. Allein deshalb will ich weiterhin die Fans zum Lachen bringen, obwohl mich einige wieder als Idioten hinstellen werden. Aber ich bin intelligenter, als manche meiner Kritiker glauben."

Hartwig hat bald einsehen müssen, daß es am Rhein keineswegs so schön ist und alleweil so lustig zugeht, wie das in weinseliger Stimmung besungen wird: „Bis jetzt hat es mir überall gefallen. Ich hatte auch meine Freunde, nur in Köln nicht".

Dazu hat der Fußballer, der sich gerne *als Glücksfall für jeden Verein* lobt („Wer mich nicht holt, ist selbst schuld"), selbst ein gutes Stück beigetragen. Mitspieler stießen sich schon bald an seinem Hang zum Meckern. Mannschaftskapitän Klaus Allofs: „Hartwigs Problem ist es, daß er sich überschätzt. Ich habe ihn schon mehrfach aufgefordert, sein unkameradschaftliches Verhalten zu ändern. Es hat nichts genutzt".

Zu einer bösen Auseinandersetzung kam es nach der 0:2-Niederlage der Kölner am letzten Samstag im *Münchner Olympiastadion.* Hartwig geriet mit Nationalspieler Pierre Littbarski aneinander, es fielen neben nicht druckreifen Ausdrücken Worte wie „Blinder" und „Alibi-Fußballer". Die beiden Streithähne sollen nun 2000 Mark in die Mannschaftskasse zahlen.

So wie er es zu Hamburger Zeiten in Köln gehalten hatte, machte es Hartwig nun an der Isar, wo er einst bei den heutigen Amateuren von München 1860 aktiv gewesen war. Er ließ die Kollegen heimfliegen und begab *sich spornstreichs zum Oktober*fest. Die Zuneigung einiger Fans tat ihm gut und ein paar Maß taten ein übriges, um ihm die Zunge zu lösen und das Elend am Rhein vor Augen zu führen: „Mir reicht's. Ich werde nicht weiter den Sündenbock spielen. Ich höre auf der Stelle auf". Am Montag erkundigte er sich auf der Geschäftstelle seines Arbeitgebers nach der Möglichkeit, seinen bis 1986 datierten Vertrag vorzeitig zu lösen. Später ließ er sich dann von seiner Frau Erika krank melden. Vereinsarzt Günther Enderer, vom 1. FC Köln direkt zum Hausbesuch aufgefordert, stellte dann tatsächlich grippale Erscheinungen fest und verordnete zwei Tage Bettruhe.

„Einen Spieler, der sich gegen die Mannschaft stellt und hier nicht spielen will, kann ich nicht gebrauchen", befand Trainer Hannes Löhr. Womöglich wollen die Kölner den eigenwilligen *Spieler wirklich gerne* wieder verschwinden sehen, doch wer zahlt ihnen auch nur halbwegs jenen Preis zurück, den sie der Transfer gekostet hat? Hartwigs frühere Mitspieler hatten ihm ohnehin am Rhein nur eine Frist bis Weihnachten vorhergesagt.

„Wir haben ihn als Kämpfer im Mittelfeld geholt, der dann und wann auch ein Tor erzielen soll", verteidigte Kölns Vizepräsident Karlheinz Thielen die Verpflichtung. Doch Hartwig fühlt sich zu höherem berufen und entsprechend mißverstanden. Er glaubt, er könne der Regisseur sein, den die Rheinländer seit dem Abschied von Heinz Flohe, Herbert Neumann oder Bernd Schuster verzweifelt aber vergeblich gesucht haben.

Der Konflikt, der offensichtlich kaum noch zu kitten ist und die Probleme des Clubs nur noch vergrößert, liegt im Rollenverständnis eines ein*zigen Spielers. Mannschaftskapitän* Klaus Allofs, der hier wohl nur Sprecher aller Kollegen ist, sagt das so: „Er glaubt, er wäre in der Offensive besser. Aber da verliert er zu oft den Ball. Ein Techniker ist er nun einmal nicht."



Keine Zusammenarbeit mehr möglich? Kölns Trainer Hannes Löhr (rechts) und Jimmy Hartwig blicken aneinander vorbei. FOTO: SIMON

Kein Maulkorb für Profis

Franz Beckenbauer hat seinen Nationalspielern noch einmal eingepaukt, was auch den Bundesliga-Vereinen gefallen wird: Öffentliche Kritik an Entscheidungen der Trainer und Kollegen habe tunlichst zu unterbleiben. Ein Maulkorb für Profis? Im Falle eines englischen Kollegen gab es jetzt eine unerwartete Antwort auf diese Frage:

Ein Kommission des englischen Liga-Verbandes entschied, Fußballspieler hätten das Recht, ihre Vereine öffentlich zu kritisieren. Sie hob eine *Geldstrafe von 1000 Pfund (3800* Mark) auf, mit der der Zweitliga-Klub FC Brighton and Hove Albion seinen Torwart und ehemaligen Nationalspieler Joe Corrigan belegt hatte. Corrigan hatte in einem Zeitungsartikel seinen Krach mit Team-Manager Cattlin erläutert und die Führung seines Klubs kritisiert, die den Spielern verbietet, innere Angelegenheiten des Vereins ohne schriftliche Genehmigung öffentlich zu kommentieren.

Gordon Taylor, der Geschäftsführer der englischen Profispieler-Gewerkschaft, dazu: „Wir sind bestrebt, das Recht unserer Mitglieder zu schützen, frei ihre Meinung sagen zu können. Vorausgesetzt, daß ihre Kommentare über den Klub und den Fußball im allgemeinen sachlich und nicht verleumdend sind."

Ein Beispiel auch für Beckenbauer und Vereine wie den 1. FC Köln, der jetzt Hartwig und Littbarski als Strafe für einen internen Streit zur Zahlung von 2000 Mark in die Mannschaftskasse verpflichtet hat? DW.

NATIONALELF

Lehrgang mit gewolltem Leerlauf

W. NIERSBACH, *Hennef*

Die Füchse sagen sich im Tal der Sieg „Gute Nacht", ständiger Regen verbreitete eine triste Atmosphäre. Unterkunft und Essen waren eher spartanisch als luxuriös: Nur ein Lagerfeuer fehlte eigentlich zu alter Pfadfinder-Romantik. Doch die Fußball-Nationalspieler fühlten sich in *der Sportschule Hennef wohl.* So wohl sogar, daß Teamchef Franz Beckenbauer zum Abschluß des Kurzlehrgangs sagte: „Das Bild der satten Profis, die mit Geld um sich werfen und nur in Luxushotels wohnen können, ist völlig falsch. Es gab nicht einen, der über irgendetwas gemeckert hätte."

Die Frage ist müßig, inwieweit Beckenbauer kraft seiner Person und Autorität auch diesen neuen Geist innerhalb der Truppe gefördert hat. Tatsache jedenfalls ist, daß niemand überhaupt auf die Idee kommt, etwa das fehlende Zimmertelefon zu reklamieren, über das sich früher im Hotel so manches Geschäft abwickeln ließ. Karl-Heinz Förster sagt nur: „Ich vermisse das Telefon. Aber nur, weil ich zwischendurch gerne mit meiner Familie spreche. Es zählt allein, daß man in der Sportschule gut und *zweckmäßig arbeiten kann.*"

Was die Arbeit anbetraf, so hätte sie Ansatz zu Kritik bieten können. Denn die Anforderungen in drei Trainingseinheiten und einem Testspiel *über zweimal 30 Minuten*, das die A-Kandidaten mit 4:3 gegen die Junioren gewannen, blieben eher bescheiden. Doch nach mehreren Absagen und noch mehr Verletzungen (Beckenbauer: „Zwei Masseure reißen sich die Arme aus"), machte Jupp Derwalls Nachfolger aus der Not eine Tugend, setzte aktive Erholung und Entspannung *auf's Programm.*

Der Lehrgang mit (bewußtem) Leerlauf erfüllte auch seinen Zweck, weil Beckenbauer nicht müde wurde, seine Vorstellungen zu erläutern. So wurden *Mathias Herget* und *Lothar Matthäus* gerügt, weil sie Maßnahmen des Teamchefs öffentlich kritisiert hatten. „Intern, in unseren vier Wänden, kann jeder den Mund aufmachen, aber es geht nicht an, daß jeder Personalpolitik über die Medien macht", wiederholte Beckenbauer seinen Standpunkt.

Dazu Förster: „Ich finde es gut, daß so offen über alles gesprochen wird. Das war früher nicht der Fall. Da wußte man oft nicht, woran man war. Franz zeigt uns den richtigen Kurs, und ich bin überzeugt, er nimmt keine Rücksicht auf Namen, wenn Leistung oder Verhalten nicht stimmen."

Natürlich weiß Förster aus der Erfahrung von 61 Länderspielen, wie schnell die vielen Vorschußlorbeeren welken, wenn am 17. Oktober in Köln der Start in die WM-Qualifikation mißlingen sollte. Deshalb sagt der *Stuttgarter: „Franz Beckenbauer hat* uns beim Neubeginn unheimlich geholfen, weil dank seines Engagements die Nationalelf wieder einen viel positiveren Stellenwert besitzt. Doch jetzt sind wir Spieler im Zugzwang. Wir müssen und wollen Leistung bringen."

Taktisch hat Beckenbauer bereits alle Planungen auf das Duell mit den Skandinaviern ausgerichtet, die er heute beim Länderspiel gegen Italien in Mailand ein zweites Mal beobachtet. Der Favorit auf dem Libero-Po*sten heißt Mathias Herget, der hinter* zwei Mann deckenden Verteidigern (Förster, Jakobs oder Briegel) für spielerische Impulse sorgen soll. Da Beckenbauer es aber für „tödlich" *hält, daß Herget* allzu oft vor der Abwehr agiert, soll Andreas Brehme im Fünfer-Mittelfeld um Regisseur Felix Magath eine Art Abfangjäger spielen.

SCHACH / WM

Remis nach nur 21 Zügen

LUDEK PACHMAN, **Bonn**

Auch die fünfte Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und Garri Kasparow endete im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses remis. Titelverteidiger Karpow führt durch seinen Sieg im dritten Spiel weiterhin 1:0.

Mit einer an sich zweischneidigen Variante der sizilianischen Verteidigung vermied Karpow in der fünften *Partie jede Verschärfung des Spiels* (z. B. 6.Lg5). Kasparow erreichte mit einem altbekannten Aufbau ziemlich mühelos Ausgleich, ein frühzeitiges Unentschieden war die logische Folge des beiderseitigen Verzichts auf jedes Risiko. Offenbar ist es Karpows Taktik, den Gegner nach seinem ersten Sieg „kommen zu lassen", um eventuell sein aggressives Spiel zu widerlegen. Aber auch Garri Kasparow scheint sehr viel Zeit mitgebracht zu haben ...

So jedenfalls ist ein Ende der Aus*einandersetzung kaum abzusehen.* Sieger ist nämlich der, der als erster sechs Siege auf dem Konto hat, Unentschieden werden nicht gezählt. Die sechste Partie wird heute gespielt.

Die Notation (Weiß Karpow, Sizilianisch): 1.e4 c5, 2.Sf3 d6, 3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sf6, 5.Sc3 a6, 6.Le2 e6, 7.0-0 Le7, 8.f4 0-0, 9.Kh1 Dc7, 10.Lf3 Sc6, 11.a4 Te8, 12.Le3 Tb8, 13.Te1 Ld7, 14.Dd3 Sxd4, 15.Lxd4 e5, 16.La7 Tc8, 17.Le3 Dc4, 18.a5 h6, 19.h3 Lf8, 20.Ld2 Dd4, 21.Le3 remis.

SPRINGREITEN

Farmer in die USA verkauft

dpa, **Mühlen**

Der Ausverkauf deutscher Springpferde nach Übersee geht weiter: Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) hat den achtjährigen braunen Holsteiner Wallach Farmer, eins der vier Pferde der deutschen Bronzemedaillen-Equipe von Los Angeles, an den Amerikaner George Morris verkauft. Branchenkundige Pferdehändler behaupten, das bisher von *Franke Slootbaak gerittene Pferd* sei für rund 800 000 Mark in die USA verkauft worden. Paul Schockemöhle waren schon während der Olympischen Spiele in Los Angeles feste Kaufverträge unterbreitet worden. Doch nahm er Farmer wieder mit zurück nach Europa. „Ich wollte dem Deutschen Olympiade-Komitee für Reiterei die Möglichkeit geben, sich an dem Pferd zu beteiligen, um es dem deutschen Sport zu erhalten."

Schockemöhle verlangte nach seinen eigenen Worten eine Beteiligung *von 300 000 Mark, wozu sich das* DOKR nicht in der Lage sah, es wollte lediglich 150 000 Mark geben. „Unter diesen Umständen habe ich das Pferd verkauft." Versprechungen vom DOKR, noch Gelder über die Sporthilfe-Stiftung zu bekommen, erfüllten sich nicht. So blieb Schockemöhle hart: „Ich bin Kaufmann und muß einen teuren Stall unterhalten. Da kann ich nicht an wirklich guten Angeboten vorübergehen, so bedauerlich das für die deutsche Reiterei auch sein mag."

Der Abschied eines großen Athleten

Am Sonntag um 19.23 Uhr endete ein Kapitel jüngerer deutscher Sportgeschichte. Karl-Hans Riehm, der in seiner Karriere zweimal Weltrekord warf, ließ beim Sportfest im niederrheinischen Kamp-Lintfort *zum letzten Mal den Hammer fliegen.* Die vierzehneinhalb Pfund schwere Kugel am Draht schlug bei 73,02 m in den Boden. Riehm wurde damit Zweiter wie bei den Olympischen Spielen in Los Angeles. Den letzten Wettkampf der 18 Jahre langen Karriere kommentierte er mit den Worten: „Das war's. Die Sache ist mit Anstand beendet."

Riehm sagt: „Es wird mir noch oft leid tun, daß ich nicht mehr dabei bin. Wenn ich ohne Verletzungen noch bis zum 60. Lebensjahr unter den ersten zehn der Welt bleiben könnte, ich glaube, ich würde nie aufhören." Aber Riehm hatte keine Wahl, der Abschied wurde vom Ver*schleiß diktiert. Bundestrainer* Karl-Heinz Leverköhne sagt: „Er mußte Schluß machen, weil der Körper nach den vielen schweren Verletzungen nicht mehr mitspielte."

Für Riehm, der vor 18 Jahren im ersten Wettkampf der Laufbahn im Heimatort Konz an der Mosel das Fünf-Kilo-Gerät 18 Meter warf und *klar verlor, beginnt nun der Kampf* gegen mögliche Folgeschäden. Der 33 Jahre alte Innenarchitekt schätzt, daß er noch bis über die nächsten Olympischen Spiele hinaus regelmäßig zum Arzt gehen muß. „Mindestens vier bis fünf Jahre werde ich noch in vierteljährlichem Abstand zu meinem väterlichen Freund Professor Klümper fahren. Er hat durch eine spezielle Behandlung auch erst ermöglicht, daß ich diesen letzten Wettkampf bestreiten konnte."

Klümper, der immer noch einen *Rat weiß, wenn viele andere Ärzte* schon resignieren, hat in den letzten zwölf Jahren dreimal dafür plädiert, daß Riehm aufhört. Dies sagt schon viel. Doch Klümpers Kunst und Riehms Energie haben 1973 die schwere Knieverletzung, 1978 den Meniskusschaden besiegt und 1982 auch die seltsame Muskelentzündung im Oberschenkel gemeistert. Riehm: „Der Drahtseilakt ist letztlich

STAND ● PUNKT

geglückt. Ich bin unheimlich zufrieden."

Riehm weiß, welch hohes gesund*heitliches Risiko er einging. Er trieb* seit seinem ersten Einsatz in der Nationalmannschaft („1971, da war Liesel Westermann noch dabei") einen gewaltigen Aufwand im Training, in ärztlicher Vor- und Nachsorge, um diese Kugel am Draht durch die Luft zu hämmern, finanziell zog er im Vergleich zu anderen Sportstars daraus keinen Nutzen. Viele werden sich fragen: Warum dies alles?

Riehm schickt der Antwort erst einmal voraus: „Ich bereue nichts", und meint dann: „Das Leben im Spannungsfeld Leistungssport ist faszinierend und mit Worten kaum zu beschreiben. Ich hatte das Gefühl, etwas zu tun, zu dem ich berufen war." Riehm sagt: „Der Sport mit all seinen Einwirkungen hat zu meiner Selbstfindung geführt, Selbstbewußtsein aufgebaut. Einen besseren Lehrmeister gibt es wohl in keinem *anderen Lebensbereich. Es war ein* langer Prozeß, und vieles habe ich erst ziemlich spät begriffen. Zum Beispiel, daß die Öffentlichkeit mit ihren Erwartungen maßlos ist, daß ich mir mit meinen Leistungen nur selbst verantwortlich bin. Eines weiß ich bestimmt: Mit Geld allein ist da nichts zu machen. Es kann nur einiges erleichtern. Entscheidend sind Idealismus und Glaube an sich selbst."

Riehm läßt die Jahre noch einmal Revue passieren. Er denkt an die erste Hantel, die aus einem Wasserleitungsrohr und selbstgegossenen Betonklumpen an beiden Enden bestand, an die erste Fahrt zu einem Lehrgang, die mit Überschlag und Totalschaden des Wagens endete („Der Hammer flog mir um die Ohren, aber traf mich Gott sei Dank nicht"), an die vielen Reisen, Siege, *auch an etliche Niederlagen.*

Vor dem letzten Wurf der Laufbahn säuberte er mit Wasser und Besen selbst noch einmal den Wurfring. Da war sie immer noch: jene Bescheidenheit, die Teil seiner Persönlichkeit ist und die Bundestrainer Leverköhne zu der Bemerkung veranlaßt, als Mensch stehe Riehm außen vor, seine *Souveränität* und menschliche Größe besitze kaum ein anderer. GERD HOLZBACH

Genscher: EG will in Nahost aktiver werden

BERNT CONRAD, New York

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinem ägyptischen Amtskollegen Achmed Abd El Meguid und dem UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar in New York versichert, die Partner der Europäischen Gemeinschaft wollten in der Nahostpolitik wieder aktiver werden. Durch die israelische Regierungsbildung seien jetzt wieder Friedensbemühungen möglich. Allerdings gehe es für die EG nicht etwa um einen neuen Friedensplan, sondern nur um die Unterstützung realistischer Bestrebungen in der Region.

Genscher wird darüber am Rande der UNO-Vollversammlung auch noch mit Israels Außenminister Shamir sowie mit seinem saudi-arabischen Amtskollegen sprechen. Beim Treffen mit Meguid wurde ein Besuch des ägyptischen Staatschefs Mubarak in Bonn vom 30. Oktober bis 2. November vorbereitet. Meguid lobte die von Präsident Reagan bekräftigte Verpflichtung Amerikas, als „voller Partner an der Suche nach Frieden" im Nahen Osten teilzunehmen.

Der pakistanische Außenminister Ayub Khan äußerte sich bei einer Begegnung mit Genscher pessimistisch über die Chancen für einen Frieden in Afghanistan. Er glaube vielmehr, daß die Sowjets bemüht seien, das Land militärisch in den Griff zu bekommen. Der Pakistani dankte für die deutsche Hilfe zugunsten afghanischer Flüchtlinge. Genscher versprach ihre Fortsetzung.

Nicht viel Hoffnung auf eine baldige Zypern-Lösung zeigte der UNO-Generalsekretär. In seinen Gesprächen mit den beiden Volksgruppen hätten sich alle Beteiligten als unflexibel erwiesen, berichtete er Genscher. Bonn solle durch seine guten Beziehungen zu Athen und Ankara auf einen Frieden hinwirken.

Der Generalsekretär wie auch Chinas Außenminister Wu Xueqian drängten Bonn, endlich der internationalen Seerechtsvereinbarung zuzustimmen. Kanadas Außenminister Joe Clark betonte gegenüber Genscher, die Übernahme der Regierung in Ottawa durch die Konservativen ändere an den Grundlinien der kanadischen Außenpolitik nichts.

Flüchtlinge in der Mur ertrunken

AP, Graz

Tragisch endete die Flucht der fünfköpfigen tschechoslowakischen Familie Penka über Jugoslawien nach Österreich. Wie die österreichischen Behörden gestern in Graz mitteilten, wurden – zehn Tage nachdem zwei Töchter der Familie den Westen erreicht hatten – die Leichen der 38jährigen Mutter Vera und der sechsjährigen dritten Tochter Jaroslava aus dem Grenzfluß Mur geborgen. Vom 40 Jahre alten Vater Vladimir fehlte noch jede Spur, vermutlich ertrank auch er.

Ungewiß ist noch das Schicksal der geflüchteten Mädchen, die im Westen bleiben wollen. Gegenwärtig wird versucht, eine Ausreisegenehmigung für die in Brünn lebende Großmutter zu erreichen. Die 15jährige Zdenka und die dreijährige Vera sind bei einer österreichischen Lehrerfamilie untergebracht.

Craxi tritt öffentlich für das Ziel der deutschen Einheit ein

„DDR" setzt Angriffe gegen Kohls Bundestagsrede fort / Bonn wehrt sich gegen Moskau

DW. Bonn

Als „hochinteressantes Faktum" ist in Bonn die Tatsache vermerkt worden, daß sich der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi jetzt deutlich für das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt hat. Craxi hatte es bislang vermieden, den gegen den Wiedervereinigungsgedanken gerichteten Äußerungen seines Außenministers Andreotti eine den deutschen Standpunkt konkret unterstützende öffentliche Erklärung entgegenzustellen.

In einer Rede in Cremona, die ursprünglich nur wirtschaftspolitischen Themen gewidmet war, wich der sozialistische Regierungschef plötzlich von seinem Manuskript ab und sagte: „Wir glauben, daß jedes Volk Europas, Deutschland eingeschlossen, eine Berufung hat, die ohne Einschränkung darauf gerichtet sein muß, die Einheit wiederzufinden."

Auf Schlüters Linie

Craxi schloß sich mit diesen Aussagen der Erklärung des dänischen Regierungschefs Schlüter an, der bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der umstrittenen Andreotti-Passagen ausdrücklich das Ziel auf Wiederherstellung der deutschen Einheit unterstützt hatte. Schlüter wiederholte diese Erklärungen jetzt während des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Kopenhagen.

Auf einer Pressekonferenz in der dänischen Hauptstadt ging der Kanzler ebenfalls auf das Thema Wiedervereinigung ein. Das deutsche Volk, so sagte er, habe das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch die Nazi-Barbarei verwirkt. Der Wiedervereinigungsgedanke dürfe nicht aufgegeben werden, wenngleich er wohl nicht in absehbarer Zeit zu verwirklichen sei. Auf die Frage, ob er dem italienischen Außenminister Andreotti seine umstrittenen Äußerungen vergeben habe, antwortete Kohl zurückhaltend: Er sei nicht nach Kopenhagen gekommen, um mit Andreotti einen öffentlichen Streit auszutragen. Es handle sich gewissermaßen um einen Familienstreit innerhalb der Gemeinschaft christlich-demokratischer Parteien, der am besten hinter den Kulissen beigelegt werde.

Die französische Regierung hatte bereits am 20. September dem Auswärtigen Amt in Bonn eine Erklärung übermittelt, in der auf Andreotti reagiert wurde: „Die Haltung Frankreichs ist seit langem bekannt, sie wurde seit 1954, seit den Abkommen zwischen Bonn und Paris, oft wiederholt. Frankreich unterstützt die Politik der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, der es dem deutschen Volk erlauben würde, auf friedlichem Weg in freier Selbstbestimmung seine Einheit zu verwirklichen. Dieses Recht steht allen Deutschen zu. Niemand kann es ihnen verweigern."

Die „DDR", die aus den Andreotti-Äußerungen eine Unterstützung ihrer Position ablas, setzt unterdessen ihre Angriffe gegen Bundeskanzler Kohl fort. Vor 3000 Arbeitern in Magdeburg reagierte Erich Honeckers deutschlandpolitischer Berater, Professor Herbert Häber, auf Kohls Bundestagsrede, in der der Kanzler das Festhalten am Ziel der deutschen Einheit öffentlich bekräftigt hatte. Häber: „Wenn der Bundeskanzler der BRD, Herr Kohl, in der vergangenen Woche davon redete, er fühle sich verpflichtet, für die Bürger der DDR 'mitzureden', so sei ihm ... gesagt: Geben Sie es endlich auf, sich in Dinge einzumischen, die Sie – mit Verlaub gesagt – nichts angehen! Geben Sie es auf, sich als selbsternannter Vormund aufzuspielen! Sie stehen damit auf verlorenem Posten, und Ihre Kompetenz ist gleich Null."

Häber riet dem Kanzler in ironischen Tönen, „vielleicht doch einmal den Grundlagenvertrag zu lesen und den Absatz zu buchstabieren, daß sich die Hoheitsgewalt auf sein Staatsgebiet beschränkt und beide Seiten sich verpflichten, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren. Das gilt, und nur das!"

Die Bundesregierung hat inzwischen den kommunistischen Staaten Osteuropas zu erkennen gegeben, daß die systematisch gesteigerte „Revanchismus"-Kampagne nicht widerspruchslos hingenommen wird.

„Haßorgie" der UdSSR

Sowjetbotschafter Semjonow war am Montag von Staatssekretär Meyer-Landrut ins Auswärtige Amt „einbestellt" worden. Das heißt, der Vertreter Konstantin Tschernenkos am Rhein wurde herbeizitiert. Ihm wurde formell das Befremden Bonns über die massiven Vorwürfe Moskaus ausgedrückt. Das „Einbestellen" Semjonows war die direkte Folge eines Kommentars der sowjetischen Zeitung „Sowjetskaja Rossija", in dem Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagan vorgeworfen wurde, sie bedienten sich der Methoden Hitlers.

„Erkennen Präsident Reagan und Kanzler Kohl, daß sie durch Rechtfertigen des Vollstopfens Europas mit Atomwaffen, durch Überprüfen der Kriegs- und Nachkriegsabkommen der Anti-Hitler-Koalition nur die Parolen und Methoden Hitlers wiederholen?" hatte der Kommentator des Sprachrohrs des ZK der KPdSU gefragt. In Bonn wurden derartige Äußerungen als „Haßorgie" charakterisiert, zu der man nicht schweigen dürfe. In der Bundeshauptstadt wurde auch auf einen besonderen Aspekt hingewiesen: Ohne die Zustimmung von Außenminister Gromyko wäre die „Revanchismus"-Kampagne wohl kaum in Gang gesetzt worden.

Seite 2: Bumerang-Effekt

Honecker vor Militärs: Scharfe Töne gegen Bonn

SED-Chef wirft USA verstärkte „Kriegsvorbereitung" vor

hrk. Berlin

Mit einem bisher einmaligen Auftritt der gesamten Elite der „Nationalen Volksarmee" (NVA) sowie sowjetischer und polnischer Offiziere bekräftigte die SED-Führung bei einem Empfang im Ostberliner Staatsratsgebäude den derzeitigen Vorrang des Militärs in der „DDR"-Politik. SED-Chef Erich Honecker wurde mit einem von Verteidigungsminister Hoffmann angestimmten dreifachen „Hurra" als „unser Generalsekretär und Oberkommandierender" gefeiert. Das „DDR"-Fernsehen widmete der Zeremonie ein Drittel seiner Abendnachrichten.

Unter den Gästen des protokollarisch erstrangig angelegten Festaktes befand sich mit Armeegeneral Michail Saizew auch der Chef der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" sowie der neue Vertreter des Oberkommandierenden der Paktstreitkräfte bei der NVA, Generaloberst Wladimir Merezkow.

Honecker benutzte die Gelegenheit, die bisher härtesten nach der Raketenstationierung im Westen jemals gebrauchten Töne gegenüber der Bundesrepublik anzuschlagen. Er bezichtigte Bonn, sich an Kriegsvorbereitungen der USA zu beteiligen: „Insbesondere die zur Zeit in den USA Herrschenden intensivieren die Vorbereitung auf einen Krieg zu Lande, zu Wasser, in der Luft und auch im Weltraum ..." Als „besonders alarmierend" empfinde er es, „daß die Regierenden der BRD diesen Kurs bedingungslos mittragen". Offenbar auf Äußerungen Kohls und Genschers zielend, fuhr er fort: „Keinerlei Beteuerungen können darüber hinwegtäuschen, daß mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen erstmals wieder seit dem Zweiten Weltkrieg die Gefahr eines Krieges von deutschem Boden, nämlich vom Boden der BRD, ausgeht."

Durch die Äußerungen Andreottis ermuntert, fügte Honecker anklagend hinzu: „Wen wundert es da, wenn bei solchem Klima extrem rechte Kräfte Morgenluft wittern. Im Lager der staatstragenden Kräfte in der BRD treten Ultras immer unverfrorener auf, werden – auch von Regierungsmitgliedern – offen nationalistische und revanchistische Parolen verkündet. Statt Realismus und Vernunft walten zu lassen, werden Bekenntnisse zur US-Erstschlagsstrategie abgegeben und unverantwortliche Sonntagsreden über die angeblich offene 'deutsche Frage' gehalten."

Im Vorfeld seines damals noch gewollten Besuchs in der Bundesrepublik hatte Honecker im August in seinem ADN-Interview noch auf die „wohltuende Einwirkung" beider deutscher Staaten auf das Klima in Europa verwiesen. Jetzt fehlte auch erstmals die sonst stets und auch damals zitierte Formel, Ost-Berlin sei bestrebt, „daß der durch die Raketenstationierung entstandene Schaden nicht ausgeweitet, sondern möglichst begrenzt gehalten wird".

Im Trinkspruch der Gäste, den Oberstleutnant Gerd Meinhold ausbrachte, wurde die Formulierung von der „internationalistischen Pflicht zum Schutz des Sozialismus und des Friedens" gebraucht. Sie entspricht der Breschnew-Formel, die nachträglich den Einmarsch in die CSSR rechtfertigen sollte.

Der Festakt im Staatsratsgebäude am Lustgarten stellte den – abgesehen von Militärparaden – schwerwiegendsten Verstoß gegen den von allen vier Siegermächten beschlossenen entmilitarisierten Status von Groß-Berlin dar. Selbst das „DDR"-Verteidigungsministerium hat seinen Sitz in Strausberg außerhalb von Ost-Berlin. Bei protokollarischen Anlässen – so beim Antrittsbesuch alliierter Botschafter oder des Bonner Vertreters – tritt nicht die NVA, sondern das dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellte Wachregiment „Feliks Dzershinsky" auf.

Zustimmung in der UNO für Rede Reagans

BERNT CONRAD, New York

Die Rede Präsident Ronald Reagans vor der UNO-Vollversammlung mit dem Angebot einer langfristigen Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hat innerhalb der Vereinten Nationen breite Zustimmung gefunden. Nicht nur die NATO-Verbündeten, sondern auch zahlreiche wichtige Politiker der Dritten Welt äußerten nachdrücklichen, teilweise allerdings mit Skepsis gemischten Beifall.

Die Sowjets und die anderen Osteuropäer hielten sich weitgehend bedeckt. Ihre Zurückhaltung bestärkte die unter den UNO-Mitgliedern vorherrschende Meinung, daß Reagans Vorschläge und sein Dialog mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko nicht zu einer raschen Änderung der weltpolitischen Lage, sondern allenfalls zu einer allmählichen Klimaverbesserung führen könnten. Entscheidungen des Kremls über den künftigen Kurs gegenüber den USA werden erst in den kommenden Monaten erwartet.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gab die Ansicht der NATO- und EG-Partner wieder, als er die Rede Reagans ermutigend nannte und sie als einen guten und wirkungsvollen Eröffnungszug im neuen Dialog mit Moskau rühmte. Sogar der sonst routinemäßig seinen Dissens verkündende griechische Außenminister Jioannis Charalambopoulos lobte die Bereitschaft Washingtons zur Minderung der Ost-West-Spannungen.

Kenner Osteuropas warnten jedoch vor übertriebenen Erwartungen. Das konnte auch Genscher – der gestern mit Außenminister Gromyko und anderen Ostblockaußenministern zusammentraf – in vielen Gesprächen feststellen. Der türkische Außenminister Valid Halefoglu und sein pakistanischer Amtskollege Ayub Khan beispielsweise, die selbst gerade erst mit Gromyko konferiert hatten, äußerten den Eindruck, daß der Sowjetaußenminister noch nicht auf eine klare Linie festgelegt sei. Offensichtlich wolle er sich erst einmal die amerikanischen Argumente anhören und dann später mit seinen Politbüro-Genossen in Moskau Schlußfolgerungen daraus ziehen.

China besonders skeptisch

Am skeptischsten beurteilte der chinesische Außenminister Wu Xueqian die Haltung Moskaus. Er sagte gegenüber Genscher aufgrund seiner insgesamt sechsstündigen Beratungen mit Gromyko in der Vorwoche, an der sowjetischen Politik habe sich nichts wesentliches geändert. Im Kreml sei „keine Bewegung drin". Andererseits beurteilte Wu auch Reagans Rede nur mit einem unverbindlichen „interessant".

Daß auch viele Afrikaner, Asiaten und Südamerikaner von Reagans versöhnungsbereiter Haltung beeindruckt waren, hatte sich schon während der Rede des Präsidenten gezeigt. Es gab spontanen Zwischenbeifall, als der Präsident direkt den unbewegt in der ersten Reihe vor ihm sitzenden Gromyko ins Visier nahm und feststellte: „Ich sehe vor mir den Repräsentanten der Sowjetunion. Und nicht weit von diesem Sitz den Repräsentanten der Vereinigten Staaten. Es ist klar, in dieser Halle ist die Distanz zwischen uns nicht groß. Aber außerhalb des Saales gibt es noch deutliche Differenzen, und es spricht alles dafür, diese Distanz zu verkürzen. Darum sind wir hier."

Das war genau der Ton, den die meisten Delegierten der Dritten Welt hören wollten, wenngleich manche von ihnen amerikanische Wahlkampfmotive vordergründig für ausschlaggebend hielten. Die Stellung Amerikas in der UNO jedenfalls war lange nicht so stark wie nach diesem Auftritt Reagans.

Hoppe rügt „groteske Diskussion"

DW. Bonn

Bundesminister Windelen hat mit seinem „Spiegel"-Interview zu den Geraer Forderungen Erich Honeckers heftigen Widerspruch aus der Koalition heraus provoziert: Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe sprach im Zusammenhang mit der forcierten Diskussion über die „Respektierung" einer „DDR"-Staatsbürgerschaft von einem „jammervollen Exhibitionismus" und einer „grotesken" Debatte.

Hoppe vertrat in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" die Auffassung, die „DDR" bringe diese Forderungen immer nur dann ins Gespräch, wenn sie selber nicht dialogfähig sei. „Deshalb wirkt es grotesk, daß sich in einer solchen Situation westdeutsche Politiker gleich scharenweise auf dieses Reizthema stürzen und für die DDR die Kohlen aus dem Feuer holen", sagte der FDP-Politiker ohne den Namen Windelen zu nennen.

Wer über die Geraer Rede Honeckers aus dem Jahre 1980 spreche, müsse beachten, daß der SED-Chef seinen Forderungskatalog mit der Erhöhung des Zwangsumtauschs als Instrument der Abgrenzung des kommunistischen Systems eingesetzt habe. Es müsse dabei bleiben, daß die Bundesrepublik die Deutschen in der „DDR" nicht als ihre Staatsbürger reklamiere, aber sie auch nicht aus der deutschen Staatsbürgerschaft ausgliedere. Hoppe: „Daß es sich um eine besondere Form der Staatsangehörigkeit handelt, wird auch von der DDR so gesehen, denn Erich Honecker spricht bewußt von Respektieren und nicht von Anerkennen." Auf diesen Tatbestand hatte auch Windelen hingewiesen. Der Unmut im Koalitionslager richtet sich aber mehr dagegen, daß das Thema überhaupt ins Gespräch gebracht wurde.

Oppositionsführer Vogel (SPD) befürwortete Verhandlungen mit der „DDR" über die Frage der Staatsbürgerschaft. Im Deutschlandfunk sagte er, es gehe um die „Respektierung der Personalhoheit der DDR".

Der SPD-Vorsitzende Brandt wandte sich gegen eine, wie er es nannte, überzogene Interpretation des Grundgesetzes. In einem Interview des Bonner „General-Anzeigers" erklärte Brandt, er frage sich manchmal, ob alle genau genug gelesen hätten, was in der Präambel stehe. Das Wort „Wiedervereinigung" komme darin nicht vor. Im Grundgesetz stehe, daß die Einheit vorangebracht werden solle. Es gebe Leute, die sagten, für sie verwirkliche sich ein Stück Einheit, wenn sie zum Kaffeetrinken nach Dresden fahren könnten. Dies halte er für sehr bescheiden, fügte aber im gleichen Zusammenhang hinzu: „Aus der Präambel notwendigerweise eine Forderung ableiten zu wollen, die auf die Wiederherstellung des Bismarck-Reiches hinausläuft, habe ich schon vor längerer Zeit für übertrieben gehalten."

Zur Frage der „Respektierung" einer „DDR"-Staatsbürgerschaft erklärte der SPD-Vorsitzende, es seien Antworten auf diese Fragen möglich, die allen grundsätzlichen und rechtlichen Grundsätzen auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland genügen würden und gleichzeitig dem Rechnung trügen, daß es eine Staatsbürgerschaft der „DDR" gebe. In mehreren Reden und Gesprächen mit Journalisten in der jüngsten Zeit hatte Brandt darauf verwiesen, daß im Bundeskanzleramt entsprechende „Akten und Unterlagen" existierten.

„Vereinigung anmahnen"

Detlef Kühn: Kreml hält die deutsche Karte verdeckt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, Detlef Kühn, hat es als „höchste Zeit" bezeichnet, die „so beliebte Trennung von Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik zu überwinden". In einem Festvortrag vor dem Ring katholischer deutscher Burschenschaften sagte Kühn: „Wollen wir deutschlandpolitisch wirklich Fortschritte erzielen, so werden wir uns einer Diskussion zu stellen haben, die sowohl NATO als auch Warschauer Pakt zur Disposition stellt."

Nach Ansicht des Instituts-Präsidenten „erleben wir zur Zeit weltweit eine Besinnung auf nationale Werte und Interessen". Dies erfordere, daß auch die Deutschen sich auf die „historischen Wurzeln unseres Volkes besinnen". Ein Volk, „das seine Geschichte vernachlässigt", könne „zwangsläufig keine Zukunft haben". Die Deutschen müßten insbesondere ihre Nachbarn davon überzeugen, „daß die Teilung von Ländern und Völkern ungeeignet ist, Probleme zu lösen". In der Deutschlandpolitik dürfe es nicht nur um das Ziel gehen, „die Spaltung erträglich zu machen". Dies wäre „keine Perspektive, die der Größenordnung unseres Problems angemessen wäre". Gerade die jüngsten kritischen Äußerungen in westlichen Ländern zeigten, „daß es nicht zweckmäßig war, daß wir Deutsche die Welt nicht mit unseren Querelen behelligen wollten".

Die Wiedervereinigung stehe sicherlich nicht vor der Tür. Aber „insbesondere die sowjetische Führung wird, will sie eine Weltmacht bleiben, um einschneidende Änderungen ihrer Politik nicht herumkommen". Er, Kühn, rechne „auf Grund zahlreicher Anzeichen damit, daß die Sowjetunion sich in absehbarer Zeit der deutschen Karte bedienen wird, die, wie sie sehr wohl weiß, noch in ihrem politischen Kartenspiel verdeckt ist".

Für die Realisierung des Ziels Wiedervereinigung biete das Völkerrecht „eine Fülle von Möglichkeiten – von der losen Konföderation bis zum europäischen Bundesstaat", wobei Kühn kritisierte, daß mit Europa in unserem Sprachgebrauch heute fast nur noch Westeuropa gemeint ist.

Moskau: Tschernenko ignorierte UNO-Rede

rtr. Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat keine Bereitschaft erkennen lassen, auf den Vorschlag Reagans über einen Ausbau der Kontakte beider Supermächte einzugehen. Vielmehr erklärte er gestern vor dem sowjetischen Schriftstellerverband, die USA bereiteten einen Krieg vor und wünschten keine normalen Beziehungen zur UdSSR. Auf die Rede des amerikanischen Präsidenten ging der Kreml-Führer nicht ein.

Kabinettsitzung über Bundeswehr vertagt

rmc. Bonn

Über die Zukunft der Bundeswehr wird das Bundeskabinett erst am 17. Oktober entscheiden. Die ursprünglich für die Kabinettssitzung am 3. Oktober anberaumte Behandlung der personellen wie materiellen Planung für die Streitkräfte ist im Einvernehmen zwischen Kanzler Kohl, Vizekanzler Genscher und Verteidigungsminister Wörner auf den späteren Termin verschoben worden. Der Grund ist Zeitmangel am 3. Oktober wegen einer Bundestagssitzung mit eingeladenen Jugendlichen, an der auch die Minister teilnehmen sollen.

Schlecht verkauft

ed. (Washington) – Die verblüffende Dollarstärke beruht auf den hohen Zinsen in den USA und dem angesichts der katastrophalen Leistungsbilanz-Situation manchmal schon übertrieben erscheinenden Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stärke der USA. Aber nicht in allen Ländern war die Dollarexplosion so heftig wie in der Bundesrepublik. Japan ist ein Beispiel dafür.

Man mag dies u. a. damit erklären, daß der Kapitalverkehr Japans weniger liberal gehandhabt wird und daß die japanische Notenbank den Yen-Kurs nie ganz außer Kontrolle läßt. Aber das allein erklärt nicht alles.

So lassen die Bemerkungen der beiden Vorstandssprecher der Deutschen Bank aufhorchen. Die Erfolge der Wende drohen hinter Querelen zu verblassen, die ausländischen Betrachtern den Eindruck vermitteln, die Regierung habe das Heft nicht mehr ganz in der Hand und die „grüne Gefahr" drohe die politische Stabilität im Lande zu unterminieren. Daß sich derartige ungute Gefühle auch im Wechselkurs der D-Mark niederschlagen, wie die Topmanager der Deutschen Bank betonen, ist kein Wunder.

Das ist um so bedauerlicher, als sich mit einem geschickteren Verkauf der tatsächlich während der letzten beiden Jahre vollbrachten Leistungen ein solches Negativimage der Bundesrepublik vermutlich vermeiden ließe. Bei Experten hat sich *das längst herumgesprochen.* So fragt man sich denn, warum aus diesen Erkenntnissen nicht endlich an der Spitze im Bund die Konsequenzen gezogen werden.

Mehr Mut

adh. – Von einem rigorosen Verdrängungswettbewerb durch Großbetriebe und Zusammenschlüsse im Lebensmitteleinzelhandel gegen die handwerklichen Fleischerbetriebe berichtet der deutsche Fleischerverband. Nur ein gesetzliches Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis, so sein Appell an den Gesetzgeber, kann den Druck von den Mittelständlern in Handel und Handwerk nehmen. Ganz abgesehen davon, daß der Eingriff des Staates in einen Markt den Marktteilnehmern in der Regel auf die Dauer wenig Gutes beschert, scheinen auch die jungen Fleischermeister die Situation der Branche nicht ganz so dramatisch zu sehen. Mit ihrem Willen zur Selbständigkeit, den immerhin die Hälfte der frischgebackenen Fleischermeister dieses Jahres signalisiert, zeigen sie mehr Mut als der Verband. Den Mut nämlich, verkrustete Strukturen am Markt mit eigenen Ideen und Initiativen aufzubrechen. Das ist meist wirksamer als der Ruf nach Verordnungen und Gesetzen.

BUNDESBAHN / Länder fordern Erhöhung der Investitionszuschüsse

Weitgehende Übereinstimmung mit dem Konzept der Bundesregierung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die Investitionszuschüsse des Bundes an die Bahn sollten mittelfristig *um zwei Milliarden Mark jährlich erhöht werden. Dies fordern jetzt die* Verkehrsexperten der Länder. In einem umfangreichen Bericht wird immer wieder die finanzielle Verantwortung des Bundes für die Bahn betont, eine Mitverantwortung der Länder und Kommunen abgelehnt. Ihren Widerstand gegen Streckenstillegungen versuchen die Länder noch einmal zu begründen.

Die Länderverkehrsminister werden sich auf ihrer nächsten Sitzung am 8. und 9. Oktober mit dem „Bericht des Arbeitskreises der Verkehrsabteilungsleiterkonferenz zu Fragen der Bundesbahnpolitik" beschäftigen. Anlaß waren Äußerungen des Vorstandes der Bahn hinsichtlich einer stärkeren Betonung der eigenwirtschaftlichen Komponente des Unternehmens und einer finanziellen Mitverantwortung von Ländern und Kommunen bei der künftigen Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Länder stimmen in wesentlichen Punkten mit den Grundlinien des Bahn-Konzepts der Bundesregierung überein. Allerdings werde es der Entscheidung des Grundgesetzes, wonach die Finanzverantwortung für die Bahn vom Bund zu tragen ist, teilweise nicht gerecht. So könnten sich die Ziele der Verkehrspolitik nicht darin erschöpfen, eine wirtschaftliche Nutzung der reduzierten Anlagen der Bahn zu erreichen oder die Kostenunterdeckung mittelfristig entscheidend zu vermindern. Dies seien Anliegen der Haushaltspolitik. Die Verkehrspolitik müsse jedoch *darauf ausgerichtet sein, mit* der Bundesbahn den gesamtwirtschaftlichen und gesamtstaatlichen Interessen optimal zu dienen.

Die Forderung, daß die Bundesbahn in Zukunft gemeinwirtschaftliche Leistungen nur erbringen soll, soweit ihr der Veranlasser einen angemessenen Ausgleich gewährt, lehnen die Länder ab, es sei denn, der Bund ist betroffen. Wenn sich die Bahn und damit auch der Bund aus bestimmten Leistungsbereichen zu*rückziehen sollten, so müßte dies* beim Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden.

Die Konzentration der Leistungen und Investitionen der Bundesbahn auf den Verkehr zwischen Ballungsräumen und wichtigen Zentren verstärke die Disparitäten zwischen stark und schwach strukturierten Gebieten. Falls eine adäquate Verbesserung der Verkehrsbedingungen der Fläche durch die Bahn nicht möglich ist, seien vom Bund andere Maßnahmen zu erwarten.

Nach Ansicht der Länder muß umgehend verbindlich entschieden werden, auf welchen Strecken längerfristig Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr durchgeführt wer*den soll. Neben den betriebswirt*schaftlichen Gesichtspunkten der Bahn müßten jedoch auch verkehrs*politische, raumordnerische und* strukturpolitische Aspekte berücksichtigt werden. Eine solche Festlegung auf ein künftiges Streckennetz der Bahn lehnt die Bundesregierung ab.

Zwar erkennen die Länder die Notwendigkeit des Personalabbaus bei der Bahn an. Sie fordern jedoch, alle Anstrengungen zu unternehmen, um durch verbesserte Leistungen der Bahn Arbeitsplätze zu erhalten. Bei Abbau- und Verlagerungsmaßnahmen sollte auch die struktur- und arbeitsmarktpolitische Situation in den betroffenen Gebieten berücksichtigt werden.

Das angekündigte Investitionsprogramm von 40 Milliarden Mark bis 1990 zur Produktivitätssteigerung lasse keine Kürzungen zu. „Die Verwirklichung dieser Investitionen erfordert jedoch deutlich erhöhte Finanzhilfen des Bundes gegenüber der Bundesbahn", heißt es in dem Bericht. Auch eine erhebliche Einschränkung des Schienenpersonennahverkehrs in der Fläche könne nur einen marginalen Beitrag liefern. Nicht nur durch Rationalisierung und Marktanpassung seien bei der Bahn Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, sondern auch im Bereich der Finanzpolitik. Die Investitionszuschüsse des Bundes sollten daher mittelfristig um jährlich zwei Milliarden Mark *aufgestockt* werden.

FINANZPOLITIK

Industrie fordert von Bonn Stetigkeit und Verläßlichkeit

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Konjunkturperspektiven bezeichnete der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, trotz der fortwirkenden Belastungen aus den zurückliegenden schweren Arbeitskämpfen „als insgesamt weiterhin ermutigend". Investitionstätigkeit, Auslandsnachfrage sowie das hohe Maß an Preisstabilität seien die Hauptstützen des wirtschaftlichen Erholungsprozesses, stellte Rodenstock nach der Sitzung des BDI-Präsidiums fest.

Entscheidend komme es jedoch darauf an, daß die Bundesregierung an ihrem wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs festhält, der nur durch Stetigkeit und Verläßlichkeit seine volle Wirkung entfalten könne. Nur eine solche Politik gebe den Unternehmen das Vertrauen, das sie für risikoreiche Investitionen benötigten.

Klare wirtschaftspolitische Rahmendaten, wie sie die Bundesregierung mit ihrer Konsolidierungspolitik geschaffen hat, forderte Rodenstock auch für den Bereich des Umweltschutzes. Hier erbringe die deutsche Industrie erhebliche, international kaum erreichte Leistungen.

Sie zu sichern und angemessen weiterzuentwickeln, setze eine ruhende, kontinuierliche, von nationalen Alleingängen und Alltagshektik freie Umweltpolitik voraus, die verantwortungsvoll zwischen ökologischen Zielen und ökonomischer Tragfähigkeit abwäge.

Nur auf dieser Grundlage und bei entsprechenden Freiräumen für die Unternehmen zu ökologischen Eigen*initiativen lasse sich die innovato*rische Kraft der deutschen Industrie zur Erreichung umweltpolitischer Ziele nutzen. Spektakuläre Vorschläge einzelner Bundesländer, die gesamtwirtschaftlich nicht verkraftbar und *hinsichtlich ihrer Durchführ*barkeit nicht genügend geprüft seien, bezeichnete Rodenstock als wenig hilfreich.

Er appellierte eindringlich an die *Wirtschaft, ihre auf ein höheres Lehr*stellenangebot gerichteten Anstrengungen konsequent fortzusetzen. Die geplante Änderung des Jugendarbeitsschutzes könne dabei wirksame Impulse vermitteln. Rodenstock erwartet, daß es auch 1984 gelingen wird, Lehrstellennachfrage und Lehrstellenangebot global auszugleichen.

Schließlich erklärte der BDI-Präsident noch einmal, daß die deutsche Industrie zu Gesprächen mit den Gewerkschaften unverändert bereit sei. Denn die mit der wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Entwicklung verbundenen Aufgaben seien nur im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen und im steten Dialog mit dem Staat lösbar. Die Gewerkschaften hatten Ende der siebziger Jahre die Konzertierte Aktion aufgekündigt. Zu Gesprächen in anderer Form hatten sie in jüngster Zeit Bereitschaft signalisiert.

Mittelfristig kaum Chancen

Von DOMINIK SCHMIDT

Dem Vorsitzenden der Niedersachsen-SPD, *Johann Bruns*, klingen noch die Ohren. Die Vorschläge seiner Fraktion bei den Haushaltsberatungen im vorigen Jahr, zusätzliche Mittel in Höhe von 500 Millionen Mark bereitzustellen und so *die Investitionslust im Lande* anzukurbeln, stieß auf strikte Ablehnung. Die Finanzierung sei unseriös, meinte damals Finanzminister Burkhard Ritz, der außerdem ordnungspolitische Bedenken geltend machte.

Inzwischen hat sich die Landesregierung eines Besseren besonnen. Bei den jetzt anstehenden Haushaltsberatungen 1985 nämlich erscheinen 500 Millionen Mark, die eben diesem Ziel dienen. Auch die Finanzierung unterscheidet sich nur graduell vom SPD-Konzept: Das Geld stammt aus Rücklagen und Verpflichtungsermächtigungen.

Ganz gleich, wie das Kind nun genannt wird, ob Investitionsprogramm oder Erhöhung des Anteils investiver Mittel – benötigt wird es allemal. Ende August lagen die Auftragsbestände der niedersächsischen Bauunternehmen um 50 Prozent unter dem betriebswirtschaftlich notwendigen Soll von drei Monaten. Der durchschnittliche Auslastungsgrad bewegt sich derzeit im Hochbau bei 38 Prozent und im Tiefbau bei 44 Prozent.

Die Schwierigkeiten dieser Branche können zwar nicht als symptomatisch für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Flächenlandes gelten; ohne Frage aber ist der frischfröhliche Optimismus, mit dem die Landesregierung über die Probleme hinweggeht, fehl am Platze. Trotz aller Bemühungen, Betriebe aus zukunftsorientierten Branchen zu gewinnen, hat der technologische Rückstand eher noch zugenommen. Die Tatsache, daß der Forschungs- und Entwicklungsaufwand in Niedersachsen nur rund 70 Prozent der entsprechenden Mittel im Bundesdurchschnitt ausmacht, belegt das.

Längst sind es nicht mehr nur die traditionell strukturschwachen Gebiete an der Küste, die von dem Gefälle betroffen sind. Die Arbeitslosenquote von 11,6 Prozent überdeckt die besorgniserregende Entwicklung in einzelnen Arbeitsamtsbezirken. Im ostfriesischen Leer liegt diese Quote bei 22 Prozent, in Emden bei 17,9 Prozent. Die Vermutung, daß sich dort in den Wintermonaten diese Zahl der 30-Prozent-Grenze nähern könnte, ist nicht abwegig. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit herrscht aber auch in den einstmals stabilen Bezirken Oldenburg (15,4 Prozent), Braunschweig (14 Prozent) und Göttingen (13,5 Prozent). Der Hinweis auf die unterschiedliche demographische Entwicklung in Niedersachsen vermag dabei nur wenig Trost zu spenden.

Fragen nach den Ursachen dieser Situation werden gerne mit „wirtschaftsgeschichtlichen Prozessen" beantwortet. Zu lange habe der Norden auf das Wachstum traditioneller Industrien – Schiffbau, Grundstoff- und Stahlindustrie – vertraut. Dies ist sicher richtig, gilt wohl aber doch auch für die jüngere Vergangenheit. Das Eingeständnis, das Nachhinken des deutschen Nordens gegenüber den südlichen Bundesländern sei mittelfristig nicht umkehrbar, spricht für sich.

Die wenigen zukunftsweisenden Projekte haben zwar einen spektakulären Anstrich, sind aber in ihrer Realisierung noch längst nicht gesichert beziehungsweise deutlich abgespeckt worden. Dies gilt zum Beispiel für den Dollart-Hafen, der diesen Namen eigentlich nicht mehr verdient, nachdem die Holländer die Industrieansiedlung auf dem Geiserücken aus dem ursprünglichen Konzept gestrichen haben. Und das gilt ebenso für die Wiederaufarbeitungsanlage von Kernbrennstoffen, die, sollte sie überhaupt gebaut werden, wohl kaum in Niedersachsen, sondern in Bayern errichtet wird.

Derweil denkt die Landesregierung seit nunmehr einem Jahr darüber nach, eine „Stiftung Niedersachsen" zu gründen. Sie soll sich die Förderung von Kunst, Wissenschaft, Bildung und Forschung auf die Fahnen schreiben. Durch ihre Arbeit soll die Stiftung verdeutlichen, daß die genannten Bereiche in enger Beziehung zur Wirtschaft stehen, gewissermaßen sogar Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftspolitik bilden. Der Denkansatz ist lobenswert; die Verwirklichung indes läßt auf sich warten. Auch daran wird deutlich, daß es um die Durchsetzungs- und Entscheidungskraft in Hannover nicht zum besten bestellt ist.

AUF EIN WORT

„Wer Klage darüber führt, daß in unserer Wirtschaft Gelder dadurch verschwendet werden, daß vielfach nebeneinander entwikkelt, geforscht, das gleiche produziert und dann auch noch vermarktet wird, der plädiert konsequent für eine Monopolisierung unserer Wirtschaft. Alle unter einem Dach, jedem seinen Spezialbereich, jedem sein Arbeitsfeld, das ist Kollektivismus in Vollendung."

Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Köln

FOTO: JUPP DARCHINGER

WELTWIRTSCHAFT

Kissinger sieht westliche Finanzordnung gefährdet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Henry Kissinger, in der Nixon- und Ford-Administration US-Außenminister, hält die westliche Wirtschaftsordnung für gefährdet. Sie kann jederzeit harten Belastungen ausgesetzt werden – zum Beispiel, wenn die Nachfrage in den Industriestaaten nicht ausreicht, um den gewaltigen Exporthunger der Schuldnerländer zu befriedigen oder Nationen wie die USA nicht mehr länger bereit sind, riesige Handels- und Leistungsbilanzdefizite hinzunehmen. *Die große Krise* bricht aus, wenn ein einziges der großen Schuldnerstaaten den Zins- und Tilgungsdienst verweigert.

In einer Rede anläßlich des 300jährigen Bestehens der Mocatta-*Gruppe, die unter den internationa*len Goldhändlern den ersten Rang einnimmt, beklagte Kissinger in Washington das Fehlen allgemein anerkannter weltwirtschaftlicher Ziele. *Automatische Mechanismen zur Er*zwingung koordinierter Entscheidungen hätten sich als politisch nicht akzeptabel erwiesen. Das Wirtschaftssystem operiere heute als Krisenmanagement. Worauf es ankomme, sei die *Integration nationaler Politiken in ei*ne globale Perspektive.

Laut Kissinger kann die internationale Finanzordnung nicht überdauern, wenn die Entscheidungen weiterhin einseitig von den USA getroffen werden. Gefunden werden müsse eine neue Basis für eine gleichberechtigte Entscheidungsfindung. Kissinger beklagte die mangelhafte Überwachung des Petrodollar-Recycling in den 70er Jahren durch die Regie*rungen und den Währungsfonds.* Besonders hart attackierte Kissinger Japan, das die Handelsordnung zu seinem Vorteil manipuliere.

VERSCHULDUNG

Stoltenberg: Zweite Phase der Anpassung hat begonnen

C. DERTINGER, **Washington**

Nach der ersten, mit unvermeidlichen wirtschaftlichen Einschränkungen verbundenen Phase, in der es vielen Entwicklungsländern mit eigenen Anstrengungen und mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) gelungen ist, das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen, habe nun die zweite Stufe des Anpassungsprozesses begonnen. Sie werde – wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in seiner Ansprache vor der gemeinsamen Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Washington sagte – mehr mit dem Blick nach vorn stattfinden und *in einem* Klima, das von einer graduellen Beschleunigung des Wachstums in den Entwicklungsländern geprägt sei.

Trotz der dort und auch in den Industrieländern erreichten geld- und *finanzpolitischen Fortschritte* bleibe die Welt jedoch verwundbar, warnte der Minister. Das Vertrauen sei noch nicht gefestigt, und viele Entwicklungsländer seien noch mit schweren sozialen Problemen und großen Außenwirtschaftsdefiziten belastet.

Nur mit einer glaubwürdigen Anti-Inflationspolitik und Verzicht auf eine expansive Fiskalpolitik kann eine Gefährdung dieser Erfolge verhindert werden, mahnte Stoltenberg, ohne dabei freilich die USA zu erwähnen. Er wies nachdrücklich auf die abträglichen Effekte einer expansiven Haushaltspolitik, auf Zinsen, Wechselkurse, Welthandel und die Wachstumsaussichten der verschuldeten Entwicklungsländer hin. Gleichzeitig betonte der Minister die Notwendigkeit eines freien Welthandels, wobei er die neuen subtilen Forderungen des Protektionismus scharf *kritisierte.*

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Rohölimporte gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik sind in den ersten acht Monaten 1984 um 4,7 Prozent auf 45,3 Millionen Tonnen gestiegen. Nach Angaben des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft (Eschborn) erhöhte sich die Rohölrechnung um drei Milliarden auf 27,6 Milliarden Mark. Größtes Lieferland war in diesem Zeitraum Großbritannien mit 11,6 Millionen Tonnen. Nordseeöl erreichte einen Anteil von 29 Prozent an den Einfuhren.

7,76 Prozent Rendite

Hannover (dpa/VWD) – Das Land Niedersachsen begibt eine neue Anleihe mit einem Nominalzins von 7,75 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren. 300 Millionen der 400-Millionen-DM-Anleihe werden von einem Bankenkonsortium unter Führung der Norddeutschen Landesbank Girozentrale (NordLB) vom 28. September 1984 an zum Kurs von 99,90 Prozent zum Verkauf gestellt. Für den privaten Anleger beträgt die Rendite nach Angaben der NordLB 7,76 Prozent.

Überschuß erwartet

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Brasilien, mit fast 100 Mrd. Dollar das höchstverschuldete Land der Welt, erwartet für 1984 einen Leistungsbilanzüberschuß von 5,2 Mrd. Dollar. 1983 war noch ein Defizit von 3,3 und 1982 von 8,9 Mrd. Dollar ausgewiesen worden. Regierungsangaben zufolge ist der Überschuß 1984 in erster Linie auf steigende Exporte und weiter fallende Importe zurückzuführen.

Gute Obsternte

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Obsternte in der Bundesrepublik wird 1984 mit rund 2,95 Mill. Tonnen um 24 Prozent gegenüber den Vorjahreserträgen steigen und vier Prozent über dem Mehrjahresdurchschnitt liegen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Danach liegt die Apfelernte mit 1,75 Mill. Tonnen um rund ein Drittel über den Erträgen von 1983 und entspricht in etwa dem Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1983. Die Birnenernte werde mit rund 430 000 Tonnen um rund 13 Prozent gegenüber 1983 steigen. Gleichzeitig wurden 177 000 Tonnen Süßkirschen (plus neun Prozent) und 118 000 Tonnen Sauerkirschen (plus sieben Prozent) geerntet.

Schlesinger dementiert

Frankfurt (rtr) – Ein „klares Dementi" zu Gerüchten an den europäischen Devisenmärkten, nach denen die Deutsche Bundesbank angesichts der jüngsten Wechselkursentwicklungen Kapitalverkehrs- oder Devisenkontrollen anstrebe, hat Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger abgegeben. Auf Anfrage sagte Schlesinger, die Bundesbank sehe „keinerlei Veranlassung" für solche Maßnahmen.

Kriwet löst Spethmann ab

Brüssel (VWD) – Die Ausgliederung der Stahlerzeugung bei der Thyssen AG durch die Gründung der Thyssen Stahl AG hat sich jetzt auch im Beratenden Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) niedergeschlagen: Der Vorstandsvorsitzende der Thyssen AG, Dieter Spethmann, ist als Ausschußmitglied durch den Vorstandsvorsitzenden der Thyssen Stahl AG, Heinz Kriwet, abgelöst worden.

Umschuldung nicht perfekt

Caracas (rtr) – Für ein Umschuldungsabkommen für rund 21 Mrd. Dollar an Auslandsverbindlichkeiten Venezuelas sind nach Angaben aus Bankenkreisen weitere Gespräche zwischen dem Beratungsausschuß und der venezolanischen Regierung erforderlich. Am Wochenende hatte Venezuelas Innenminister Octavio Lepage erklärt, sein Land habe sich mit dem Bankenberatungsausschuß auf ein Abkommen zur Umschuldung von 20,75 Mrd. Dollar Auslandsverbindlichkeiten des öffentlichen Sektors verständigt.

SCHIFFBAU

Subventionswettlauf drückt auf das Preisniveau

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Bei der Eröffnung der internationalen Fachmesse „Schiff, Maschine, Meerestechnik" in Hamburg, die zum elften Mal stattfindet, bezeichnete der Wirtschaftssenator der Hansestadt, Volker Lange (SPD), die Veranstaltung als „nicht wegzudenkendes Informations- und Absatzforum" der Schiffbau- und Schiffsausrüsterindustrie der ganzen Welt.

Die Messe zählt in diesem Jahr den bisherigen Höchststand von 535 Direktausstellern und 285 zusätzlich vertretenen Firmen aus insgesamt 25 Ländern. Belegt sind 46 500 Quadratmeter Ausstellungsfläche.

Der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie, Michael Budzcies, bezeichnete das Preisniveau für Schiffe und Schiffsmaschinen als „sehr günstig". Das sei eine Folge des weltweiten Subventionswettlaufs infolge des Aufstiegs *neuer Schiffbaunationen. Diese Ursa*chen aber könnten nicht anhalten: „Auf die Dauer ist es auch den Staaten nicht möglich, Überkapazitäten durch Subventionen künstlich am Leben zu erhalten oder aufzubauen."

Der Sprecher der deutschen Werften zog daraus den Schluß für die Kundschaft: „Kauft jetzt, denn die Gelegenheit, zu so niedrigen Preisen so gute Technik zu bekommen, wie sie hier präsentiert wird, wird nicht lange bestehen." Die weltweit vorhandenen Überkapazitäten seien dafür kein Hindernis: Zehn Jahre alter Schiffsraum sei zum großen Teil bereits wirtschaftlich veraltet und werde daher „nicht mehr in Fahrt kommen". Im deutschen Schiffsneubau wird der Auftragsbestand mit 3,6 Milliarden Mark angegeben.

AGRARSUBVENTIONEN / Verbraucher zeigen Verständnis für Klagen der Bauern

Die meisten Gelder werden vergeudet

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Agrarsubventionen steigen sprunghaft weiter an. Trotzdem werden die Klagen der Bauern lauter. Und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) zeigt sogar Verständnis dafür; denn der größere Teil der Gelder kommt bei der Landwirtschaft überhaupt nicht an, wird, gemessen an dem *Ziel, die Lage* in den Dörfern zu verbessern, vergeudet. Die hohen Trockenkosten für Magermilchpulver sind nur ein Beispiel.

Trotz der gegenteiligen Absichtserklärungen der letzten EG-Gipfel wird nach Ansicht der Verbraucherorganisation „dem Steuerzahler tiefer in die Tasche gegriffen". Die AgV zitiert eine Berechnung des Finanzministers, nach der bis 1989 insgesamt *133 Milliarden Mark an die Brüsseler* EG-Kasse abgeführt werden müssen, die etwa drei Viertel dieser Summe allein für die Agrarpolitik verbraucht. „Gegenüber den mittelfristigen Planungen vom Frühjahr bedeutet das eine Mehrbelastung von 24 Milliarden, im Durchschnitt also von vier Milliarden Mark pro Jahr", stellt die Verbraucherorganisation fest.

Dazu kämen noch die erhöhten nationalen Subventionen – Mehrwertsteuer-Vergünstigung, Unfallversicherung und Milchrente –, die von *der AgV bis 1989 auf mehr als 15* Milliarden Mark veranschlagt werden. Damit addierten sich die zusätzlichen Agrarsubventionen bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf nahezu 40 Milliarden Mark, für jeden Vier-Personen-Haushalt also auf einen Betrag von mehr als 2500 Mark.

Mehr noch: Wenn sich der agrarpolitische Kurswechsel auswirkt, wenn die Garantiemengenregelung bei *Milch und anderen Produkten greift,* dann soll wieder eine aktive Preispolitik betrieben werden. Denn die niedrigeren Überschüsse sind dann – Kiechle spricht von einem Zeitraum von zwei Jahren – wieder finanzierbar. „Derartige Versprechen an die Landwirte, wie sie in jüngster Zeit zunehmend zu hören sind, bedeuten für die Konsumenten nichts anderes als eine Verteuerung der Lebensmittel", stellt die AgV fest. Steigt das Agrarpreisniveau nur um zwei Prozent, so würden die deutschen Verbraucher pro Jahr mit einer Milliarde Mark belastet.

Werden die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, die Steuerverzichte, die Nettozahlungen an die EG und die in den Lebensmittelpreisen versteckten Subventionen zusammengezählt, so kommt die AgV für 1985 auf 38 Milliarden Mark für die Landwirtschaft. Damit hätten die Hilfen die Gesamteinkommen der *Landwirte weit übertroffen.* Trotzdem sei deren Lage nicht rosig. Die Sozialpolitik mit umsatzgebundenen Gießkannen-Subventionen habe sich als untauglich erwiesen.

KRUPP MAK

Preiskampf bei Schiffsdieseln

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Sinkende Umsätze und steigende Lohnkosten machen bei der Krupp MaK GmbH, Kiel, weitere Personaleinsparungen erforderlich. Das sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung dieser 100prozentigen Tochter der Fried. Krupp AG, Horst Hartung, gestern in Hamburg. Auf der internationalen Fachmesse „Schiff, Maschine, Meerestechnik" teilte er mit, daß sein Unternehmen den 1983 gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent auf knapp 1,4 Mrd. DM gestiegenen Umsatz im laufenden Geschäftsjahr nicht erreichen werde. Er erwartet Erlöse in Höhe von 1,2 Mrd. DM.

„Angesichts des sich weiter verschärfenden Preiskampfes auf dem internationalen Schiffsdieselmotoren-Markt wird die im letzten Tarifkonflikt erreichte Arbeitszeitverkürzung nicht zu einer Aufstockung der Belegschaft führen," sagte Hartung. Man werde vielmehr weiter rationalisieren müssen und den Personalbestand, der in den vergangenen zwei Jahren um 400 auf jetzt 3100 abgesunken ist, weiter verringern – durch Ausnutzung der Fluktuation und Abschluß von Auflösungsverträgen.

Krupp MaK hat seinen Absatz innerhalb eines Jahrzehnts vom Binnen- und nordeuropäischen Markt auf die ganze Welt mit Ausnahme von Fernost (das von einem Lizenznehmer in Japan beliefert wird) ausgedehnt.

Im vorigen Jahr wurden 216 Schiffsmotoren mit rund 750 000 PS ausgeliefert. 1984 werden es 206 Motoren mit etwa 700 000 PS sein. Gut 60 Prozent des Gesamtumsatzes stammt allerdings – dank des Leopard-2-Programms – vom Bereich Wehrtechnik.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Gummi-Doll GmbH & Co. KG; **Hannover:** Gerhard Knupper GmbH; M. Diederichs Bauunternehmung GmbH; **Homberg/Efze:** Vercon Bauunternehmen, Wohn- u. Zweckbau GmbH; **Ibbenbüren:** Annegret Otte geb. Heger, Transportunternehmen, Hörstel; **Schwäbisch Gmünd:** Günther Pohl; **Seligenstadt:** Kurt Reuter, Rodgau 2; **Wolfratshausen:** R + H Sportanlagenbau GmbH, Weyarn.

Vergleich beantragt: Augsburg: Heinz Steidl, Inh. e. Betriebes f. Maschinen- u. Stahlbau, Rommelsried.

WÄHRUNGSTAGUNG / Finanzminister Donald Regan bringt die Wirtschaftspolitk der USA auf griffige Formeln

Nachhilfe-Unterricht für den Rest der Welt

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Reagan-Administration nutzt die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington, um den anderen 146 Mitgliedern Nachhilfeunterricht in Wirtschaftspolitik zu erteilen. Niemand nimmt den erhobenen Zeigefinger übel; denn der Eindruck, den der längste und kräftigste Konjunkturaufschwung in den USA seit 35 Jahren hinterläßt, ist zu gewaltig. Er läßt jede Kritik an der zu expansiven Fiskalpolitik, die durch Tritte auf die Geldbremse neutralisiert wird, verstummen. Die Delegierten aus Südasien, Lateinamerika und Afrika hoffen vielmehr, daß die amerikanische Lokomotive, die auch ihre Exportwirtschaft antreibt, immer unter Dampf bleibt.

Als Lehrer betätigt sich auf der 39. Währungstagung US-Finanzminister Donald Regan. Seine Auftritte erinnern an seinen militärischen Rang als Oberstleutnant der Marines: Er teilt Befehle aus. Dennoch ist Regans Ansehen mit den immer noch hohen amerikanischen Wachstumsraten gestiegen; inzwischen kursieren schon Gerüchte in Washington, daß er eines Tages die Nachfolge von George Shultz als Außenminister antritt. Im Auditorium fragt man sich, ob die Treasury nicht doch viel besser ist als ihr Ruf. Viele Delegierte schrecken regelrecht auf, wenn er ihnen vom Rostrum im Ballsaal des Washington Sheraton Hotel aus vorwirft, sie hätten ihre wirtschaftlichen Lektionen nicht gelernt.

Regan: „Indem man Anreize durch niedrigere Steuern, weniger staatliche Vorschriften und wirklich freie Märkte schafft und in allen unseren Ländern der Kreativität und den vorhandenen Energien erlaubt, sich zu entwickeln, kann jede Wirtschaft auf dieser Erde Wachstum produzieren." Auch sonst sind die Formeln des US-Finanzministers einfach: Eine kluge Finanz- und Geldpolitik ermöglicht wirtschaftliche Expansion ohne Inflation; in jedem Staat leben Genies, die durch den freien Fluß der Güter, der Dienstleistungen und des Kapitals motiviert werden; die Beseitigung verkrusteter Strukturen und Starrheiten garantiert eine größere Wirtschaftlichkeit und mehr Investitionen.

Eine solche Rede verfehlt ihre Wirkung nicht; Regan erhält mehr als den üblichen Anstandsbeifall. Was er sagt, leuchtet ein, ist auch dem Vertreter von Botswana oder Niger verständlich. Er versteht auch, daß jede Nation ihren Anteil zur Stabilisierung der Weltkonjunktur und der Lösung der Schuldenkrise beitragen muß. Regan spricht nicht über Amerikas Defizitproblem oder die Verdoppelung der Bundesschuld in rund vier Jahren, er nimmt die anderen Länder an die Kandare. Alles ist zielgerichtet und dient einem effizienteren Weltwirtschaftssystem.

In diese Rubrik gehören diese Regan-Vorschläge: Verstärkt werden muß die Überwachung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten, weil nur so die seit dem Gipfeltreffen in Versailles angestrebte Konvergenz zu erreichen ist. Es gibt keinen „quick fix" – weder für die Überwindung der Schuldenkrise noch für Wirtschaftswachstum. Zurückkehren muß der IWF in den für ihn ursprünglich geschneiderten Anzug, langfristige Hilfen sind Sache der multilateralen Entwicklungsbanken. Für die USA bleibt es bei fallweisen Umschuldungen, abzubauen sind Subventionen und alle Barrieren, die den Waren- und Kapitalfluß behindern.

Den interventionsbeflissenen Europäern kommt Regan entgegen, indem er ihnen versichert, die USA seien jederzeit zu Eingriffen am Devisenmarkt bereit. Allerdings müßten unordentliche und erratische Verhältnisse herrschen. Wann das so ist, entscheidet allerdings allein das Schatzamt, das jeden Kauf und Verkauf von Devisen durch die Federal Reserve Bank in New York genehmigen muß. Regan glaubt auch, daß Europas Konjunktur jetzt schneller aufholt, was für ihn stärkere europäische Währungen und einen schwächeren Dollar bedeutet. Nur so ist für ihn das Dollar-Problem zu lösen.

Donald Regan hat seinen französischen und japanischen Kollegen am ersten Tag klar den Rang abgelaufen. Niemand wollte ihre düsteren wirtschaftlichen Zustandsdiagnosen noch einmal hören. So die Klage des Pierre Beregovoy, die amerikanischen Hochzinsen und ihre Folgen gefährdeten die internationalen Beziehungen. Ebenso verhallten die Kooperationsappelle Noboru Takeshitas.

GÜTERTRANSPORT / Neues Knotenpunktsystem

Pilotprojekt in Bremen

W. WESSENDORF, Bremen

Mit dem neuen Güterverteilzentrum (GVZ) schickt sich die Hansestadt Bremen an, in Nordwestdeutschland ein Knotenpunktsystem zu schaffen, in dem wichtige Fernverkehrsströme gebündelt werden. „Alle Möglichkeiten eines effizienten interregionalen Gütertransports sollen hier eröffnet und ausgenutzt werden", sagte der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Oswald Brinkmann, bei der Übergabe des Gutachtens.

Uwe Haupt von der MBB-Erno Raumfahrttechnik Bremen, die gemeinsam mit Dornier System Friedrichshafen die sechsbändige Expertise zum GVZ erarbeitete, unterstrich: „Noch hat Bremen in der Bundesrepublik damit die Nase vorn, das Pilotprojekt sollte so rasch wie möglich realisiert werden."

Die Gutachter errechneten, daß in Bremen-Niedervieland schon bei einer nutzbaren Nettofläche von gut 100 Hektar (150 Hektar stehen zur Verfügung) 4500 Arbeitsplätze geschaffen werden, davon 1000 neue. Die Gutachter weisen auch darauf hin, daß 3500 Arbeitsplätze für Bremen quasi als zusätzlich zu werten seien, weil ohne Umsiedlung in das GVZ die Betriebe mittel- bis langfristig abwandern bzw. stillgelegt würden. Die Kosten für das GVZ werden mit 82,6 Millionen Mark angegeben, die Finanzierung gilt als gesichert.

Für die neue Drehscheibe des Transports wurden schon fünf Verträge mit Betrieben abgeschlossen. Entstehen sollen Gleis- und Rangieranlagen, Groupage-Häuser, Lagerhallen, in denen kleinere Betriebe ihre Ladungen mit anderen zu Waggonstärke zusammenstellen können. Gebaut werden außerdem Kühlhäuser und eine Frachtbörse für den kombinierten Ladungsverkehr von Schiene und Straße. Künftig sollen mehr Güter als bislang auf der Schiene statt auf der Straße in den Süden transportiert werden.

Sorgen bereiten den Behörden noch die Umweltschützer, die über den Gesamtverband Natur und Umweltschutz Unterweser (GNUU) im Wege der Verbandsklage vor Gericht gegen das Projekt angehen. Das könne Zeitverschiebungen in der Planung mit sich bringen.

GLAS '84 / Schneider: Kein Anlaß, eine Krise in der Bauwirtschaft herbeizureden

Glaserhandwerk auf festen Füßen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In allen Industrieländern gelte heute die Regel, daß die Bauinvestitionen langsamer wachsen als das Sozialprodukt. Bundesbauminister Oscar Schneider postulierte daraus zur Eröffnung der Düsseldorfer Fachmesse „Glas '84" zwar einen von vielen Baufirmen bereits vollzogenen „Anpassungsprozeß". Doch gebe es keinen Anlaß, angesichts des absehbaren Verlaufs der Baukonjunktur in Pessimismus zu verfallen oder gar eine neue Krise der Bauwirtschaft herbeizureden.

Nach des Ministers Ansicht bedeutet die Tatsache, daß auf längere Sicht ein so hohes Bauvolumen wie 1984 kaum gesichert werden könne, nur eine „Normalisierungstendenz". Und auch dies mit positiven Zügen. So liege der Anteil der Bestandsinvestitionen am gesamten Wohnungsbauvolumen nun schon bei 35 (vor zehn Jahren erst 20) Prozent. Erhebliche Nachfragereserven gebe es im Eigentumsbereich. Wachstum sei im Wirtschaftsbau mit der allgemeinen Konjunkturerholung zu erwarten. Deutlich sei schließlich dank fortschreitender Haushaltssanierung die Steigerungstendenz öffentlicher Bauinvestitionen gegenüber dem letzten Jahr.

Vornehmlich im Gleichklang mit solcher moderat positiven Einschätzung des Ministers sieht das Glaserhandwerk, als klassisches Ausbauhandwerk eng mit dem Schicksal der Bauwirtschaft verbunden, seine aktuelle Lage. Speziell für diese Branche und ihre Kundschaft findet die „Glas '84" statt. Mit einer gegenüber der letzten Vorgängerin (1982) auf 368 (317) gesteigerten Ausstellerzahl, davon 168 aus dem Ausland, gilt diese Fachmesse als „weltweit einmalige" Kombination der Präsenz von Industrie und Handwerk.

Auf festen Füßen zeigte da zum Messeauftakt Bundesinnungsmeister Bernhard Felmer, Darmstadt, das Glaserhandwerk: Auch in den drei Rezessionsjahren 1980/82 sei die Zahl der Betriebe noch kräftig um 800 auf 4300 im letzten Jahr gewachsen, die 1983 mit 27 900 Beschäftigten und 3500 Lehrlingen 3,1 Mrd. DM (1,6 Prozent weniger als 1982) umsetzten. Hauptgrund dieser Rezessions-Resistenz: Mehr als die Hälfte des Geschäfts macht dieses Handwerk mit kleinen Privatkunden, deren Modernisierungsaufwand antizyklisch verläuft; und viele Betriebe blühen in wachsenden Marktnischen wie Glasgravur und Bilderrahmung.

Für 1984 macht Meister Felmer in seiner Branche eine „Stabilisierungstendenz" der Nachfrage aus, was offenbar nur wenig Wachstum bedeutet. Ähnlich sagen es zur Messe auch die deutschen Glasmaschinenhersteller. Ihr Umsatz stagnierte 1983 bei 200 Mill. DM mit 85 Prozent Exportanteil und hat sich im ersten Halbjahr im Export um 10 Prozent, nach USA allein sogar um 97 Prozent, gesteigert, während der Inlandsumsatz stagnierte.

Coca-Cola: Absatz stagniert

ot. Berlin

Ob es nun der Streik war oder nicht, auf jeden Fall stagniert der Absatz in diesem Jahr, wie Sprecher des Vereins der deutschen Coca-Cola Konzessionäre e. V. auf einer Veranstaltung in Berlin mitteilten, die vor allem der Bedeutung des Mittelbetriebes für die Wirtschaft gewidmet war.

Im Jahr 1983 war der Umsatz der deutschen Coca-Cola-Organisation – 97 Konzessionäre und die Coca-Cola GmbH in Essen mit zusammen rund 11 000 Beschäftigten – um sechs Prozent auf 2,65 Mrd. DM gestiegen. Der Ausstoß wird auf rund 20 Mill. Hektoliter beziffert. Den Marktanteil von Coca-Cola am Absatz der Erfrischungsgetränke einschließlich Mineralwasser beziffert die Gesellschaft auf 16,5 Prozent, einschließlich der zusätzlich vertriebenen Produkte wie Fanta, Lift, Sprite, Mezzo Mix etc. auf 24,6 Prozent. Die US-Mutter kam 1983 auf 6,8 (6,0) Mrd. Dollar Umsatz, davon 4,7 (4,4) Mrd. Dollar im Erfrischungsgetränkemarkt.

KRONOSPAN / Heidapal-Küchenmöbel übernommen

Mit der Auslastung zufrieden

DOMINIK SCHMIDT, Steinheim

Nach der Übernahme des Nowespa-Spanplattenwerks aus der Konkursmasse der insolvent gewordenen Heidapal-Firmengruppe in Steinheim-Sandebeck im Frühjahr 1982 hat sich die zur österreichischen Kaindl-Gruppe gehörende Kronospan Ltd., London, fest auf dem deutschen Markt etabliert. Gerhard Schumacher, Geschäftsführer der deutschen Kronospan-Niederlassung, beziffert die in den beiden letzten Jahren vorgenommenen Investitionen, die der Modernisierung der Werkseinrichtungen dienten, auf rund 50 Mill. DM.

Im Rahmen der weiteren Produktdiversifizierung ist jetzt auch die Produktionsstätte des benachbarten Heidapal-Küchenmöbelwerks erworben worden. Nach den Worten Schumachers wird Kronospan dort nach der Realisierung der Investitionspläne vorkonfektionierte Teile für Küchenmöbel herstellen. Die Mitarbeiterzahl von derzeit 220 werde sich dann entsprechend weiter erhöhen.

Obwohl der Spanplatten-Markt nach wie vor von Überkapazitäten geprägt ist, zeigt sich Schumacher mit der Auslastung zufrieden. Die technischen Möglichkeiten würden voll genutzt. Abnehmer der Erzeugnisse sind die Möbelindustrie und der Fachhandel. Der Exportanteil liegt bei 25 Prozent.

Zur Kaindl-Gruppe mit Stammsitz in Salzburg gehören zwei Werke in Österreich und je ein Betrieb in der Schweiz und in England. Der Gruppenumsatz dürfte bei deutlich über 400 Mill. DM liegen. Das deutsche Werk, das aus steuerrechtlichen Gründen als Niederlassung der britischen Gesellschaft geführt wird, dürfte im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) einen Umsatz von rund 100 Mill. DM erreichen.

Schumacher knüpft an das Engagement in der Bundesrepublik hohe Erwartungen. Dies gelte auch für die Ertragssituation.

FLEISCHER / Zuwachs geht an Fachgeschäften vorbei

Günstige Verbraucherpreise

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Bundesbürger sind dabei, einen neuen Rekord beim Fleischkonsum aufzustellen: Nach drei Jahren des Rückgangs zieht der Fleischverbrauch in diesem Jahr wieder deutlich an und könnte nach Einschätzung des Deutschen Fleischer-Verbandes, Frankfurt, die bisherige Rekordmarke von 91,1 kg pro Kopf (1980) überschreiten; 1983 waren pro Kopf 88,5 kg verbraucht worden.

Dafür, daß mehr Fleisch auf den Tisch kommt, sorgte vor allem die Preisentwicklung. So lagen die Verbraucherpreise für Schweinefleisch (anders als die Erzeugerpreise) im ersten Halbjahr dieses Jahres unter dem Vorjahresstand, auch die Rinderpreise gehen nach dem Anstieg des Vorjahres leicht zurück.

Bei Schweinefleisch, mit einem Anteil von gut 57 Prozent am Verbrauch bisher immer noch der Deutschen liebstes Fleisch, lassen sich nach Einschätzung von Rudolf Kunze, Vizepräsident des Deutschen Fleischer-Verbandes, „die sehr günstigen Verbraucherpreise voraussichtlich nicht halten". Bei Rindfleisch, das die Verbraucher zunehmend favorisieren, dürfte der Preistrend nach unten jedoch aufgrund der Milchquotenregelung anhalten.

Der Mehrverbrauch, so bedauern die Fleischer, geht jedoch zum größten Teil an ihnen vorbei, Gewinner sind die anderen Vertriebsformen im Lebensmitteleinzelhandel, denen der Verband „preisaggressive und unlautere Angebotsmethoden" vorwirft. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung des Fleischerhandwerks, das zum Wochenende in Gelsenkirchen zu seinem Verbandstag zusammenkommt, zu sehen, den Verkauf unter Einstandspreis gesetzlich zu verbieten.

Für das erste Halbjahr 1984 weist das Fleischerhandwerk knapp 15,7 Mrd. DM Umsatz aus, rund ein Prozent weniger als in der Vorjahreszeit. Bereits 1983 ist sein Anteil am Gesamtmarkt (gut 50 Mrd. DM) auf gut 57 (60) Prozent zurückgefallen; bundesweit wurden von den Fleischern 33,1 (33,5) Mrd. DM umgesetzt. Dahinter stehen 27 600 Metzgereien mit 33 600 Verkaufsstellen und rund 205 400 Beschäftigten.

Damit hat sich trotz der negativen Umsatzentwicklung die Zahl der Betriebsaufgaben auf 300 im vergangenen Jahr halbiert. Der Verband sieht dies vor allem als Ausdruck der Bemühungen, Standorte durch Filialisierung zu halten.

Die Ertragslage gilt bei einem leicht auf 6,8 Prozent vom Umsatz (im Durchschnitt) gestiegenen Betriebsergebnis als „gering".

NORD-WEST-RING / Preiserhöhungen angekündigt

Bald Umsatz-Milliardär

dpa/VWD, Frankfurt

Einen Umsatz von über einer Milliarde Mark (1983: 953 Mill. DM) wird die Schuh-Einkaufsgenossenschaft Nord-West-Ring eG, Frankfurt, in diesem Jahr erreichen. Wie Vorstandsvorsitzender Georg C. Neumann erläuterte, haben die Bereiche Sportartikel- und Sportschuhe mit 140 (100) Mill. DM in besonderem Maße zur Umsatzausweitung beigetragen.

Der Einkaufsgenossenschaft gehörten Anfang dieses Jahres 1541 Mitglieder mit 4343 Geschäftsstellen an. Aus dem mit 0,5 Mill. DM ausgewiesenen Gewinn sollen rund 0,48 Mill. DM als Dividende ausgeschüttet werden.

Für die Frühjahrs- und Sommermodelle 1985 kündigte Neumann Preiserhöhungen auf der Verbraucherstufe zwischen vier und sieben Prozent an nach drei bis vier Prozent in diesem Jahr.

Der Pro-Kopf-Verkauf im gesamten Schuhhandel stagnierte im vergangenen Jahr, wie Neumann ergänzend darlegte, bei 4,5 Paar Schuhen. Um 4,7 Prozent auf 12,8 (12,3) Mrd. DM konnte die Branche ihren Einzelhandelsumsatz ausweiten. Sie war damit am gesamten deutschen Einzelhandelsumsatz mit 2,9 Prozent beteiligt.

Auf den Schuhfacheinzelhandel, der 70 Prozent des Branchenumsatzes repräsentiert, entfiel ein Umsatz von *9,4 (9,1) Mrd. DM. Die tatsächlich* verkaufte Menge betrug 1983 bundesweit fast unverändert 271,1 (271,4) Millionen Paar.

ARBEITSMARKT / OECD-Bericht plädiert für maßvolle Lohnsteigerungen und eine höhere berufliche Flexibilität

Keine rosigen Perspektiven für Westeuropa

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Wirtschaftswachstum der westlichen Industriestaaten reicht für eine fühlbare Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht aus. Jedoch könnte der Arbeitsmarkt durch größere Flexibilität entlastet werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist dagegen im wesentlichen nur im privaten Dienstleistungssektor möglich. Zu dieser Schlußfolgerung kommt die OECD in einem Bericht über die Beschäftigungsperspektiven.

Nachdem sich zwischen 1979 und 1983 in sämtlichen Mitgliedsstaaten der OECD die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger stark erhöht hatte, stabilisiert sie sich in der Bundesrepublik und in Japan, während sie in den USA zurückgeht. In Westeuropa nimmt sie insgesamt aber weiter zu. Diese Zone wird nach 17,8 Millionen Arbeitslosen 1983 in diesem Jahr 18,75 und im kommenden Jahr 19,5 Millionen Arbeitslose zählen, meint die OECD. Das wären 11,25 Prozent ihrer aktiven Bevölkerung gegenüber 7,25 Prozent in den USA und 2,5 Prozent in Japan.

Diese Disparitäten werden nach Auffassung der OECD-Experten vorerst bestehenbleiben. Selbst wenn sich die wirtschaftliche Expansion in Europa verstärken sollte, würde das nicht ausreichen, um die starke Zunahme der aktiven Bevölkerung zu kompensieren. Bis Ende nächsten Jahres könnte die Zahl der Arbeitslosen in Europa um zwei auf 20 Millionen steigen. Das wären mehr als zwei Drittel der für die gesamte OECD-Zone auf 31,75 Millionen veranschlagten Arbeitslosenzahl.

In Europa hat die Arbeitslosigkeit vor allem strukturelle Gründe, heißt es in dem Bericht. Die wichtigste Aufgabe bestünde deshalb darin, die Anpassung des Arbeitsmarktes an die Strukturveränderungen zu verbessern. Diese „aktive" Beschäftigungspolitik sollte auf eine größere berufliche Flexibilität hinwirken. Dazu gehört nach Auffassung der OECD eine bessere Allgemeinbildung und ein breit angelegtes technisches Können. Außerdem müßte die geographische *Mobilität* gefördert werden.

Zur Sofortaufgabe erklären die OECD-Experten die Flexibilität der Arbeitskosten. Um das Wirtschaftswachstum ohne inflationistische Spannungen zu unterstützen, sei es notwendig, daß der Lohnanstieg im Verhältnis zu den Produktivitätsfortschritten *mäßig* bleibt. In verschiedenen Mitgliedsstaaten habe man bereits durch die Aufhebung der Lohnindexierung und durch die Bekämpfung der Inflation Fortschritte erzielt. Aber der inflatorische Lohnkostendruck müßte noch besser an der Wurzel bekämpft werden.

Das Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung war in den verschiedenen OECD-Zonen sehr verschieden. Zwischen 1975 und 1983 erhöhte sich das Bruttosozialprodukt in Nordamerika um 23 Prozent und die Zahl der Beschäftigten um 17 Prozent. In Japan betrug diese Relation 42 zu elf Prozent, während in Europa einem Produktionszuwachs von 18 Prozent ein Beschäftigungsrückgang von 0,8 Prozent gegenüberstand.

Der wichtigste Grund für diese Unterschiede besteht nach *Auffassung* der OECD darin, daß in Nordamerika der Dienstleistungssektor sehr stark ausgebaut wurde. Er beschäftigt dort inzwischen 70 Prozent aller Arbeitnehmer gegenüber 56 Prozent in Japan und erst 52 Prozent in Westeuropa (Bundesrepublik 52,4 Prozent).

Diese positive *Entwicklung* wird sich nach Ansicht der OECD fortsetzen, allerdings mit sektoriellen Unterschieden. Während die öffentlichen Dienste unter dem Druck der restriktiveren Budgetpolitik nur noch schwach wachsen und traditionelle private Dienstleistungen der Rationalisierung zum Opfer fallen, werden technologische Neuerungen wie etwa die Mikroelektronik anderen Sektoren starken Auftrieb geben.

Zur Jugendarbeitslosigkeit stellt der Bericht fest, daß ihre Bekämpfung durch unzureichende Berufsausbildung und überhöhte Löhne erschwert wird. Versuchsweise sollten hier Lohnsubventionen eingeführt werden. Zugunsten der Langzeitarbeitslosen werden Sofortprogramme (vorzugsweise Einstellungen in öffentlichen Unternehmen) empfohlen. *Arbeitszeitverkürzungen zur Hebung* des Beschäftigungsniveaus hält die OECD nur im Zusammenhang mit Lohnabschlägen für vertretbar.

Innenausbau auf Gratwanderung

nl. Stuttgart

Da ein Markt für hochwertigen Innenausbau in Gebäuden der öffentlichen Hand, von Verwaltungen und Institutionen in der Bundesrepublik praktisch nicht mehr existiere, sieht sich die Innenausbau-Branche in ihrer Existenz auf das schwerste gefährdet. Darauf verweist die zu den führenden Firmen dieser Sparte zählende Schildknecht Innenausbau GmbH & Co. KG, Remseck, die in diesem Zusammenhang auf das hohe Risiko der zum Überleben nötigen Auslandsaufträge aufmerksam macht, „das die Kräfte eines Mittelständlers genau genommen übersteigt".

Schildknecht steigerte im Innenausbau im Jahr 1983 den fakturierten Umsatz auf 17,5 (1982: 9,2) Mill. DM, die Betriebsleistung erhöhte sich um 64 Prozent. Der Exportanteil am Um*satz lag bei 83,4 Prozent. Die Einrich*tungshaus Schildknecht GmbH & Co. KG, Stuttgart, erzielte einen Umsatz von 20 Mill. DM (plus 10 Prozent).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag für Salzgitter

Salzgitter (dos) – Einen Auftrag zur Lieferung einer Ultraschall-Grobblech-Prüfanlage hat die Salzgitter Industriebau GmbH vom brasilianischen Stahlunternehmen Companhia Siderurgica Paulister (Cosipa) erhalten. Die Anlage, die einen Auftragswert von rund 18 Mill. DM darstellt, soll im Sommer 1985 ausgeliefert werden. Wie es heißt, ist dies der erste gemeinsame Auftrag für Salzgitter Industriebau und die Firma Krautkrämer, die für das System der Anlage verantwortlich zeichnet.

Technischer Verlust

Düsseldorf (Py.) – Die auch in der Bundesrepublik tätige niederländische „Neu Rotterdam" Versicherungsgesellschaft, Köln, steigerte 1983 ihre Bruttobeitragseinnahme um 5,1 Prozent auf 32,3 Mill. DM. Dabei hatten die erst jungen Sparten des gewerblichen und industriellen Sachgeschäfts das stärkste Wachstum. Weiterhin stellt die Transportsparte jedoch mit fast 81 (84) Prozent den größten Anteil. Die Schadenquote für eigene Rechnung lag mit 77,8 (74,1) Prozent über dem Vorjahr. Der technische Verlust stieg auf 0,4 (0,1) Mill. DM, der Jahresüberschuß betrug 0,5 (0,4) Mill. DM.

Goldpfeil springt ein

Offenbach (dpa/VWD) – Der Niedergang des Offenbacher Lederwarenunternehmens Mädler, über dessen *Vermögen am 31. Juli das Kon*kursverfahren eröffnet wurde, ist nach Feststellung von Konkursverwalter Kurt Lautenbach gleichermaßen der Produktion und dem Verkauf anzulasten. Am Tage der Konkurseröffnung seien Bankverbindlichkeiten in Höhe von rund 25,6 Mill. DM festgestellt worden. Der Jahresumsatz von Mädler lag zuletzt bei rund 22 Mill. DM. Die Forderungen der Lieferanten wurden mit rund 2,9 Mill. DM angegeben. Lautenbach berichtete von positiven Vertragsverhandlungen mit der Offenbacher Lederfirma Goldpfeil. Diese sei bereit, die eingetragenen Warenzeichen von Mädler für 0,5 Mill. DM zu kaufen. Für den Betrag von 1 Mill. DM will Goldpfeil zudem einen Teil der Warenbestände und der Maschinen erwerben und die Produktion vorübergehend mit einem Teil der Mädler-Mitarbeiter fortführen.

Belegschaftsaktien

Hannover (dos) – Zum ersten Mal bietet die Preussag AG, Hannover, ihren Mitarbeitern Belegschaftsaktien an. Nach Angaben des Unternehmens können die Belegschaftsangehörigen, je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, bis zu vier Aktien zum Vorzugspreis erwerben. Der Ausgabekurs liegt bei 165 DM pro Aktie, knapp 100 DM unter dem Börsenkurs. Von dem Angebot, das auch für die ehemaligen Preussag-Mitarbeiter gilt, können insgesamt knapp 21 000 Personen Gebrauch machen. Die Zuteilungsfrist endet am 2. November.

BVR-Präsident Schramm wird 60

FOTO: JUPP DARCHINGER

DW. Bonn

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR), Bernhard Schramm, vollendet morgen sein 60. Lebensjahr. Schramm, der für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt wurde, ist seit 1980 BVR-Präsident. Aufgrund des genossenschaftlichen Bankenverbundes bekleidet Schramm mehrere Aufsichtsratsmandate. So gehört er dem Verwaltungsrat der DG Bank, dem Aufsichtsrat der Bausparkasse Schwäbisch Hall sowie europäischen und internationalen Genossenschaftsorganisationen an.

Schramm wurde in Eisenach (Thüringen) geboren und studierte nach dem Krieg Volkswirtschaftslehre. 1954 trat er in den Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) ein, in dessen Vorstand er 1969 aufrückte. Später wurde er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank Hamburg/Berlin.

Aktien wieder aufwärts

Steigender Dollar lockt die Ausländer an

DW. – Auf dem Aktienmarkt konnte am Dienstag der größte Teil der am Wochenbeginn durch Glattstellungen der Kulisse verursachten Kurseinbußen wieder aufgeholt werden. Zu verdanken war dies in erster Linie der wieder auflebenden Kaufbereitschaft der Ausländer. Der Schwerpunkt der Nachfrage lag bei Siemens. Im Verlaufe meldeten sich auch inländische institutionelle Anleger mit Kaufwünschen, und auch der Berufshandel scheint noch den Gewinnmitnahmen vom Vortag wieder Material aufgenommen zu haben.

Der feste Dollar hatte nicht nur Einfluß auf die Kaufbereitschaft der Ausländer, darüber hinaus sieht man in ihm den Garant für weitere Exporterfolge. Deshalb war es nicht verwunderlich, wenn diesmal auch die meisten Autoaktien, sogar VW, von der besseren Aktientendenz profitierten. Selbst für die Papiere der Großchemie war die Nachfrage bemerkenswert lebhaft. Im Bankenbereich ragte die Deutsche Bank mit einem Plus von über fünf DM eindeutig heraus, unverkennbar ein Indiz für Auslandsinteresse. Gezielte Käufe wurden bei Kali und Salz beobachtet, als Gründe wurden sowohl steigende Erträge als auch eine Paketbildung angegeben. Bei den Maschinenbauaktien überwogen auch am Dienstag noch die Abschläge.

Düsseldorf: Keramag und Ver. Rumpus verteuerten sich um 3 DM, VDN um 4 DM und Buckau und Stinnes kletterten um 5 DM. 4 DM büßten Balcke Dürr ein. Aseag und Conc. Chemie ermäßigten sich um 10 DM. Bei den Versicherungen gaben Allianz Leben um 80 DM und Allianz Vers. um 6 DM nach.

Frankfurt: Cassella verminderten um 10 DM, Flachglas um 5 DM und Lahmeyer um 10 DM. Seitz Enzinger stockten um 8 DM auf 168 DM und Wickrath um 20 DM auf 440 DM auf. Mannheimer Versicherung verbesserten sich um 10 DM auf 486 DM. Veith Pirelli mußten 10 DM auf 190 DM abgeben.

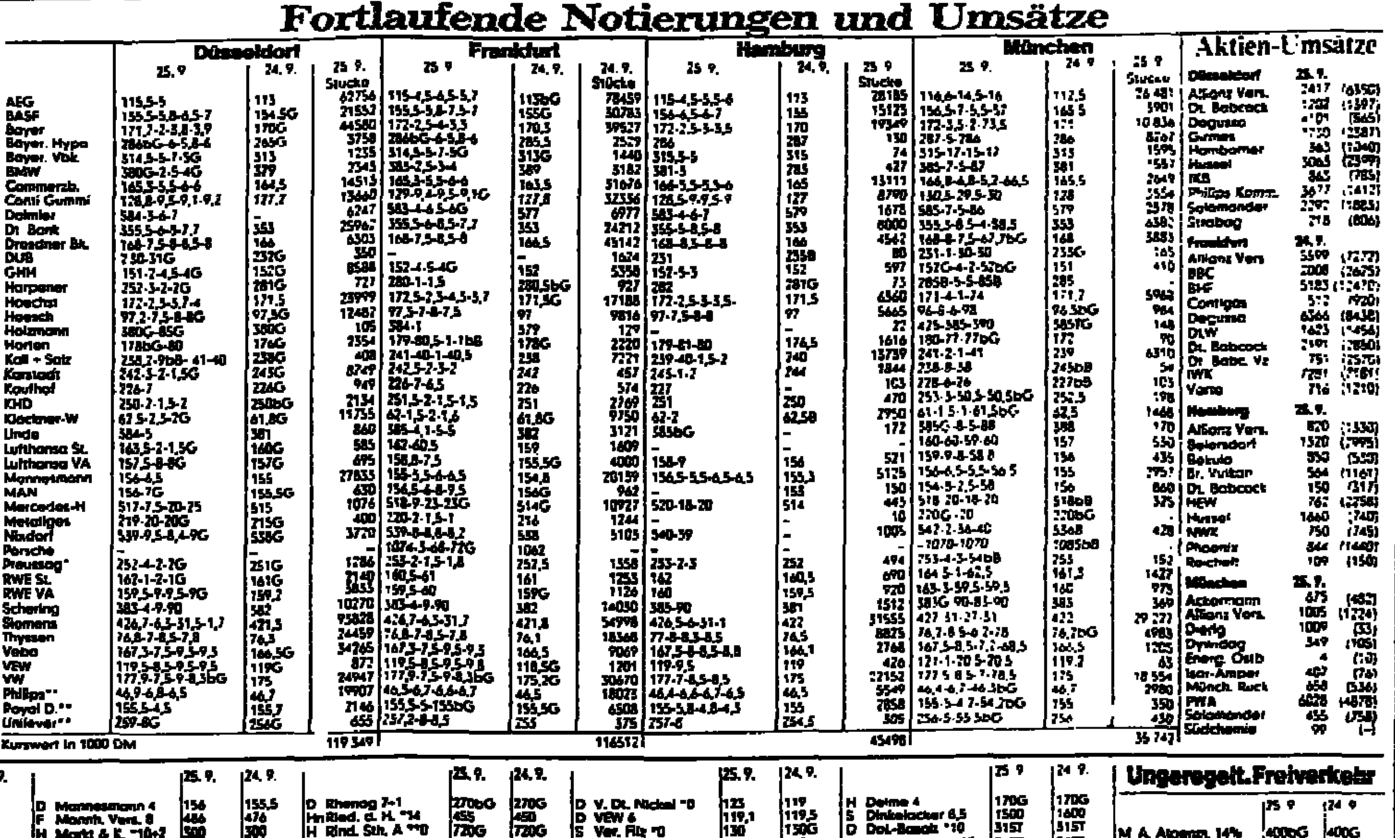
Hamburg: Beiersdorf verringerten um 15 DM, Phoenix Gummi wurden um 3 DM zurückgenommen. Triton erhöhten um 4 DM und HEW um 1 DM. NWK-Vz. verloren 0,50 DM. Bremer Vulkan konnten sich mit 63 DM (plus 0,90 DM) gut behaupten. Vereins- und Westbank blieben mit 297 unverändert.

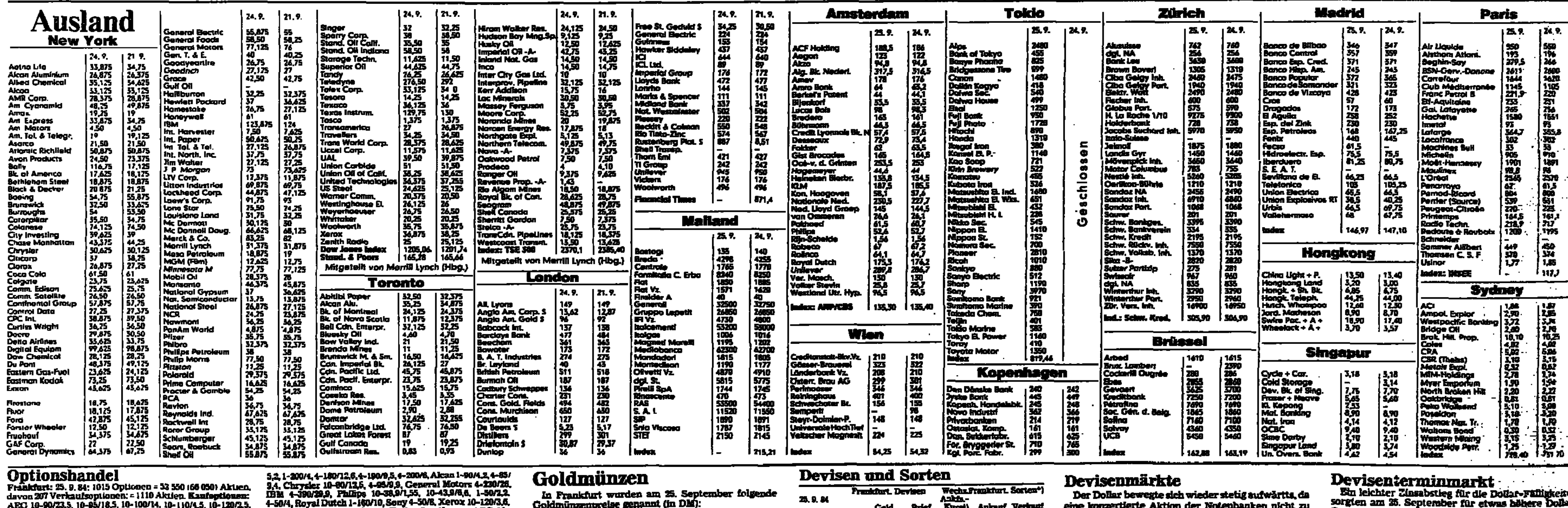
München: Etienne Aigner erhöhten um 5 DM und Agrob St. AG um 2 DM. Leonische Draht stockten um 3 DM, NAK um 1 DM und Stumpf AG St. um 2,50 DM auf. Zahnräder Renk verbesserten sich um 4 DM. Nachgegeben haben Südchemie um 9 DM und Erlus AG um 5 DM.

Berlin: Berliner Bank und Berliner Kindl lagen um 1 DM freundlicher. Concordia Chemie ermäßigten sich um 8 DM, Herlitz St. um 4 DM, Berthold um 3,50 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM sowie Schering um 8 DM. Herlitz Vorzüge bröckelten um 1 DM.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 153,6 (153,0)
WELT-Umsatzindex: 4540 (3160)





Optionshandel

Frankfurt: 25. 9. 84: 1015 Optionen = 53 550 (66 050) Aktien, davon 207 Verkaufsoptionen = 1110 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-90/23,5, 10-95/18,5, 10-100/14, 10-110/4,5, 10-120/2,5, 1-95/22,2, 1-100/16,6, 1-110/8,9, 1-120/5, 1-130/3, 4-90/27, 4-95/22,5, 4-110/13, 4-120/8,9, BASF 1-150/15, 1-160/7,5-6,9, 1-170/11, 4-170/7,1, 4-180/4, Bayer 10-161,3/10, 10-163/8, 1-160/15,6, 1-170/8,9, 1-180/5, 1-190/2,6, 4-160/20, 4-170/13, 4-180/8,9, 4-190/5,2, Bay. Hypo. 4-280/20, Bekula 1-100/2,4, Bay. Vereinsbk. 4-340/8, Commerzbank 10-160/5, 10-170/1,5, 1-160/11,4, 1-170/8, 1-180/4,5, 4-160/13,7, 4-170/9,4, 4-180/6,4, Conti 10-127/3, 10-130/2, 1-120/12, 1-130/6,5, 1-140/3,1, 4-130/10,5, 4-140/5,4, Daimler 10-550/33, 10-560/25,2, 10-580/11, 10-600/5, 1-550/46, 1-570/32, 1-580/24, 1-600/22, 4-580/31, Dt. Babcock St. 4-170/11,5, Deutsche Bk. 10,326,75/29, 10-336,75/19, 10-346,75/9,6, 10-350/8, 1-330/31, 1-370/11,5, 1-380/7,4, 1-390/4,5, 4-336,75/34, 4-390/11, 4-400/6, Degussa 1-380/9,6, Dresdner Bk. 10-170/3, 1-160/11,5, 4-170/9, GHH St. 1-160/7,4, Hoechst 10-170/4,1, 10-171/15-2,2, 1-170/10, 1-180/4,8, 1-190/3,5, 4-170/13,5, 4-190/5, Hoesch 10-100/1,9, 1-100/6,9, 1-110/3,6, 4-100/9,6, 4-110/5, Klöckner 10-50/10,8, 10-60/2, 10-65/90, 1-65/4, 4-65/6,9, 4-70/4,9, Lufthansa St. 1-150/16, Lufthansa Vz. 1-156,5/1,5, Lufthansa St. 1-150/16, Lufthansa Vz. 10-156,5/1,5, Mercedes 4-530/30, Mannesmann 10-146/9, 10-160/2,4, 1-140/18,2, 1-160/12, 1-160/7, 4-140/23, 4-150/17, 4-160/9,9, 4-170/8,6, 4-180/4,4, RWE St. 4-170/4, RWE Vz. 1-160/5,8, Schering 1-350/56,9, 4-400/17, Kali + Salz 10-220/19,9, 1-210/37, 4-240/24, Siemens 10-400/30, 10-410/30, 10-412/17, 10-420/8,5, 1-380/50, 1-400/38, 1-410/28, 1-430/15, 1-440/12,6, 1-450/11, 4-440/22, 4-450/18, 4-460/13, Thyssen 1-70/12, 1-80/5,4, 1-85/3,95, 4-80/6,5, Veba 10-152,5/15,5, 1-160/8,1, 10-162,5/6, 4-170/9, 4-180/4,5, VEW 10-120/2,4, VW 10-180/2, 1-180/8,95, 1-190/5,2, 1-200/4, 4-180/12,6, 4-190/9,5, 4-200/6, Alcan 1-90/4,2, 4-85/9,4, Chrysler 10-90/12,5, 4-95/9,9, General Motors 4-230/26, IBM 4-390/29,9, Philips 10-38,9/1,55, 10-43,9/8,6, 1-50/2,2, 4-50/4, Royal Dutch 1-160/10, Sony 4-50/8, Xerox 10-120/3,6, 1-130/6,6, 4-110/15, 4-130/5,5, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-110/1,5, 1-100/2, 1-110/6, 4-95/2,2, 4-100/3, 4-110/7,85, Bayer 10-170/1,5, 1-170/1,9, 4-160/1,3, 4-170/3, Bekula 4-100/4,7, BMW 10-390/5, 4-390/11,6, Commerzbank 10-170/4,5, 1-160/1,7, 1-170/4,9, Conti 1-130/4,2, 4-120/3, 4-130/6,6, Daimler 1-580/8, Deutsche Bk. 4-340/5,3, Dresdner Bank 1-160/1,4, 4-160/2,6, *Hoechst 10-170/1,2*, 4-170/2,5, *Hoesch 1-100/4,5*, Kaufhof 1-230/5,9, 4-230/8, Kloeckner 1-60/1,9, 4-65/4,3, Lufthansa St. 1-160/3, 4-160,6,4, Lufthansa Vz. 1-160/6, Mercedes 4-480/5, Siemens 1-390/1,4, 1-400/3,5, 1-410/5,4-5,2, 4-390/3,3, 4-400/6, VW 1-180/6,4, 4-170/7, Alcan 4-85/5,6, Chrysler 10-90/1, 1-85/3, 4-85/9,4, Elf 1-75/3,9, General Motors 4-220/12, IBM 4-350/7,4, 4-380/21, Philips 4-45/1,9, Royal Dutch 1-150/3,5, 4-130/3,9, Unilever 4-250/8,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11¼–11½	5¼–5½	5⅛–5⅜
3 Monate	11½–11¾	5⅜–5⅝	5⅜–5⅝
6 Monate	11¾–12	5⅝–6⅛	5⅜–5⅝
12 Monate	12 –12⅛	6 –6¼	5⅛–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1520,00	1881,00
10 US-Dollar (Indian)**)	865,00	1032,55
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	635,50
1 £ Sovereign alt	240,00	296,40
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	259,00	313,50
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1075,00	1285,40
Maple Leaf	1075,00	1285,40
Platin Noble Man	1016,00	1198,40

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz Franken „Vreneli"	188,00	238,46
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	994,00	1197,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	455,00	558,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	3,0665	3,0645	3,0088	2,99	3,09
London1)	3,787	3,801	3,735	3,72	3,87
Dublin1)	3,098	3,112	3,046	3,76	3,91
Montreal3)	2,3258	2,3338	2,2830	2,27	2,37
Amsterd.	88,560	88,780	88,520	87,25	89,75
Zürich	121,320	121,520	121,280	120,00	122,75
Brüssel	4,935	4,955	4,884	4,80	5,00
Paris	32,500	32,660	32,115	31,75	33,50
Kopenh.	27,580	27,670	27,265	26,50	28,25
Oslo	34,710	34,830	33,650	33,75	35,50
Stockh.**)	35,310	35,470	34,640	34,25	36,00
Mailand2) **)	1,607	1,617	1,574	1,57	1,67
Wien	14,212	14,253	14,171	14,16	14,35
Madrid**)	1,787	1,797	1,740	1,72	1,84
Lissabon**)	1,900	1,920	1,788	1,55	2,35
Tokio	1,2485	1,2515	- -	1,20	1,26
Helsinki	48,190	48,390	47,080	47,25	49,00
Buen. Air.	-	-	-	-	5,00
Rio	-	-	-	0,08	0,23
Athen*) **)	2,4530	2,5070	-	2,15	2,95
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*)	2,5425	2,5615	-	2,45	2,56
Johannesbg.*)	1,8255	1,8445	-	1,80	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der Dollar bewegte sich wieder stetig aufwärts, da eine konzertierte Aktion der Notenbanken nicht zu erkennen war setzte sich am 25. 9. wieder eine optimistischere Einstellung zum US-Dollar durch, so daß es zu einer Befestigung von 3,0330 bis auf 3,0785 kam. Die Deutsche Bundesbank war erkennbar als Abgeber nur zur Notiz von 3,0605 im Markt, mit 50 Millionen Dollar bestens. Der Rückgang der Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter entsprach den Erwartungen. Die Veränderung fiel jedoch höher aus, da die Juni-Zahlen von Plus 1,3 auf + 2,3 Prozent revidiert wurden. Der Dollar reagierte darauf nicht. Die meisten amtlich notierten Währungen konnten einen Teil ihres Vortagsverlustes wieder aufholen, lediglich dem Holländischen Gulden, dem Schweizer Franken und dem Belgischen Franc gelang dies nicht. US-Dollar in: Frankfurt 3,0605; Amsterdam 3,4640; Brüssel 63,20; Paris 9,4290; Mailand 1906,75; Wien 2151,50; Zürich 2,8206; Ir. Pfund/DM 3,105; Pfund/Dollar 1,2397; PFD/DM 3,794.

Ostmarktkurs am 25. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Ein leichter Zinsabstieg für die Dollar-Fälligkeiten sorgten am 25. September für etwas höhere Dollar Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,63/1,53	4,54/4,44	8,53/8,33
Pfund/Dollar	0,07-0,09	0,25-0,28	0,50-0,53
Pfund/DM	2,40/1,00	5,50/4,10	9,40/8,00
FF/DM	24/8	54/38	97/81

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 9.: Tagesgeld 5,55–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,75 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.

CHINA / Mehr Freiraum für die Unternehmen

Das Steuersystem reformiert

AFP, Peking

China wird im Rahmen der in den letzten Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen im Oktober ein neues Steuersystem für die staatlichen Unternehmen einführen. Nach Angaben der chinesischen Presse wurde es bereits in einigen Betrieben erprobt. Die Unternehmen werden nach den neuen Bestimmungen eine Gewinnsteuer zahlen. Sie können den verbleibenden Nettogewinn nach Steuern für ihre Investitionen und für die von den Werksleitungen festgelegten Leistungsprämien einsetzen.

Die chinesischen Staatsunternehmen mußten bisher den gesamten Gewinn an die Staatskasse abführen. Der Staat nahm dann die Verteilung dieser Beträge vor, die weitgehend eingesetzt wurden, um defizitäre Betriebe zu subventionieren. Wie die englischsprachige Tageszeitung „China Daily" berichtete, wird am 1. Oktober das neue Steuersystem praktisch in allen staatlichen Industrie-, Transport- und Handelsunternehmen eingeführt. Nach den Worten des Finanzministers Wang Bingqian wird diese Reform den Unternehmen mit guten Betriebsergebnissen eine „problemlose Entwicklung" ermöglichen, defizitäre Unternehmen jedoch vermutlich zur Aufgabe zwingen.

Parallel zur Einführung der neuen Gewinnsteuer werden nach den Angaben des Finanzministers gewisse Unternehmen auch eine Reihe von Abgaben, unter anderem als Miete für die Betriebsgebäude, abführen. Sollte der Versuch erfolgreich verlaufen, könnte er später allgemein angenommen werden. Das neue System wird dem Staat ermöglichen, die enormen Beträge, die bisher für die Verluste erwirtschaftenden Unternehmen ausgegeben wurden, einzusparen. 1981 war jeder vierte Staatsbetrieb defizitär, 1982 verzeichneten noch 22 Prozent aller Unternehmen Verluste.

Das neue Steuersystem erweitert und verstärkt die seit 1979 schrittweise eingeführten Reformen für eine größere Autonomie der chinesischen Staatsbetriebe. Bereits das System der „Eigenverantwortung" führte nach dem Leistungsprinzip zu einer Staffelung der Löhne. Es machte mit den bis dahin geltenden Festlöhnen ohne Berücksichtigung der Leistung Schluß. Die Betriebsleiter erhielten ferner einen größeren Handlungsspielraum bei eventuellen Entlassungen von Arbeitskräften und der Festlegung von Produktionsquoten. Um eine schrittweise Verjüngung der Führungskräfte der staatlichen Unternehmen zu erreichen und Unfähige auszuschalten, sollen nun vom kommenden Jahr an auch die Betriebsleiter und wichtigsten Führungskräfte nur noch für eine bestimmte Zeitdauer eingesetzt werden.

China hatte in den fünfziger Jahren das sowjetische Modell übernommen, das auf einer stark zentralisierten Verwaltung und einer schwerfälligen Bürokratie beruhte.

SÜDAFRIKA / Nachtragshaushalt kräftig gekürzt – Einsparungen noch unzureichend

Kritik an staatlicher Mißwirtschaft

dpa/VWD, Johannesburg

Insgesamt 650 Millionen Rand (1,2 Mrd. DM) hat Südafrikas Finanzminister Barend du Plessis seinen Kollegen aus dem Nachtragshaushaltsplan gestrichen. Mit Stolz verwies er auf diesen Erfolg. Im rezessions-geplagten Südafrika aber teilen Wirtschaftsvertreter nicht seine Freude. Ihrer Ansicht nach ist der staatliche Beitrag zur Gesundung der Wirtschaft zu gering, vor allem gemessen am Etat von über 24 Milliarden Rand (über 44,5 Mrd. DM) und dem kommenden Nachtrag von immer noch 1,8 Milliarden Rand.

Der Moloch Staat mit seinem rapide wachsenden Geldbedarf wird von der Wirtschaft derzeit als der Hauptschuldige für die schwierige Wirtschaftslage und das Ausbleiben entscheidender Schritte zur Verbesserung angesehen. Allein 1984/85 soll das Volumen der Staatsausgaben um 20 Prozent steigen, während das Geldvolumen weiter enorm wächst und zur Steigerung der Inflation beiträgt. Die Zahlungsbilanz rutschte ins Defizit, der Schuldenberg nahm stark zu, und das Zinsniveau erreichte astronomische Höhen.

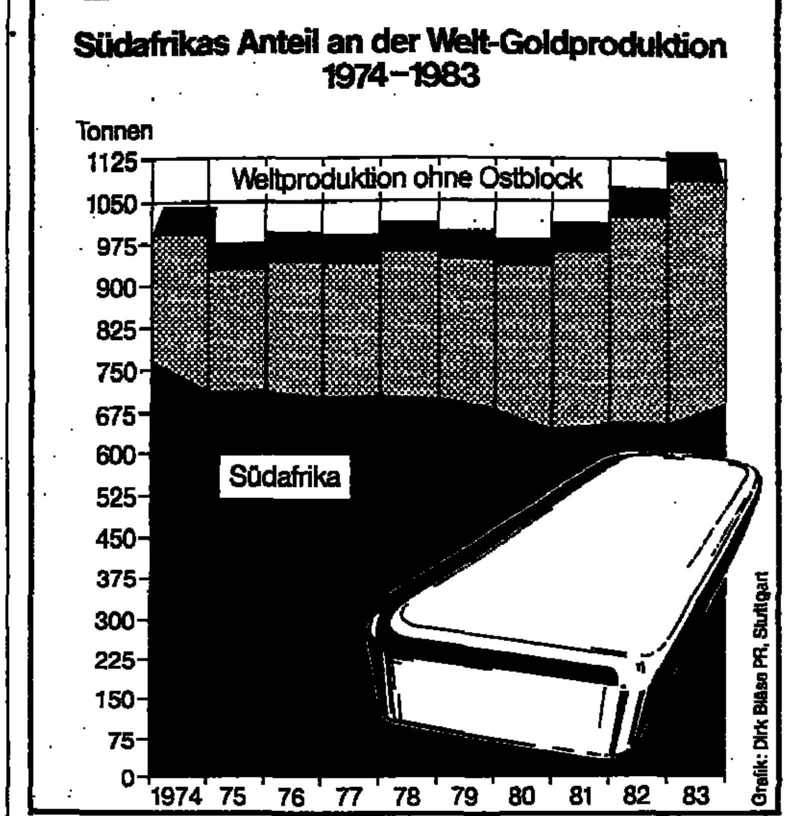
Natur und Weltmärkte sind für einen Teil der Probleme verantwortlich: Die seit Jahren andauernde Dürre machte erhebliche Ausgaben für Landwirtschaft und die notleidende Bevölkerung vor allem in ländlichen Gebieten erforderlich, während der Preis für Gold und andere Rohstoffe sank. Experten aber kreiden vor allem der Politik an, daß der Staat so viel Geld braucht und seine Forderungen nicht zurückschrauben will. Fortdauer und Ausbau der durch Rassentrennung bedingten Doppel- und Dreifach-Bürokratie unter anderem als Folge der neuen Verfassung auch für Mischlinge und Inder und die kostspielige Homeland-Politik sowie das Ausbleiben der erwarteten Reduzierung im riesigen Verteidigungsbereich lassen die Kürzung der Staatsausgaben offenbar nicht zu.

Wirtschaftspraktiker und -theoretiker richten vielfältige Forderungen an den Staat, um die Volkswirtschaft „zurück auf die Schienen" zu holen. Dazu gehört unter anderem das Verlangen nach einer längerfristigen Wirtschaftsstrategie des Landes „nach Jahren der Ad-hoc-Entscheidungen dieser Regierung", wie in Pretoria jetzt ein Wirtschaftswissenschaftler meinte. Aufgabe der Bevorzugung der immer zahlreicher werdenden Staatsdiener, Abbau von überflüssigen Staatsdiensten und deren Privatisierung sowie die fundamentale Neuordnung der Besteuerungsstruktur und Schaffung von echten Investitionsanreizen gehören zu den praktischen Forderungen.

Für den Mann auf der Straße wird derweil das Leben stets teurer. Die Inflation liegt derzeit offiziell über 12,4 Prozent und soll zum Jahresende 13 Prozent erreicht haben. Auch 1985 wird kein Absinken unter zehn Prozent erwartet. Die Arbeitslosigkeit vor allem unter den ungelernten Schwarzen ist weiter stark gestiegen, während die Sparquote „in beängstigendem Umfang" gesunken ist, wie der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor wenigen Tagen feststellte: von zehn auf drei Prozent des verfügbaren Einkommens.

Das Dach über dem Kopf ist auch teuer geworden, nachdem die Hypothekenzinsen auf 18 Prozent und mehr kletterten. Güter, die nach südafrikanischer Tradition mit Krediten erworben werden, kosten bis zu 32 Prozent Zinsen. Tarife und Preise aller Art wurden in den vergangenen Monaten in Wellen angehoben, und der Satz der bei allen Einkäufen fälligen Verkaufssteuer stieg im Juli auf zehn Prozent. Jetzt kommt auf den Verbraucher eine neue Erhöhungswelle zu. Brot, Tee, Kaffee, Margarine und Konserven sollen um zehn Prozent und mehr im Preis anziehen.

„Die Preiserhöhungen für unverzichtbare Produkte müssen gestoppt werden", kommentierte die vor allem von Schwarzen bei Johannesburg gelesene Zeitung „Sowetan", „man schafft dadurch nur eine Gesellschaft, die anfällig ist für Unruhen und soziale Unordnung."



Südafrikas seit Jahren führende Rolle als Goldproduzent hat sich auch 1983 wieder bestätigt. Nach Berechnungen der südafrikanischen Bergbaukammer Chamber of Mines betrug *die weltweite Goldproduktion im* letzten Jahr ohne die Länder des Ostblocks 1088 Tonnen. Mit 680 Tonnen hatten die südafrikanischen Goldminen daran einen Anteil von 62,5 Prozent. Kanada als zweitgrößter Hersteller der westlichen Welt kam auf eine Förderung von 71 Tonnen. Über die Produktion im Ostblock gibt es keine offiziellen Statistiken. Die *Schätzungen über die Goldverkäufe* der kommunistischen Länder betragen für 1983 rund 92 Tonnen nach 202 Tonnen im Jahr zuvor.

QUELLE: CHAMBER OF MINES

Warenpreise – Termine

Mit leichten Abschlägen schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kakao fester notierte, mußte Kaffee deutliche Verluste hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 9.	21. 9.
Dez.	352,00	351,00
März	358,25	357,25
Mai	356,50	355,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	24. 9.	21. 9.
St Lawrence 1 CW	238,80	240,39
Amber Durum	257,05	258,62

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	141,80	142,10
Dez.	146,80	147,50
März	153,00	153,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,30	122,30
Dez.	123,50	123,00
März	127,50	124,70

Hafer Chicago (c/bush)	24. 9.	21. 9.
Dez	176,75	178,00
März	175,50	176,00
Mai	173,00	173,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez	284,50	285,25
März	288,00	290,50
Mai	291,50	294,00

Gerste Winnipeg (can $/t)	24. 9.	21. 9.
Okt.	126,50	125,80
Dez	129,00	128,90
März	131,90	131,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	24. 9.	21. 9.
Terminkontr. Dez.	137,41	139,50
März	136,05	137,75
Mai	135,01	136,50

Kakao New York ($/t)	24. 9.	21. 9.
Terminkontr. Dez.	2412	2356
März	2340	2276
Mai	2342	2280
Umsatz	3785	6276

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,00	4,11
Jan.	4,66	4,76
März	5,21	5,35
Mai	5,55	5,70
Juli	5,87	6,01
Umsatz	8 570	12 875

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	24. 9.	21. 9.
	3,96	3,89

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	24. 9.	21. 9.
Sept.	2387–2390	2400–2420
Nov.	2417–2418	2420–2421
Jan.	2320–2322	2342–2344
Umsatz	2186	3185

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2290–2295	2277–2280
Dez.	2014–2015	1985–1987
März	1952–1954	1907–1908
Umsatz	5214	7897

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	116,80–117,00	118,00–117,80
Dez	128,60–129,40	130,00–129,80
März	144,80–145,00	145,60–145,40
Umsatz	–	1843

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	24. 9.	21. 9.
schw. Sarawak spez.	450,00	450,00
weißer Sarawak	700,00	700,00
weißer Muntok	707,50	707,50

Orangensaft New York (c/lb)	24. 9.	21. 9.
Nov.	182,20	183,25
Jan.	183,00	183,95
März	182,50	183,80
Mai	183,80	183,90
Juli	183,00	183,75
Umsatz	2 000	2 500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	24. 9.	21. 9.
Südstaaten fob Werk	37,00	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,25	29,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	25,05	25,40
Dez.	24,25	24,75
Jan.	24,10	24,60
März	23,95	24,40
Mai	23,75	24,10
Juli	23,60	23,95
Aug.	23,50	23,50

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	27,00	27,00
Choise white hog 4% fr. F.	21,50	21,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	45,35	45,75
Dez.	48,80	47,40
Febr.	48,75	49,20

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	61,50	62,40
März	60,45	61,52
Mai	61,50	62,27

Rinder Chicago (c/lb)	24. 9.	21. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	67,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	67,00	67,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	592,50	600,00
Jan.	602,00	610,00
März	615,50	624,00
Mai	625,00	632,00
Juli	630,00	638,50
Aug.	630,00	638,50
Sept.	622,00	625,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	146,50	148,00
Dez.	152,80	154,00
Jan.	155,50	156,00
März	159,50	161,00
Mai	164,50	166,00
Juli	167,50	170,00
Aug.	167,00	169,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	24. 9.	21. 9.
Okt.	344,00	344,70
Dez.	353,60	354,20
März	367,30	368,00

Kokosöl New York (c/lb)	24. 9.	21. 9.
Westküste fob Werk	60,50	60,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	25. 9.	24. 9.
jegl. Herk. cif	905,00	915,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	640,00	640,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	635,00	645,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nieder. fob Werk	236,00	236,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1350,00	1240,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	286,00	286,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	24. 9.	21. 9.
Okt.	63,70	63,85
Dez.	64,95	65,20
März	66,59	66,85
Mai	67,70	68,00
Juli	68,90	69,01
Okt.	69,15	69,40

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	46,25	46,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	24. 9.	21. 9.
Okt.	510–512	505–509
Dez.	510–516	515–517
Jan.	512–517	515–517
Umsatz	79	99

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	24. 9.	21. 9.
Dez.	51,40	51,40
März	53,10	53,10
Mai	53,40	53,40
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	24. 9.	21. 9.
Okt.	554,0–554,5	554,0–557,0
Dez.	562,0–562,5	562,5–565,0
März	573,0–574,5	574,0–576,0
Umsatz	27	27

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	24. 9.	21. 9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	24. 9.	21. 9.
Sept.	geschlossen	13 300
Okt.	geschlossen	13 215

Kautschuk London (p/kg)	24. 9.	21. 9.
Nr. 1 RSS loco	62,00–65,50	63,00–66,00
Okt.	61,00–63,00	70,00
Nov.	61,50–66,00	62,00
Dez.	62,50–57,00	63,00–66,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	24. 9.	21. 9.
Okt.	216,00–217,00	217,25–217,75
Nov.	216,50–217,00	217,50–218,00
Nr. 2 RSS Okt.	204,00–205,00	205,00–206,00
Nr. 3 RSS Okt.	200,50–201,50	201,50–202,50
Nr. 4 RSS Okt.	193,50–194,50	194,50–195,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	24. 9.	21. 9.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–), BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	25. 9.	24. 9.
laufend. Monat	127,33–127,52	126,11–126,49
drittfolg. Monat	128,85–129,04	127,81–128,00

Zink: Basis London		
laufend. Monat	235,28–235,66	234,98–235,17
drittfolg. Monat	235,28–235,47	232,30–233,08
Produz.-Preis	288,06	294,35
Reinzinn 99,9%	4120–4160	4292–4334

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 9.	24. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	397,77–399,67	391,76–393,66
Blei in Kabeln	135,00–136,00	134,00–135,30
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller

Messingnotierungen

	25. 9.	24. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	385–386	382–384
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427–434	425–432
MS 63	414–419	410–419

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk (Ring./kg)	24. 9.	21. 9.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 9.	22. 9.
Leg. 225	345–358	345–358
Leg. 226	347–370	347–370
Leg. 231	377–400	377–400
Leg. 233	387–410	387–410

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	25. 9.	22. 9.
Platin (DM je g)	34,45	34,85
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	34 400	34 200
Rücknahmepr.	33 550	33 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	34 600	34 500
Rücknahmepr.	33 730	33 640
verarbeitet	36 290	36 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 040	33 765
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	759,90	762,80
Rücknahmepr.	737,60	740,40
verarbeitet	793,30	796,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	25. 9.	24. 9.
10.30	345,10	347,25
15.00	345,00	347,75
Zürich mittags	343,70–344,20	348,20–348,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 600	103 300
Silber (p/Feinunze) London Kasse	609,80	612,65
3 Monate	625,30	628,25
6 Monate	642,05	644,95
12 Monate	674,15	676,90

Platin (£-Feinunze) London	24. 9.	21. 9.
fr. Markt	263,60	260,60
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	113,60	110,70

New Yorker Preise	24. 9.	21. 9.
Gold H & H Ankauf	347,75	349,50
Silber H & H Ankauf	762,50	747,50
Platin fr. Händlerpr.	322,50–327,00	322,50–327,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	142,50–143,50	138,00–139,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Sept.	761,40	768,50
Okt.	753,00	762,00
Nov.	770,00	774,20
Dez.	776,30	[illegible]
Jan.	784,50	787,30
März	797,00	800,90
Mai	812,80	817,30
Umsatz	21 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	24. 9.	21. 9.
Sept.	56,50	56,45
Okt.	56,50	56,55
Dez.	57,10	57,25
Jan.	57,70	57,75
März	58,35	58,45
Mai	58,55	59,00
Juli	60,85	60,78
Umsatz	5 908	[illegible]

Londoner Metallbörse

	25. 9.	22. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	825,00–828,00	823,00–824,00
3 Monate	849,50–849,50	847,50–848,00
Blei (£/t) Kasse	335,00–335,50	333,00–333,50
3 Monate	339,00–339,50	337,50–338,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1034,0–1034,5	1022,5–1027,5
3 Monate	1055,0–1055,5	1044,0–1044,5
abends Kasse	–	1028,0–1029,0
3 Monate	–	1050,0–1050,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1036,5–1037,0	1030,0–1031,0
3 Monate	1054,0–1054,5	1047,0–1048,0
Zink (£/t) Kasse	619,00–620,00	620,00–621,00
3 Monate	619,00–619,50	617,50–618,00
Zinn (£/t) Kasse	9805–9830	9805–9825
3 Monate	9580–9585	9600–9605
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–315
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	84–85

Meine geliebte Frau

Annemarie Kröber-Eck

geb. Eck
Leitende Regierungsdirektorin i. A

ist im 61. Lebensjahr, am 24. September 1984, nach langer und schwerer Krankheit verstorben; sie war während des Verlaufes der heimtückischen Krankheit genauso tapfer, wie sie es in ihrem ganzen Leben gewesen ist.

Mit mir trauern alle Verwandten meiner Frau, ihre langjährigen Freundinnen und Freunde sowie mein Sohn Hans Peter, dem sie stets eine gute Freundin gewesen ist.

Arno M. Kröber

Oberstr. 115, 2000 Hamburg 13

Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 1. Oktober 1984, um 13 Uhr im *Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.*

Ich bitte herzlich darum, daß anstelle zugedachter Kränze und Blumen eine Geldspende an die „Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger" überwiesen wird, und zwar auf deren Konto bei der Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50/Kto.-Nr. 1280/196 773) mit dem Vermerk „Andenken Annemarie Kröber-Eck".

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens einmal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechtl

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bundesanleihen

Rentenmarkt unsicher

Obwohl am deutschen Rentenmarkt im Prinzip ein beträchtliches Anlagevolumen vorhanden ist, tendierte er am Dienstag unsicher. Öffentliche Anleihen gaben in Einzelfällen bis zu 0,25 Prozentpunkte nach. Als Ursache für die Käuferzurückhaltung wird in erster Linie die Situation in den USA angesehen. Die siebendreiviertelprozentige Bundesobligationen Serie 48 wurden zu 100,85 Prozent in den Börsenhandel eingeführt. Am Pfandbriefmarkt teilweise nachgebende Notierungen, auch DM-Auslandsanleihen partiell niedriger gehandelt.

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Handelsvertreter

mit Gespür für Chancen

Wir stellen funktionale Bürosysteme her, die hohe und höchste Qualitätsansprüche erfüllen. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an unsere Partner im Handel.

Sie führen Verkaufsgespräche auf Geschäftsleitungsebene, Sie stellen unser abgerundetes Programm an Nr. 1-Büroeinrichtungen überzeugend dar, Sie nutzen konsequent die Empfehlungswirkung bereits abgeschlossener Projekte. Sie entwickeln einen vorhandenen Kundenstamm erfolgreich weiter, Sie bauen sich systematisch ein Netz kompetenter Fachhändler auf.

Wenn Sie Ihre Zukunft selbst erfolgreich gestalten wollen, wenn Sie Chancen schnell erkennen und richtig nutzen und wenn Sie im Fachhandel für Büroausstattung/Bürobedarf „zu Hause" sind, möchten wir Sie kennenlernen. Auch wenn Sie Verkaufsleiter sind und sich eine eigene Existenz aufbauen wollen.

Wir bieten Ihnen eine langfristige Partnerschaft mit Gebietsschutz, attraktiven Konditionen und wirkungsvoller Unterstützung Ihrer Aktivitäten. Wir haben mehrere Verkaufsgebiete zu vergeben.



Rufen Sie die von uns beauftragte VSE Werbe- und Verkaufsförderungs-Agentur GmbH, Max-Planck-Straße 4, 6382 Friedrichsdorf, Tel. 0 6172-7 20 51 an. Herr Brenner sagt Ihnen mehr über die Chancen, die das Elka-Partnerschaftskonzept bietet.



weitz

Europas größte Porsche-Vermietung

in Expansion mit erweitertem modernsten Fahrzeugpark nimmt weitere

Vertragspartner für Exclusiv-Niederlassungen

auf.

Bevorzugt werden Interessenten aus der Branche (eingeführte Vermiet-Unternehmen). Kapitalnachweis erforderlich.

Schriftliche Bewerbungen an:

Hans-Georg Weitz, Am Ruhrstein 37a, 4300 Essen-Bredeney

DIENSTLEISTUNGS-STUDIO HAMBURG

Unsere Leistungen ab Januar 1985 Vermittlung und Einsatz von jüngeren, dynamischen

FIRMEN-HOSTESSEN UND -SPRECHER für Vertriebs-Aktivitäten

● Verkaufsförderungs-Aktionen ● Werbeausschank ● Einführung neuer Produkte ● Messe und Ausstellungen ● Sonderveranstaltungen/Tagungen usw. ● Werbemittelplacierungen ● Regalbetreuung

Um qualifizierte Angebote zu unterbreiten, Planungen vorzubereiten, Termine vorzumerken, bitten wir interessierte Firmen, die mit uns arbeiten möchten, sich schriftlich mit uns in Verbindung zu setzen.

Bis zur Fertigstellung unserer neuen Studioräume in Hamburg unter V 9932 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neuartige, lukrative und risikofreie *Existenzgründung in BRD, A + CH*

für Damen (auch kultivierte Hausfrauen) und Herren mit guter Allgemeinbildung, die das Angestelltendasein satthaben. Für (Ehe-)Paare besonders geeignet!

SIE suchen eine selbständige Existenz, anfängl. evtl. auch nebenberuflich.

SIE wollen überdurchschnittlich verdienen (über 100 000 DM p.a.) –

SIE wollen das Existenzrisiko minimieren –

SIE haben psychologisches Einfühlungsvermögen und Freude am Umgang mit Menschen –

SIE haben Telefon, TV nebst Videorecorder u. Pkw –

SIE verfügen über Investitions- bzw. Kreditmöglichkeiten von 12 000,– DM. Diese einmalige Einstandsinvestition kann auch in Teilbeträgen geleistet werden. –

WIR GARANTIEREN jedem unserer Systempartner vom Start weg ein Einkommen, das ein Mehrfaches der etwaigen monatlichen Einstanderate beträgt.

WIR BIETEN geeigneten Persönlichkeiten risikofreie, sichere lukrative, selbständige Vollexistenz im Rahmen einer im gesamten deutschsprachigen Raum tätigen Organisation mit beratender Tätigkeit.

WIR VERGEBEN kurzfristig für alle 66 Großstädte der BRD, alle Hauptstädte der 9 Bundesländer in Österreich sowie für die deutschsprachigen Großstädte in der Schweiz lukrative Exklusiv-Verträge mit Gebietsschutz.

Richten Sie Ihre vollständige Bewerbung mit Lichtbild unter U 9931 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Wir laden Sie dann kurzfristig zu einem Informationsgespräch.

Die Problemlöser

In Sachen
● Konfektionieren und Verpakken
● Herstellung v. Musterkarten/Ausstattungen
● Komplettierungen
● Proben-, Prospekt-, Musterversand
● Papierverarbeitung
● Handlingaufgaben aller Art

Wo Maschinen aufhören, fangen wir an.

D. A.-Industrieservice
Tel. 0 52 34 / 9 86 36

Lukrative Vollexistenz Kapitalanlage

Lizenzen und Know-how für neuartiges Verfahren zur regionalen Vermarktung zu vergeben.

● Ungewöhnliche Kapitalrendite
● Attraktive Steuervorteile nachweisbar.

Mindestkapital ab DM 50 000,–. Örtlicher Organisationsaufbau und Verkäufertraining im Preis enthalten.

Tel. Information: 02 09 / 35 70 17 u. 0 23 36 / 8 12 27 oder Zuschriften unter Y 9935 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Grafik-Designer grad. Dipl.

hat einige Jahre als Art-Director und Freelancer mit Agenturen und Herstellern gearbeitet. Er sucht ein Unternehmen, das einen jungen, kreativen freien Mitarbeiter sucht.

Kontakt über PF 48 408 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Suchen Sie einen Repräsentanten oder Partner

in Niedersachsen? Unternehmensberater (Akquisitionsbereich Han. BS/GÖ) mit Sitz Braunschweig bietet Zusammenarbeit an.

Zuschr. u. C 9851 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsfirma

sucht Beteiliger, aktiv und finanziell, für absolut hochkarätige Neuheit.

Zuschr. erb. unt. A 9937 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Im- und Exporthaus

seit 1891, sucht

Steuerberater

Angeb. erb. u. PW 48 421 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

noch Exklusive Gebiete vorhanden | Anlageberater, Verkäufer auf Basis selbständiger Partnerschaft gesucht

AV Marketing Berater

Das erfolgreiche AV Marketing Konzept bietet Ihnen eine sichere Existenz und Kapitalanlage. Durch unsere Erfolge sind jetzt schon fast alle großen *Einzelhandelsunternehmen unsere Kunden.*

Kurzbewerbung bitte unter B 9938 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Beratend für den Einzelhandel

Wir sind der Hersteller des Sapi Air Jack-Auspuffgasballonwagenhebers, 2–4 t

Die Automechanica in Frankfurt war ein voller Erfolg.

Wir arbeiten schon heute mit den namhaften Zentralen des Kfz-Zubehör-Großhandels zusammen und suchen zum 1. 10. 1984 in einigen Bezirken gut eingeführte Handelsvertreter. Unsere Vergütungen sind außergewöhnlich.

Wir bitten um kurze schriftliche Kontaktaufnahme an die von uns beauftragte Unternehmensberatung:

Klaus Brandt, Hamletstr. 5, 4950 Minden
Tel. 05 71 / 58 03 51, Telex 9 7 746

Vertriebsgruppe gesucht

für Altbauwohnungen im Erwerbermodell – Berlin

bevorzugte Wohnlagen, Vollfinanzierung, schnelle Abwicklung. Zuschriften erbeten unter X 9934 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Eine gemeinsame Zukunft!

8 000–10 000,– DM monatlich verdienen Paare mit ihrer eigenen Werbeagentur. Wir sind beauftragt, ein erprobtes Konzept auf Lizenzbasis zu vergeben. Patentrechtlich geschützt. Kapitaleinsatz ca. 15 000,– DM. Bitte senden Sie aussagekräftige Bewerbungen an Unternehmensberatung Dr. Ulrich Koschwald, am Eichelberg 14, 8441 Pilinach, Telefon (0 94 28) 16 36.

5700 Paar Damen-, Herren- u. Kinderschuhe

verschiedene Größen u. Muster geg. Höchstgeb. zu verkaufen.
Telefon 02 31 / 59 18 63

Versandhaus

sucht Kontakte zu Alarmanlagenproduzenten.

Zuschr. u. M 9925 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gelernter

Immobilien-/Anlageberater

übernimmt und wickelt für Sie Immobilienangelegenheiten/-aufträge in München und Oberbayern ab. Sehr guter Leumund.

Peter Bäger, Immobilien- u. Anlageberatung.
Tel. 0 89 / 2 60 94 21–23

Zuverlässiges Kleinunternehmen

hat noch Lagerkapazität frei, sucht Tätigkeit als Auslieferungslager oder Generalvertretung. Referenzen können vorgewiesen werden. Fahrzeuge stehen zur Verfügung. Lage: zwischen Dortmund u. Münster Autobahn 10 km entfernt.
Telefon 0 25 93 / 38 00

Vertrieb für Ferienwohnungen „Nordseeküste"

Wir suchen noch engagierte Vertriebsgesellschaften für komfortable Ferienimmobilien (z. B. Cuxhaven) in Strandnähe. Die Konzeption erlaubt Bauherren- oder Erwerbermodelle. Vorsteuererstattung auch nach dem 31. 12. 1984 gesichert.

Bitte schreiben Sie uns, wir setzen uns dann umgehend mit Ihnen in Verbindung.

Anfr. u. Z 9936 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERSANDHAUS ZUR MIETE

Komplett vom Bestelleingang bis Rechnungswesen, Retourenbearbeitung, Kundenservice ab DM 3,- je Bestellabwicklung. Promotion-Dienst GmbH, Postfach 760862, 2 Hamburg 76 Telefon: 040/252098, Telex: 2164964 prom d

Vertrieb in USA

Mehr als 10 000 Firmen suchen über unsere eigene Datenbank in USA neue Produkte. Aufbau eines Vertriebsnetzes. Wir verkaufen *für Sie bereits in der Einführungsphase.* Rückerstattung der Kosten.

Invention Submission Corp., Pittsburgh
Generalvertretung
Dr. Mauve & Partner
Angerhof 15, 4030 Ratingen 1
Tel.: 0 21 02 / 2 70 61–64,
Tx. 8 589 041 mvp d

Englands führender Produzent v. selbstleuchtenden Sicherheitsprodukten (sind alle nicht radioaktiv, phosphor- u. bleifrei, ungiftig) bei Dunkelheit sucht Firmen, die an den Lizenzrechten interessiert sind.

Dies ist ein total neues Konzept für Sicherheit und Räumung bei Gefahr mit einem enormen Potential.

Anfragen an: Mr. R. G. E. Ormes Overseas Business Co-ordinator, U. P. L., England
Telex Nr. 99 326,
Tel. 00 44 / 2 45 / 42 00 30

WOBI – Ihr Partner im Kompensationsgeschäft

Wollen Sie in Deutschland Kompensationsgeschäfte machen, auch Ostblockländer? Oder haben Sie Schwierigkeiten mit dem Verkauf Ihrer Kompensationsware? Wir vermitteln Käufer in allen Ländern. Rufen Sie uns an:

WOBI Finanzen, Handels- u. Finanzmakler, W. Biedermann, 2820 Bremen 70, Schönebecker Kirchweg 54, Tel. 04 21 / 66 12 80

Mittelständisches saarländisches Unternehmen sucht

Handelsvertreter

zur Vermittlung von Geschäften im süddeutschen Raum.

Fa. Flamann-Industriemontage GmbH
Am Ganberg 1, D-6639 Sierzburg
Tel. 0 68 35 / 36 85 u. 81 25
Telex 0 443 745

Verkaufen Sie was erfolgreich ist

Monatliches Einkommen zwischen DM 15 000und 25 000 schon nach kurzer Zeit möglich. Einfühlsamen und dynamischen Personen bieten wir eine einzigartige Einstiegsmöglichkeit in ein lukratives Geschäft.

Sie können jetzt Franchise-Partner von Deutschlands größtem und erfolgreichstem Unternehmen im Bereich Partnervermittlung (*über 50 Mio. Umsatz p. a.*) werden.

Informieren Sie sich über Ihren zukünftigen Erfolg. Alltras GmbH, Kückshauser Str. 74, 4600 Dortmund 30, Tel. 0 23 04 / 6 80 00-

Dipl.-Übersetzerin

(Franz., Engl., Span.)

Spezialisiert auf Fachtexte aus dem juristischen u. wirtschaftl. Bereich sowie Urkundenübersetzungen übernimmt entsprechende Aufträge.

Dr. Beate Vahland, Borgholz 16, 4700 Hamm 1, Tel. 0 23 85 / 39 38

Treuwo AG

Interessengemeinschaft der Treuwo Aktionäre benötigt für eine a. o. h. v. auch Ihre Stimmen. Weitere Infos erteilen wir gern bei Kontaktaufnahme. Zuschriften erb. u. U 9953 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erfahrener Kaufmann

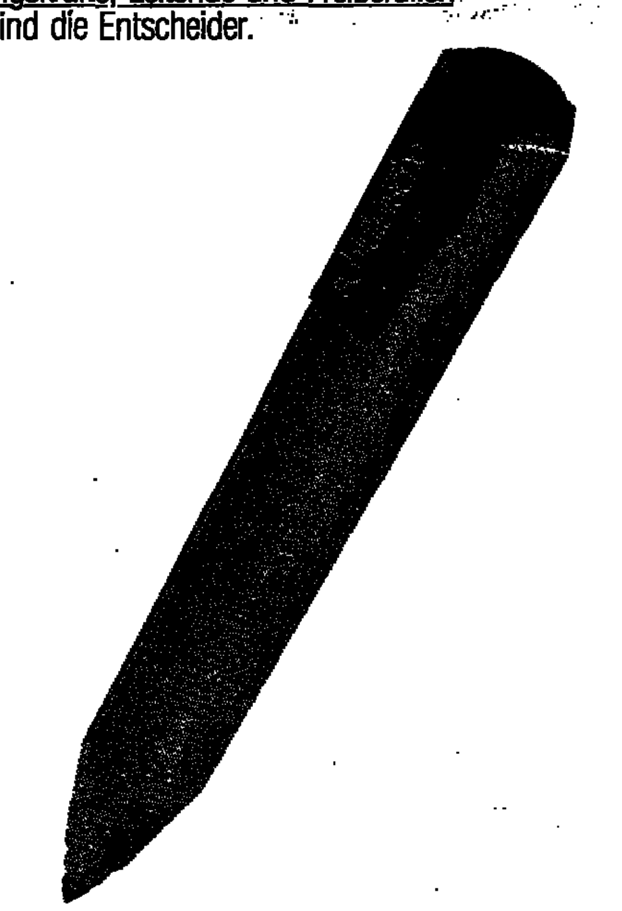
44 Jahre, bietet Repräsentanz, Stützpunkt oder Auslieferungslager im Raum Bielefeld/Ostwestfalen.

Angebote erb. u. P 9949 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

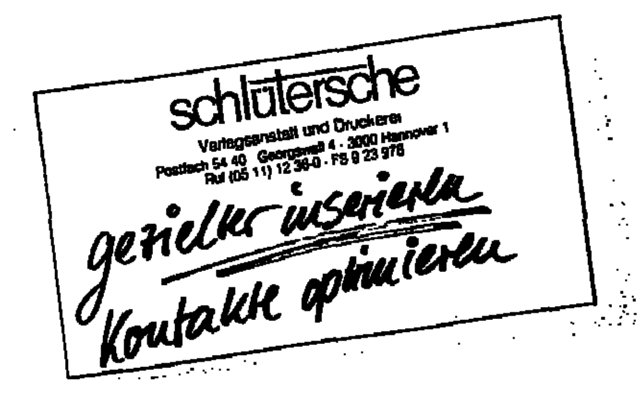
Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.

Handelswaren-Vertrieb
Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 40 43, FS 9 23 450

Zielgruppe
Unternehmer, Führungskräfte, Leitende und Freiberufler:
sie sind die Entscheider.



Zielgruppengerechte Kontakte z. B. eisenwarenbörse in den von Ihnen gesuchten Marktsegmenten z. B. druckwelt schaffen Ihnen z. B. Bindereport die Fachtitel z. B. Niedersächsisches Ärzteblatt der Schlüterschen Verlagsanstalt und Druckerei. z. B. Der praktische Tierarzt Direkt, z. B. Deutsches Tierärzteblatt ohne Streuverluste, z. B. TiHO-Anzeiger in dem von den Lesern z. B. Niedersächsische Wirtschaft gesuchten aktuellen redaktionellen Umfeld. z. B. Nordwestdeutsches Handwerk Mit jedem z. B. Unsere Sicherheit dieser Werbeträger z. B. Die Einzelhandelszeitung maximieren Sie die Kontakte z. B. Die Industrie der Steine und Erden zu Ihren Gesprächspartnern z. B. Fechtsport in den jeweiligen Teilmärkten. z. B. Theaterzeitung



STELLENANGEBOTE

Für den Aufgabenbereich **Büroorganisation/-kommunikation** suchen wir einen

Büroorganisator

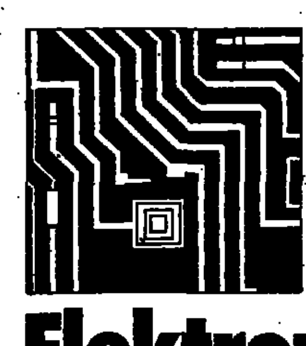
mit fundierter Ausbildung und mehrjähriger Organisationserfahrung zur

- Durchführung von Arbeitsablaufanalysen und Entwicklung von Soll-Konzepten für neue Organisationsabläufe
- Mitwirkung bei Planung und Realisierung von Projekten zum Einsatz neuer Bürotechniken
- Mitwirkung bei Planung und Realisierung von Projekten der Großraumgestaltung unter Einsatz von Raumgliederungssystemen und bei der Arbeitsplatzgestaltung.

Wir erwarten Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit, selbständig und im Team Problemlösungen zu erarbeiten.

Wenn Sie sich für diese vielseitige Tätigkeit interessieren, bitten wir Sie um Zusendung Ihrer Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien) an:

Schatzwerbung, Kennziffer 69.870
Mercatorstraße 50-52, D-4100 Duisburg 1



Berufs-Chancen in der Elektronik/EDV-Branche

... unter diesem Titel erscheint in der WELT am

6. Oktober

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.

Sind Sie in diesem Bereich tätig, vielleicht als Informatiker, Elektroingenieur, EDV-Organisator, Mathematiker, Vertriebs- oder Projektmanager? Dann sollten Sie diese Ausgabe der WELT unbedingt durchsehen – einerlei, ob Sie konkrete Veränderungsabsichten haben, oder sich einfach nur mal über die Angebote der Elektronik-Branche informieren wollen.



01-141



Planen, Führen, an die Zukunft denken (Höhn)

Wir sind

ein *konzernunabhängiges* Unternehmen mit sehr gutem Namen auf dem Markt der Großküchengeräte und -anlagen. Außerdem fertigen wir Elektro-Rohrheizkörper, deren Veredelungsprodukte und Sondermaschinen.

Mitarbeiter: 330 (davon 37 Lehrlinge)

Umsatz: über 31,5 Mio. DM

Wir suchen

einen

Vollblut-Unternehmer

(keinen Anfänger, keinen Amateur)

Kaufmann mit technischem Verständnis, der in etwa zwei Jahren Nachfolger unseres Geschäftsführers werden soll (bis dahin möchten wir ihn „abrichten").

Wir erwarten Führungserfahrung in Stabs- und Linienfunktion. Der Kandidat soll die Mitarbeiter fürsorglich, aber nicht lasch führen können. Industrieerfahrung setzen wir voraus (möglichst aus mittleren Unternehmen).

Wir denken an einen Praktiker, der sich nicht zu schade ist, auch einmal die Ärmel hochzukrempeln (symbolisch zu verstehen).

Neben den Aufgaben des Geschäftsführers nimmt der Stelleninhaber die Führung der Ressorts Personal, Finanzen und allgemeine Verwaltung selbst wahr. Grundwissen des Arbeitsrechts wird ebenso vorausgesetzt wie mindestens befriedigende englische Sprachkenntnisse.

Wir bieten

weitestgehende Selbständigkeit, überdurchschnittliche Vergütung und die Annehmlichkeiten, die dazugehören. In Wolfenbüttel läßt es sich gut leben.



MKN MASCHINENFABRIK KURT NEUBAUER GmbH & Co.
3340 Wolfenbüttel, Halberstädter Straße, Postfach 11 80,
Telefon 0 53 31 / 89-2 15

Wir suchen für unsere Großbaustellen im internationalen Straßenbau in Ghana (Westafrika) für sofort

einen erfahrenen

Projekt-Manager

für den Stadtstraßenbau
– Schwerpunkt Asphaltbau –

außerdem

einen

Werkstattmeister

einen

Asphalt-Einbaumeister

und

einen

Lagermeister

Die Bewerber sollten eine abgeschlossene Ausbildung und Erfahrung haben.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unsere Personalabteilung.

CP CONSTRUCTION PIONEERS
Baugesellschaft mbH

CP

CP Construction Pioneers Baugesellschaft mbH
Wachtstr. 17 – Baumwollbörse – 2800 Bremen 1
Telefon: 04 21 / 32 66 60 – Telex 2 44 834 CP

Für einen namhaften Lebensversicherer suchen wir in den Regionen Hamburg, Bremen und Kassel

Geschäftsstellenleiter

(Makler- und MA-Betreuung)

Aufgaben:

- Persönliche und fachliche Betreuung des unabhängigen AD
- Kostenverantwortliche Steuerung des Neugeschäfts
- Erschließung neuer Vermittlerverbindungen

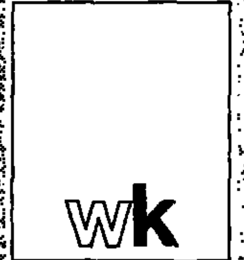
Voraussetzungen:

- Exzellente LV-Kenntnisse
- Mindestens 3 Jahre Erfahrungen im Makler- und MA-Geschäft
- Persönliche Verkaufserfolge
- Regionales Kontaktpotential vorteilhaft

Die Positionen sind attraktiv dotiert.

Für weitere Informationen steht Ihnen unser Personalberater, Herr Gaertner, vertraulich zur Verfügung. Bitte senden Sie uns die üblichen Unterlagen unter 971/84.

Dipl.-Kaufmann
Krinner + Partner
Unternehmensberatung GmbH



Hildeboldstraße 20
8000 München 40
Tel. (089) 3 08 54 00

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für
Bundesanstalt für Arbeit

Organisationsprogrammierer vor dem Sprung in die Praxis

Nach zehnmonatiger Ausbildung beenden 30 Akademiker verschiedener Fachrichtungen (Geistes- und Naturwissenschaftler) im **Oktober 1984** den vom Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Berlin durchgeführten Intensivkurs zum Organisationsprogrammierer. Eine Einführung in betriebswirtschaftliche Zusammenhänge (Allg. BWL, Privatrecht, VWL, Organisation, Personalwesen, *Marketing, Kalkulation und Kostenkontrolle, Investition und* Finanzierung, Finanzbuchhaltung und Bilanzanalyse, Steuerlehre) und eine achtmonatige Ausbildung in Datenverarbeitung/Programmierung mit den Schwerpunkten: Software-Entwicklung, Betriebssystem BS 2000, den Programmiersprachen COBOL, ASSEMBLER und PASCAL, DB/DC-Systeme sowie Systemanalyse, durchgeführt von Hochschul-Professoren und der **Schule für Datentechnik der Siemens AG**, standen auf dem Kursprogramm. Kursintegrierte Praktika, in denen Projekte selbständig bearbeitet wurden, ergänzten den theoretischen *Ausbildungsteil.*

Sollte Ihr Unternehmen Interesse an Kontakten zu den Lehrgangsabsolventen haben, setzen Sie sich bitte in Verbindung mit dem:

Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-271 oder -294, FS 183529

Personalfachmann

31, Dipl.-Päd. mit Studienschwerp.: Berufs-/Betriebspäd., Org. *Psych. und Personalwesen, 6 J. Stabs- und Linienfunktionen* in der Personalarbeit der Bundeswehr, fundierte Kenntnisse in Arbeitsorganisation, Personalführung, -planung sowie in arbeitsrechtlichen Problemstrukturen, Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Personalräten, praxiserprobtes Englisch; sucht ab 1. 2. 1985 Einstieg in das Personalwesen eines Industrie- oder Handelsunternehmens.

Auskünfte erteilt: Herr Keishold
Fachvermittlungsdienst Karlsruhe, Werderstraße 40
7500 Karlsruhe 1, ☎ 0721/69 05-315, FS 7825923

Ich, 38 J., ziel- u. teamorientiert, bin seit Jahren erfolgreich als

Vertriebsleiter / Betriebswirt grad.

im Lebensmittel-EH tätig und habe die Ergebnisverantwortung für einen Profit-Center-Bereich/Verbrauchermärkte mit den Schwerpunkten Absatzsteuerung, Personalplanung u. -motivation, Konzeptentwicklung u. -umsetzung.

Suche neue anspruchsvolle Aufgabe in vertriebsorientiertem konzernfreien Unternehmen auf Geschäftsleitungsebene. Ist-Einkommen sechsstellig.

Zuschr. erb. u. S 9753 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

BAULEITER

Dipl.-Ing. (FH Konstanz), Iraner, 41 J., verh., verhandlungssicher, fl. Deutsch, engl. Grundk., 10jähr. Berufserf., überw. Ausl., *Bauleitung Straßen- und Tiefbau, Projektorganisation* und Abwicklung, sucht entspr. Tätigkeit für In- oder Ausland.
Zuschr. erbeten unter P 9883 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

EDV-Fachmann

Industriekaufmann, 44 Jahre, mit 18jähriger EDV-Praxis als EDV-Org.-*Leiter* bei EDV-Anwendern sowie als Systemanalytiker/Projektleiter bei EDV-Herstellern, besondere Kenntnisse in Metallwaren- und Möbelindustrie (hier: einschl. CAD-Möbelplanung), hohe Einsatzbereitschaft und Mobilität, voll belastbar, sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 1. 1985 nur bei EDV-Anwendern und Unternehmensberatungen mögl. im Raum Westfalen/Niedersachsen.
Angeb. erb. u. V 9866 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Diplom-Betriebswirt

43 Jahre, sucht in einem Industriebetrieb

kfm. Führungsposition

Entsprechende technische und betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen in Fertigung, Personal, Verwaltung und Vertrieb.

Zuschriften erbeten unter M 9881 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Organisationsdirektor – Versicherungen

34 J. Repräs. Persönlichkeit, flexibel, kurzfristig verfügbar seit 15 Jahren in der Branche tätig, mit zusätzlichen Kenntnissen in der Immobilienbranche. Erfahren im Neuaufbau einer Vertriebsorganisation sucht Führungsaufgabe (Angestelltenverhältnis) *in Unternehmens- oder Personalberatung.* IST Einkommen DM 160 000,- p. a.

Bevorzugtes Tätigkeitsgebiet in den PLZ-Gebieten 5 u. 6. Aussagefähige seriöse Angebote u. R 9752 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen, erbeten.

Dynamische Persönlichkeit

im weltweiten Im- und Export (Spezialgebiet Kfz-Bereich), die letzten 7 Jahre im kommunistischen Süd-Afrika tätig gewesen, aus politischen Gründen ausgeschieden, sucht interessante **Herausforderung!** Venezuela evtl. Brasilien ab 1986 evtl. früher. Sprachkenntnisse Portugiesisch, Spanisch, Englisch.

Angeb. u. H 9878 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Herstellungsleiter Zeitschrift / Buch

Umfangreiche Berufserfahrung im In- und Ausland (amerik. Großverlag), erfahren in Produktion, Budgetplanung und Materialeinkauf, mehrsprachig, sucht neue Aufgaben im In- oder Ausland.

Zuschr. unter N 9882 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Assessorin

29 J., 2. jur. Ex. HH ausreichend (ohne Vornotenanrechnung), gute bis voll befriedigende Stationszeugnisse, sucht Anfangsstellung (auch Teilzeit) bei Unternehmen, Bank, Verband, Versicherung, Behörde, im Großraum Hamburg.

Zuschriften unter L 9880 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

Landschaftsgärtner

45 Jahre, *sucht neuen Wirkungskreis im Raume Tessin–Lugano* oder Straßbourg–Elsaß bzw. Umgebung zur Betreuung privater Gärten, evtl. mit Fahrertätigkeit.

Zuschriften erbeten unter T 9952 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Engagierter, vertriebsorientierter technischer Kaufmann, 36 J., langjährige Erfahrung als

Niederlassungsleiter

im Investitionsgüterbereich, Haustechnik und Dienstleistungssektor, sucht qualifizierte Aufgabe im Raum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter S 9951 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Erf. Fremdsprachensekretärin

perfekt Engl., Franz., gute Spanischkenntn. (mehrjährige Auslandspraxis), sucht neuen Wirkungskreis.
Kunst-Theater-Organisationen
Kurzfristig verfügbar.
Angeb. erb. u. C 9989 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Staatl. anerkannte

Erzieherin

21 J., fließend englisch u. französisch, sucht für sofort o. später entspr. Aufgabe (auch in einer Familie).

Zuschriften unter K 9879 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Kaufmann

(35 J.), dynamisch, vielseitig interessiert, mit langjähriger Berufserfahrung *in Wirtschafts*prüfung und Steuerberatung, sucht neuen Wirkungskreis als Leiter Rechnungswesen o. ä. Raum Bremen – Hamburg – Hannover.
Zuschr. erb. u. A 9871 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lebensmittel-Technologe

Dipl.-Ing., Alter 37 Jahre, 5 Jahre *Univ.-Assist.,* 5 *Jahre Berufs*praxis, sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet in leitender Stellung.
Angeb. erb. u. H 9944 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Kfm.

41 J., m. Schwerpunkt Stahlverkauf u. Export, mehrj. Auslandserfahrung, Engl., Franz., Port., sucht neue Aufgabe.
Zuschr. unt. H 9966 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Schiffahrtskaufmann

z. Z. im dt. Seehafen *in der Linien*schiffahrt tätig, sucht ab 1. 1. 85 ausbaufähiges Aufgabengebiet (auch im Handel) vorzugsweise im Ausland. Engl. in Wort und Schrift, franz. Kenntnisse.
Zuschr. u. Z 9870 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bank-/Außenhandelskfm.

sucht neue Beschäftigung, da derzeitige ausländische Firma schließt. Bisheriger Tätigkeitsbereich: Finanzierung auf Re-Invoicing-Basis/Projektbearbeitung/HERMES-Entschädigungen; Sprachkenntnisse: Engl./Spanisch (perf.)/Franz.
Zuschriften unter G 9877 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Versicherungskaufmann

23 J., K.-, H.-, RS-Betrieb, Hausr.-, HU-Schad., z. Z. RS-Schad., ungek., unabh., zu Veränderung a. andere Branchen/Ausl., zum 1. 4. 85, gern bereit, um- bzw. dazuzulernen.
Angeb. u. PF 48 427 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

German girl

25, living in Spain, english, spanish and *french speaking, is looking for a job* or an au pair in USA.
Zuschr. erb. u. X 9868 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Engagierter

gepr. Pharmareferent, Studienref.-Biologie, Magister in spe mit vielf. Lehrerf., sucht verantwortungsv. Aufg. als

Pharmatrainer

Angeb. erb. u. T 9930 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing

(Terminverkäufer), / *Top-Qualität,* sucht neuen Wirkungskreis, Großraum Bonn oder süddeutscher Raum.
Zuschr. erb. u. W 9867 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

USA

Top-Verkäufer (MBA) nachweislich *erfolgreich im Aufbau von neuen Märk*ten in den USA, sucht erneute Aufgabe in den Staaten. Sprachkenntn.: Deutsch, Englisch, Spanisch fließend.
Angeb. erb. unt. E 9941 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing.

(FH), FB Architektur, 21 J., *weibl.,* FR Tragkonstruktion, Examen mit „gut", sucht Anfangsstellung sofort.
Zuschr. erb. u. U 9885 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer sucht unternehmerisch denkenden

Betriebswirt

42 J., für Führungsaufgaben mit guten prakt. Erfahrungen in fast allen Bereichen sowie Unternehmungen, bev. für Hamb., Kiel od. Lübeck.
Angeb. erb. u. D 9940 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

USA/Karibik

Fremdspr.-Ass. (Engl./Span.), staatl. gepr. Sekr., Auslandserfahrung, Verhandlungsgeschick, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. u. N 9926 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

Sie suchen einen Verkaufs-/Einkaufs- oder Niederlassungsleiter

Verkaufsleiter, 45 Jahre, dynamisch und belastbar, 12 Jahre erfolgreich als Verkaufsleiter und Geschäftsführungsmitglied bei einem großen Unternehmen der haustechnischen Gewerke sowie als kfm. Leiter bei einem bedeutenden Großkonzern tätig. Führungserfahrung in Akquisition, Einkauf, Werbung, Personal, verhandlungssicher, sucht ähnliche Aufgabe in gesicherter Position.
Angeb. erb. u. S 9869 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Buchhalter

bilanzsicher, 54 J., mit guten steuerlichen Kenntnissen, sucht neuen Wirkungskreis Raum SH, HH, NS.
Zuschriften unter F 9876 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. Arch./ Baul./kfm. Neigung

33 J., verh., Univ. u. FH, bisher SF-Bauen, Baul., AVA, Verkauf, sucht **Führungsaufgabe in Bauindustrie, Bauträger, Immobilien**
Zuschr. erb. u. C 9873 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie brauchen mich nicht einzustellen!

Ich verursache Ihnen keine Fixkosten, sondern arbeite als freier Mitarbeiter stunden- oder tageweise für Sie nach Vereinbarung.
Außenh.-Kfm. und Betriebswirt, 46, Raum Hamburg, gute Allroundkenntnisse, Englisch fließend.
Angeb. erb. u. R 9928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirtschaftlich orientierter

Elektrotechniker

34 J., in ungekünd. Stellung, mehrj. Berufserf. in Planung u. Bauleitung *v.* Stark- u. Schwachstrom sowie Gebäudesicherungsanlagen, su. ausbauf. verantwortungsv. neuen Wirkungskreis in Vertrieb, Planung oder Ausführung.
Angeb. *erb.* u. C 9943 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Experienced and successful

Senior Manager

(Age 46)

with a leading British Trailer and Commercial Vehicle Equipment manufacturing and service company, seeks a responsible position in Germany. Proven record of career development, and presently responsible for important profit contributing area of Great Britain. Full C. V. available.
Anfragen u. S 9929 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chef-Sekretärin

43 J., Ausl.-Korresp. (Engl./Franz.) und Bürokaufmann, perf. in allen Sekretariatsarbeiten, bes. Organisationstalent, Kontaktfähigkeit, sicheres Auftreten, su. interessante Tätigkeit mit Eigenverantwortung im Raum HH.

Angebote erbeten u. F 9942 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. Bau (FH) / Dipl.-Betriebswirt (FH)

40 J., praxisorientiert, fundierte Erfahrung in Planung und Koordination (Anlagenbau – Großindustrie), Geschäftsführung (Generalvollmacht) im Maschinengroßhandel, sucht nach Abschluß des Zweitstudiums interessante neue Aufgabe (auch vertriebsorientiert).

Angeb. erb. u. B 9872 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welches inkonventionell-innovative Unternehmen

sucht führenden Kopf

der Expansionsstrategien nicht nur entwickelt, *sondern vor allem durchsetzt?*
Kaufmann mit dem Blick fürs Ganze, in Kosten denkend und mit Einfühlungsvermögen für die *Technik, möchte unter Nutzung seiner langjährigen* Marketing-Erfahrungen Ihre Geschäftsführung verstärken oder übernehmen.
Z. Z. Kaufm. Leiter in Beratungs-Unternehmen mit Schwerpunkt Markenentwicklung.
Bitte Kontaktaufnahme unter G 9965 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. agr. trop (Landwirtschaft)

46, verheiratet, Deutscher mit langjähriger administrativer praktischer Auslandserfahrung in Mittelamerika, speziell Zuckerrohr, deren Anbau und Verarbeitung sowie Kaffee mit Anbau und *Aufbereitung, letztlich auch im Immobilienhandel in Mittelamerika* beschäftigt. Sprachen: Deutsch, Spanisch, Englisch, sucht neuen, interessanten Aufgabenbereich in in- und ausländischer Handelsfirma wie in Düngemittel, Pflanzenschutz, Landwirtschaftsmaschinen usw.
Angebote mit Gehaltsangabe unter P 9927 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ab jetzt in Ihrem Kopf:

Laut der neusten Media-Analyse Führungskräfte über die bilanz, das Schweizer Wirtschafts Magazin:

78% der bilanz-Leser-Führungskräfte sind selbständige Unternehmer oder leitende Angestellte.

44% investieren in Kunst aller Art.

56% füllen ihr Portefeuille mit Aktien.

67% programmieren ihren Erfolg mit den neusten Computern.

70% stossen mit den besten Cognacs an.

89% kommen frühestens mit einem Mittelklassewagen auf Touren.

(Darum sollten in den nächsten Ausgaben der bilanz, des Schweizer Wirtschafts Magazins, auch Ihre Inserate zu sehen sein.)

bilanz

iva

Gesamtvertretung für das Ausland:

IVA AG für internationale Werbung
Mühlebachstrasse 43
CH-8032 Zürich
Tel. 00411-251 24 50
Telex 53 844 iva ch

Generalvertretung für die Bundesrepublik Deutschland:

Geyer International Marketing
Bgm.-Stöckle-Strasse 10
8939 Bad Wörishofen
Tel. 08274-60 03

Auf der Suche nach dem 80-Stunden-Programm-Tag – Gespräch mit dem RIAS-Intendanten Peter Schiwy

„Ich bin überhaupt nicht fortschrittsängstlich"

Als jüngster im Bunde der deutschen Medien-Prinzipale sprang er am 1. Juni auf das Karussell der Intendanten: Dr. Peter Schiwy, 48jähriger Ur-Berliner, Jurist und Journalist zugleich, ein rares Berufs-Gespann, das den neuen Chef von „RIAS Berlin" befähigt, Programm und Management gleichermaßen mit Übersicht zu lenken. Die Musen und das „Machen" – zwei Elemente im Leben eines Intendanten nach den ersten 100 Tagen im Amt.

RIAS oder „Rundfunk im amerikanischen Sektor": das bedeutet für viele Berliner – rund 900 000 Radios sind in der Stadt angemeldet – und Millionen von „DDR"-Hörern eine Reise in die Vergangenheit. Die Geschichte dieser kleinen, aber feinen und in der politischen Nachkriegsgeschichte Deutschlands vor allem in den fünfziger Jahren gewichtigsten „freien Stimme der freien Welt" reicht bis in die Stunde Null zurück. Am 21. November 1945 ordnete das US-Hauptquartier in Berlin die Einrichtung eines „Drahtfunks im amerikanischen Sektor in Berlin" (Dias) an.

Am 7. Februar 1946 begab sich der Sender dann zum erstenmal in den Äther. Die Leute vom Bau etablierten sich in dem charakteristischen, halb gerundeten Bau – früher Sitz eines Zement-Unternehmens –, nur einen Steinwurf vom Sitz des Berliner Senats im Rathaus Schöneberg entfernt. Was nichts über Regierungsnähe oder -ferne des Senders besagt... Programm- und Sendehoheit vom RIAS liegen bei der „US-Information Agency" in Washington. Das amerikanische Aufsichtsgremium wird durch einen Chairman repräsentiert.

Das melodische, aber nicht trompetende RIAS-Pausenzeichen kündigt vor allem den Hörern drüben seit Jahrzehnten die freie, ungefilterte Information über das Geschehen in der Bundesrepublik und der westlichen Welt an. Jüngst ließ Ost-Berlin wieder mit besonderer Vehemenz das Gespenst der angeblich so aggressiv-imperialistischen Wellen-Reiter tanzen. In der „Armee-Rundschau" nahmen Volksarmee-Redakteure den RIAS-„Treffpunkt", eine Pop-und-Beat-Mixtur, die locker-lässig auf die Nachwuchs-Mentalität in Ost und West zielt, ins Visier.



Vom Intendanten-Alltag nicht enttäuscht: Peter Schiwy, der „Neue" beim RIAS FOTO: DIE WELT

Intendant Schiwy zeigt auch hier seine Tugend, gelassen zu bleiben: „Die Anwürfe aus der DDR verteilen sich gleichmäßig auf uns, den Sender Freies Berlin, Deutschland und Deutsche Welle. Sie sehen, wir befinden uns da in bester Gesellschaft und fallen keineswegs aus der Rolle." Schiwy versteht den Sender, den er seit knapp vier Monaten auspegelt, „keineswegs als Provokateur. Wir stehen im Wettbewerb, auch mit den DDR-Sendern." Anstoß, so meint er, könne von drüben her eigentlich nur jemand nehmen, „dem die freie Information nicht behagt".

Unter den Intendanten in deutschen Landen ist er auf seine Weise ein Unikat: Denn er steht im Berliner Anwaltsverzeichnis und versah jahrelang die ebenso reiz- wie verantwortungsvolle Aufgabe, für das „Hamburger Abendblatt" und die „Neue Zürcher Zeitung" aus Berlin zu korrespondieren – den Blick auch auf die „DDR" gerichtet. Später ging er als Leiter der Abteilung „Ostpolitik" zu seinem heutigen Sender und arbeitete als Fernseh-Chefredakteur beim NDR. In seiner Funktion als Sprecher der „Berliner Pressekonferenz" reichte Schiwy über das Journalistische hinaus schon weit in den politisch-protokollarischen Bereich hinein.

Gazetten finden in ihm wenig Nahrung, Lautlosigkeit plus Effizienz scheint sein Geheimnis zu sein. Er sei, sagt er, vom Intendanten-Alltag nicht enttäuscht: „Ich dachte erst, da sortierst du also jeden Morgen am Schreibtisch Krankmeldungen oder Urlaubsgesuche! Es macht Spaß, planen zu können." Inzwischen kann Schiwy, mühsam antrainiert, gleichzeitig zwei Hörprogrammen lauschen. Lautsprecher Nr. 2 gehört nicht selten dem amerikanischen Army-Sender AFN. Ihm gelingt es unterdessen schon, auch ohne von karajanischer Musikalität zu sein, zwischen diversen Beat-Stilen zu unterscheiden. Und nebenbei sucht er „den 80-Stunden-Programm-Tag, um alles, was eigentlich wichtig wäre, unterzubringen".

Von der Television her kommend, glaubt der RIAS-Intendant an Zukunft und Chance seines Mediums: „Hier geschieht die erste Einwirkung privater Anbieter, hier läuft der Wettbewerb." Der unterschiedlich ausgeprägten Neigung zur einseitigen Politisierung der Sender („Die Tendenz gibt es zweifellos") will er mit umfassender Nachwuchsausbildung und -schulung begegnen. „Das ist in erster Linie ein Problem der Professionalität. Je besser und umfassender ein Journalist auf seine Aufgabe vorbereitet wird, desto unabhängiger und ideologieferner wird er arbeiten."

Funk-Nachwuchs sollte sich, so sieht es Schiwy, in der Regel durch ein abgeschlossenes Hochschulstudium auf einem bestimmten Gebiet ausweisen. „Natürlich, das Naturtalent, das sich auf Anhieb durchsetzt, wird's auch beim Funk immer wieder geben. Das sind diejenigen, die kommen, sehen und siegen." Ja, es gebe sie noch (oder wieder), die jungen Leute mit „power". Leistung, bemerkt Schiwy, sei jedenfalls, auch in seinem Metier, „wieder gefragt".

Sobald es einen Hörfunk-Kanal gibt, will Schiwy mit seinem Sender auch per Satellit senden. „Ich bin jedenfalls nicht fortschrittsängstlich. Man muß sich immer wieder neuen Entwicklungen stellen und beherzt an sie herangehen." Heute werde, meint er, häufig „noch immer zuviel lamentiert und zu wenig getan".

Wenn die Leser-Blatt-Bindung für eine Zeitung gleichsam eine Über-Lebensversicherung darstellt, strebt Schiwy ähnliches auch für den RIAS an – „channel solidarity", lautet sein Stichwort.

Zur Zeit läßt er sich, ganz präzise, schwarz auf weiß ausarbeiten, was Radiohörer heute eigentlich möchten, wünschen und wollen: „Wir haben dieses Gutachten bei dem Münchener Kommunikationswissenschaftler Professor Klaus Schönbach in Auftrag gegeben." Schiwy glaubt nicht an die Mär, das Gewußt-wie eines Senders, sein Programm-Profil, müsse man gleichsam magisch „im kleinen Finger haben": Er will's wissenschaftlich wissen.

HANS-RÜDIGER KARUTZ





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
Die große Schuldenlawine
10.35 Verkehrsgericht
12.10 Report
Mit Günther von Lojewski
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wanderungen durch die DDR
Olrik Breckoff wandelte auf den Spuren Theodor Fontanes und bereiste die Mark Brandenburg. Doch außer der Landschaft, den fischreichen Seen und kleinen Marktflecken hat dieser Landstrich mit dem Preußen zu Zeiten Fontanes nichts mehr gemeinsam.
16.55 Musik fürs Auge
Filmmusiken wie aus „Dr. Schiwago", „Sag niemals nie" oder „River-Kwai" gelangten auch außerhalb der Kinos zu Ruhm. Georg Bense besuchte den bekannten Münchner Film-Komponisten Rolf Wilhelm und berichtet von seiner interessanten Arbeit.
17.45 Victor und Maria
Picknick
Englischer Zeichentrickfilm
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Heimat
4. Kapitel: Reichshöhenstraße – 1938
Maria, nun schon 38 Jahre alt, spürt durch die Nähe des Ingenieurs Otto Wohlleben, der sich bei Simons einquartierte, wie allein sie all die Jahre war. Als Otto durch einen Unfall pflegebedürftig wird, nimmt sich Maria seiner an, wobei sich die beiden menschlich näherkommen.
21.15 Drüben wird man gelebt – hier muß man leben
Erfahrungen ehemaliger DDR-Bürger
22.00 Brennpunkt
Der öffentliche Dienst auf dem Prüfstand
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Doppelter Tod
Nach einer Brandkatastrophe müssen alle verfügbaren Gerichtsmediziner Überstunden leisten. Auch Quincys Chef, Dr. Astin, steht im Streß und führt die Autopsien nicht so genau durch wie sonst. Als er den Tod des Nachtbarbesitzers Mike Ryan nur auf äußere Gewalteinwirkung zurückführt, untersucht Quincy die Leiche nochmals.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Kartoffelfeuer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Costa Cordalis
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der lange Treck
Letzte Folge: Padre O'Reilly
Bo Chisholm hilft dem Priester O'Reilly beim Ausbau seiner Kirche und freundet sich mit dem Gottesmann an. Doch Minerva ist die Freundschaft ein Dorn im Auge. Nach langer Diskussion erklärt sich Bo deshalb bereit, die Arbeit aufzugeben.
19.00 heute
19.30 Ronnys Pop-Show
Affe Ronny präsentiert diesmal wieder „tierisch stark" seine Videoclip-Sendung, zu der er die Discoröhre Laura Branigan, die Steril-Popper Depeche Mode, die Popgöre Cindy Lauper und viele andere Stars eingeladen hat.
20.15 Kennzeichen D
Aufmarschgebiet – Deutschland im Manöverherbst / Grenzfall – Der Streit um die Elbe-Grenze / Begegnungen in Greifswald – Bericht von der Synode des Evangelischen Kirchenbundes DDR / Antworten auf die deutsche Frage von Günter Gaus / Stimmung in der „DDR" zu abgesagtem Honecker-Besuch
Moderator: Dirk Sager
21.00 Die 2
Das doppelte Lordchen
Lord Sinclair passieren seltsame Dinge: Erst wird er zweimal bewußtlos geschlagen, dann findet er sich völlig unverletzt in einem Auto vor seinem Haus wieder.
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Eine riesengroße Freude
Fernsehen und Alltag
Bericht von Wolf-Rüdiger Schmidt
22.40 Demokratie des Könnens
Eine witzige Ergänzung zu den vielen bekannten Bildern vom Sport und ein ganz eigenwilliger Kommentar zur Welt des Sports.
0.00 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 elf-elf
22.15 Der Staranwalt von Manhattan
Amerikanischer Spielfilm (1933)
Regie: William Wyler
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Eulen und Eiche
19.15 Mode aktuell
19.30 Schach den Schädlingsplagen
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Der Nachwelt eine Botschaft
21.50 L'affaire est dans le sac
22.35 Der Waschbär
23.10 Thirty minutes
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe (1)
19.00 Mit offenen Augen – Jugend fotografiert
19.30 Der Sternenhimmel im Oktober
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Sozialrecht – Recht der Armen?
21.00 Die schleichende Gefahr
Dioxin ist überall
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Asphalt
Französischer Fernsehfilm

SÜDWEST
19.00 Regionales
19.25 Nachrichten
19.30 Schönheitsköniginnen
20.15 Ich zeige nicht das Sein, ich zeige den Wandel
Porträt des französischen Schriftstellers Michel de Montaigne
21.00 Und immer lockt das Weib
Französischer Spielfilm (1956)
Mit Brigitte Bardot, Curd Jürgens, Jean-Louis Trintignant u. a.
Regie: Roger Vadim
22.25 Theater-Talk
Mit Angelica Domröse und Hildegart Eichholz
22.55 Nachrichten

BAYERN
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Christians Wanderbrettl
20.15 „Sketchup"
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Die Schrecken des Krieges
22.40 Z. E. N.
22.45 Der politische Weizen
Agripower in den USA
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week



Rache an dem einäugigen Riesen: Die Blendung des Polyphem, nach einem archaischen Vasenbild FOTO: BRANDSTÄTTER VERLAG

Eine kannibalische Geschichte: Christian T. Thomsons „Menschenfresser"

Die Gourmandise des Vater Kronos

Lieber süßer Kannibale,
Liebst du meine Tante Male?
Friß sie auf – sie ist gesund –
Ihre Welt wird ihr zu bunt."

Diese Verse aus Paul Scheerbarts „Katerpoesie" nehmen das Thema Menschenfresserei offenbar nicht ernst. Und darum sind sie in den Augen eines deutschen Wissenschaftlers gewiß nicht geeignet, den Zugang zu diesem Phänomen zu eröffnen. Da ist das „Ich rieche, rieche Menschenfleisch", mit denen schreckliche Riesen in den Märchen ihr Haus betreten, in das sich irgendwelche Erdenkinder eingeschlichen haben, als Motto schon besser geeignet. Denn die Menschenfresserei durchzieht die Mythen, gleichgültig ob antik, nordisch oder aus außereuropäischen Weltgegenden. Sie findet sich in der Reiseliteratur des Zeitalters der Entdeckungen und danach, und auch Illustrierte oder Filme machen sie in unseren Zeiten nur allzu gern bei Flugzeug- und Schiffkatastrophen ausfindig.

Also hat sich Christian W. Thomsen auf die literarische Suche nach dem „Menschenfresser in der Kunst und Literatur, in fernen Ländern, Mythen, Märchen und Satiren, in Dramen, Liedern, Epen und Romanen" (Edition Brandstätter, Wien, 224 S., 158 Abb., 68 Mark) begeben. In seinem Werk lernt man die Gourmandise des Vater Kronos kennen, begegnet Polyphem und den kannibalischen Nachbarn des einsamen Robinson, der Kindlifress wird nicht vergessen, aber auch Haarmann erhält seinen Auftritt. Wer je an einem Menschenknochen genagt, der wird, so scheint es, hier vorgeführt.

Da der Autor, eigentlich Anglist, Germanist und Theaterwissenschaftler, offenbar auch ein paar Semester Psychologisiererei studiert hat, läßt er sich Exkurse ins Unterbewußte und zum Über-Ich nicht entgehen. Und um den Leser mit seinem Tiefsinn nicht gar zu sehr zu verschrecken, fügt er immer schnell noch ein paar Vergleiche, die dem seligen Simplicius nicht besser hätten gelingen können, zur gegenwärtigen westlichen Weltpolitik an, die ihm wahrhaft menschenfresserisch erscheint.

Trotzdem kann der Leser nicht umhin, den Fleiß zu loben, mit dem der Autor sich hat Beleg um Beleg zusammentragen lassen (auch wenn ihm dabei Scheerbart entgangen ist). So wird fein ordentlich die Menschenfresserei nicht nur in den im Titel aufgezählten Genres aufgelistet, man erfährt auch etwas von antropophagen Bräuchen in der Erotik oder der Gastrosophie, in Kunst und Kunsttheorie sowie in Satire, Karikatur und Parodie – mit dem gebührenden Ernst natürlich. Das alles wird trefflich bebildert, angefangen beim antiken Sarkophag-Fragment bis zur Zeichnung aus dem Geist des Schwarzen Humors.

Nur: Mit dem Sammeln und Zitieren ist es nicht getan. Eigentlich sollte ein Autor auch schreiben können, so daß das Lesen nicht nur Mühe und Arbeit ist. Aber vielleicht ist diese verklausulierte, dröge Ausdrucksweise Absicht. Denn warum sollte der Leser besser dran sein als die Gilde der Menschenfresser. Von ihnen ist niemals zu lesen, daß ihnen ihre Mahlzeiten ein Genuß gewesen seien oder gar Vergnügen gemacht hätten.

PETER JOVISHOFF

Neue Schallplattenaufnahme: Benjamin Brittens „The Turn of the Screw"

Der Oper Daumenschrauben angelegt

Die Daumenschraube" (The Turn of the Screw) ist eine der hintergründigsten und raffiniertesten Erzählungen des Amerikaners Henry James. Vieldeutig bis zur eklatanten Fehlinterpretation, wie die lange Kette der Sekundärliteratur beweist. Daß es Benjamin Britten dennoch gelungen ist, diese immer wieder virtuos ins Irrationale abschwenkende Horror-Vision von den fatalen Beziehungen einer Gouvernante, den ihr anvertrauten Zöglingen und Geistern zweier verstorbener Diener auf einem Landsitz in Essex in packendes Musiktheater zu verwandeln, ist ein kleines Wunder in der Geschichte der Oper. So kann man es nicht genug rühmen, daß Philips die Einspielung unter Colin Davis, die im vergangenen Sommer als Grundlage einer Fernsehversion diente, jetzt auf Schallplatten herausgebracht hat (Philips 410 426 - 1).

Das weite Spektrum zwischen Wahn und Wirklichkeit, zwischen wahren und eingebildeten Schrecken, brachte Britten artifiziell und souverän zum Klingen. Die Oper ist in der Atmosphäre so dicht, daß man bei einer kongenialen Interpretation, wie sie uns Colin Davis liefert, die minutiös und sehr bewußt ausgeklügelte formale Konstruktion dieser Oper beinahe vergessen kann.

Britten hat, indem er den Titel der Novelle ernst nahm, auch musikalisch die Daumenschraube angelegt, als er die fünfzehn Szenen dem Dreh einer aus fünfzehn Orchesterzwischenspielen bestehenden Variationenreihe aussetzte. Ein meisterhafter Kunstgriff, dessen verblüffende Wirkung sich noch durch eine höchst suggestive Klangfarbendramaturgie erhöht, mit Harfe, Glocke, Klavier und Holzbläsern als Reizverstärker. Wie denn auch erstaunliches Handwerk und glänzende Phantasie in diesem Grusical eine beeindruckende Verbindung eingegangen sind.

Colin Davis hat mit Mitgliedern des Royal Opera House Orchestra „The Turn of the Screw" alle erdenkliche interpretatorische Sorgfalt zukommen lassen. Er trifft genau jenen Nerv des Unheimlichen, des Irritierenden, ja des Grauenvollen, den James und mit ihm Britten in der „Daumenschraube" freigelegt haben. Sein Sinn für die Facetten der englischen Gruselromantik wie für die sirrende Kälte dieser Oper ist frappierend. Wahnwitziger vielleicht, doch kaum delikater kann man dieses Horror-Stück musikalisch in Szene setzen.

Auch die Gesangssolisten sind hervorragend. Helen Donath singt die janusköpfige Partie der Gouvernante, die aus Liebe, Angst und Wahn die Tragödie vorantreibt, mit bester Stimmkondition und feinem Charisma. Großartig auch die beiden Geister, denen nicht James, aber Britten Wort und Stimme verlieh: Robert Tear als Kammerdiener Quint und Heather Harper als ehemalige Gouvernante Mrs. Jessel machen die große Verführungsszene zu einem Höhepunkt dieser Einspielung. Auch die beiden Kinder haben in Michael Ginn und Lillian Watson starke Interpreten, die es gekonnt offenzulassen verstehen, ob sie nun kleine Engel oder Sünder sind. Eine vorzügliche Platten-Produktion, die sich zum Glück nicht den Zwängen einer Übersetzung ausgeliefert hat.

KLÄRE WARNECKE

Philosophie im Schatten

reich – Kultur ist ein Produkt des Schattens, das heißt der abgeschirmten, gemilderten Sonne, des Wassers, das Sträucher und Bäume wachsen läßt, die ihrerseits Schatten spenden. Philosophiert hat man nie am Badestrand, immer in einem Garten oder in einer dem Garten nachgebildeten Säulenhalle. Das Allerheiligste aber stand immer im Schatten, es wurde – wenn das zu sagen erlaubt ist – lichtgeschützt aufbewahrt in der Lade, im Tabernakel, hinter dem innersten Vorhang des Zeltes, in der untersten Kammer der Pyramide. Der Sonnenkult, realisiert als Kult der sonnengebräunten Haut, ist somit ein Symptom von mehr als bloß kulturellem, von wesentlich religiösem Marasmus.

Die Perversion des Jahrhunderts, Erholung und Kräftigung in der Sonne, anstatt im Schatten, zu suchen, läßt also zwingend auf sehr viel tiefer gegründete Pervertiertheit schließen. Verkehrt ist bei Menschen, die länger als ein Viertelstündchen freiwillig in der Sonne verweilen, die nicht ein Sonnenbad wie ein Wannenbad nehmen, sondern sich von Sonne gleichsam auslaugen lassen, offenbar ganz das Verhältnis von Leben und Tod zueinander.

Indem sie die Elemente von Leben und Tod, Wasser und Sonne, verwechseln, kompensieren sie eigentlich ihre geheime Todesangst mit dem zur Schau gestellten Lebensüberdruß – denn was sonst ist der Stumpfsinn, mit dem man sich braten läßt bis zur Verblödung? –, anstatt aus der Todessehnsucht die Lebensfreude zu ziehen. Sie halten, kürzer gesagt, den Todestrieb für den Ersatz des Lebenswillens, nicht für das Stimulanz desselben. Und deshalb sehen die sonnengebräunten Menschen nicht richtig lebendig aus, sondern so sonderbar tot wie lebendig bemalte Mumien.

Rubens in Reggio Emilia – WELT-Gespräch mit dem Sammler Luigi Magnani

Für Dürer ein neues Kloster

Italien hat das Staunen gelernt, seit es die „Meisterwerke alter Kunst" der vor sieben Jahren in die Stiftung Magnani-Rocca eingebrachten Bilder im Palazzo Magnani in Reggio Emilia sehen kann (die später in die Nationalgalerie Brera in Mailand kommen). Nicht in der Quantität, wohl aber in der Qualität sind die 45 Gemälde, die Stiche und Miniaturen mit den großen Kollektionen wie der des Baron Thyssen-Bornemisza, der Sammlung Agnelli oder der des verstorbenen Grafen Cini in Venedig zu vergleichen. Die finanziellen Möglichkeiten des heute 78jährigen Luigi Magnani, des einzigen und alleinstehenden Erben eines Großgrundbesitzers in der Emilia, waren begrenzter. Aber Magnani, der es ablehnt, ein Sammler genannt zu werden, und der nie mit Kunsthändlern oder Versteigerungen zu tun hatte, macht das durch eine von hoher Kenntnis und Kultur gelenkte Auswahl wett. Vor allem aber war er bereit, für das Erlesenste jedes Opfer zu bringen.

Sein liebstes Bild („Liebe ist unteilbar, aber wenn ich nur eines wählen müßte, wäre es wohl dieses") ist eine der schönsten Madonnen des Filippino Lippi. Zu seinen kostbarsten Bildern gehört eine Madonna von Albrecht Dürer, die der Nürnberger Meister während einer seiner drei Italienreisen gemalt hat. Es hing unerkannt bei den Klausurnonnen in Bagnocavallo (Romagna), bis der Beichtvater des inzwischen fast verfallenen Klosters 1961 dem Kunsthistoriker Longhi davon erzählte. Longhi publizierte den sensationellen Fund, und Luigi Magnani erwarb ihn für eine fürstliche Gegengabe: Er baute den Nonnen ein neues Kloster.

Jedes Meisterwerk dieser Sammlung, deren wichtigste Maler Dürer und Filippino Lippi, Rubens, Sassetta und Tizian, Ghirlandaio, Costa und Carpaccio, Gentile da Fabriano und Rembrandt, van Dyck und Tiepolo, Goya und Füssli heißen, wäre eine kunsthistorische Abhandlung wert. Der Katalog der Ausstellung (Mondadori) mit vorzüglichem Text und leider nicht immer guten Farbabbildungen versucht das im Kleinen, z. B. mit einer Betrachtung über Gentile da Fabrianos „Stigmatisation des Heiligen Franziskus" (eines der drei Bilder dieses gotischen Meisters in Privatbesitz, die beiden anderen gehören der Königin von England und dem Getty-Museum in Malibu), auf dem zum ersten Mal in der abendländischen Malerei die Wirklichkeit in Form des Schattens eines Mönches einbricht.

Bei der Eröffnung der Ausstellung stand der Besitzer dieser Schätze verstört zwischen der Menschenmenge in seinem Elternhaus und sagte leise: „Die Trennung wird sehr schwer werden." Denn bisher gehörten diese Bilder nur ihm und wenigen Auserwählten, die immer nur einige von ihnen sehen durften.

Im vorigen Jahr hat Luigi Magnani zum ersten Mal den modernen Teil seiner Sammlung öffentlich in der Limonaia neben seiner Villa gezeigt, Bilder von Cézanne und Monet, Gemälde, die sein Freund Morandi zum Teil für ihn geschaffen hat, de Chirico etc. Der Brief einer Bäuerin, so erzählte uns Magnani, habe ihn bewegt, auch die alten Meister allgemein zugänglich zu machen. Sie schrieb: „Ihre Bilder haben mich so tief bewegt, daß mir war, als wäre ich im Paradies." Er antwortete ihr: „Ihr Brief hat mir bewiesen, daß es sich lohnt, meine Bilder der Öffentlichkeit zu zeigen. Ja, daß es meine Pflicht ist."

Wir besuchten Luigi Magnani eine Woche vor der Ausstellung in seinem fürstlichen Landhaus, das von hohen Mauern und scharfen Hunden bewacht in einem Park zwischen weiten Feldern bei Parma steht. Der livrierte Butler Virginio öffnete uns das eiserne Parktor und sagte mit besorgtem Gesicht: „Der Professore erwartet Sie, aber er ist sehr elend."

Auf einen Stock gestützt, von seinem alten Hund begleitet, kam der Hausherr, schmal und wie ein englischer Gentleman gekleidet, die Freitreppe in der hohen Eingangshalle herab. Zögernd zunächst, die Augen in seinem vergeistigten Gesicht halb geschlossen, dann immer lebhafter werdend, antwortete er auf unsere Fragen. „Der größte Teil meiner Bilder stammt von meinen Eltern, die die Kunst über alles liebten, wie ich. Ich fühle mich als Besitzer eines imaginären Museums. Das heißt, mir gehören im Geiste auch Werke, die ich liebe, aber nicht besitze. Meisterwerke sind wie Engel, die sich nur dort niederlassen, wo Stille und Ehrfurcht um sie sind." Wie soll man nach solchen Sätzen banale Fragen wie die nach Wert und Herkunft der Bilder stellen?

Luigi Magnani erzählte mit fast erlöschender Stimme von seinem Leben, dem Leben eines Grandseigneurs des Geistes, dem ererbter Reichtum erlaubt hat, seine Kunstliebe zu kultivieren. Er erzählte von seiner Kindheit zwischen Büchern, Bildern und Musik. Von der Reise des Sechzehnjährigen durch die Museen Europas, begleitet von einem berühmten Kunsthistoriker.

Magnani, lange Jahre Professor für mittelalterliche Kunst, hat in diesem Sommer die ottonischen Reliquien und die Fresken auf der Reichenau wiedergesehen. „Sie waren wie hinter einem goldenen Nebel verborgen für mich kranken, alten Mann. Sie waren da wie früher und doch nicht da."

Wir fragten nach seinen vielen Büchern, die zum Teil auch auf deutsch erschienen sind. Luigi Magnani hat als erster Beethovens „Konversationshefte" studiert und herausgegeben und sich – ein leidenschaftlicher Erforscher von Wahlverwandtschaften – immer wieder mit dem Komponisten auseinandergesetzt. Sein „Beethovens Neffe" soll demnächst in Paris verfilmt werden.

In seinem jüngsten Buch „Beethoven als Homer-Leser" schließt er nach Beethovens „Odyssee"-Ausgabe in Heinrich Voss' Übersetzung aus den vielen dick unterstrichenen Sätzen, daß der taube Titan der Musik sich mit Odysseus identifizierte. Magnani schrieb über Heine, Stendhal und Thomas Mann, Monteverdi und Schönberg.



Hing Jahrhunderte unerkannt im Kloster der Nonnen von Bagnocavallo: Dürers „Madonna del Patrocinio" (ca. 1506) FOTO: KATALOG

„Es stimmt nicht, daß ich meine Bilder eifersüchtig vor der Welt verborgen habe. Jeder wahre Kunstkenner und Liebhaber durfte sie sehen." Das Gästebuch in der Halle ist voller klingender Namen. Daß der italienische Staat, in der Hoffnung, Luigi Magnanis Erbe anzutreten, ihm Steuern erließ und bei der Restaurierung seiner Bilder half, erfuhren wir nicht von dem leidenden alten Herrn. Der winkte vor dem Abschied Virginio herbei und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Wenige Minuten später führte er uns in einen großen Saal, in dem zwischen Musikinstrumenten und Skulpturen auf zwei Staffeleien die Madonnen von Sasetta und Filippino Lippi standen, als seien die Meister gerade fortgegangen.

Die Abendsonne schien durch die Parkbäume herein und ließ den Goldgrund warm aufleuchten. Wir standen lange vor den Bildern, um die die größten Museen Luigi Magnani beneiden. Und wir verließen ihn in der Überzeugung, einem der letzten Fürsten im Reich des Geistes und der Kultur begegnet zu sein (bis 15. Okt.).

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Frank-Patrick Steckel geht nach Bochum

dpa, Bochum

Frank-Patrick Steckel soll als künstlerischer Leiter am Städtischen Schauspielhaus in Bochum Nachfolger von Claus Peymann werden. Steckel, der seit 1981 als freier Regisseur in Berlin arbeitet, wird, vorausgesetzt der neugewählte Rat stimmt zu, vom ersten Februar 1985 an die Spielzeit 1986/87 vorbereiten.

Erstes europäisches Kulturfestival in Athen

AFP, Paris

Das erste europäische Kulturfestival wird am 21. Juni 1985 in Athen eröffnet. Es soll sechs Monate dauern. Sämtliche Staats- und Regierungschefs der EG-Länder werden bei der Eröffnungszeremonie auf der Athener Akropolis anwesend sein, kündigte die griechische Kulturministerin Melina Mercouri an. Nach einer Vereinbarung der EG-Kulturministertagung im Juni 1984 wird künftig jedes Jahr in einem anderen Mitgliedsland ein Festival der europäischen Kultur veranstaltet werden.

„Emmys" für Jane Fonda und Laurence Olivier

dpa, Hollywood

Jane Fonda und Lawrence Olivier sind in Hollywood mit den „Emmys", die als „Oscars" des Fernsehens gelten, ausgezeichnet worden. Jane Fonda bekam den Preis für ihre Hauptrolle in dem Fernsehfilm „The Dollmaker" und Olivier erhielt den „Emmy" für seine Darstellung in einer Fernsehfassung von Shakespeares „King Lear". Im Rennen um die meisten „Emmys" führt diesmal NBC mit zwanzig Auszeichnungen, obwohl es in den Einschaltquoten hinter seinen Konkurrenten CBS (18 „Emmys") und ABC (16 „Emmys") zurückliegt.

Deutsche Expressionisten in Italien

M. v. Z. Mailand

Mailands neues städtisches Museum moderner Kunst im vorbildlich umstrukturierten Erdgeschoß des Palazzo Reale wurde jetzt mit der Ausstellung „Deutsche Expressionisten" eröffnet. Unter den 250 vom Sprengel-Museum Hannover entsandten Werken sind Bilder der „Brücke" und des „Blauen Reiters" sowie zahlreiche Druckgraphiken. Der vorzügliche Katalog (Verlag Mazotta) verzeichnet u. a. 50 Bilder und Zeichnungen von Emil Nolde, 16 von Klee, 30 von Kirchner und 42 von Max Beckmann. Die Ausstellung ist bis zum 19. November zu sehen.

Zur Erinnerung an Edwin Redslob

DW. Düsseldorf / Berlin

Zwei Ausstellungen erinnern an den Kunsthistoriker und „Reichskunstwart" der Weimarer Republik Edwin Redslob, der am 22. September hundert Jahre alt geworden wäre (s. WELT v.22.9.). Das Goethe-Museum in Düsseldorf erinnert an Redslobs Goethe-Begeisterung (bis 21. Okz.), während die Berliner Galerie Pels-Leusden dem Liebhaber moderner Kunst huldigt (bis 6. Okt.).

„Parkett", eine neue Kunstzeitschrift

DW. Zürich

Für 25 Mark (oder 20 sfr.) ist sie zu haben, die neue Kunstzeitschrift „Parkett" (Quellenstr. 27, CG 8005 Zürich), deren zweites Heft gerade erschienen ist. Die dekorativ aufgemachte Publikation in deutsch und englisch enthält u.a. Beiträge von Jean-Christoph Ammann zur „Kunst im öffentlichen Raum" und ein Gespräch mit amerikanischen Kunstkritikern. „Gaststar" ist diesmal Sigmar Polke, der ein fünf Meter langes Leporello „Desastres und andere bare Wunder" beigesteuert hat. Wem diese Beigabe nicht genügt, der kann auch eine Vorzugsausgabe mit 60 Unikat-Photographien von Polke für 550 sfr. haben. Das Jahresabonnement des „Parkett" kostet 78 Mark (64 sfr.)

Wer ist denn dieser Johannes Paul II.?

J. G. G. Düsseldorf

Die Leserbrief-Redaktion in Polens Zeitschriften können sich nicht retten. Ständig fragen Leser an, warum man in der neuesten Ausgabe des „Who is Who in Poland", herausgegeben von der staatlichen Agentur Interpress, vergeblich nach dem prominentesten zeitgenössischen Polen sucht. Papst Johannes Paul II. ist nämlich weder unter dem Stichwort Papst noch unter Johannes Paul II. noch unter Wojtyla verzeichnet. Das findet sogar das Organ des ZK der KP, die „Trybuna Ludu", unverständlich. Schließlich habe es bereits energische Reaktionen gegeben, als der Papst in der englischsprachigen Version im vergangenen Jahr unterschlagen wurde. Selbstverständlich sei der Oberhirte der katholischen Kirche Pole, stellt das KP-Blatt fest.

„Die Loreley" von Max Bruch nach 70 Jahren wieder auf der Opernbühne

Eine männermordende Winzertochter

Ein poppig-buntes Plakat zeigt Marilyn Monroe in Pin-up-Pose auf einem Flußfelsen vor mittelalterlicher Burg und deutschen Tannen. So werben Oberhausen und Remscheid für die Co-Produktion der fast vergessenen Oper „Die Loreley" (1863) von Max Bruch. Doch wie so oft hat die Werbung mit dem Produkt wenig zu tun. Im züchtig langen Nachthemdchen und tristem Straßenrock mit Bluse entwickelt sich das rheinische Winzertöchterlein Lenore (Katherine Niemic) vom naiv liebenden Kind zur männermordenden Loreley.

Sie liebt einen Jägersmann (William Pugh), den sie zum heimlichen Rendezvous am Rheinfelsen trifft. Doch bei der Hochzeit der Gräfin von Stahleck (Monica Liebich) muß sie feststellen, daß ihr Jägersmann in Wahrheit der nun verehelichte Pfalzgraf Otto ist. Also schwört sie der Liebe ab, verkauft ihre Liebesfähigkeit an die Rheingeister und gewinnt dafür die zauberische Kraft, alle Männer zu betören. Als Hexe angeklagt, betört sie sogar den Mainzer Erzbischof (Gottfried Driesch). Er läßt sie frei, worauf sie ihren Platz auf dem Rheinfelsen einnimmt, um von dort ewige Rache an den Männern zu üben.

So will es die Sage, so will es auch das Libretto von Emanuel Geibel, der alle denkbaren Motive der Romantik in seine Textdichtung eingearbeitet hat. Unerfüllte Liebe, ländliche Idylle, Geisterwelt und Todesmotive.

Ursprünglich war der Text für Felix Mendelssohn-Bartholdy bestimmt, der aber über die Komposition einiger Fragmente nicht hinaus kam. Fünfzehn Jahre nach Mendelssohns Tod erlangte der 24jährige Bruch Geibels Zustimmung zur Neuvertonung.

Antoni Wicherek mit dem Orchester Remscheid und das tapfer bemühte Oberhausener Sängerensemble zeigten höchstes Engagement bei der Realisierung der Partitur, die voller Leitmotive mit kantablen Ariosi und Duetten vom keuschen „Ave Maria" über volkstümliche Winzerchöre bis zur emphatischen Gerichtsszene geschickt der Tradition romantischer Vorbilder folgt. „Mein Herz ist schwer, meine Brust ist leer", muß Lenore singen, bevor sie endgültig auf den Felsen steigt, der dann wegen eines technischen Mißgeschicks bei der Premiere beinahe selbst von der Bühne in den Rhein gerollt wäre.

Die Ton-in-Ton-Ausstattung von Jorge Villarreal skizziert die Handlungsorte zurückhaltend realistisch. Regisseur Fritzdieter Gerhards läßt in Kostümen spielen, die Zeitlosigkeit andeuten, doch die Regie deutet an keiner Stelle. Gerhards verschenkt alle Möglichkeiten des Librettos. Weder versucht er das Grundmotiv einer ins schwelgerische Gefühl überhöhten Sexualität zu verdeutlichen, noch wagt er auf ironische Distanz zum romantischen Bombast zu gehen, wie es das freche Werbeplakat verspricht. Großer Beifall für alle Beteiligten.

ALBIN HÄNSEROTH

Im Mittelpunkt stand diesmal Shakespeare – Das Berlioz-Festival in Lyon

Nur Bénédict fand den richtigen Ton

Das „Festival Hector Berlioz", 1979 ins Leben gerufen und seither alljährlich in Lyon veranstaltet, kommt allmählich in die Jahre. Längst ist das vergleichsweise schmale Œuvre des französischen Komponisten ausgeschöpft. Deshalb hat seit 1983 jedes Festival einen Untertitel, der die Einbeziehung auch anderer Komponisten gestattet.

In diesem Jahr lautete das Motto „Berlioz und Shakespeare". Auf dem Programm standen Shakespeare-Kompositonen von Beethovens „Sturm"-Sonate bis zu Richard Strauss' sinfonischer Dichtung „Macbeth". Im Mittelpunkt natürlich: die Vertonungen des Shakespeare-Enthusiasten Berlioz, allen voran sein letztes Werk, die komische Oper „Béatrice et Bénédict", deren Libretto sich Berlioz nach Shakespeares „Viel Lärm um nichts" selbst eingerichtet hatte.

Nach der Wiederbegegnung mit diesem Kleinod der leichten Oper ist es noch unverständlicher als zuvor, daß dieses Werk bei uns kaum aufgeführt wird – was allerdings auch für die meisten anderen Berlioz-Kompositionen gilt. Das Libretto ist witzig, ohne plump oder vordergründig zu sein, die Musik steckt voller Temperament und feinem Humor, sie ist tatsächlich eine „mit der Nadelspitze geschriebene Laune" (Berlioz).

Die Festival-Inszenierung von Yvon Gerault hatte allerdings beträchtliche Mühe, mit dieser geistvollen Fröhlichkeit Schritt zu halten. Das Spiel der beiden Titelhelden, die sich lieben, ohne es sich einzugestehen, wirkte entschieden zu hölzern und einstudiert. Die beste Inszenierungsidee blieben die durchsichtigen Vorhänge, die die Bühne in eine unwirkliche, schattenhafte und in eine reale Spielfläche unterteilten. Der Rest war brav am Stück entlang inszeniert – und das ist für ein Berlioz-Festival ein bißchen wenig.

Auch musikalisch bot die Aufführung kaum mehr als Mittelmaß. Das Orchestre National de Lyon unter Marc Soustrot spielte zwar recht quirlig und aufgeweckt, der Chor und die Sänger aber – mit Ausnahme des leicht geführten Tenors von Thierry Dran als Bénédict – kamen über Provinzniveau kaum hinaus.

Musikalisch wesentlich überzeugender war der Klavierabend des französischen Pianisten François René Duchable, der bei Beethovens Sturm-Sonate, Liszts Legenden und Prokofieffs „Romeo-und-Julia"-Suite nie das musikalisch Wesentliche aus den Augen verlor. Daß von Berlioz selbst keine Klavierwerke existieren, ist kaum ein Zufall. Wenige Komponisten beziehen ihren spezifischen Reiz so sehr aus orchestralen Klangmöglichkeiten wie er. Die von Franz Liszt aufs Klavier übertragene „Symphonie Fantastique" klingt deshalb immer ärmlich. Doch zweifellos gehört auch das zu einem solchen Festival: zu zeigen, was man mit den Werken Hector Berlioz' eigentlich nicht mehr machen kann.

STEPHAN HOFFMANN

Photographie zur Hohen Kunst veredeln: Julia Margaret Cameron in Bonn

Der ewige Streit um die Unschärfe

Es ist nicht die Aufgabe des Photographen, unscharfe Flecke zu produzieren ... Wenn man nur Helldunkelstudien wünscht, dann möge man sie mit Farbe oder Kohle und mit einem Scheuerlappen – wenn nötig – ausführen, aber die Photographie ist vor allem die Kunst der Scharfzeichnung, und wenn eine Kunst von ihrer Funktion abweicht, dann ist sie verloren." Diese Philippika von Henry Peach Robinson, anno 1869 geschrieben, hatte eine Kollegin im Auge, deren Werke damals ein heftiges Für und Wider auslösten: Julia Margaret Cameron. Ihr hat jetzt das Rheinische Landesmuseum, unterstützt vom British Council, eine große Ausstellung mit 130 Beispielen eingerichtet.

Julia Margaret Cameron war eine Dilettantin im besten Sinne. 1815 in Kalkutta geboren, wuchs sie in Europa auf. Offensichtlich konnte sie auch recht gut Deutsch, denn sie übersetzte Bürgers Ballade „Lenore" ins Englische. 1835 lernt sie in Südafrika Charles Hay Cameron kennen, 1838 heiratet sie den hohen Juristen im Kolonialdienst, der auch mit ästhetischen Schriften hervorgetreten war. 1848 kehrt die Familie nach England zurück, wo Maler und Literaten – Tennyson, Taylor, Watts, Carlyle und vor allem John Herschel – in ihrem Haus verkehren. Von 1864 datiert ihre erste Photographie; sie war, als sie sich dem neuen Medium zuwandte, also schon 48, 49 Jahre alt. Sie blieb ihm auch treu, als man Mitte der siebziger Jahre nach Ceylon zurückkehrte, wo die Camerons Kaffeeplantagen besaßen. Dort ist sie 1879 gestorben.

Julia Margaret Cameron war keine professionelle Photographin. Sie hat nie Aufträge ausgeführt. Aber sie hat die Photographie, in die sie John Herschel eingeführt hatte, mit wissenschaftlichem Ernst betrieben. Die Unschärfe war also bewußtes Stilmittel.

So schrieb sie John Herschel, sie hoffe, ihre Kunst erhebe sich „über die bloß konventionelle topographische Photographie – über das Kartographieren & Skelettieren von Umriß & Form ohne jede Rundheit & Fülle von Form & Umriß, jene plastische Darstellung von Körper & Gliedmaßen, die nur die von mir verwendete Schärfe zu erbringen vermag, die allerdings als 'Unschärfe' bezeichnet und verurteilt wird ... Mein Bestreben ist es, die Photographie zu veredeln und ihr den Charakter und die Wirkung einer Hohen Kunst zu sichern, indem ich das Wirkliche & das Ideale verbinde und bei aller Verehrung für Poesie & Schönheit von der Wahrheit nichts opfere."



Schönheit durch weiche Konturen: „Bild einer Nymphe" von Julia Margaret Cameron FOTO: KATALOG

Die Ausstellung versucht das Werk von Julia Margaret Cameron aus ihrer Zeit verständlich zu machen. Denn neben den Porträts, durch die sie noch heute zu Recht berühmt ist, gestaltete sie auch „Kostümstücke" nach Shakespeare oder biblischen Legenden. Deshalb wurden die Motive wie früher in den Galerien dicht bei dicht gehängt und reichlich mit erläuternden Texten – und manchmal auch erläuternden Bildern, Graphiken und Gemälden von Zeitgenossen – versehen. Trotzdem bleibt das eine Bildwelt, der man sich nur mit historischer Milde nähern kann.

Ganz anders ist es bei den Porträts. Meist frontal aufgenommen, der Porträtierte in direkter Zwiesprache mit der Kamera und damit mit dem Betrachter, beeindrucken sie auch heute noch unmittelbar. Das ist nicht nur die oft reproduzierte Bildserie mit John Herschel, sondern das gilt gleichermaßen für die Aufnahmen von Carlyle, das zarte Kinderbild der Esme Howard oder – diesmal im Profil – für das Photo von Julia Jackson, die ihrer Tochter Virginia Woolf zum Verwechseln ähnlich sieht.

Der Streit um die Schärfe oder Unschärfe, der die Zeitgenossen spaltete und der um die Jahrhundertwende bei der „Kunstphotographie" erneut auflebte, wird angesichts der Bilder bedeutungslos. Hier zählt nur das Ergebnis, und das ist Bildkunst mit den Mitteln der Photographie. (Bis 4. Nov.; anschließend Paris, Madrid, New York; Katalog, englisch mit beigelegter Übersetzung, 25 Mark.)

PETER DITTMAR

Machtrausch und Narretei: „König Lear" unter Hans Lietzau in München

Schrill zerreißt des Mantels Seide

Ein alter Mann ist stets König Lear", unter diesem Goethe-Wort, so schien es, stand die Inszenierung des Shakespeareschen Dramas durch Hans Lietzau, mit dem die neue Spielzeit im Bayerischen Staatsschauspiel eröffnet wurde. Die Erkenntnis vom immerwährenden Konflikt zwischen den Jungen und den Alten, zwischen dem Bewahren der Tradition und dem Zerbrechen der alten Formen durchzog das ganze schrille und blutrünstige Stück, das aus lauter Rissen und Sprüngen zusammengefügt ist.

Lietzaus intelligente Regie will weder kritisieren noch verbessern, vielmehr führt er folgerichtig das Unausweichliche als Tragödie vor. Allerdings kommt in dieser ansonsten fesselnden und aufregenden Aufführung Shakespeares Doppelbödigkeit zu kurz. Machtrausch und Narretei, Haß und Liebe sind in der eher nihilistischen Interpretation ihrer menschlichen Schattierungen entkleidet. Diese Konzeption versucht auch das Bühnenbild des Venezianers Ezio Toffolutti sichtbar zu machen. Er schuf eine elisabethanische Bühne ohne Dekor, ohne jeglichen Schnörkel, verkleidete die Parkettwände und die Ränge mit silbergrauer Folie, die sich zu einem mächtigen Bühnenrund schließen, einem Rund, in das alle – Zuschauer und Schauspieler – einbezogen sind.

Wie zufällig beginnt der Abend: Vor dem Vorhang erscheinen die Höflinge Graf von Kent (Nikolaus Paryla) und Graf von Gloster (Franz Boehm). Sie erzählen von einem König, der seine Macht aufgeben hat und nun sein Reich unter seine Töchter aufteilen will. Da plötzlich reißt der Bühnenvorhang auf. Auf einem hölzernen Kasematten-Halbrund steht in der Mitte König Lear (Martin Benrath). Noch kündet die Krone auf der Stirn von seiner Macht, noch bläht sich der mächtige, blutrote Königsmantel wie ein pumpender Riesenvogel um seine Gestalt. Doch schon in der Suada von Selbstgefälligkeit und Großmäuligkeit spürt man die ersten gebrochenen Töne. Der, der hier tönt, ist kein guter Herrscher gewesen. Man hört's, man sieht's an seinen herrischen Gebärden.

Statuettenhaft, hintereinander aufgereiht, stehen in diesem kahlen Rund die Töchter. Vorn die zwei Schönen und Durchtriebenen (Rita Russek und Gundi Ellert), die mit ihrem honigsüßen Geplapper ihr Ziel erreichen, während die dritte, die brave Cornelia (Birgit Doll), abgedrängt wird. Es ist aufregend, mitzuerleben, wie diese marmorkalten, machtgierigen Weiber sich nach dem Schiedsspruch des Vaters auf den Mantel, das Symbol der Macht, stürzen, der Lear wie zufällig von den Schultern gleitet, wie einem müden Kind das Spielzeug. Und schrill zerreißt die Seide unter den Händen von Goneril und Regan.



Lietzaus Lear: Martin Benrath (links) und Carla Hagen als Narr FOTO: RABANUS

Das Tragödien-Spiel nimmt seinen Lauf, kommt ins Rollen. Die Bühne, nun mit Tüchern verhüllt, verwandelt sich in eine einzige blutrote klaffende Wunde, in der sich die Katastrophe, der nahende Wahnsinn Lears und das Schicksal der Töchter, abspielt. In dieser bedrohlichen Tuch-Mulde kugeln und drehen sich auch die beiden Narren, die Lear ins Elend begleiten: der richtige Narr, von Carla Hagen anrührend und mit wunderschöner Beiläufigkeit gespielt, und der verbannte Kent, einer, der kindergleich seinen Träumen nachhängt und die Realität nicht wahrhaben will, nicht wahrhaben kann.

Lietzaus Lear taumelt so ganz folgerichtig in einen sehr milden, greisenhaften Wahnsinn. Rührend die Szene, in der Cornelia ihn wieder in seinen Mantel hüllt, als er erwacht, ein Verblendeter, der erst dem Elend und Wahnsinn verfallen mußte, ehe er sehend wird. Martin Benrath spielt den alten König Lear äußerst glaubwürdig, eher visionär als tobend. Er ist einer, der am Schluß auf diesem Familienschlachtfeld intensive, leise Töne findet und der seine unendliche Klage nicht nach außen herausschreit, sondern an ihr, innerlich, erstickt.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Erste Spur führt zum Leberkäse

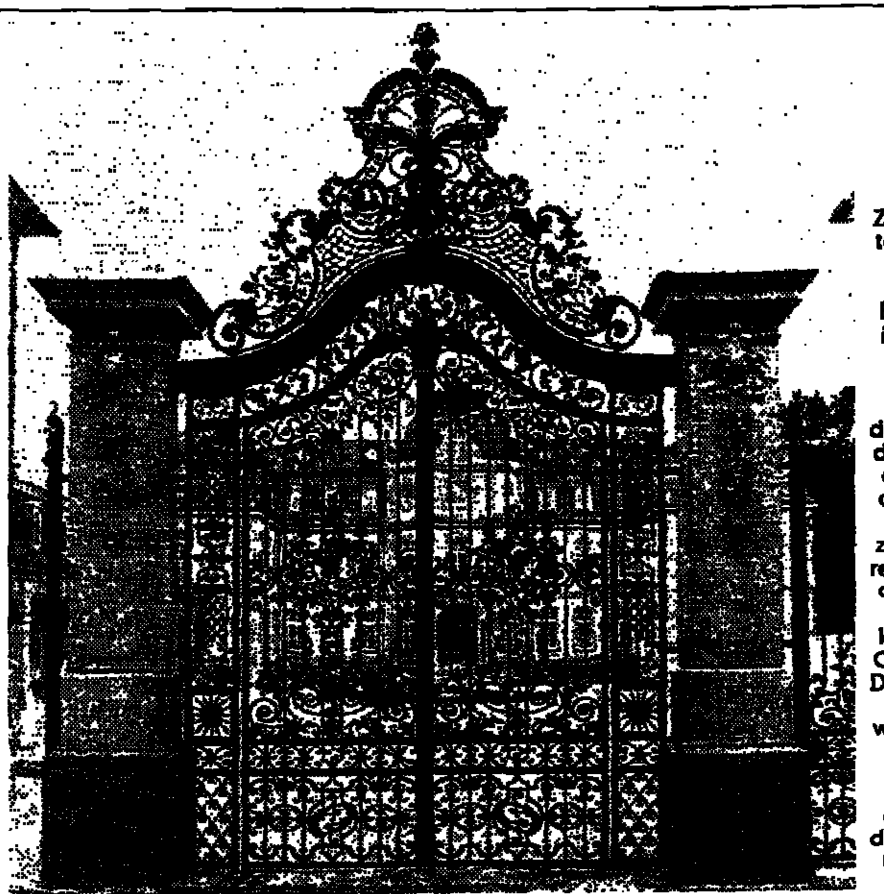
dpa, München

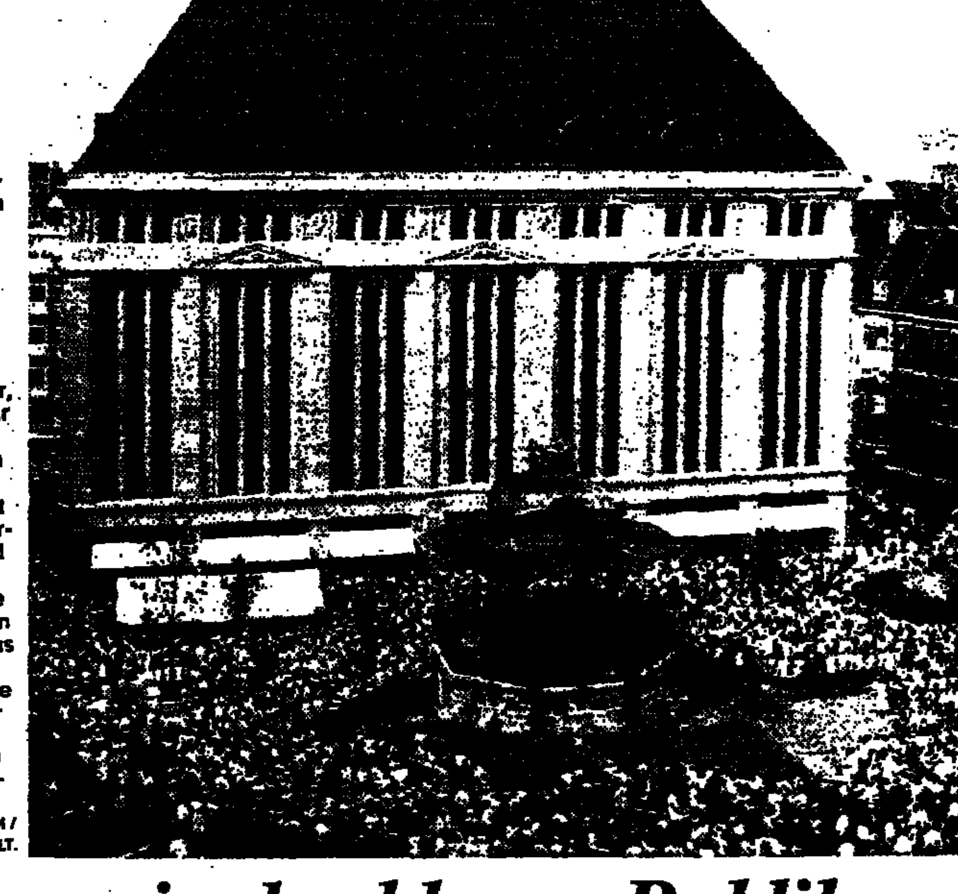
Bakteriologen der städtischen Gesundheitsbehörde haben gestern eine erste Spur von dem möglichen Erreger der Massenerkrankung unter Bediensteten der Münchener Bundesbahndirektion entdeckt: Bakterien in einem in der Bundesbahnkantine verkauften Leberkäs. Zugleich sind wieder Zweifel aufgetaucht, ob die Bakterien tatsächlich die Ursache der Massenerkrankung gewesen sind, da sie nur oberflächlich auf dem „Kas" zu finden waren. Nach Angaben eines Verantwortlichen hätte der Leberkäse aber bei der Schwere der Erkrankungen „durch und durch verseucht" sein müssen.

Trotz umfangreicher Desinfektionsmaßnahmen hatten sich Anfang der Woche erneut vier Beschäftigte mit Übelkeit und Brechreiz krankgemeldet. Am vergangenen Freitag waren knapp 200 Bedienstete mit einer zunächst mysteriösen Magen-Darm-Erkrankung dem Dienst ferngeblieben.

Der „verdächtige" Leberkäs war in der Kantine nicht als Essen ausgegeben, sondern dort „individuell" verkauft worden. Das würde auch die Erkrankung von Angestellten erklären, die nach den bisherigen Ermittlungen nicht in der Kantine gegessen haben. In Proben des „Münchner Schmankerls" entdeckten die Bakteriologen Staphylokokken. Diese Kugelbakterien können durchaus Darmerkrankungen verursachen.

Der 59jährige Abteilungsdirektor Waldemar Schmidt, der kurz vor seinem Tod in der Nacht zum Freitag über Brechreiz geklagt hatte, wurde obduziert. Dabei bestätigte sich der ursprüngliche Verdacht auf Herztod nicht, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Bei der Sektion der Leiche wurde aber eine Dünndarmentzündung festgestellt. Daraus könnte geschlossen werden, daß der durch seine Krankheit geschwächte Mann einer Infektion zum Opfer fiel. Die Staatsanwaltschaft hat Voruntersuchungen eingeleitet.





Zwei Neubauten nach alten Plänen: das neubarocke Büsing-Palais in Offenbach mit dem prächtigen schmiedeeisernen Tor, das 1893 sogar auf der Weltausstellung in Chicago gezeigt und jetzt restauriert wurde (links), und das neuklassizistische Carsch-Haus in Düsseldorf, das der U-Bahn weichen mußte und 23 Meter vom alten Standort neu errichtet wurde. FOTOS: J. WILHELM / DIE WELT.

Zwei Wiedergeburten begeistern ein dankbares Publikum

Von D. GURATZSCH

Die Architekten sind es seit Jahrzehnten gewohnt, daß sie für ihre Neubauten kaum noch Lobeshymnen, um so öfter aber Schimpfkanonaden zu hören bekommen. Das war nicht immer so. Als vor mehr als 150 Jahren der zweite größere Bau des jungen Schinkel, sein Altes Museum am Lustgarten in Berlin, eröffnet wurde, strömten die Berliner herbei, um das noch leere Haus (und zwar sogar gegen Eintritt) von innen zu sehen. Die Menge war begeistert, nur die Architektenkollegen fanden viel zu kritteln.

Am Wochenende in Offenbach erlebte die Stadtverwaltung einen ähnlichen Andrang, als sie den spektakulärsten Neubau der Nachkriegszeit einweihte: Das von Grund auf neugebaute Büsing-Palais mitten in der Stadt. Die übermüdete Hausverwaltung mußte für Stunden die Pforten schließen, weil die Prozession (5000 bis 6000 Besucher allein an den ersten beiden Tagen) trotz Dauerregens nicht abreißen wollte.

Grund für die Neugierde: Das neue Haus ist keineswegs in den glatten, nüchternen Formen der Moderne gebaut, es ist vielmehr die „Wiedergeburt" eines alten Prunk- und Prachtbaus, den der Krieg vernichtet hatte. Den Offenbachern war dieses Haus wie ein Stadtschloß ans Herz gewachsen. Gebaut von Schnupftabakfabrikanten gegen Ende des 18. Jahrhunderts und dann noch einmal umgebaut in pompösen, neubarocken Formen 100 Jahre später von einem Schüler des Baumeisters Gottfried Semper, dem Frankfurter Kunstprofessor Wilhelm Manchot, hatte es keine fürstliche, eher eine großbürgerliche Vergangenheit.

An das Herrenhaus und die einst hier residierenden kunstsinnigen Familien Bernard, d'Orville und Büsing knüpfen sich für viele Offenbacher romantische Empfindungen. 15 000 Paare sind im prächtigen Hochzeitszimmer getraut worden, als der Bau zwischen den beiden Weltkriegen zum Rathaus umfunktioniert worden war. Und immer noch wird die Erinnerung an die Liebesromanze des jungen Goethe mit der 17jährigen Lilli Schönemann bewahrt, die im weitläufigen Park, der das Palais einbettet, gespielt haben soll. Viele Querelen hatte es gegeben, bis mit dem Wiederaufbau vor drei Jahren begonnen werden konnte. Die Offenbacher Architekten Michael Poeschel und Gebrüder Petermann haben die Aufgabe mit Bravour gelöst. Getreu nach Fotos wurde der versunkene Bau in seinen äußeren Formen neu geschaffen: Der Mittelrisalit mit seinen Steinmetzarbeiten und seinem Balkonvorbau, die schlichteren Seitenflügel und selbst der Pflanzbrunnen im Hof. Besonders gelungen erscheint die moderne Innenausstattung, das neue Hochzeitszimmer, das Foyer mit den Treppenaufgängen, der Saal mit 450 Plätzen.

Offenbach hat damit ein Veranstaltungshaus hinzugewonnen, das bewußt „multifunktional" angelegt ist. Daß es nur 28 Millionen Mark gekostet haben soll, kann als kleine Sensation gelten.

50 Millionen Mark, bald doppelt so teuer, ist der andere große Neubau nach alten Architektenplänen, das Carsch-Haus in Düsseldorf. Morgen wird es eröffnet. Es ist ein neoklassizistischer Bau des Westpreußen Otto Engler von 1913/15. 1979 mußte der Bau einem U-Bahnhof weichen. Jetzt hat ihn die Horten AG 23 Meter vom alten Standort entfernt samt Musikpavillon von 1906 von den Architekten Hentrich-Petschnigg und Rhode-Kellermann-Wawrowsky neu errichten lassen: Ein Zeuge großer Kaufhaustraditionen mitten in der Düsseldorfer Altstadt.

Die spontanen Wünsche des Lotto-Millionärs

DW. Hannover

„Nach 25 Jahren hatte ich die Hoffnung auf einen Volltreffer eigentlich schon aufgegeben. Aber das lange Warten hat sich doch gelohnt." Mit diesen Worten empfing ein 48jähriger Junggeselle aus einem kleinen Ort an der Weser den Glücksboten aus der hannoverschen Lottozentrale. Karl S., Hobby-Biberzüchter, gewann mit seinen Standardzahlen 5, 12, 14, 38, 44 und 48 in der 38. Veranstaltung des Deutschen Lottoblocks exakt 1 422 497 Mark. Für den Gabelstaplerfahrer aus einem Chemiewerk standen spontan erste Wünsche fest: „Mutter kaufe ich einen warmen Pelzmantel für den Winter, meine drei Geschwister kriegen jeder 50 000 Mark, und dann wird die elterliche ‚Hütte' auf Vordermann gebracht. Als erstes kaufe ich mir aber schon morgen einen Geländewagen, damit meine kleinen Nager besser zu transportieren sind." Der Gewinner hat wöchentlich zwischen fünf und zehn Mark eingesetzt und spielte 25 Jahre lang immer dieselben Zahlen. Über vier Richtige war er jedoch bisher nicht hinausgekommen.

Blitzaktion

SAD, Antwerpen

Die in den Gebäuden des „Diamanten-Viertels" der belgischen Hafenstadt Antwerpen üblichen strengen Sicherheitsvorkehrungen haben nicht verhindern können, daß aus dem Safe einer im 10. Stockwerk des sogenannten Lens-Buildung tätigen Diamanten-Firma Edelsteine mit einem Handelswert von etwa 15 Millionen Mark erbeutet wurden. Als Täter gelten vier seriös gekleidete Herren, die für ihre Aktionen nur wenige Augenblicke brauchten.

Meeresbeute

SAD, Triest

Mehr als zwei Meter hohe Wellen haben gestern das an der Ufermole von Miramare in Triest unterhalb des Schlosses stehende Wahrzeichen der Stadt, die 900 Kilo schwere Sphinx, ins Meer gerissen. Das Denkmal wurde Mitte vorigen Jahrhunderts von Erzherzog Maximilian von Habsburg im Museum von Kairo erworben und in Triest aufgestellt.

Schlecht geschmiert

dpa, Essen

Auf mehr als zehn Milliarden Mark schätzen Technik-Experten die jährlichen Wertverluste durch unzureichende Schmierung beweglicher Teile. Diese Zahl nannte gestern Professor Hans Willi Thoenes, geschäftsführender Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Technischen Überwachungs-Vereins.

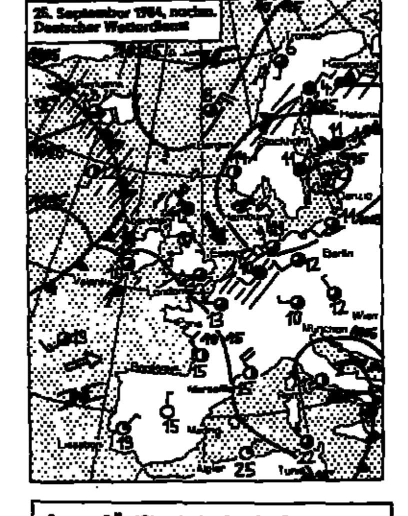
LEUTE HEUTE

Vater-Schmerz

Die Heroinsucht seiner Tochter und seines Schwiegersohnes haben den australischen Ministerpräsidenten **Bob Hawke** in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz zusammenbrechen lassen. Die Ehefrau des Ministerpräsidenten machte jetzt in einem Fernsehinterview diese persönlichen Verhältnisse für die Gemütsverfassung ihres Mannes verantwortlich. Der Regierungchef hatte auf der Pressekonferenz einen Weinkrampf bekommen, als er Angriffe der Opposition zurückzuweisen versuchte, seine Regierung und er behinderten die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und insbesondere des Heroinhandels in Australien. Nach Angaben von **Hazel Hawke** sind ihre Tochter **Rosslyn** (23) und deren Ehemann **Matt Dillon** seit längerer Zeit heroinsüchtig. Sie haben bereits schwere gesundheitliche Schäden davongetragen.

WETTER: Weiterhin kühl

Wetterlage: Im Bereich eines ausgedehnten mitteleuropäischen Tiefs bleibt kühle und wolkenreiche Meeresluft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Mittwoch:

Wechselnd zwischen Auflockerungen und starker Bewölkung, im Mittelgebirgsraum neblig-trüb. Gelegentlich Schauer. Tagestemperaturen um 13 Grad, nachts 9 bis 6 Grad. Frostgrenze in den Alpen unterhalb 2000 Meter. Schwacher bis mäßiger westlicher Wind, später zeitweise aus Nordwest.

Weitere Aussichten:

Schauerneigung abnehmend. Am Freitag meist freundlich. Zum Wochenwechsel wieder unbeständig. Temperaturen etwas höher.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	11°	Kopenh.	14°
Dresden	14°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	13°
Frankfurt	12°	Madrid	15°
Hamburg	11°	Mailand	16°
List/Sylt	13°	Mallorca	21°
München	10°	Moskau	16°
Stuttgart	9°	Nizza	20°
Algier	24°	Oslo	10°
Amsterdam	11°	Paris	13°
Athen	28°	Prag	12°
Barcelona	18°	Rom	17°
Brüssel	12°	Stockholm	11°
Budapest	10°	Tel Aviv	28°
Bukarest	27°	Tunis	22°
Helsinki	11°	Wien	12°
Istanbul	26°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 7.16 Uhr, Untergang: 19.09 Uhr; **Mondaufgang:** 10.13 Uhr, Untergang: 20.21 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Staatsfunk würgt die Konkurrenz im Äther ab

Neue Wellenverteilung benachteiligt Italiens Privatsender

KLAUS RÜHLE, Rom

Zwischen Italiens staatlichem Rundfunk (RAI) und den Tausenden von Privatsendern ist ein wildes Gerangel im Gange. Die RAI versucht mit allen Mitteln, ihre Domäne auf dem Rundfunksektor zu verteidigen. Zu diesem Zweck fordert sie auf der kommenden Tagung der UIT (Union International de Télécommunication) den Löwenanteil der 4531 verfügbaren Frequenzen auf den Wellenbändern, nämlich 2500. Den Rest von 2031 will sie den Privatstationen überlassen.

Wenn die Tagungsteilnehmer diese Forderung akzeptieren, wofür vieles spricht, wird Italien eine absolute Vorrangstellung in Europa und im Mittelmeerraum einnehmen und im Korps der Radiostationen weit an der Spitze der 30 konkurrierenden Länder stehen. An zweiter Stelle folgt dann Frankreich mit 3394 und an letzter Stelle der Vatikanstaat mit ganzen vier Wellenlängen.

Der besagte „internationale Frequenzplan", von Italiens staatlicher Rundfunk- und Fernsehgesellschaft in der bevorstehenden Genfer Diskussion wärmstens empfohlen, würde der RAI die Möglichkeit geben, mit der lästigen Konkurrenz von sage und schreibe 10 000 Privatsendern kurzen Prozeß zu machen. Vier Fünftel davon würden nach dem neuen Plan kassiert werden, was nach Ansicht der RAI auch im Interesse der Anrainerstaaten läge. Viele dieser „Privaten" stören die Sendungen ausländischer Rundfunkstationen im Grenzgebiet erheblich.

Gegen solche Absichten des staatlichen Rundfunks protestieren die verschiedenen Verbände der privaten Radiosender. Besonders heftig sind die Vorwürfe der radikalen Partei, die eine ganze Kette örtlicher Privatsender verwaltet und mit Wiedergaben interessanter Parlamentsdebatten speist.

Bei der gebirgigen Formation der Apenninhalbinsel würden weit mehr kleine Radiosender benötigt als die RAI zedieren wolle, heißt es. Das Gesetz, mit dem die inneritalienische Wellenverteilung von Staats wegen geregelt werden solle, stelle eine politische Vergewaltigung dar. Danach würden z. B. der Kleinstadt Potenza im Süden Italiens 13 Frequenzen zugebilligt, wöhrend in Rom nur 12 und in Mailand gar nur zwei Privatstationen Senderrechte bekommen sollen. Als Gegenbeispiel wird die Haltung des offiziellen Rundfunks in Frankreich genannt, wo die ORTF sich mit weit weniger Senderaum begnügen und den „Privaten" in Paris 40 Stationen einräume.

Von den Privatsendern wird zudem Klage darüber geführt, daß ihnen größtenteils Frequenzen auf dem Band zwischen 104 und 108 Megahertz zugewiesen würden und damit in unmittelbarer Nachbarschaft der für den Sprechverkehr im Flugdienst reservierten Frequenzen. Das bedeutet, daß zahlreiche Wellenlängen von den Privatsendern aus Sicherheitsgründen gar nicht verwendet werden könnten.

Die Hartnäckigkeit, mit der die RAI auf dem Rundfunksektor gegen den privaten Sendeverkehr vorgeht, dürfte sich aus dem Umstand erklären, daß der Staatsbetrieb auf dem Nachbarsektor des Fernsehens derzeit gegenüber dem Privatfernsehen mächtig an Boden verloren hat.

Die großen Pläne des „Baulöwen aus Bonn"

Vor Gericht: Der Mann, der Schriftsteller werden wollte

CHARLOTTE SCHULZ, Bonn

Seriosität und Korrektheit strahlt der 52jährige Angeklagte in seinem feingemusterten Anzug, dem blütenweißen Hemd und der gedeckten Krawatte aus: Claus Winter, Diplom-Volkswirt, besser bekannt als „Baulöwe aus Bonn". Doch der äußere Schein trügt, so meint jedenfalls die Bonner Staatsanwaltschaft, die dem grauhaarigen Herrn eine der größten Betrugsaffären in der Kummer gewohnten Branche zur Last legt.

Es geht um Gläubiger-Forderungen bis zu 150 Millionen Mark, um Untreue, Betrug und Steuerhinterziehung in Höhe von 15 Millionen Mark, gegen die sich der Unternehmensberater seit vergangener Woche in einem auf 120 Prozeßtage angesetzten Mammut-Verfahren vor dem Bonner Landgericht zur Wehr setzt.

Bereits in jungen Jahren war der in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsene Winter ein Mann, der es nicht liebte zu „kleckern", sondern zu „klotzen". Er wollte eigentlich Schriftsteller werden. Aber sein Ehrgeiz, das große Geld zu machen, übertrumpfte doch noch seine literarischen Neigungen. So beschloß er, auf dem Bausektor reich zu werden, auf dem er als Pennäler erste Erfahrungen gesammelt hatte. Damals, um das kleine, das Taschengeld aufzubessern.

Typisch für den nicht nur ehrgeizigen, sondern auch ausgesprochen fleißigen jungen Mann: Niemals begnügte er sich mit einer einzigen Aufgabe. Als er seine Examensarbeit in Köln über „Finanzierung und Rentabilität des Hansa-Viertels in Berlin" schrieb, war er längst dabei, parallel seine Karriere in der Bauwirtschaft aufzubauen.

Doch so intensiv, wie er sich in seine Positionen hineinkniete, so hektisch suchte er nach neuen Aufgaben: 1953 als Referent im Wiederaufbauministerium, 1956 als Sachbearbeiter der Landestreuhandstelle in Kiel, 1958 in Köln als Referent beim Deutschen Verband für Wohnungswesen und Städtebau, 1961 als Pressereferent einer privaten Bausparkasse in Bonn. Und so weiter, bis er sich Ende der 60er Jahre gleich drei „Full-time-Jobs" aufhalste: Als Hauptgesellschafter und Geschäftsführer im „Stadtbauverlag" in Bonn, als Generalsekretär im „Deutschen Verband für Wohnungswesen" in Köln und als Direktor des „Instituts für Wohnungs- und Planungswesen".

Damals aber begannen sich erste Wolken um den ehrgeizigen Baufachmann zu ballen: Der Vorstand des „Deutschen Verbandes" warf ihm unredliche Verflechtungen seiner drei Positionen vor und kündigte ihm fristlos. Winter ließ sich nicht entmutigen, baute Anfang der 70er Jahre das sogenannte „Bauherren- und Mietkauf-Modell" auf, zunächst mit einem Bombenerfolg, bis die Hochzinspolitik auch diesem Höhenflug ein jähes Ende bereitete. 1975 ging er „aufs Ganze" und gründete drei eigene Unternehmen. Die Pleite, deren strafrechtliche Folgen jetzt verhandelt werden, stoppte seinen Traum vom Reichtum 1981 endgültig.

Winter resigniert vor Gericht: „1978 war ich wohl kurzfristig mal ein reicher Mann." Jetzt lebt er von der Arbeitslosenunterstützung. Außerdem machen ihm Herz- und Kreislaufbeschwerden zu schaffen.

ZU GUTER LETZT

Fußballbegeisterung ist auch für eine 83jährige Dame nicht schädlich. Dies ließ sich Edda Trinati-Conti im italienischen Perugia durch ein ärztliches Attest bestätigen, um den Widerstand ihrer Söhne zu brechen. Diese weigerten sich, ihre Mutter am Sonntag ins Stadion zu begleiten, da sie um ihr Herz fürchten. Die fußballbegeisterte Oma wird die Spiele des Zweitligisten FC Perugia nach dem Okay des Arztes nun direkt mitverfolgen. Ihr Lieblingsverein schenkte eine Dauerkarte.